Wiener Stadtbibliothek
57291 F

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ



Postleitzahl 1082

Freitag, 1. Juli 1966 Blatt 2032

Der 50.000. Besucher in der Toulouse-Lautrec-Ausstellung

1. Juli (RK) Gestern nachmittag hieß Kulturstadtrat Gertrude Sandner in der Toulouse-Lautrec-Ausstellung des Kulturamtes der Stadt Wien den 50.000. Besucher willkommen. Der 30. Juni war der 29. Tag seit Eröffnung der Exposition im Museum für angewandte Kunst in der Weiskirchnerstraße. Der Jubiläumsgast war die Wiener Philosophiestudentin Liese Horvath aus dem 21. Bezirk. Stadtrat Gertrude Sandner überreichte der 21jährigen Hörerin der Germanistik und Romanistik zwei Publikationen über den großen französischen Maler als Erinnerungsgeschenk. Es handelt sich dabei um die Toulouse-Lautrec-Biographie von Henri Perruchot, erschienen im Bechtle-Verlag, und um einen Bildband über Toulouse-Lautrec von Liselotte Zinserling, erschienen im Seemann-Verlag in Leipzig.

\- - -

Das neue Erholungszentrum Laxenburg

1. Juli (RK) Die heutige offizielle Eröffnung des großen Erholungszentrums Laxenburg durch den Wiener Landeshauptmann und Bürgermeister Bruno Marek und den niederösterreichischen Landeshauptmann Dipl.-Ing. Eduard Hartmann ist der Höhepunkt einer begrüßenswerten und ersprießlichen Zusammenarbeit zwischen Wien und Niederösterreich auf einem Gebiet, das der Bevölkerung der beiden Länder und darüber hinaus auch jener des Burgenlandes zu größtem Vorteil gereicht. Diese Zusammenarbeit begann am 16. März 1962 mit der Gründung der Schloß Laxenburg-Betriebsgesellschaft m.b.H. durch den damaligen Landeshauptmann und Bürgermeister der Stadt Wien, Franz Jonas, und den inzwischen verstorbenen Landeshauptmann von Niederösterreich, Dipl.-Ing. Dr. h.c. Leopold Figl, die ersten Früchte zu tragen.

Die Betriebsgesellschaft wurde mit dem Ziel gegründet, Schloß und Park Laxenburg wieder herzustellen, auszubauen und zu erhalten. Darüber hinaus aber übernahm die Gesellschaft die Aufgabe, auf dem Areal der Parkanlage ein großes neues Erholungsgebiet für die Bevölkerung zu schaffen. Am 18. Juli 1962 wurde ein Bestandsvertrag unterzeichnet, wonach das gesamte, rund 280 Hektar große Areal der Schloßanlage, das Eigentum der Stadt Wien ist, von der Schloß Laxenburg-Betriebsgesellschaft auf die Dauer von 50 Jahren in Obhut genommen wurde.

Die Länder Niederösterreich und Wien haben mit der Unterzeichnung des Gesellschaftsvertrages die Verpflichtung übernommen, die finanziellen Voraussetzungen für die Durchführung der der Gesellschaft gestellten Aufgaben zu schaffen. Die beiden Bundesländer kamen überein, zu diesem Zweck eine Stammeinlage von je drei Millionen Schilling zu leisten und in der Folge Nachschüsse bis zum Fünffachen der Stammeinlage zur Verfügung zu stellen. Aus diesem Titel flossen der Schloß Laxenburg-Betriebsgesellschaft bisher insgesamt 32 Millionen Schilling zu. Dazu kommen noch Einnahmen von bisher 2,5 Millionen Schilling

./.

aus der auf dem Schloßteich betriebenen Bootsvermietung, aus Eintrittsgeldern, Pachterlösen und ähnlichem.

Als die Laxenburg-Betriebsgesellschaft ihre Tätigkeit aufnahm, waren nicht nur die Gebäude der Schloßanlage, sondern auch die großen Parkanlagen stark verfallen und devastiert. Der berühmte Blaue Hof der ehemaligen kaiserlichen Sommerresidenz, die Franzensburg und alle übrigen Bauten wiesen große Bauschäden auf. Die Ereignisse der Kriegs- und Nachkriegszeit hatten das ihre dazu beigetragen, das Zerstörungswerk zu vollenden. Der Park, einst eines der großartigsten Beispiele europäischer Gartenkunst, war völlig verwildert.

Renovierung des Blauen Hofs und der Franzensburg

Seit dieser Zeit, in der Schloß und Schloßpark in einem erzwungenen Dornröschenschlaf dahindämmerten, ist viel geschehen. Die Betriebsgesellschaft, der vom Anbeginn ein "künstlerischer Beirat" zur Seite stand, in dem hohe Beamte der beiden Bundesländer ehrenamtlich tätig waren, begann nach Durchführung der Bestandsaufnahme und der Planungsarbeiten sofort mit ihrer Tätigkeit. Bis heute wurden folgende wichtige Arbeiten fertiggestellt:

Der Blaue Hof, der Hauptteil des spätbarocken, aus der Zeit Maria Theresias stammenden Lustschlosses, erhielt ein neues Dach und neue Fassaden, die Kosten dafür belaufen sich auf rund 8,5 Millionen Schilling. Für die noch nicht fertiggestellte Instandsetzung der Dächer der Nebengebäude des Blauen Hofes (Speisesaal- und Theatertrakt) wurden bisher 1,75 Millionen Schilling ausgegeben.

Die Renovierung der Franzensburg, die 1798 bis 1836 unter Franz I. als romantische Nachahmung einer mittelalterlichen Burg auf einer Insel inmitten des rund 25 Hektar großen Schloßteiches errichtet wurde, kostete rund 500.000 Schilling. Weitere 2,5 Millionen Schilling wird die Einrichtung und Renovierung der Kaffeemeierei im Knappenhof der Franzensburg erfordern. Hier wurde auch eine Zentralheizung installiert und eine große Sitzterrasse angelegt. Die museale Ausgestaltung der Franzens-

./.

burg, die allerdings noch nicht zur Gänze abgeschlossen ist, wird in Zusammenarbeit mit dem Bundesdenkmalamt durchgeführt.

Die Instandsetzung der zahlreichen Brücken im Park, der Ausbau der Wege und Straßen sowie die Durchführung verschiedener Wasserbauten (Schleusen, Uferbefestigungen usw.) erforderten einen Kostenaufwand von rund 4,5 Millionen Schilling. Dazu kommen noch die Kosten der Anschaffung neuer Boote, Parkbänke, Abfallkörbe, Orientierungstafeln, Hinweisschilder und anderer Einrichtungsgegenstände.

Erholungszentrum mit Campingplatz und Waldbad

Das umfangreichste Projekt, das die Laxenburg-Betriebsgesellschaft durchzuführen hatte, war die Errichtung des großen Erholungszentrums auf der Parapluiewiese, deren Kosten rund 13 Millionen Schilling betragen. Dieses neun Hektar große Gebiet, das zwischen der Münchendorfer Straße (westliche Parkgrenze) und dem Schwechatbach liegt, wurde auf Grund eines Ideenwettbewerbs ganz neu gestaltet, während der südöstlich des Bachbettes der Schwechat gelegene Hauptteil des Parks nach seiner historischen Konzeption erhalten blieb. Auch bei der Errichtung des Erholungszentrums wurde jedoch auf die alte Anlage des Parks weitgehend Rücksicht genommen. Die Grünanlagen wurden saniert und die größtenteils überalteten Baumbestände verjüngt, so daß dem Gedanken des Natur- und Landschaftsschutzes Rechnung getragen wurde.

Die wichtigsten Einrichtungen des Erholungszentrums sind ein Campingplatz, ein Restaurant, ein Waldbad und eine Minigolfanlage. Der Campingplatz wurde auf dem südlichen Drittel der Wiesenfläche angelegt. Die Zufahrt mit Autos und Wohnwagen zu den einzelnen Zeltplätzen ist über einen neuangelegten Weg möglich. Dem Campingplatz sind die notwendigen sanitären Anlagen für rund 1.500 Personen angegliedert. Sie umfassen WC-, Wasch- und Warmwasserduschanlagen.

In zentraler Lage liegt das Restaurant mit modern eingerichteter Küche, einem Gästesaal für 180 Personen sowie einer gedeckten und einer offenen Sitzterrasse für insgesamt 300 Personen. Im Anschluß daran liegen die für die Verwaltung und den Betrieb des Campingplatzes notwendigen Gebäude. Außer dem Restaurant wurde auch ein Selbstbedienungsladen errichtet.

./.

Zwischen dem Restaurant und dem Selbstbedienungsladen liegt eine Minigolfanlage mit 18 Bahnen. Sie ist auch für die Abhaltung sportlicher Wettkämpfe geeignet.

Zum Waldbad gehören ein 30 mal 16,5 Meter großes Schwimmbecken und ein Kinderplanschbecken mit einem Durchmesser von 13 Meter. In einem langgestreckten Trakt sind 100 Kabinen und 520 Kästchen untergebracht. Für die Kinder wurden Turn- und Spielgeräte aufgestellt und Sandkästen angelegt. Natürlich gehört auch eine große Liegewiese zum Waldbad.

Mit Rücksicht auf die Umgebung und die Landschaft des Laxenburger Schloßparkes wurden alle Bauten - mit Ausnahme der Küche und der Lagerräume des Restaurants - in Holzbauweise ausgeführt.

Die Wiener Stadtverwaltung hat Laxenburg auch schon in ihre Rundfahrten "Neues Wien" aufgenommen. Die Route 4 führt über den Karlsplatz, den Südtiroler Platz und die Favoritenstraße nach Laxenburg, um der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, das neue Erholungszentrum am Rande der Großstadt besichtigen zu können.

Historische Daten

Zum erstenmal taucht der Name der heutigen Marktgemeinde Laxenburg als Lahsen- bzw. Lassendorff in Urkunden des 13. Jahrhunderts auf. Im 14. Jahrhundert (1338) wird Herzog Albrecht II. (1330 bis 1358) als Eigentümer des Landsitzes mit Jagdrecht genannt. Herzog Albrecht III. (1365 bis 1395) ließ 1377 für seine zweite Gemahlin Beatrix eine Wasserburg errichten, die später mehrmals umgebaut wurde (vor allem unter Friedrich III., Leopold I., Karl VI. und Maria Theresia) und in einigen Teilen als "alte Burg" heute noch besteht - allerdings ohne die wehrhaften Türme, die längst entfernt sind, und ohne den Burggraben, der zugeschüttet wurde.

Schon zur Zeit Albrechts III. galt die Laxenburg neben der Hofburg in Wien vorübergehend als Residenz. Damals wurden auch bereits weite Teile der Landschaft in Ziergärten verwandelt. Die Namen Friedrichs III. (1440 bis 1493) und Maximilians I. (1493 bis 1519) sind mit Laxenburg eng verknüpft. Das berühmte Symbol Friedrichs III., AEIOU, ist mit der Jahreszahl 1440 in einem Stein über dem alten Schloßtor zu finden. ./.

Unter Maximilian I. wurde um 1500 der große Park "auf niederländisch" angelegt. 1782 ließ Josef II. (1780 bis 1790) diesen niederländischen Garten in eine englische Parklandschaft umwandeln. Damit war der Laxenburger Schloßpark zur größten englischen Parkanlage ganz Europas geworden. Unter Franz I. schließlich wurde ab 1798 der größte Teil des Parks in die heutige englisch-romantische Form gebracht und mit zahlreichen Grotten, Wasserfällen, Brücken, Tempeln und anderem Zierrat geschmückt.

Beim Einfall der Türken 1683 wurde Laxenburg arg verwüstet. Leopold I. (1657 bis 1705) ließ das Schloß als Wohnbau wiedererrichten, den Besitz vergrößern und die Allee zum Schloß Favorita in Wien anlegen. Grundlegend begann sich die Anlage unter Maria Theresia (1740 bis 1780) zu wandeln. Da das alte Schloß nicht mehr den Anforderungen als Wohnbau entsprach, ließ die Kaiserin den sogenannten "Blauen Hof" ankaufen und zu einem repräsentativen Lustschloß umbauen. Verschiedene Zubauten wurden errichtet, so zum Beispiel 1753 ein Theater.

Franz I. (1792 bis 1835), dem nachgesagt wurde, Laxenburg als "kaiserliches Lieblings-Riesenspielzeug" erkoren zu haben, widmete sich vor allem dem Ausbau und der Verschönerung des Parks. Er ließ den großen Teich, kunstvoll geplante Wasserläufe und andere Parkbauten anlegen. Vor allem aber entstand in den Jahren 1798 bis 1836 auf einer Insel im Schloßteich die nach ihm benannte Franzensburg. Sie wurde nach Entwürfen des Schloßhauptmannes Michael Riedl durch den Hofsteinmetzmeister Franz Jäger errichtet und mit zahlreichen Kunstwerken und Einrichtungen aus verschiedenen Burgen, Schlössern und Kirchen Österreichs ausgestattet. So präsentiert sich die Franzensburg auch heute noch als sehenswertes Museum.

Von den übrigen Parkbauten seien noch erwähnt: das "Grüne Lusthaus", ein achteckiger, 1753 erbauten Holzpavillon, der im zweiten Weltkrieg schwer beschädigt wurde; der 1795 entstandene Concordiatempel; der 1945 ebenfalls schwer beschädigte Pavillon auf der Marianneninsel (1840 bis 1841 errichtet); und schließlich der um 1800 nach dem Vorbild der Rosenburg angelegte große Turnierplatz.

Eröffnung des Erholungszentrums Laxenburg:

Die Rede von Landeshauptmann Dipl.-Ing. Eduard Hartmann

1. Juli (RK) Heute nachmittag wurde in Anwesenheit zahlreicher Festgäste das in Zusammenarbeit der Bundesländer Wien und Niederösterreich errichtete neue Erholungszentrum Laxenburg von den beiden Landeshauptleuten Bruno Marek und Dipl.-Ing. Eduard Hartmann eröffnet.

Der Landeshauptmann von Niederösterreich, Dipl.-Ing. Eduard Hartmann, führte in seiner Rede aus:

"Die Fertigstellung des großen Erholungszentrums hier im Schloßpark von Laxenburg ist aus mehreren Gründen Anlaß zur Freude. Die schöne, geschmackvolle Anlage ist der erste Schritt zur endgültigen Sanierung einer einmaligen, in ganz Europa bekannten Kulturlandschaft. Hand in Hand mit der Wiederherstellung des Parkes geht ja auch die Restaurierung der historisch und kulturgeschichtlich bedeutsamen Schenswürdigkeiten von Laxenburg.

Ein zweiter Grund zur Freude ist die Tatsache, daß dieses Werk von zwei österreichischen Bundesländern in gemeinsamer Arbeit geschaffen wurde. Wir hoffen, hier im Erholungsgebiet von Laxenburg in den kommenden Jahren gemeinsam noch einiges zu schaffen. Als Landeshauptmann von Niederösterreich möchte ich daher heute den Herrn Bürgermeister der Stadt Wien hier in Laxenburg besonders herzlich begrüßen.

Blick zurück ohne Zorn

Für mich persönlich kommt als dritter Grund zur Freude dazu, daß ich als gebürtiger Laxenburger sehe, wie das Paradies unserer Jugend nach den Zerstörungen der Kriegs- und Nachkriegszeit neuen Glanz erhält. Schloß Laxenburg war unter den Kriegseinwirkungen und den Besatzungsverhältnissen zur Ruine geworden. Trotzdem hat es auch schon in der Zeit, bevor wir gemeinsam den Wiederaufbau dieser Sehenswürdigkeiten in Angriff nehmen konnten, vor allem sehr viele Ausländer gegeben, die unbedingt das Schloß sehen wollten, das ja im Ausland als eine Art Wiener Versailles gepriesen wird.

./.

Die Fremdenführer, die damlas die ausländischen Gäste durch den verwahrlosten Park und durch den Trümmerhaufen des Schlusses und zur Franzensburg führten, machten sich die Sache recht leicht. Den Reisegesellschaften, die aus vielen Kulturstaaten der Welt hieher kamen, erklärten sie ganz einfach, der katastrophale Zustand des Schlosses sei ausschließlich auf die russische Besatzungszeit zurückzuführen.

Wir wollen ehrlich genug sein, um auch zuzugeben, daß auch Unklarheiten über die Kompetenzen einiges dazu beigetragen haben, daß der Verfall und die Verwahrlosung dieses Schlosses solche Ausmaße annehmen konnten und mit dem Aufbau relativ spät begonnen werden konnte. Ein boshafter Journalist würde vielleicht am Beispiel Laxenburgs sagen, ein Kompetenzstreit zwischen Behörden kann in manchen Fällen genauso schreckliche Folgen haben, wie ein Krieg. Hätte die Möglichkeit bestanden, die Sache früher anzupacken, die Sanierung von Laxenburg wäre bestimmt billiger gekommen. Doch wir wollen nicht im Zorn zurückblicken, sondern uns über ein gelungenes Werk freuen und gemeinsam für die Zukunft weiterplanen.

Wohlgelungenes Ergebnis der Zusammenarbeit

Am 16. März 1962 haben mein Vorgänger als Landeshauptmann, Leopold Figl, und unser derzeitiger Herr Bundespräsident Franz Jonas als damaliger Bürgermeister der Bundeshauptstadt, ihre Unterschriften unter jenen Vertrag gesetzt, mit dem zwischen Wien und Niederösterreich die Gründung einer Schloß-Laxenburg-Betriebsgesellschaft vereinbart wurde. Für Landeshauptmann Figl war dies unmittelbar nach seiner einstimmigen Wahl eine der ersten Unterschriften, die er als neuer Landeshauptmann unter ein Vertragswerk setzen konnte. Er hat sich darüber besonders gefreut, weil damit - abgesehen vom Gebietsänderungsgesetz - zum ersten Mal nach 1945 vor aller Öffentlichkeit bekundet wurde, daß die beiden Nachbarländer Wien und Niederösterreich in Anliegen, die sie gemeinsam berühren, zusammenarbeiten wollen. Das neue Erholungszentrum, das heute eröffnet wird, ist das erste Ergebnis dieser Zusammenarbeit. Ich glaube, es ist wohlgelungen.

./.

Hand in Hand mit der Neugestaltung des Parks geht ja die Restaurierung des Schlosses. Die Franzensburg ist soweit wieder hergestellt, daß man sie im alten Glanz bewundern kann. Gerade diese romantische Burg findet das Interesse und die Bewunderung aller Besucher von Laxenburg. Das ist verständlich, hat doch Kaiser Franz I. aus ganz Österreich Kunstschätze aus allen Stilepochen der österreichischen Kulturgeschichte in dieser Wasserburg zusammengetragen. Die österreichischen Stifte, aber auch sehr viele Schloßherren, haben zur Ausgestaltung der Franzensburg einmalige Kostbarkeiten bereitgestellt. Als Beispiel möchte ich nur daran erinnern, daß etwa die Marmorteile der wunderbaren capella speciosa, der Pfalzkapelle des großen Babenbergers Leopold des Glorreichen in Klosterneuburg, in die Franzensburg eingebaut wurden.

Laxenburg soll wie vor dem zweiten Weltkrieg wieder ein echtes Erholungszentrum sein. Keine zwanzig Kilometer von Wien entfernt, kommt diesem Erholungsraum ganz besondere Bedeutung zu. Wir wollen, daß der Park, den während der Besatzungszeit kaum jemand zu betreten wagte, wieder vom Lachen der Menschen widerhallt, die hieher kommen und einige Stunden der Entspannung suchen. Zur Erholung kommt die Möglichkeit, sich beim Anblick der historischen Bauten an die geschichtliche Größe unserer Heimat zu erinnern. Laxenburg hat ja als Sommerresidenz seit dem 14. Jahrhundert, als Herzog Albrecht III. das Schloß ausbaute, immer Bedeutung gehabt. Als der Wiener Kongreß tanzte, kamen Kaiser und Diplomaten heraus nach Laxenburg, wo Feuerwerke, Galadinners und Bootsfahrten mit Lampionbeleuchtung für Abwechslung sorgten.

Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges schien der Glanz des Schlosses und der Parkanlage für immer der österreichischen Geschichte anzugehören; denn die Zerstörungen an den Bauwerken und an den Baumbeständen waren enorm. Nun wird es durch eine gemeinsame Leistung zweier österreichischer Bundesländer möglich, diese Kostbarkeiten, die nicht nur den Kunsthistorikern vieles zu bieten haben - der Park mit seinen exotischen Baumbeständen findet auch das Entzücken der Dendrologen aus aller Welt - wieder zugänglich zu machen und der Nachwelt zu erhalten.

./.

Blick voraus mit Zuversicht

Die Sanierung von Laxenburg ist das erste Anliegen, das Niederösterreich und Wien gemeinsam löst. Ich hoffe mit Zuversicht, es ist nicht das letzte. Auch zwischen den besten Nachbarn gibt es selbstverständlich Fragen, die beide angehen und daher gemeinsam besprochen und auch gemeinsam gelöst werden sollen. Ich will mich am heutigen Festtag nicht in Details verlieren. Die Gespräche sind im Gange. Sicher gibt es unter dem, was uns beide bewegen muß, auch Fragen, die sich nicht so einfach lösen lassen, wie die Errichtung eines Erholungszentrums hier in Laxenburg. Doch wurde gerade hier bewiesen, daß der gute Wille vorhanden ist; und wo ein Wille ist, ist bekanntlich auch ein Weg. Das war bei Laxenburg so, und soll auch für alles andere gelten, was wir noch zu tun gedenken.

Als Landeshauptmann von Niederösterreich hoffe ich, daß viele Menschen hieher in das schöne, geschmackvolle Erholungszentrum kommen, um wirklich Erholung und Entspannung zu finden. Die Ausländer, die den angeschlossenen Campingplatz bevölkern, haben von hier aus die Möglichkeit, die Sehenswürdigkeiten der Stadt Wien zu besuchen, aber auch Ausflüge nach Niederösterreich zu machen, das vom Hochgebirge bis zu den Ausläufern der pannonischen Steppe mit den verschiedensten Landschaftsformen aufwarten kann.

Ich möchte vor allem den Architekten, die dieses schöne Erholungszentrum entworfen haben, und den Bauleuten und Gärtnern, die es ausführten, zum gelungenen Werk gratulieren. Der Gemeindeverwaltung meines Geburtsortes Laxenburg wünsche ich, daß die heutige Festfeier am Beginn einer Epoche steht, in der Laxenburg wieder zu dem wird, was es schon in der Zwischenkriegszeit war: das Ziel vieler tausend Ausflügler aus der nahen Millionenstadt Wien und vieler Gäste aus dem Ausland.

Den Herrn Bürgermeister der Stadt Wien möchte ich bitten, seinen Wienern zu sagen, daß sie, wenn sie nach Laxenburg kommen, genauso herzlich willkommen sein werden, wie Sie es, Herr Bürgermeister, am heutigen Festtag sind."

\- - -

Eröffnung des Erholungszentrums Laxenburg:

Die Rede von Landeshauptmann Bruno Marek

1. Juli (RK) Heute nachmittag wurde in Anwesenheit zahlreicher Festgäste das in Zusammenarbeit der Bundesländer Wien und Niederösterreich errichtete neue Erholungszentrum Laxenburg von den beiden Landeshauptleuten Bruno Marek und Dipl.-Ing. Eduard Hartmann eröffnet.

Der Landeshauptmann und Bürgermeister von Wien, Bruno Marek, führte in seiner Rede aus:

"Am 16. März 1962 unterschrieben das Land Wien, vertreten durch seinen Landeshauptmann, unserem heutigen verehrten Herrn Bundespräsidenten Franz Jonas, und das Land Niederösterreich, vertreten durch den verewigten Landeshauptmann Dr.h.c.Dipl.-Ing. Leopold Figl, den Gründungsvertrag der 'Laxenburg-Betriebsgesellschaft'. Damit waren die Voraussetzungen geschaffen, um den Baukomplex des Schlosses Laxenburg und seinen Naturpark vor dem Verfall zu retten. Dieser 'kleine Staatsvertrag', ein erstes Beispiel der aktiven Zusammenarbeit unserer beiden Bundesländer, hat nun seine Früchte getragen. Wir können heute das Erholungszentrum Laxenburg den Wienern und Niederösterreichern übergeben, und damit den ersten Abschnitt des Wiederaufbaues einer Schöpfung von Natur und Kunst abschließen, einer Synthese, wie sie ihresgleichen in Europa nicht hat.

Laxenburg bedeutet Geschichte und Heimstätte österreichischer Kunst, Laxenburg ist persönliche Erinnerung vieler Wiener und Niederösterreicher, aber auch Zeugnis dafür, wie barbarische Zerstörung und anscheinend rettungsloser Verfall durch Opfermut und Arbeitsfreude überwunden werden können.

Idyll und Verfall

Das Schloß Laxenburg und teilweise sein Waldpark waren durch fast 150 Jahre der kaiserlichen Familie vorbehalten. Maria Theresia hatte den 'Blauen Hof' der alten Burg erworben und zu einem Barockschloß umgestaltet, das ein Juwel der österreichischen Baukunst wurde.

./.

Die Kunstgeschichte rühmt 'die ruhige Geschlossenheit der Massengliederung und die einfachen Konturen, die leichten Girlanden und Blattgewinde', und man kann verstehen, daß die Nachfolger der Kaiserin Schloß und Park liebgewonnen haben. Josef II. hat hier gearbeitet. Er hat übrigens auch den Park der Öffentlichkeit eröffnet, wie er es mit dem Augarten und dem Prater getan hatte. Kaiser Franz hat die Franzensburg auf der Insel im großen Teich bauen lassen, ein romantisch verspieltes Schlößchen, das aber immerhin auch der 'Laxenburger Gotik' seinen Namen gegeben hat und die verschiedenen Lusthäuser, wie den grünen Pavillon oder das berühmte 'Haus der Laune', das ein Zeugnis der Leichtlebigkeit des Biedermeier war.

1918 ging es mit dem Idyll Laxenburg zu Ende. Der Kriegsbeschädigtenfonds - als erster Eigentümer - versuchte Laxenburg zu erhalten, und schon damals tauchte der Gedanke eines Erholungszentrums auf. Als Isadora Duncan mit einer Abteilung ihrer berühmten Hellerauer Ballettschule ins alte Schloß einzog, schien sogar Laxenburg ein internationaler Anziehungspunkt zu werden.

Aber der zweite Weltkrieg kam, und mit ihm schien das Schicksal von Laxenburg besiegelt zu sein. Eine SS-Panzerabteilung begann mit der Demolierung, die Soldaten der Besatzungsmacht besorgten dann den Rest. Dazu kam noch die Zerstörung der Umgebung durch den Bombenkrieg, denn unweit von hier befanden sich die Ostmark-Werke. Was blieb, war ein Gewirr von kahlen Mauern, heruntergefallenen Decken, ein Bild der Verwüstung. Die herrlichen Deckengemälde von Vinzenz Fischer dienten wackeren Gewehrschützen als Zielscheibe. Ein wehmütiger Besucher hat nach dem Krieg nicht weniger als 122 Einschüsse gezählt.

Nicht minder auf dem Spiel stand das Schicksal des Laxenburger Parks, der mit einem Gesamtareal von 200 Hektar der größte Landschaftspark Europas ist. Nur englische Naturparks sind mit ihm zu vergleichen. Vor allem wuchsen hier einzigartige Bäume von einer Vielfalt und Schönheit sondergleichen. Die einzelstehenden Riesenbäume, die 'Solitäre' geben ihm immer

./.

wieder ein neues schönes Bild. Wiesenflächen unterbrechen den Laubwald und verleihen der Naturlandschaft den Parkcharakter. In den Sträuchern singt die Nachtigall, und auch zahlreiche andere Vogelarten sind hier zu finden. 40 Hektar des Gesamtareals sind Wasserfläche, die dem Auge die Freude einer Ideallandschaft bietet.

Jahrzehntelange Verwilderung hatte den Baumbestand durch Gestrüpp und Parasiten bereits gefährdet. Die Teiche drohten durch das Algenwachstum erstickt zu werden. Die Fäulnis einer bedrohten Landschaft war bereits zu spüren.

Rettung im letzten Augenblick

Es war wahrscheinlich Rettung im letzten Augenblick, als die Laxenburg-Betriebsgesellschaft ihren Wiederaufbau begann. Beide Länder sind ihren eingegangenen Verpflichtungen nachgekommen und haben zum Stammkapital jährlich Nachzahlungen geleistet, die es gestatteten, Hauptschloß und Franzensburg wieder instandzusetzen, Wege anzulegen, Brücken neu zu bauen und, was besondere finanzielle Anforderungen stellte, die Teiche vom Schlamm zu befreien.

Sie werden sich, meine Damen und Herren, selbst überzeugen können, wie weit diese Arbeiten fortgeschritten sind, sie werden aber auch feststellen, was noch zu tun ist. Die Absicht der Betriebsgesellschaft war es nicht nur, das Bestehende zu sichern, sondern als Erholungszentrum weiter zu entwickeln. Die günstige Straßenlage von Wien aus erlaubt eine schnelle Verbindung. Die Zahl der Erfrischungsstätten wurde vermehrt durch das große Restaurant an der Münchendorfer Straße, in welchem wir uns befinden, und die neueingerichtete Meierei in der Franzensburg. In unmittelbarer Nähe befindet sich das neue Schwimmbad, dann der Minigolfplatz mit 18 Spielbahnen und schließlich der neue große Campingplatz, der zweifellos viele Besucher aus dem Inland und aus dem Ausland anziehen wird. Von hier aus bieten sich dem Zeltgast beste Möglichkeiten für Ausflüge nach Wien, in die niederösterreichischen Voralpen, zum Neusiedler See und in das niederösterreichische Weinbaugebiet.

./.

Wir - ich meine unsere beiden Bundesländer - versprechen uns von der Neugestaltung des Komplexes Laxenburg viel. Das Schloß und seine Anbauten werden einmal Ausstellungs- und Veranstaltungszentrum sein können. Zahlreiche Vorschläge liegen schon parat und zeigen das große Interesse, das unsere, aber auch internationale Kunstinstitutionen an Laxenburg haben. Jetzt schon sind die Besucherzahlen sehr groß und erreichen an schönen Tagen die 10.000er Grenze. Diese Zahlen werden noch steigen, wenn Laxenburg im Bewußtsein der Wiener und Niederösterreicher als ihr Laxenburg lebendig ist.

Gemeinsame Fragen gemeinsam lösen

Für die Gestaltung des Erholungszentrums ist viel Arbeit geleistet worden. Ich danke dafür den Organen und der Betriebsgesellschaft, den Funktionären der lokalen Verwaltung, den Architekten und Forstfachleuten, vor allem auch dem Bundesdenkmalamt und seinen hervorragenden Restauratoren, die mit Kunst und Sorgfalt retteten, was noch zu retten war.

Vor allem aber will ich dem Land Niederösterreich meinen besonderen Dank sagen für die Zusammenarbeit an diesem ersten gemeinsamen Projekt unserer beiden Bundesländer. Hier hat sich, nicht mit schönen Erklärungen, sondern in der Praxis gezeigt, wie zwei Bundesländer gemeinsame Fragen auch gemeinsam lösen können. Ich bin überzeugt, daß Wien und Niederösterreich den Weg der Zusammenarbeit weiter gehen werden. Ich wünsche dem neu errichteten Erholungszentrum einen starken Besuch und vor allem viele zufriedene Gäste, die hier Erholung suchen und auch finden."

\- - -

Goldene Ehrenmedaillen für die Professoren Boltenstern und Kerschagl

1. Juli (RK) Im Stadtsenatssaal des Wiener Rathauses wurde heute vormittag den beiden Hochschulprofessoren Dipl.-Ing. Erich Boltenstern und DDr. Richard Kerschagl durch Bürgermeister Bruno Marek die Ehrenmedaillen der Stadt Wien in Gold überreicht, die ihnen vom Gemeinderat verliehen worden waren. Stadtrat Gertrude Sandner hielt die Würdigungsrede für die beiden Ausgezeichneten, in der sie ausführte:

" Der Wiener Gemeinderat hat am 10. Juni einstimmig beschlossen, Herrn Hochschulprofessor Architekt Dipl.-Ing. Erich Boltenstern in Würdigung seiner besonderen Verdienste anläßlich der Vollendung des 70. Lebensjahres und Herrn Hochschulprofessor DDr. Richard Kerschagl als Anerkennung für seine besonderen wissenschaftlichen Leistungen anläßlich der Vollendung des 70. Lebensjahres die Ehrenmedaille der österreichischen Bundeshauptstadt in Gold zu verleihen.

Herr Professor Boltenstern, der für seine bisherige Tätigkeit bereits zahlreiche Ehrungen, darunter auch den Preis der Stadt Wien für Architektur erhalten hat, wurde am 21. Juni 1896 in Wien geboren und studierte an der Technischen Hochschule bei Ferstel, Krauß, Theiss, Holey und Saliger. 1922 erwarb er das Ingenieur-Diplom. In den folgenden Jahren praktizierte er in Berlin, Barcelona, Wien und Linz. Von 1928 bis 1934 war er Assistent bei Professor Strnad an der Wiener Kunstgewerbeschule, gab aber auch seine Tätigkeit als selbständiger Architekt nicht auf. Anschließend war er Assistent von Professor Holzmeister an der Akademie für bildende Künste und wurde gleichzeitig mit der stellvertretenden Führung der Schule von Peter Behrens betraut. Von 1938 bis 1945 arbeitete er als privater Architekt, da er vom Hochschuldienst suspendiert war. Nach der Befreiung Österreichs kehrte er in seinen früheren Wirkungskreis zurück und leitete vertretungsweise die Meisterschule von Holzmeister an der Kunstakademie. Seit 1946 lehrt er als Professor an der Technischen Hochschule. Ich muß es mir versagen, seine sämtlichen Bauten aufzuzählen und erwähne aus der ersten Zeit nur das Krematorium

./.

in Graz, eine Wohnhausanlage in Baden, das Kahlenbergrestaurant in Wien, Wohnhausanlagen in Wien und Niederösterreich, Industriebauten, Ausstellungs- und Messeanlagen sowie Inneneinrichtungen. Seine bedeutendste Leistung ist die äußere und teilweise nach neuen Plänen erfolgte innere Wiederherstellung der Wiener Staatsoper. Diesen Auftrag erhielt er auf Grund des ihm im Rahmen des diesbezüglichen Wettbewerbes verliehenen ersten Preises. Andere große Arbeiten von ihm sind ferner die Nationalbanksiedlung in Pötzleinsdorf, das Bürohaus der Wiener Städtischen Versicherung, der "Ringturm", oder das Mietbürohaus des gleichen Unternehmens in der Oberen Donaustraße. Dazu kommen erste, zweite und dritte Preise im In- und Ausland, Ankäufe seiner Entwürfe sowie eine Reihe von Bauten und Adaptierungen in Wien und Österreich.
Ich freue mich aufrichtig, daß sich heute die Gelegenheit bietet, Herrn Professor Boltenstern in würdiger Form zum Ausdruck zu bringen, wie hoch die Stadt Wien sein Lebenswerk wertet.

Herr Hochschulprofessor Dr.jur et rer.pol. Richard Kerschagl, Ordinarius für Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft an der Hochschule für Welthandel, verdankt es seinen wissenschaftlichen Leistungen, daß er auf seinem Fachgebiet eine Spitzenstellung einnimmt. Er wurde am 25. Mai 1896 in Wien geboren und erwarb an der Alma mater Rudolphina die zweifache Doktorwürde. Im Generalsekretariat der Österreichisch-Ungarischen Bank erhielt er Gelegenheit, das praktische Finanzwesen aus unmittelbarer Nähe kennenzulernen. Später fungierte er als Konsulent der Nationalbank. Bereits in das Jahr 1921 fiel seine Bestellung zum Dozenten für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule für Welthandel. In der Folge wurde seine Lehrbefugnis auch auf Finanzwissenschaft ausgedehnt. 1929 wurde er Professor an der Konsularakademie. 1937 folgte er Josef Gruntzel auf dessen Lehrstuhl nach. Von 1938 bis 1945 war Kerschagl aus Gesinnungsgründen seiner Funktionen enthoben, zeitweise inhaftiert und erhielt Gauverweis. Unmittelbar nach der Befreiung Österreichs kehrte Professor Kerschagl als Ordinarius in seinen früh Wirkungskreis zurück und wurde gleichzeitig mit der Leitung des Instituts für Volkswirtschafts- und Weltwirtschaftslehre betraut. Viermal bekleidete er die Rektorswürde. Seit 1947 liest er auch an der

./.

Wiener Universität als Honorarprofessor. Viele Male vertrat er Österreich und die österreichische Wirtschaft auf internationalen Kongressen, unter anderem als Delegationsführer beim Europarat. Hiebei kamen ihm seine Sprachkenntnisse sehr zugute. 1949 und 1952 weilte er als Gastprofessor in den Vereinigten Staaten. Von ihm stammen 20 Bücher und mehr als 100 Beiträge für Sammelwerke. Viele davon wurden in alle europäischen Sprachen sowie ins Japanische übersetzt und sind in hohen Auflagen verbreitet. Seine Schriften behandeln Methodenprobleme, finanzwissenschaftliche und weltwirtschaftliche Probleme sowie die Steuersysteme der wichtigsten Staaten der Welt. Vor allem seine geldtheoretischen und währungspolitischen Untersuchungen haben ihm internationales Ansehen verschafft. Professor Kerschagl ist unter anderem Präsident der Österreichischen UNESCO-Kommission, des Verbandes österreichischer Volkshochschulen, der I.A.U.P.I. und der S.I.E.C., der Sektion Hochschullehrer der Gewerkschaft der öffentlichen Bediensteten, Ehrenpräsident des akademischen Verbandes Österreichischer Widerstandskämpfer sowie Mitglied zahlreicher Institutionen, Vereine und Prüfungskommissionen. Für seine Leistungen wurde er wiederholt öffentlich geehrt. Unsere Heimat kann mit Optimismus in die Zukunft blicken, solange sie über Persönlichkeiten seines Formats verfügt.

Hochschulprofessor Dipl.-Ing. Erich Boltenstern und Hochschulprofessor DDr. Richard Kerschagl haben ihren Beruf in vorbildlicher Weise ausgeübt und Leistungen vollbracht, die dauernde dankbare Anerkennung verdienen. Im Namen des Amtes für Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung der Stadt Wien sowie im eigenen Namen gratuliere ich unseren beiden Jubilaren herzlich zu ihrem erfolgreichen Schaffen im Dienste der österreichischen Kultur und der österreichischen Wissenschaft und wünsche Ihnen und uns, daß Sie ihrem Beruf noch viele Jahre in voller Gesundheit erhalten bleiben mögen."

Bürgermeister Bruno Marek sagte in seiner Festansprache:

"Es gereicht mir zur besonderen Freude und Genugtuung, daß wir heute die Namen von zwei Persönlichkeiten in das Ehrenbuch unserer Stadt eintragen können, die, beide gebürtige Wiener, dem Kultur- und Geistesleben ihrer Heimat durch ihr Wirken wesentliche Züge aufgeprägt haben.

./.

Die Ehrenmedaille der Stadt Wien in Gold stellt keine alltägliche Auszeichnung dar, sondern wird für ein wissenschaftliches oder künstlerisches Lebenswerk im Dienste dieser Stadt verliehen, dessen Früchte sowohl der gegenwärtigen wie künftigen Generation zugute kommen. Wir sind glücklich, daß unsere Stadt trotz strengsten Maßstäben der Auswahl eine bisher so respektable Zahl von Trägern der goldenen Ehrenmedaille aufweist. Wien ist, heute wie ehedem, der Nährboden für schöpferische Leistungen in allen Bereichen geistigen Schaffens, der heimatliche Urgrund, aus dem die bedeutenden Männer dieser Stadt ihre Inspiration und ihre Lebenskraft empfangen.

Aus Anlaß der Vollendung ihres siebenten Lebensjahrzehntes ehren wir heute zwei Männer, Dipl.-Ing. Professor Erich Boltenstern und Hochschulprofessor DDr. Richard Kerschagl, die beide - der eine auf dem Gebiet der Architektur, der andere auf dem Gebiet der Nationalökonomie - zur Entfaltung unserer Stadt und zur Mehrung ihres internationalen Ansehens maßgeblich beitrugen.

Professor Boltenstern hat durch mehr als zwei Generationen hindurch das architektonische Antlitz Wiens mitgeprägt. Viele Profan- und Repräsentationsbauten gehen auf seine Ideen und Pläne zurück. Sein Lebenswerk umspannt einen weiten Bogen der Entwicklung, in der sich Stile und Geschmacksrichtungen wandelten, wie in keiner anderen Zeitepoche je zuvor. Professor Boltenstern blieb in diesen Jahrzehnten stets sich selber treu, gemäß dem Leitmotiv, das er einmal für eine Publikation der Stadt Wien folgendermaßen formulierte: 'Mein Grundsatz ist, jede Arbeit nach bestem Vermögen so gut und so anständig wie möglich zu machen.' Dieser Ausspruch kennzeichnet mehr als alles andere die Bescheidenheit und Sachlichkeit, mit der sich Professor Boltenstern, jeder Originalitätshascherei abhold, den ihm übertragenen Aufgaben gewidmet hat. Das neue Staatsoperngebäude wird für immer ein Beispiel dafür bleiben, wie neue Baugesinnung und ehrwürdige Tradition stilgerecht vereint werden können.

Das höchste Lob, das man einem Architekten zollen kann, ist die Feststellung, daß sich sein Lebenswerk mit der Baugeschichte einer Stadt verbindet. Die Schöpfungen Professor Boltensterns haben dem Stadtbild Wiens, insbesondere in den letzten zwei Jahr-

./.

zehnten, so charakteristische Züge verliehen, daß künftige Generationen sie einmal als Ausdruck dieser Zeit und ihres Lebensstils betrachten werden.

Hochschulprofessor DDr. Richard Kerschagl zählt zu den prominentesten Vertretern der Wiener nationalökonomischen Schule. Trotz seinen zahlreichen, bereits von Frau Stadtrat Sandner erwähnten wissenschaftlichen Werken war Professor Kerschagl niemals ein bloßer Theoretiker, sondern auch Praktiker und Mann der Tat. Die Volkswirtschaft, so lautet seine Grundauffassung, soll den Menschen Leitsätze für ein besseres Leben und für das Wohlergehen aller bieten. Wie seine Lehrer und Vorbilder - Wieser, Menger, Böhm-Bawerk - die als Handelsminister, Finanzminister und Nationalbankpräsidenten fungierten, war auch Professor Kerschagl stets bestrebt, einmal gewonnene Erkenntnisse unmittelbar ins Leben umzusetzen.

Diese Einstellung bewies Professor Kerschagl nicht nur in verschiedensten öffentlichen und privatwirtschaftlichen Aufgabenbereichen, sondern auch als mutiger Vorkämpfer für die Rechte der Wissenschaft. Ich erinnere nur an die erste große Demonstration der Wiener Wissenschaftler und Künstler im Jahre 1952, an deren Zustandekommen und Erfolg Professor Kerschagl als damaliger Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Kunst und Wissenschaft maßgeblichen Anteil hatte. Es ist nicht zuletzt sein Verdienst, daß die Forderungen der Kulturschaffenden seither nicht mehr von der Tagesordnung abgesetzt wurden.

Professor Kerschagl ist auch in seinem persönlichen Leben stets für seine Grundsätze eingestanden. Das beweisen die schon von Frau Stadtrat Sandner geschilderten Verfolgungen und Zurücksetzungen während der nationalsozialistischen Ära, in der Professor Kerschagl vom öffentlichen Leben ausgeschlossen war. Trotz dieser erzwungenen Pause und obwohl seine reichhaltige Bibliothek durch Kriegseinwirkung zerstört wurde, hat die Kontinuität im Leben und Forschen Professor Kerschagls keine Einbuße erlitten. Diese Tatsachen können wir als Sinnbild für den Triumph des Geistes über alle materiellen Widerwärtigkeiten auffassen, aber auch als Zeugnis für die menschliche Unbeugsamkeit und die schöpferische Kraft des Gelehrten Kerschagl.

./.

Erlauben Sie mir nun, unseren beiden neuen Ehrenmedaillenträgern noch viele Jahre ungetrübter Schaffensfreude zu ihrem eigenen Wohle und im Interesse des Kultur- und Geisteslebens unserer Stadt zu wünschen und ihnen die verliehenen Auszeichnungen zu überreichen."

Dankesworte eines Hochschullehrers und Volksbildners

Namens der Ausgezeichneten dankte Professor DDr. Kerschagl dem Bürgermeister und den anwesenden Mitgliedern des Wiener Stadtsenates Vizebürgermeister Dr. Heinrich Drimmel und den Stadträten Hans Bock, Kurt Heller, Dr. Pius Prutscher, Dr. Maria Schaumayer und Rudolf Sigmund für die Ehrung, die ihnen die Stadt Wien hat zuteil werden lassen. In seiner Dankesansprache sagte er unter anderem:

"Wien ist nicht ein Wasserkopf, wie böse Leute nach 1918 sagten. Wenn Österreich das Herz Europas ist, dann ist Wien zumindest die innerste Herzkammer davon und wir danken besonders dafür, daß diese Auszeichnung, die ja nicht nur uns, sondern auch unseren Hochschulen gilt, den Vertretern von zwei Hochschulen verliehen wurde, die sogenannte junge Hochschulen sind, die nicht auf eine jahrhundertalte Tradition zurückblicken können, sondern sich durchkämpfen mußten und heute ihren Platz an der Sonne erreicht haben und die vielleicht gerade deshalb der Wirklichkeit, dem Leben, der Gegenwart und der Zukunft besonders nahestehen. Ich darf zwei Dinge erwähnen, die uns als Hochschullehrer als Leitsatz gedient haben. Der erste Rektor der ersten europäischen Universität in Paris, hat als Motto seiner Antrittsrede den Spruch gewählt 'Niemals hören wir auf, zu lernen'. Dieser Satz besitzt in jeder Zeit und überall Aktualität. Niemand von uns wäre in der Lage, heute noch eine Matura zu bestehen, und ein Teil der Lehrbücher, die wir damals insbesondere auf dem Gebiet der Naturwissenschaften benutzten, würde heute eher den Charakter von Witzbüchern tragen. Wir müssen lernen und wenn wir unseren Schülern etwas mitgeben wollen, so ist es vor allem das, daß sie sich unermüdlich weiterbilden müssen, weil das Gelernte verloren geht.

./.

Wenn wir, die das 70. Lebensjahr kurz vollendet haben, nicht die Fackel des Wissens weitergeben könnten an jüngere, die uns folgen werden, so hätten wir einen Großteil unseres Lebens verfehlt.

Wir müssen aber auch der breiten Bevölkerung so viel als möglich von unserem Wissen mitteilen. Es besteht kein Zweifel darüber, daß es die größte Gefahr für jede Hochschule wäre, ein wissenschaftliches Ghetto zu werden. Sie muß, so weit dies möglich ist, andere teilhaben lassen am Wissen. Ich betone dies nicht etwa nur deshalb, weil ich Präsident des Verbandes der Volkshochschulen bin, sondern vor allem deshalb, weil die Gemeinde Wien auf dem Gebiet der Volksbildung Besonderes geleistet hat und weil es meiner tiefsten Überzeugung entspricht, daß die gefährlichste Kluft in einem Volke - vielleicht noch gefährlicher als Klassen- und Rassenunterschiede - Bildungs- und Wissensunterschiede sind. Zu deren Überbrückung beizutragen haben wir mitgewirkt und wollen wir weiterhin mitwirken. Und so möchte ich denn anläßlich dieser hohen Ehrung auch namens meines lieben Kollegen Boltenstern die Versicherung abgeben, daß wir auch weiterhin unserem Wien, unserem Österreich dienen wollen."

\- - -

Rundfahrten "Neues Wien"

1. Juli (RK) Montag, 4. Juli, Route 5 mit Hannovermarkt, Kindergarten Pappenheimgasse, Neubaugebiet Brigittenau, Donaupark mit Donauturm, Kultur- und Verkehrszentrum Floridsdorf, Schule Strebersdorf und Nordeinfahrt sowie andere städtische Anlagen und Einrichtungen im 20. und 21. Bezirk.

Abfahrt vom Rathaus, 1, Lichtenfelsgasse 2, um 13.30 Uhr.

\- - -

Grußpostkartenaktion der Zentralsparkasse geht weiter

Erlös für die Kinderdörfer in Pöttsching und Rottenmann

1. Juli (RK) Wegen Schlechtwetters fand beim Praterfest der Zentralsparkasse am vergangenen Sonntag nur der Festzug, nicht aber der vorgesehene Ballonstart statt. Die Grußpostkartenaktion, die im Zusammenhang mit diesem Ballonstart geplant war, wird aber bis zum 13. Juli verlängert. Grußpostkarten sind also weiterhin in allen Zweiganstalten zum Preis von 5 Schilling erhältlich.

Die Beförderung der Grußpostkarten erfolgt durch den Ballon "Pro Juventute" am 16. und 17. Juli, anläßlich des Praterfestes der Wiener Stadtwerke. Der Erlös aus dieser Aktion wirde den Kinderdörfern Pöttsching und Rottenmann zur Verfügung gestellt.

\- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

1. Juli (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Karotten 4 bis 6 S, Kohl 1.80 bis 3.50 S, Weißkraut 1.80 bis 2 S je Kilogramm.

Obst: Kirschen 5 bis 8 S, italienische Äpfel 4 bis 6 S, Bananen 7 bis 10 S je Kilogramm.

\- - -

Laxenburg - Symbol der Zusammenarbeit Wien-Niederösterreich

Neues Erholungszentrum im Schloßpark eröffnet

1. Juli (RK) Als Symbol einer fruchtbaren Zusammenarbeit der Bundesländer Wien und Niederösterreich wird man in Zukunft Schloß und Park Laxenburg in Niederösterreich, kaum 20 Kilometer von der Bundeshauptstadt entfernt, bezeichnen können. Als erstes großartiges Ergebnis dieser Zusammenarbeit, deren Durchführung der im März 1962 gegründeten Schloß Laxenburg-Betriebsges.mbH übertragen wurde, eröffneten heute nachmittag bei strahlendem Sonnenschein und in ebenso strahlender Laune die beiden Landeshauptleute von Wien und Niederösterreich, Bruno Marek und Dipl.-Ing. Eduard Hartmann, das neugeschaffene Erholungszentrum im traditionsreichen Schloßpark in Laxenburg.

Das neun Hektar große Erholungsgebiet, dessen Errichtung 13 Millionen Schilling kostete, besteht in erster Linie aus einem Campingplatz, einem Waldbad, einer Minigolfanlage und einem repräsentativen Restaurant. Neben der Anlage dieses Erholungszentrums aber hat die Betriebsgesellschaft bisher auch noch eine Reihe anderer wichtiger Arbeiten in Laxenburg durchgeführt, so zum Beispiel die Renovierung des Blauen Hofes und der Franzensburg sowie die Instandsetzung und Sanierung der umfangreichen Parkanlagen. (Nähere Einzelheiten darüber siehe "Rathaus-Korrespondenz" Blatt 2033 bis 2037.)

An der stimmungsvollen Eröffnungsfeier im neuen Restaurant an der Münchendorfer Straße nahmen neben den beiden Landeshauptleuten zahlreiche Festgäste teil, unter ihnen seitens der Stadt Wien der Erste und der Zweite Landtagspräsident Dr. Stemmer und Mühlhauser, Vizebürgermeister Slavik, die Stadträte Bock, Heller, Maria Jacobi, Dr. Prutscher, Gertrude Sandner, Dr. Maria Schaumayer und Sigmund, Stadtschulratspräsident Dr. Neugebauer sowie mehrere Mitglieder des Gemeinderates; als Repräsentanten Niederösterreichs waren Kulturreferent Landesrat Kuntner, der Zweite und der Dritte Landtagspräsident Sigmund und Reiter, mehrere Mitglieder des Niederösterreichischen Landtages sowie der Bürgermeister von Laxenburg, Rauch, erschienen.

./.

Nach einer musikalischen Einleitung durch den Bläserchor des Niederösterreichischen Tonkünstlerorchesters und einen Mädchenchor der Kindergärtnerinnenschule Laxenburg hieß der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Laxenburg-Betriebsgesellschaft, Gemeinderat Schreiner, die Gäste herzlich willkommen. In einem Überblick über Werden und Wirken der Gesellschaft bezeichnete er die heute eröffneten Anlagen als Abschluß der ersten Etappe des Ausbaus von Laxenburg, der in Zukunft weitergeführt werden soll. Anschließend hielten die Landeshauptleute Dipl.-Ing. Hartmann und Marek die Eröffnungsansprachen (siehe "Rathaus-Korrespondenz" Blatt 2038 bis 2045). Mit der gemeinsam gesungenen Bundeshymne fand die Feier ihren Ausklang. Auf einem Rundgang besichtigten die Festgäste sodann das Erholungszentrum, die Parkanlagen und die mit kostbaren Kunstwerken eingerichteten Räume der Franzensburg.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Postleitzahl 1082

Samstag, 2. Juli 1966 Blatt 2056

Statistik weist nach:

Mütter zwischen 20 und 30 haben die wenigsten Frühgeburten

2. Juli (RK) Das neue Heft der Mitteilungen aus Statistik und Verwaltung der Stadt Wien (Nr. 1, Jänner - März) veröffentlicht eine statistische Arbeit über die Frühgeburtenhäufigkeit und die Säuglingssterblichkeit in Wien. Aus der Statistik geht einwandfrei hervor, daß Frauen die im Alter zwischen 20 und 30 Jahren stehen, die wenigsten Frühgeburten zu verzeichnen haben. In Prozentzahlen ausgedrückt beträgt die Frühgeburtenhäufigkeit in dieser Alterskategorie nur 6,6 Prozent, bei den Müttern unter 20 Jahren sind es 8,2 Prozent, bei den Müttern zwischen 30 und 40 7,9 Prozent und in der Altersgruppe über 40 Jahren sind es wieder 8,2 Prozent.

Insgesamt wurden im Jahr 1965 von Wiener Müttern 19.764 Kinder lebend geboren. 18.366 oder 92,9 Prozent kamen reif, 1.398 oder 7,1 Prozent unreif zur Welt. Die Unterscheidung wird nach dem Geburtsgewicht vorgenommen. Weniger als 2.500 Gramm schwere Kinder werden als unreife oder Frühgeburten bezeichnet.

Ein einwandfreier Zusammenhang ist auch zwischen Frühgeburtenhäufigkeit und Säuglingssterblichkeit festzustellen. Von den unreif geborenen Kindern stirbt jedes vierte, von den reif geborenen jedes hundertste innerhalb des ersten Lebensjahres. Hier zeigt sich, daß mit zunehmenden Alter der Mutter die Säuglings-

./.

sterblichkeit etwas erhöht wird. Sie liegt bei den Frauen bis 30 Jahren mit 2,5 Prozent unter dem Gesamtdurchschnitt von 2,9 Prozent, steigt in der Kategorie 30 bis 40 auf 3,7 Prozent und beträgt bei den Müttern über 40 Jahren 6 Prozent.

Die Statistik kommt zu dem Schluß, daß ein Rückgang der allgemeinen Säuglingssterblichkeit in erster Linie von einem Sinken der Sterblichkeit der unreif Geborenen abhängig ist, die heute ebenso hoch liegt wie die allgemeine Säuglingssterblichkeit vor rund hundert Jahren. Dem Bestreben der Wohlfahrtspflege und der medizinischen Wissenschaft ist es gelungen, die Säuglingssterblichkeit von 26 Prozent im Jahr 1864 auf den heutigen Stand von 2,9 Prozent zu senken.

\- - -

Rundfahrten "Neues Wien"

2. Juli (RK) Dienstag, 5. Juli, Route 1 mit Neubau des Allgemeinen Krankenhauses, Internationalem Studentenheim, Volksheim und Volksschule in der Krim, Ausflugsrestaurant Bellevue, Neubauten des Wilhelminenspitals, Assanierung Alt-Ottakring sowie andere städtische Anlagen und Einrichtungen.

Abfahrt vom Rathaus, 1, Lichtenfelsgasse 2, um 13.30 Uhr.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Postleitzahl 1082

Montag, 4. Juli 1966 Blatt 2058

Schöner Badesonntag ohne Rekorde

4. Juli (RK) Endlich wieder einmal ein Badesonntag: Die städtische Bäderverwaltung konnte, als sie die Bilanz zog, mehr als 51.000 Badegäste zählen. Daß es trotz dem strahlend schönen Wochenend-Wetter keine neuen Besucherrekorde gab, liegt an der gleichfalls zu diesem Wochenende "ausgebrochenen" Urlaubszeit. Rekorde werden erfahrungsgemäß nur im Juni oder September aufgestellt, wenn die Wiener noch nicht auf Urlaub gefahren sind oder schon aus den Ferien zurückkehrten.

Die einzelnen Zahlen: Gänsehäufel 20.000, Laaer Berg-Bad 8.000, Alte Donau 4.500, Kongreßbad 3.500, Krapfenwaldl-Bad 3.200, Ottakringerbad 2.800, Theresienbad 2.100 Besucher.

\- - -

Kanalbauten um 13 Millionen Schilling

4. Juli (RK) Der Gemeinderatsausschuß für Öffentliche Einrichtungen genehmigte heute die Kosten für eine Reihe von Kanalbauten. Um einen Betrag von 12,990.000 Schilling werden folgende Kanalbauten durchgeführt:

14, Steinbruchstraße, von Nr. 33 bis zur Blümelhubergasse, und Rudolf Pöch-Gasse, von der Burgersteingasse gegen die Kaserne (Kosten: 280.000 S); 20, Gasse 1, von der Lorenz Müller-Gasse gegen die Dietmayrgasse (400.000 S); 21, Jerusalemgasse, vom Leopoldauer Platz bis zur Dopschstraße, Julius Ficker-Straße-Fußweg, von der Jerusalemgasse gegen die Oswald Redlich-Straße und Dopschstraße-Unbenannte Gasse, vom Fußweg gegen die Oswald Redlich-Straße (2,730.000 S); 21, Iselgasse, von der Lafnitzgasse bis zur Thayagasse (410.000 S); 22, Wagramer Straße, von der Sebaldgasse bis zur Seyringer Straße (2,3 Millionen S); 23, Perfektastraße, von der Welingergasse bis zur Ostrandstraße (1,970.000 S); 23, Rossakgasse, von der Paminagasse bis zur Schwarzenhaidestraße und von der Schwarzenhaidestraße bis zur Altmannsdorfer Straße und Pühringergasse, von der Rossakgasse bis zur Hölzelgasse (1,100.000 S); 23, Ketzergasse, von der Liesing bis zur Hochstraße, und von der Liesing bis ONr. 473, und Meierhofgasse, von der Ketzergasse gegen den Umkehrplatz (1,700.000 S); 23, Möllergasse-Fröhlichgasse, vom Liesingbach bis zur Rudolf Waisenhorn-Gasse, Gaulgasse, von der Fröhlichgasse bis zum Liesingbach und Carlbergergasse, vom Liesingbach bis zur Breitenfurter Straße (2,1 Millionen S).

Neulegung von Wasserrohren

Ferner genehmigte der Ausschuß 2,440.000 S für die Neulegung von Wasserrohren. Diese Arbeiten werden an folgenden Stellen durchgeführt:

11. Bezirk, Haidestraße-Mitterweg-Neurissenweg (500.000 S); 11, Gröretgasse, von der Hörtengasse bis Gst. 1284 (810.000 S); 21, Ringelseeplatz-Prießnitzgasse-Morelligasse und Kirchhofgasse (1,130.000 S).

\- - -

Rascher Baubeginn an der Kläranlage Inzersdorf

4. Juli (RK) Am 4. Februar dieses Jahres beschloß, wie bereits berichtet, der Wiener Gemeinderat grundsätzlich den Bau einer mechanisch-biologischen Kläranlage im 23. Bezirk, Inzersdorf, Blumental. Dieses große Projekt lag bereits heute den Mitgliedern des Gemeinderatsausschusses für Öffentliche Einrichtungen zur Genehmigung vor. Der Ausschuß bewilligte die erste Ausbaustufe mit einem Kostenaufwand von 46 Millionen Schilling sowie die erste Baurate in Höhe von sechs Millionen Schilling für das Jahr 1966. Das Projekt wird noch dem Gemeinderat zur endgültigen Beschlußfassung vorgelegt werden.

Bereits bei der Planung für dieses wichtige Projekt konnte ein großer Zeitgewinn erzielt werden, da Prof. Dr. Ing. Wilhelm von der Emde (Technische Hochschule Wien), das generelle Projekt um einen Monat früher als vorgesehen fertiggestellt hatte, so daß er bereits Mitte April mit der Ausarbeitung des Detailprojekts und des Kostenvoranschlages betraut werden konnte. Die Errichtung dieser Anlage ist eine der Voraussetzungen für den beabsichtigten umfangreichen Ausbau der Per Albin Hansson-Siedlung-Ost in Favoriten.

Die Abwässer aus dieser künftig 5.000 Wohnungen umfassenden Satellitenstadt zwischen der Favoritenstraße und der Laaer Berg-Straße könnten von dem am rechten Liesingbachufer verlaufenden Liesingtalsammelkanal nicht mehr aufgenommen werden. Zur Entlastung des Kanals soll deshalb die Kläranlage gebaut werden. Sie wird alle Abwässer aus den westlich der Pottendorfer Linie gelegenen Einzugsgebieten des rechten und linken Liesingtalsammelkanals aufnehmen und reinigen. Das gereinigte Abwasser kann dann unmittelbar in den Liesingbach eingeleitet werden.

\- - -

Rundfahrten "Neues Wien"

4. Juli (RK) Mittwoch, 6. Juli, Route 2 mit Verkehrsbauwerk Gürtel, Drittem Zentralberufsschulgebäude, Theresienbad, Südautobahneinfahrt, Schule Maiklgasse, Per Albin Hansson-Siedlung, Volkspark am Laaer Berg sowie anderestädtische Anlagen und Einrichtungen.

Abfahrt vom Rathaus, 1, Lichtenfelsgasse 2, um 13.30 Uhr.

\- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

4. Juli (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Kohl 2.50 bis 4 S, Weißkraut 1.50 bis 2 S, Tomaten 5 bis 7 S je Kilogramm.

Obst: Kirschen 5 bis 8 S, Ringlotten 5 bis 8 S, italienische Äpfel 5 bis 8 S je Kilogramm.

\- - -

Zwei neue Müllabfuhrwagen

4. Juli (RK) Die Wiener Müllabfuhr vergrößert wieder ihren Wagenpark. Der Gemeinderatsausschuß für öffentliche Einrichtungen genehmigte heute den Ankauf von zwei neuen Müllabfuhrfahrzeugen. Die Kosten dafür betragen insgesamt 1,372.000 Schilling. Die Aufbauten der beiden Fahrzeuge werden auf Fahrgestellen montiert, die von der Österreichischen Automobilfabriks-AG und der Steyr-Daimler-Puch AG hergestellt werden.

\- - -

Rinderhauptmarkt vom 4. Juli

4. Juli (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 0. Neuzufuhren Inland: Ochsen 55, Stiere 184, Kühe 325, Kalbinnen 88, Summe 652. Neuzufuhren Ungarn: 6 Kühe, 3 Kalbinnen, Summe 9. Gesamtauftrieb: Ochsen 55, Stiere 184, Kühe 331, Kalbinnen 91, Summe 661. Verkauft wurde alles.

Preise: Ochsen 14 bis 17 S, extrem 17.20 bis 17.50 S (5 Stück), Stiere 13 bis 16.20 S, extrem 16.50 bis 17 S (6 Stück), Kühe 11 bis 13.50 S, extrem 14 bis 14.70 S (16 Stück), Kalbinnen 13.40 bis 15.60 S, extrem 15.80 bis 16 S (3 Stück); Beinlvieh Kühe 8.80 bis 10.80 S, Ochsen und Kalbinnen 11 bis 13.S.

Der Durchschnittspreis erhöhte sich bei Ochsen um sieben Groschen und ermäßigte sich bei Stieren um sechs Groschen, bei Kühen um 21 Groschen und bei Kalbinnen um neun Groschen je Kilogramm; Beinlvieh verbilligte sich bis zu 30 Groschen je Kilogramm. Die Durchschnittspreise einschließlich Beinlvieh betragen: Inland: Ochsen 15.71 S, Stiere 15.27 S, Kühe 11.87 S, Kalbinnen 14.43 S; Ungarn: Kühe 14.37 S, Kalbinnen 14.80 S.

\- - -

Wirtschaftskunde für Wiener Lehrer

2. Wirtschaftskundliche Woche des Pädagogischen Instituts in Leoben

4. Juli (RK) Heute wurde die 2. Wirtschaftskundliche Woche für Pflicht- und Mittelschullehrer, die vom Pädagogischen Institut der Stadt Wien mit Unterstützung der Zentralsparkasse veranstaltet wird, in Leoben eröffnet. 180 Wiener und 30 steirische Pädagogen haben sich dazu in der mittelsteirischen Industriestadt versammelt. Sie wurden am Bahnhof von den beiden Leitern der Tagung, Landesschulinspektor Dr. Hermann Schnell und Ressortleiter Karl Damisch begrüßt. Am Vormittag waren bereits die Vertreter der Presse über Ziel und Zweck der Veranstaltung unterrichtet worden.

Bekanntlich sieht das Österreichische Schulgesetz 1962 ab dem fünften Schuljahr zwei Unterrichtsfächer vor, die es bis dahin nicht gegeben hat. Das eine nennt sich "Geschichte und Sozialkunde", das andere "Geographie und Wirtschaftskunde". Die Gegenstände sollen sowohl in den Haupt- als auch in den Mittel- und Berufsschulen unterrichtet werden Obwohl die Lehrpläne diese neuen Gegenstände vorsehen, hat man die Lehrerschaft für die damit verbundene Aufgabe nicht entsprechend vorbereitet. Viele wußten daher mit den neuen Fächern nichts anzufangen. Das Pädagogische Institut der Stadt Wien hat daher bereits seit 1954, als sich der Inhalt der Schulgesetze abzuzeichnen begann, mit Unterstützung der Zentralsparkasse wirtschaftswissenschaftliche Vortragsreihen, Seminare, Studienfahrten und Betriebsbesichtigungen für Lehrer durchgeführt. Nach 1962 wurden die Lehrstoffverteilungspläne und die Anschauungsmittel für Wirtschafts- und Sozialkunde erarbeitet.

Im Vorjahr wurde die Wiener Lehrerschaft zu einer ersten Wirtschaftskundlichen Woche in Salzburg eingeladen, an der rund 200 Pädagogen teilnahmen. Die Vorträge dieses Kurses wurden publiziert und allen Lehrern zugänglich gemacht, die Wirtschaftskund zu unterrichten haben. Wegen des großen Interesses unter den Wiener Lehrern für das neue Fach veranstalten das Pädagogische Institut und die Zentralsparkasse auch heuer wieder eine solche Woche, und zwar diesmal in Leoben. Auf dem Programm stehen

./.

Referate der Universitätsprofessoren Rektor DDr. Tautscher, Dr. Burghardt und Dr. Krasensky, von Vizebürgermeister Slavik, Generaldirektor Dr. Neubauer, Direktor Dr. Klimpt, Stadtschulrats-Vizepräsident Gemeinderat Bittner und anderen Fachleuten. Während die vorjährige Wirtschaftskundliche Woche die Grundbegriffe der Nationalökonomie darlegen wollte, ist die diesjährige speziell auf Fragen der Kommunalwirtschaft abgestellt. Man will heuer auch darauf eingehen, wie wirtschaftliche Probleme im Unterricht praktisch behandelt werden sollen. Eines der Ziele ist dabei, die Schüler so weit zu bringen, daß sie den Wirtschaftsteil einer Tageszeitung verstehen.

Die Teilnahme der Lehrer erfolgt auf freiwilliger Basis. Von den 170 Wiener Schulen, an denen Wirtschaftskunde unterrichtet wird, ist nahezu durchwegs wenigstens ein Vertreter in Leoben. Die Tagung endet Freitag abend.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Postleitzahl 1082

Dienstag, 5. Juli 1966 Blatt 2065

Ottakringerbad ist 40 Jahre alt

5. Juli (RK) Das Ottakringerbad feiert in diesen Tagen seinen 40. Geburtstag. Stadtrat Pfoch hat aus diesem Anlaß gestern nachmittag die Gemeinderäte und die Bezirksfunktionäre des 16. Bezirks zu einem Besuch in dieses beliebte städtische Sommerbad eingeladen. Besonders seit das Wasser des Schwimmbeckens via Müllverbrennungsanlage gewärmt wird, erfreut sich das traditionsreiche Bad eines verstärkten Zuspruches.

Bei der Besichtigung brachten die Ottakringer Funktionäre den Wunsch zum Ausdruck, ein zweites Badebecken anlegen zu lassen. Auch der alte aus Holz gebaute Kabinentrakt ist renovierungsbedürftig. Stadtrat Pfoch sagte zu, die Wünsche der Ottakringer nach einer Modernisierung des Bades wohlwollend prüfen zu wollen.

\- - -

Rechnungsabschluß 1965 der Wiener Stadtwerke

5. Juli (RK) Der amtsführende Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen, Dr. Maria Schaumayer, brachte heute im Wiener Stadtsenat den Rechnungsabschluß 1965 der Wiener Stadtwerke ein. Das Kontrollamt der Stadt Wien hat den Rechnungsabschluß geprüft und in Ordnung befunden. Der Gemeinderat wird sich in seiner letzten Sitzung vor den Sommerferien am kommenden Freitag mit der Vorlage beschäftigen.

Die Erfolgsrechnung weist die Summe der Erträge mit 3.879,4 Millionen, die Summe der Aufwendungen mit 4.056,4 Millionen Schilling aus. Daraus ergibt sich ein Verlust von 177 Millionen Schilling für das Jahr 1965. Die Summe der Investitionen betrug 1.050,4 Millionen, um 18,7 Prozent mehr als im Jahr vorher.

\- - -

Rundfahrten "Neues Wien"

5. Juli (RK) Donnerstag, 7. Juli, Route 3 mit Hauptfeuerwache Leopoldstadt, Marshallhof, Montagebaufabrik, Neubaugebiet Kagran, Pensionistenheim "Sonnenhof", Berufsschule für Gärtner und Naturblumenbinder sowie andere städtische Anlagen und Einrichtungen.

Abfahrt vom Rathaus, 1, Lichtenfelsgasse 2, um 13.30 Uhr.

\- - -

Im nächsten Jahr wieder um fünf Pensionistenklubs mehr

Ihre Gesamtzahl wird bereits 102 betragen

5. Juli (RK) Die Zahl der Wiener Pensionistenklubs wird im nächsten Jahr die Hunderter-Grenze überschreiten. Für die Periode 1966/67 ist nämlich beabsichtigt, fünf neue Pensionistenklubs zu eröffnen, so daß sich die Gesamtzahl auf 102 erhöhen wird. Der Wiener Stadtsenat genehmigte in seiner heutigen Sitzung einen diesbezüglichen Antrag von Stadtrat Maria Jacobi.

Ferner wurde die Entschädigung für die Leiter und die Stellvertretenden Leiter der Pensionistenklubs von 850 auf 900 Schilling monatlich erhöht. In jenen Klubs, die 100 oder mehr eingeschriebene Besucher haben, wird außerdem ein zweiter Stellvertreter eingestellt.

Wie bisher soll auch im kommenden Jahr in jedem Pensionistenklub einmal monatlich eine Filmvorführung stattfinden, die Beschäftigungsgruppen will man noch weiter ausbauen. Natürlich erhalten die Klubbesucher so wie bisher weiterhin jeden Tag ihr Schalerl Kaffee, dreimal wöchentlich Mürbgebäck und zweimal wöchentlich eine Mehlspeise sowie schließlich zweimal im Monat ein Mittagessen. Die Gesamtkosten der Führung der 102 Pensionistenklubs während der Periode 1966/67 werden rund 6,560.000 Schilling betragen.

\- - -

Straßenbahn-Kinderfahrschein auch für das neunte Schuljahr

5. Juli (RK) Mit der Einführung des neunten Schuljahres, das es heuer im September zum erstenmal geben wird, verlängert sich auch die Unterhaltspflicht der Eltern dieser Schüler um ein weiteres Jahr. Bisher hat auf den Wiener städtischen Verkehrsmitteln der Kinderfahrpreis bis zum vollendeten 14. Lebensjahr gegolten. Im Hinblick auf die durch die neue schulgesetzliche Regelung geschaffene Situation hat nun der Amtsführende Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen, Dr. Maria Schaumayer, heute in der Sitzung des Wiener Stadtsenates einen Antrag eingebracht, der vorsieht, daß der Kinderfahrschein bis zum vollendeten 15. Lebensjahr bzw. bis zum Schluß des Schuljahres benützt werden kann, in dem das 15. Lebensjahr vollendet wird. Der Fahrschein für Schulkinder kostet in Wien bekanntlich nur 50 Groschen. Kinder bis zum vollendeten 6. Lebensjahr für die kein besonderer Platz beansprucht wird, werden sogar unentgeltich befördert.

\- - -

Personalnachrichten

5. Juli (RK) Auf Antrag von Stadtrat Rudolf Sigmund hat heute der Wiener Stadtsenat dem Oberamtsrat Theodor Kirner, dem Oberstadtbaurat Dipl.-Ing. Theodor Mader, dem Brandrat Adolf Konvicka, den Amtsräten Rudolf Brunner, Eduard Kaufmann, Friedrich Meisl, Johann Preinerstorfer und Kamilla Seemann anläßlich ihrer Versetzung in den Ruhestand Dank und Anerkennung ausgesprochen.

\- - -

Kreditrahmen für zinsenfreie Instandhaltungsdarlehen bereits 1.800 Millionen Schilling

5. Juli (RK) Der städtische Finanzrefernet Vizebürgermeister Felix Slavik hat heute in der Sitzung des Wiener Stadtsenates eine weitere Erhöhung des Gesamtbetrages für die Gewährung zinsenfreier Darlehen zur Instandhaltung von privaten Wohnhäusern bzw. zur Herstellung von Kanälen und zum Einbau von Aufzügen beantragt. Der Kreditrahmen, der erst im Februar dieses Jahres auf 1.600 Millionen Schilling erhöht worden war, wird nunmehr um weitere 200 Millionen auf 1.800 Millionen Schilling erweitert, da der zur Verfügung gestandene Betrag bereits bis auf fünf Millionen Schilling verbraucht worden ist.

Gleichzeitig soll der Magistrat ermächtigt werden, diese unverzinslichen Darlehen bis auf weiteres nur in jenen Fällen zu gewähren, in denen zur Deckung der Instandhaltungskosten von Wiener Wohnhäusern die Schlichtungsstelle oder das Gericht eine Erhöhung der Hauptmietzinse auf mehr als das Fünfeinhalbfache des gesetzlichen Hauptmietzinses bewilligt hat. In den letzten Jahren betrug das Mietzinsvielfache das Viereinhalbfache. Diese Änderung ist notwendig, um diese sehr beliebte Aktion der Wiener Stadtverwaltung weiterhin so großzügig durchführen zu können.

\- - -

Heuer bereits sechs Subventionslisten der Gemeinde Wien

5. Juli (RK) Wieder erhalten fünf wichtige Einrichtungen und Vereinigungen aus Steuermitteln der Gemeinde Wien Zuschüsse. Es ist dies bereits die sechste Subventionsliste in diesem Jahr, die heute der städtische Finanzreferent Vizebürgermeister Felix Slavik dem Wiener Stadtsenat vorgelegt hat. Die Österreichische Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation, die sich zur Aufgabe gemacht hat, körperbehinderten Kindern einen Erholungsaufenthalt zu ermöglichen, erhält 10.000 Schilling. Das Berufsförderungsinstitut, das vor allem verschiedene Nach- und Umschulungskurse veranstaltet, bekommt 250.000 Schilling. Die weiteren Subventionsempfänger sind: Österreichisches Institut für Jugendkunde 50.000 Schilling, der Wiener Fischerei-Ausschuß 36.590 Schilling, der Wiener Landesjagdverband 30.000 Schilling und die Schule der Gemeinde Bierbaum am Auersbach, die auch von Wiener Pflegekindern besucht wird, erhält 35.000 Schilling.

\- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

5. Juli (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Karfiol 4 S bis 6 S je Stück, Karotten 4 S bis 5 S je Kilogramm, Tomaten 4 S bis 6,80 S je Kilogramm.

Obst: Birnen 4,80 S bis 6 S je Kilogramm, Pfirsiche 6 S bis 10 S je Kilogramm, Ringlotten 5 S bis 10 S je Kilogramm.

\- - -

Vier neue Schulen in Brigittenau und Donaustadt

5. Juli (RK) Der Wiener Stadtsenat befaßte sich heute auf Antrag von Stadtrat Gertrude Sandner mit der grundsätzlichen Genehmigung zur Errichtung einer neuen Schule in 22, Quadenstraße. In Hirschstetten, südlich der Quadenstraße, wird bekanntlich eine große Wohnhausanlage mit insgesamt 1.000 Wohnungen errichtet. Mit ihrem Bau wird voraussichtlich Ende nächsten Jahres begonnen. Das nächstgelegene Schulgebäude in der Plankenmaisstraße kann den durch diese Wohnungen zu erwartenden Schülerzuwachs nicht mehr aufnehmen. Die Berechnungen des Wiener Stadtschulrates haben ergeben, daß eine neue achtklassige Volksschule erforderlich sein wird, die im Bedarfsfall um vier Klassen erweiterungsfähig sein muß. Die grundsätzliche Genehmigung dieses Projekts schafft die juristischen Grundlagen für die Freimachung des Grundstückes.

Der Stadtsenat behandelte dann die von Kulturstadtrat Gertrude Sandner vorgelegten Pläne für drei weitere Schulbauten. Über die erforderlichen Baugenehmigungen referierte Vizebürgermeister Dr. Heinrich Drimmel. Diese drei neuen städtischen Schulhäuser sind für den 20. und 22. Bezirk vorgesehen: Auf einem 9.465 Quadratmeter großen Grundstück nördlich der Adalbert Stifter-Straße, an der Dietmayrgasse, wird eine 16klassige Volksschule für Knaben und Mädchen errichtet, die auch zwei Turnsäle, einen Pausenhof und einen Spielplatz haben wird. Die Schule, deren Errichtung wegen neuer Wohnhausanlagen an der Adalbert Stifter-Straße notwendig ist, wird rund 32 Millionen Schilling kosten.

Die Donaustadt erhält außer der Schule an der Quadenstraße noch zwei weitere Schulneubauten. Einer wird in der Anton Sattler-Gasse errichtet. Es soll eine achtklassige Volksschule für Knaben und Mädchen mit einem Turnsaal, einer Pausenhalle, einer Zentralgarderobe, einem Pausenhof und einem Spielplatz werden und etwa 10,8 Millionen Schilling kosten.

Der bestehende Schulneubau in der Düsseldorfstraße wird planmäßig um acht Klassenzimmer, einen Turnsaal und die erforderlichen Nebenräume erweitert.

./.

Dieser Zubau war von Anfang an für den Fall geplant, daß im Einzugsgebiet weitere Wohnhausanlagen entstehen. Heuer wird mit der Errichtung von 170 Wohnungen an der Rugierstraße und weiteren 700 Wohnungen am Purchmannweg im Montagebauverfahren begonnen, sodaß ein weiterer Schulraumbedarf gegeben erscheint. Die Schulerweiterung wird etwa 10,8 Millionen Schilling kosten.

Der Wiener Gemeinderat wird am Freitag endgültig über diese Projekte beschließen.

\- - -

Straßenumbau auf dem Karlsplatz wegen neuer Zweierlinie

5. Juli (RK) Baustadtrat Kurt Heller berichtete heute in der Sitzung des Wiener Stadtsenates, daß der Straßenbahnbetrieb auf der unterirdischen Zweierlinie voraussichtlich im Oktober dieses Jahres aufgenommen werden wird. Mit der Auffahrtsrampe neben der Secession müssen auch neue Straßenbahngleise im Bereiche des Karlsplatzes gelegt und neue Fahrbahnen sowie Gehsteige geschaffen werden. Wegen der großen Verkehrsbedeutung des Karlsplatzes sollen die Straßenbauarbeiten in Abschnitten und zum überwiegenden Teil unter Aufrechterhaltung des Verkehrs durchgeführt werden. Für diese Arbeiten sind vier Millionen Schilling vorgesehen.

\- - -

Block VI für Kraftwerk Simmering

5.Juli (RK) Der Wiener Stadtsenat befaßte sich heute mit einem Antrag von Stadtrat Dr. Maria Schaumayer, der im Kraftwerk Simmering einen weiteren 100/110-MW-Block als letzte Ausbaustufe vorsieht. Die Kosten werden sich auf 325 Millionen Schilling belaufen. Diese relativ geringe Summe - sie liegt um etwas mehr als 30 Prozent unter denen anderer gleichgroßer kalorischer Kraftwerke - ist nicht nur der äußerst kurzfristig veranschlagten Bauzeit von 30 Monaten zuzuschreiben, sondern auch dem Umstand, daß zahlreiche Nebenanlagen sowie hochwertige Reserveteile der bisher installierten Blockkraftwerke mit verwendet werden können. Auch die Baustelleneinrichtungen des in Fertigung befindlichen Blocks V fallen darunter.

Natürlich werden die 325 Millionen Schilling nicht auf einmal aufgebracht: 30 Millionen sollen im heurigen Investitionsplan der Elektrizitätswerke Aufnahme finden. Die restlichen Mittel werden in den Plänen der Folgejahre sichergestellt. Besonders bemerkenswert an der neuen Anlage ist der beabsichtigte Einbau einer Schnellstarteinrichtung, die es erlaubt, in Zeiten geringen Bedarfs das Kraftwerk abzustellen und es doch kurzfristig wieder "hochzuführen", wie der Fachausdruck bedeutet. Es ist dies eine wertvolle Ergänzung zum rationellen Einsatz der bereits vorhandenen Anlagen. Selbstverständlich wird es auch bei Block VI möglich sein, alle drei zu Verfügung stehenden kalorischen Brennstoffe, nämlich Kohle, Öl und insbesondere Erdgas, einzusetzen. Damit ist eine erfreulich günstige Kostenlage auf dem Brennstoffsektor erreicht.

\- - -

Neue Pumpwerke, größere Wasserbehälter

5. Juli (RK) In der heutigen Sitzung des Wiener Stadtsenates referierte Stadtrat Hubert Pfoch die Pläne für den Neubau des Wasser-Hebewerkes Rosenhügel, die zur endgültigen Beschlußfassung noch dem Wiener Gemeinderat zugeleitet werden.

Der Behälter Rosenhügel wird durch die Einleitung der "Sieben Quellen" wesentlich größere Wassermengen erhalten als bisher. Diese Wassermengen werden in der Tiefzone nicht verbraucht, da diese jetzt durch das neue Grundwasserwerk Lobau zusätzlich beliefert wird.

Die Mittelzone aber hat einen ständig steigenden Wasserbedarf, der aus dem Lainzer Behälter nicht mehr voll befriedigt werden kann. Das Hebewerk Rosenhügel muß daher immer mehr Wasser in die Mittelzone pumpen. Außerdem muß es auf die Dauer der sogenannten Abkehren, das sind die regelmäßigen Kontrollen der Zweiten Hochquellenleitung, Wasser in die erste und zweite Hauptleitung heben, wozu die derzeitige Pumpleistung nicht mehr ausreicht. Das bestehende Hebewerk wurde nämlich schon 1935 errichtet, seine Maschinen sind veraltet und die Leistung beträgt nur 70.000 Kubikmeter pro Tag. Das neue Hebewerk soll aber eine Tageskapazität von 125.000 Kubikmeter erhalten. Das Projekt erfordert 7,9 Millionen Schilling. Für 1966 ist eine Baurate von einer Million Schilling vorgesehen.

Auch der Gemeinderatsausschuß für Öffentliche Einrichtungen beschloß die Errichtung mehrerer Projekte zur Verbesserung der Wasserversorgung. So wird auf dem Schafberg ein kleineres automatisches Pumpwerk errichtet, das den auf der Ladenburghöhe errichteten Trinkwasserbehälter Schafberg II versorgen soll. Die Baumeisterarbeiten für dieses Pumpwerk kosten 385.000 Schilling. Gleichzeitig muß ein 400 Millimeter-Pumprohrstrang von diesem neuen Hebewerk zum Behälter und ein 250 Millimeter-Ableitungsrohrstrang von dem Reservoir zum Versorgungsnetz errichtet werden. Diese Rohrleitungen kosten rund sechs Millionen Schilling, wovon noch heuer drei Millionen Schilling ausgegeben werden sollen.

./.

Bauarbeiten für die Ringleitung Ost beginnen

Der Wiener Gemeinderat hat schon am 4. Februar den Bau der Wasser-Ringleitung Ost mit einem Gesamtkostenerfordernis von 54 Millionen Schilling beschlossen. Der Gemeinderatsausschuß für Öffentliche Einrichtungen vergab die Erd- und Baumeisterarbeiten für dieses Projekt, die 6,5 Millionen Schilling kosten. Für 1966 ist eine erste Baurate von 4,2 Millionen Schilling vorgesehen.

\- - -

Ampeln und "Grüne Wellen"

5.Juli (RK) In der Grünbergstraße, in der Erzherzog Karl-Straße und in der Praterstraße werden durch zwei beziehungsweise drei koordinierte Verkehrslichtsignalanlagen kleine "Grüne Wellen" geschaffen. Diese Pläne sowie das Projekt von drei automatischen Ampelanlagen am Schwarzenbergplatz fanden heute auf Antrag von Vizebürgermeister Dr. Heinrich Drimmel die Zustimmung des Wiener Stadtsenats.

Der Straßenzug Grünbergstraße - Winckelmanngasse wird an den Kreuzungen mit der Schönbrunner Straße, der Schönbrunner Schloßstraße und der Linken Wienzeile neue Verkehrsampeln erhalten. Die drei Lichtsignalanlagen werden so koordiniert sein, daß die Kraftfahrer bei normalen Tempo an der jeweils nächsten Kreuzung "grün" haben werden. Da dieser Straßenzug Bundesstraße ist, werden die Kosten von rund zwei Millionen Schilling zwischen dem Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau und der Stadt Wien geteilt.

Die Erzherzog Karl-Straße im 22. Bezirk wird an den Kreuzungen mit der Magdeburgstraße und der Viktor Kaplan-Straße neue Ampelanlagen erhalten. Die bereits im Bau befindliche Verkehrslichtsignalanlage an der Kreuzung Industriestraße wird mit den zwei genannten koordiniert, sodaß auch hier eine "grüne Welle" entsteht. Die Gesamtkosten des Projekts betragen rund 1,5 Millionen Schilling.

An der Kreuzung 2, Praterstraße-Rotensterngasse wird eine neue automatische Ampelanlage errichtet, die mit den Lichtsignalanlagen am Praterstern koordiniert werden soll. So wird den Kraftfahrern ein zügiger Verkehr durch die Praterstraße bis zur Reichsbrücke ermöglicht. Die für die Koordinierung erforderlichen Verbindungen werden durch Luftkabel hergestellt. Die Kosten der Anlage betragen 470.000 Schilling. Alle diese Projekte werden am kommenden Freitag dem Wiener Gemeinderat zur endgültigen Beschlußfassung vorliegen.

./.

Auch der Gemeinderatsausschuß für Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten gab heute der Errichtung von drei Ampelanlagen seine Zustimmung. Es handeltsich dabei um automatische Verkehrslichtsignalanlagen am Schwarzenbergplatz, und zwar an den Kreuzungen Daffingergasse-Rennweg, Brucknergasse-Schwarzenbergplatz und Gußhausstraße-Prinz Eugen-Straße. Die bereits bestehenden Anlagen in der Lothringerstraße und am Heumarkt sollen erweitert werden. Diese Ampelanlagen, die 960.000 Schilling kosten, stellen ein Langzeitprovisorium dar und werden bis zu jenem Zeitpunkt ihre Funktion erfüllen, da der Schwarzenbergplatz den Verkehrserfordernissen entsprechend umgebaut wird.

\- - -

Schweinehauptmarkt vom 5. Juli

5. Juli (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Neuzufuhren Inland: 2.735 Stück, Jugoslawien 1.249 Stück, Bulgarien 1.882 Stück, Ungarn 910 Stück, DDR 1.179 Stück, Summe 7.955 Stück. Verkauft wurde alles.

Preise: extrem 17.20 bis 17.50 S, 1. Qualität 16 bis 17 S, 2. Qualität 15 bis 16 S, 3. Qualität 14 bis 15 S, Zuchten extrem 13.50 bis 13.80 S, Zuchten 12 bis 13.20 S, Altschneider 10.50 bis 11.50 S, ausländische Schweine: Jugoslawien 13.80 bis 15.80 S, Bulgarien 13 bis 15.80 S, Ungarn 13.80 bis 16 S, DDR-Schweine 13.80 bis 16 S. Der Durchschnittspreis für inländische Schweine ermäßigte sich um 1.32 S je Kilogramm und beträgt 15.40 S, für ausländische Schweine ermäßigte er sich um 57 Groschen je Kilogramm und beträgt 14.97 S, für bulgarische Schweine ermäßigte er sich um 32 Groschen und beträgt 14.59 S, für DDR-Schweine ermäßigte er sich um 46 Groschen und beträgt 15.32 S, für jugoslawische Schweine ermäßigte er sich um 27 Groschen und beträgt 15.16 S, für ungarische Schweine ermäßigte er sich um 3 Groschen und beträgt 15.87 S.

Außermarktbezüge in der Zeit vom 1. bis 5. Juli, 785 Stück.

\- - -

Pferdehauptmarkt vom 5. Juli

5. Juli (RK) Aufgetrieben wurden 58 Stück, hievon 6 Fohlen. Als Schlachttiere wurden 41 Stück verkauft, als Nutztiere keines, unverkauft blieben 17 Stück.

Herkunft der Tiere: Wien 3, Burgenland 10, Niederösterreich 34, Steiermark 3, Salzburg 1, Oberösterreich 7.

Preise: Schlachttiere Fohlen 14 bis 15 S, Pferde extrem 11.50 bis 11.80 S, 1. Qualität 10 bis 11 S, 2. Qualität 9 bis 9.80 S, 3. Qualität 8.20 bis 8.50 S. Der Durchschnittspreis für inländische Schlachtpferde erhöhte sich um 3 Groschen je Kilogramm und ermäßigte sich für inländische Schlachtfohlen um 1.31 S je Kilogramm. Der Durchschnittspreis für Schlachtpferde beträgt 10.26 S, Schlachtfohlen 14.75 S, Pferde und Fohlen 1 .70 S.

\- - -

Donnerstag, 7. Juli:

Eröffnung der umgebauten Sandleitengasse

5. Juli (RK) Übermorgen Donnerstag, dem 7. Juli, um 8 Uhr früh, wird Baustadtrat Kurt Heller die umgebaute Sandleitengasse in Ottakring dem Verkehr übergeben. Die Eröffnungsgäste treffen sich Ecke Sandleitengasse - Wilhelminenstraße.

Gechrte Redaktion!

Sie werden herzlich eingeladen, zur Eröffnung der Sandleitengasse am Donnerstag, dem 7. Juli, 8 Uhr, Ecke Wilhelminenstraße, Berichterstatter und Fotoreporter zu entsenden!

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

Postleitzahl 1082

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Am Freitag Wiener Landtag und Gemeinderat

6. Juli (RK) Am Freitag, dem 8. Juli, um 10 Uhr, tritt der Wiener Landtag zu seiner voraussichtlich letzten Geschäftssitzung vor den Ferien zusammen. Auf der Tagesordnung stehen das Wiener Landeslehrer-Diensthoheitsgesetz 1966 (Referent Stadtrat Rudolf Sigmund), das Behindertengesetz (Referent Stadtrat Maria Jacobi) und das Gebrauchsabgabegesetz 1966 (Referent Landeshauptmann-Stellvertreter Felix Slavik).

Im Anschluß daran findet eine Sitzung des Wiener Gemeinderates statt. Die Tagesordnung umfaßt 104 Geschäftsstücke, darunter die Rechnungsabschlüsse der Bundeshauptstadt Wien und der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1965 sowie den Kontrollamtsbericht über das vergangene Jahr.

\- - -

Geehrte Redaktion!

Wir erinnern daran, daß morgen Donnerstag, den 7. Juli, um 10.30 Uhr, im Gebäude der Magistratsabteilung 48 in Wien 5, Einsiedlergasse 2 (Ecke Margaretengürtel) der Stadtrat für Öffentliche Einrichtungen, Hubert Pfoch, eine Pressekonferenz abhält, bei der er einen Zwischenbericht über die "Sauberkeitsaktion" der Stadtverwaltung geben und Spezialfahrzeuge der Wiener Stadtreinigung zeigen wird.

\- - -

Konjunktur läßt nach - wirtschaftliches Verständnis nötig

Die ersten Referate der wirtschaftskundlichen Woche in Leoben

6. Juli (RK) Die vom Pädagogischen Institut der Stadt Wien und der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien für rund 200 Lehrer veranstaltete wirtschaftskundliche Woche in Leoben wurde vorgestern im Beisein der Abgeordneten Troll und Pohl, des Bürgermeisters der Stadt Leoben Direktor Leopold Posch sowie zahlreicher Mitglieder der steirischen Schulverwaltung und der lokalen Sparkasse durch Landesschulinspektor Dr. Schnell und Ressortleiter Damisch eröffnet.

Den ersten Vortrag hielt Ressortleiter Dr. Alfons Haiden über aktuelle wirtschaftspolitische Probleme. Er führte aus, daß die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums in Österreich, aber auch in den anderen europäischen Ländern in Verbindung mit dem Problem der Erhaltung der Geldwertstabilität für alle Träger der Wirtschaftspolitik eine neue Situation geschaffen habe. Das geänderte Verhältnis der Sozialpartner und die Veränderungen in der Zielvorstellung fordern von den Trägern der Wirtschaftspolitik den Mut zu unpopulären Entscheidungen. Dies bedingt aber auch eine weitgehende Aufklärung der Bevölkerung über die tatsächlich gegebenen Möglichkeiten der österreichischen Wirtschaft. Besonderes Gewicht legte der Referent auf die Bereiche der Strukturpolitik und der Arbeitsmarktpolitik, wobei vor allem auf dem letzten Gebiet sehr enge Verbindungen zur Sozial- und Familienpolitk geschaffen werden müssen. Gerade in der heutigen Zeit ist es Aufgabe der Schulen, die Jugend zu einem wirtschaftlich aufgeschlossenen Denken und zum Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge zu erziehen.

Den zweiten Vortrag hielt Direktor Dipl.-Ing. Karl Pröbsting über Umfang und Bedeutung der Gemeinwirtschaft in Österreich.

Der zweite Arbeitstag begann mit einem Vortrag von Univ.-Prof. Dr. Dkfm. Anton Burghardt über den Konsum als Gegenstand der Wirtschaftskunde. Nach einer eingehenden Klärung des Konsumbegriffes in der Volkswirtschaft führte der Referent aus, daß es ein Verdienst der österreichischen Schule der Nationalökonomie im

./.

ausgehenden 19. Jahrhundert war, diesen bisher vernachlässigten Begriff in den Mittelpunkt wirtschaftlicher Betrachtung gestellt zu haben. Er stellte die Forderung nach einer schulischen Erziehung zur Konsumdisziplin an den Schluß seiner Betrachtungen und erblickte darin die Chance, daß die Schüler von heute als Produzenten von morgen die Ergebnisse ihrer Tätigkeit im Produktionsprozeß nach vernünftigen und sittlich angemessenen Grundsätzen konsumieren werden.

\- - -

Richtigstellung zum Schweinehauptmarkt vom 5. Juli

6. Juli (RK) Auf Blatt 2078 der gestrigen "Rathaus-Korrespondenz" wurden die Schweine-Zufuhren aus Bulgarien irrtümlich mit 1.882 Stück angegeben. Tatsächlich wurden jedoch aus Bulgarien 3.882 Schweine eingeführt. Die Gesamtsumme betrug daher 9.955 Stück.

\- - -

Rundfahrten "Neues Wien"

6. Juli (RK) Freitag, 8. Juli, Route 4 mit Erholungsgebiet Laxenburg. (Dauer etwa vier Stunden, aus technischen Gründen ist die Teilnehmerzahl auf drei Autobusse beschränkt, diese Route ist für gebrechliche oder gehbehinderte Personen nicht geeignet).

Abfahrt vom Rathaus, 1, Lichtenfelsgasse 2, um 13.30 Uhr.

\- - -

Wien Mitglied des "Internationalen Arbeitskreises Sportstättenbau"

6. Juli (RK) Der Wiener Stadtsenat beschloß auf Antrag von Kulturstadtrat Gertrude Sandner den Beitritt der Stadt Wien zum Verein "Internationaler Arbeitskreis Sportstättenbau". Dieser Verein mit dem Sitz in Köln, dem die Stadt Wien nunmehr als ordentliches stimmberechtigtes Mitglied angehören wird, dient ausschließlich gemeinnützigen Zwecken. Er hat sich unter anderem den Austausch von Erfahrungen bei der Planung, beim Bau, bei der Ausstattung und beim Betrieb von Sport-, Spiel- und Erholungsanlagen aller Art zur Aufgabe gestellt.

Mit der Sammlung, Auswertung, Weitervermittlung und Koordinierung von Forschungsergebnissen auf diesem Gebiet will der internationale Verein den Bau guter Sportanlagen fördern. Der Erfahrungsaustausch gilt dabei nicht nur allen mit dem Sport und dem Bauwesen direkt im Zusammenhang stehenden Fragen, sondern auch der Pädagogik und der Medizin. Ferner beschäftigt sich der Arbeitskreis intensiv mit der Öffentlichkeitsarbeit (Presse, Film, Fernsehen, Ausstellungen), veranstaltet Fachtagungen und Lehrgänge und tritt als Berater bei der Planung und dem Bau von Sportstätten auf.

\- - -

Erholungsaufenthalte für 20.000 Wiener Kinder gesichert

6. Juli (RK) Das Kuratorium des Fonds "Wiener Jugendhilfswerk" trat kürzlich zu einer Sitzung zusammen, um über die Aufteilung der Beträge aus der Haussammlung und der Wiener Jugendhilfswerk-Lotterie 1966 sowie der Subventionen und Zuschüsse der Wiener Gebietskrankenkasse zu beschließen.

Es wurde die Aufteilungsquote für Freiplätze und Zuschüsse aus den zur Verfügung stehenden Mitteln in der Gesamthöhe von 3,608.523 Schilling festgesetzt. Mit diesem Geld wird rund 20.400 Wiener Kindern der dem WIJUG angeschlossenen Organisationen der verschiedensten politischen und konfessionellen Richtungen ein Erholungsaufenthalt in einem Heim oder einer Tageserholungsstätte gewährt werden können.

\- - -

Überreichung der Julius Tandler-Medaille

6. Juli (RK) Im Wiener Rathaus überreichte heute vormittag Bürgermeister Bruno Marek im Beisein von Stadtrat Maria Jacobi an die Fürsorgerin Leopoldine Domes und an Oberschulrat Josef Zvieger die Professor Dr. Julius Tandler-Medaille, die den beiden vom Wiener Gemeinderat am 20. Mai verliehen worden war.

Stadtrat Maria Jacobi stellte die Medaillenträger vor und Bürgermeister Marek würdigte die Verdienste der Ausgezeichneten:

Leopoldine Domes ist aus ideellen Gründen aus einer aussichtsreichen Position in der Privatwirtschaft zum Fürsorgerinnenberuf hinübergewechselt. Sie hat sich besonders um den Aufbau der Großpflegefamilien verdient gemacht, deren Zahl von fünf auf 33 erhöht werden konnte. Sie befaßt sich auch intensiv mit Kinderpsychologie, Kinderpsychiatrie und Heilpädagogik.

Oberschulrat Josef Zvieger war von 1946 bis 1957 Hauptschuldirektor. Er wurde 1925 zum Sekretär der Wiener Kinderfreunde bestellt und hat sich in dieser Eigenschaft besonders bei Erholungsaktionen für Kinder verdient gemacht. Als Vertreter der Kinderfreunde und seit 1953 als Sekretär der Wiener Volkshilfe gehörte er auch dem Kuratorium des Wiener Jugendhilfswerks an. Für seine karitative Tätigkeit für die Flüchtlinge während der ungarischen Oktober-Revolution 1956 erhielt Oberschulrat Zvieger das Silberne Verdienstzeichen der Republik Österreich.

\- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

6. Juli (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Karotten 3.50 bis 5 S, Weißkraut 1.50 bis 3.50 S, Tomaten 4 bis 6.80 S je Kilogramm.

Obst: Birnen 5 bis 6 S, Kirschen 6 bis 10 S, Pfirsiche 6 bis 10 S je Kilogramm.

\- - -

Französische Bürgermeister "besetzten" den Kahlenberg

6. Juli (RK) Eine friedliche Bürgermeister-"Invasion" gab es heute mittag auf dem Kahlenberg: unter den sieben französischen Parlamentsabgeordneten, die sich vom 5. bis 12. Juli auf einer Studienreise in Österreich aufhalten und heute von Bürgermeister Bruno Marek zu einem Empfang in das Restaurant auf dem Kahlenberg geladen waren, befinden sich fünf Bürgermeister französischer Gemeinden. Der Delegationsleiter, Abgeordneter Paul Becue, ist das Oberhaupt von Eth, einem Ort in Nordfrankreich, ferner gehören der Delegation die Bürgermeister von Tours, Thiers, Saint-Sever und Saint-Lyphard an. Die Delegation besucht Wien und die österreichischen Landeshauptstädte, um Probleme der österreichischen Wirtschaft, im besonderen der Raumplanung und des Bauwesens, zu studieren.

In Vertretung des Bürgermeisters hieß Stadtrat Rudolf Sigmund die Gäste herzlich willkommen. Seitens der Stadt Wien waren auch der Erste Landtagspräsident Dr. Wilhelm Stemmer und der Zweite Landtagspräsident Karl Mühlhauser sowie Stadtrat Dr. Pius Prutscher erschienen. Von französischer Seite nahmen Botschafter Louis Roché und Handelsrat Edmont Cailleteau an dem Empfang teil. Stadtrat Sigmund befaßte sich in seiner Tischrede mit den Aufgaben und Problemen einer Stadtverwaltung im allgemeinen und gab den Gästen einen kurzen Überblick über den Wiederaufbau in Wien, der in gemeinsamer Arbeit der beiden großen politischen Parteien und mit tatkräftiger Hilfe aller Wiener durchgeführt werden konnte.

Botschafter Roché dankte im Namen der Gäste für den Empfang und betonte, daß es natürlich nicht möglich sei, Österreich in einer Woche kennenzulernen. Die Delegationsmitglieder aber hätten bisher doch schon so viel gesehen, daß ihre Eindrücke die großen Erwartungen, mit denen sie nach Österreich und vor allem nach Wien, in die "Welthauptstadt der Musik", gekommen seien, schon jetzt weit übertreffen.

./.

Der Bürgermeister von Tours, Prof. Jean Royer, schloß sich den Dankworten des Botschafters an und sprach der Stadtverwaltung die Anerkennung der Delegationsmitglieder für den großen technischen Fortschritt des Wiener Bauwesens aus.

Abschließend überreichte Stadtrat Sigmund im Namen des Bürgermeisters und der Stadtverwaltung dem Delegationsleiter einen Abdruck des ältesten erhaltenen Stadtsiegels von Wien, die Delegationsmitglieder erhielten als Erinnerungsgeschenk Bildbände über unsere Stadt.

\- - -

Hamburger Jugendliche lernen "Wien als europäisches Kulturzentrum" kennen

6. Juli (RK) Eine Gruppe von 30 katholischen Jugendlichen aus Hamburg, die sich gegenwärtig in Wien aufhält, stattete heute nachmittag dem Wiener Rathaus einen Besuch ab. Vizebürgermeister Dr. Heinrich Drimmel, der die jungen Gäste in den Wappensälen begrüßte, hielt den interessiert lauschenden Jugendlichen einen aufschlußreichen Vortrag über das Thema "Wien als europäisches Kulturzentrum". Nach den begeistert aufgenommenen Ausführungen des Vizebürgermeisters wurden den Gästen zur Erinnerung Bildbände über Wien überreicht.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Lehrer lernen Probleme der Kommunalpolitik kennen

7. Juli (RK) Im Rahmen der vom Pädagogischen Institut der Stadt Wien und der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien gemeinsam veranstalteten wirtschaftskundlichen Woche in Leoben skizzierte Direktor Dr. Klimpt in sehr lebendiger und anschaulicher Darstellung die verschienen Wirtschaftssysteme mit ihren Vorzügen und Nachteilen, wobei er auf die Unterschiede zwischen theoretischer Vorstellung und praktischer Auswirkung hinwies und zum Schluß seiner Ansicht Ausdruck gab, daß in der Entwicklung zum Wohlfahrtsstaat Elemente der marktwirtschaftlichen Ordnung mit planwirtschaftlichen Elementen zu einer fruchtbringenden Synthese verschmelzen werden.

Der Leobner Bürgermeister Direktor Leopold Posch gab in seinem Vortrag über die Finanzpropleme der Stadt Leoben eine Darstellung der kommunalpolitischen Aufgaben einer Stadt mittlerer Größe, wobei er besonders betonte, daß sich gerade die Arbeit des Kommunalpolitikers in ununterbrochenem Kontakt mit der Bevölkerung und unter ständiger Kontrolle durch die Bevölkerung vollziehen muß.

Der Vizepräsident des Stadtschulrates für Wien, Gemeinderat Direktor Markus Bittner, stellte wichtige Budgetfragen der Bundeshauptstadt dar, wobei er besonders auf Fragen der Schulverwaltung einging. Er zeigte auf, wie auch ein umfangreiches Zahlenmaterial durch geschickt gewählte Vergleiche und Beispiele Kindern verständlich gemacht werden kann.

./.

Einzelne Arbeitsgruppen beschäftigten sich mit den der jeweiligen Schulart entsprechenden Fragen des Lehrplanes, der Lehrstoffverteilung und der Verwendung einschlägiger Arbeitsmittel. Dabei wurden wertvolle Vorschläge für die Ausgestaltung der vorhandenen und die Schaffung neuer Unterrichtshilfen erarbeitet.

Um den Tagungsteilnehmern auch einen Einblick in die Wirklichkeit des Wirtschaftslebens zu ermöglichen, wurden Betriebsbesichtungen im Leobner Raum durchgeführt. Besucht wurden der Erzberg und das Werk Donawitz der Österreichischen Alpine Montangesellschaft.

\- - -

Ab Samstag:

Umleitung der Autobuslinie 6

7. Juli (RK) Ab Samstag, dem 9. Juli, werden wegen Gleisbauarbeiten in der Währinger Straße die Autobusse der Linie 6 und der Nachtlinie G in der Fahrtrichtung zur Stadt über Sensengasse - Spitalgasse - Alser Straße - Universitätsstraße - Zufahrtstraße im Zuge der Maria Theresien-Straße zur Schottengasse umgeleitet.

\- - -

Musikveranstaltungen in der Woche vom 11. bis 17. Juli

7. Juli (RK)

Montag, 11. Juli:

17.00 Uhr, 3. Bezirk, Oberer Belvedere-Garten: Kulturamt der Stadt Wien: Promenadekonzert; Wiener Konzertorchester, Dirigent Jaro Schmid (Suppé, Johann Strauß, Hellmesberger, Waldteufel, Komzak, Lehár, Ziehrer, Taborski, Loubé, Fucik)

20.00 Uhr, Palais Schwarzenberg: Kulturamt der Stadt Wien: Arienabend Jadwiga Romanska (Sopran), Kasimierz Myrlak (Tenor), am Flügel Hans Dokoupil (Scarlatti, Mozart, Donizetti, Rossini, Cilea, Delibes, Tschaikowsky, Giordano, Szymanowski, Moniuszko, Verdi)

Dienstag, 12. Juli:

17.30 Uhr, 15. Bezirk, Märzpark: Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Musikkapelle der Wiener Verkehrsbetriebe

17.30 Uhr, 21. Bezirk, Wasserpark: Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Polizeimusik Wien

20.00 Uhr, Wiener Rathaus, Arkadenhof: Kulturamt der Stadt Wien: 4. Orchesterkonzert; Niederösterreichisches Tonkünstlerorchester, Dirigent Alexander Paulmüller (Haydn: Oxford-Symphonie Nr. 92 G-dur; Walzel: Zwei Orchesterstücke; Respighi: "Fotane di Roma"; Kodály: "Tänze aus Galanta")

Mittwoch, 13. Juli:

20.00 Uhr, Palais Lobkowitz: Kulturamt der Stadt Wien: Konzert Ernestine Riedel, Violine - Kurt Rapf, Klavier (Walton, dello Joio, Mozart, Paganini, Wieniawski)

Donnerstag, 14. Juli:

17.00 Uhr, 1. Bezirk, Volksgarten: Kulturamt der Stadt Wien: Promenadekonzert; Wiener Konzertorchester, Dirigent: Jaro Schmid (Johann Strauß, Josef Strauß, Komzak, Eysler, Wertheim-Kremser, Babinski, Dostal, Lehár, Pauspertl)

17.30 Uhr, 11. Bezirk, Herderpark: Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Musikkapelle der Wiener Verkehrsbetriebe

17.30 Uhr, 12. Bezirk, Steinbauerpark: Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Polizeimusik Wien

17.30 Uhr, 16. Bezirk, Kongreßpark: Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Musikkapelle der Wiener Verkehrsbetriebe

./.

20.00 Uhr, Palais Palffy: Kulturamt der Stadt Wien: Konzert Eszter Isépy, Cello - Zsuzsanna Sirokay, Klavier (Bach, Frescobaldi, Haydn, Kodály, Granados, Rimsky-Korssakow, Debussy, Bartók, Ravel, Popper)

Freitag, 15. Juli:

17.30 Uhr, 10. Bezirk; Volkspark Laaer Berg: Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Polizeimusik Wien

17.30 Uhr, 20. Bezirk, Allerheiligenplatz: Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Musikkapelle der Wiener Verkehrsbetriebe

20.00 Uhr, Wiener Rathaus, Arkadenhof: Kulturamt der Stadt Wien: 5. Orchesterkonzert; Wiener Symphoniker, Dirigent Yoichiro Omachi (Mozart: Ouverture zu "Die Hochzeit des Figaro"; Haydn: Symphonie Nr. 98 B-dur; Beethoven: 3. Symphonie Es-dur op. 55 "Eroica")

\- - -

Rundfahrten "Neues Wien"

7. Juli (RK) Samstag, 9. Juli, Route 5 mit Hannovermarkt, Kindergarten Pappenheimgasse, Neubaugebiet Brigittenau, Donaupark mit Donauturm, Kultur- und Verkehrszentrum Floridsdorf, Schule Strebersdorf und Nordeinfahrt sowie anderen städtischen Anlagen und Einrichtungen im 20. und 21. Bezirk.

Abfahrt vom Rathaus, 1, Lichtenfelsgasse 2, um 13 Uhr.

\- - -

16 Millionen Schilling für 650 Meter Straße

Ausbau der Sandleitengasse beendet

7. Juli (RK) Ganz genau genommen sind es "nur" 15,955.000 Schilling, die der Ausbau der Sandleitengasse in Ottakring zwischen Wilhelminenstraße und Hasnerstraße auf einer Länge von 650 Meter gekostet hat. Diese Summe zeigt deutlich, wie hoch die Aufwendungen für Straßenbauten innerhalb des Stadtgebietes sind. Sie sind nämlich weitaus höher als jene für den Bau einer Landstraße.

Was den Stadtstraßenbau so verteuert, sind vor allem die Einbauarbeiten. Dies geht deutlich aus der folgenden Aufschlüsselung der Kosten für den Ausbau der Sandleitengasse hervor: Der reine Straßenbau, noch dazu einschließlich der Grundfreimachung, kam auf 2,830.000 Schilling, die Installierung von drei automatischen Lichtsignalanlagen an den Kreuzungen Thaliastraße, Ottakringer Straße und Wilhelminenstraße auf 1,200.000 Schilling zu stehen; die Kosten für die öffentliche Beleuchtung des Straßenstückes machten 325.000 Schilling aus. Diese drei Posten also ergeben die Gesamtsumme von 4,355.000 Schilling. Demgegenüber stehen 11,600.000 Schilling, die sich wie folgt aufteilen: 6,5 Millionen für die Arbeiten der Verkehrsbetriebe, 4,480.000 Schilling kosteten die Einbauarbeiten der Wasserwerke, die Gaswerke gaben es mit 570.000 Schilling etwas billiger und die E-Werke schließlich verbauten 50.000 Schilling.

Wie wichtig diese neue Nord-Süd-Straßenverbindung in Ottakring ist, zeigt die Tatsache, daß heute früh gleich zwei Stadträte und ein Bezirksvorsteher trotz strömendem Regen in die Sandleitengasse gekommen waren, um höchstpersönlich die Absperrungen an den drei Straßenkreuzungen zu entfernen. Es waren Baustadtrat Kurt Heller und Stadtwerke-Stadtrat Dr. Maria Schaumayer sowie der Ottakringer Bezirksvorsteher Ing. Hans Hobl, die sich dieser Aufgabe unter der Assistenz von Stadtwerke-Generaldirektor Dr. Karl Reisinger und Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Dr. Rudolf Koller unterzogen.

./.

Die Fahrbahn auf der 650 Meter langen Ausbaustrecke der Sandleitengasse wurde auf eine durchgehende Breite von 13,5 Meter erweitert, so daß an beiden Seiten des Gleiskörpers der Straßenbahn je eine Fahrspur geschaffen werden konnte. An den Kreuzungen Ottakringer Straße und Thaliastraße sind zusätzlich Abbiegespuren vorhanden. Ferner wurden Parkplätze, Haltestelleninseln, Fußgeherübergänge und, wie schon erwähnt, drei automatische Lichtsignalanlagen errichtet. Der Gehsteig zwischen Arnethgasse und Degengasse wurde in die öffentliche Parkanlage verlegt, um den Fußgängerverkehr vom Fahrzeugverkehr zu trennen.

Der endgültige Asphaltbetonbelag kann allerdings erst nach einer einjährigen Einfahrzeit auf der Fahrbahn aufgebracht werden. Jedenfalls aber rollt seit heute früh neben den Straßenbahnen bereits der Autoverkehr über das neue breite Straßenstück. Bekanntlich ist die wichtige Straßenbahnverbindung durch Verlängerung der Straßenbahnlinie 10 über die Maroltingergasse, die Sandleiten- und die Güpferlingstraße bis nach Hernals bereits seit März dieses Jahres fertiggestellt.

\- - -

Der spanische Außenminister im Wiener Rathaus

7. Juli (RK) Heute vormittag stattete der Minister für Auswärtige Angelegenheiten von Spanien, Don Fernando Maria de Castiella, dem Wiener Rathaus einen Besuch ab. Bürgermeister Bruno Marek empfing den offiziellen Gast im Roten Salon und stellte ihm die Mitglieder des Stadtsenates Dr. Prutscher, Gertrude Sandner und Sigmund vor. Mit dem spanischen Gast waren auch der österreichische Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Toncić-Sorinj und der spanische Botschafter Dr. Standenat gekommen.

Bürgermeister Bruno Marek betonte in seiner Begrüßungsansprache, daß es den Wienern und Österreichern ein Herzensbedürfnis sei, mit allen Völkern der Erde in Frieden und Freundschaft zu leben.

Minister de Castiella erwiderte, indem er die große Wertschätzung für die österreichische Bundeshauptstadt zum Ausdruck brachte: Europa ohne Wien sei nicht vorstellbar!

Hierauf trug sich der spanische Gast in das Goldene Buch der Stadt Wien ein. Als Erinnerungsgeschenk überreicht der Wiener Bürgermeister dem spanischen Außenminister ein weißes Pferd aus Augartenporzellan.

Im Anschluß an den Empfang fand eine Führung durch das neue Wien statt, bei der unter anderem Verkehrsbauwerke, das Planetarium, das Messegelände im Prater, verschiedene Wohnhausanlagen und die Montagebaufabrik besichtigt wurden.

\- - -

Geehrte Redaktion!

Kommenden Montag, den 11. Juli, findet um 11 Uhr im Nordbüffet des Festsaales im Wiener Rathaus eine Pressekonferenz über das Ergebnis des von der Stadtverwaltung ausgeschriebenen Ideenwettbewerbes "zur Neugestaltung des Straßenraumes in der Wiedner Hauptstraße zwischen Kliebergasse und Laurenzgasse" statt. Baustadtrat Kurt Heller und der Vorsitzende der Jury, o. Prof. Architekt Norbert Schlesinger sowie die Jurymitglieder werden an Hand der ausgestellten Entwürfe über die Entscheidung der Jury berichten.

Sie sind herzlich eingeladen, Berichterstatter und Fotoreporter zu dieser Pressekonferenz zu entsenden. Zugang zum Nordbüffet über Stiege 4, 1. Stock (Rathaus-Eingang Felderstraße).

\- - -

Ein neuer "Vorkopf" für Währing

7. Juli (RK) Um sowohl Straßenverkehr wie Bahnhofsverkehr im Bereich des Straßenbahn-Hofes Währing zu entlasten, wird der sogenannte "Vorkopf" dieser Anlage, das sind außerhalb der Hallen liegende Gleise, innerhalb der nächsten drei Jahre umgebaut. Ein erstes Teilstück wird bereits ab Samstag, dem 9. Juli, in Betrieb genommen, nämlich die Gleisschleife durch die Chamissogasse, Antonigasse und Sommarugagasse. In der Antonigasse wird die End- und Anfanghaltestelle der Linie 42 in der Höhe der Ausweiche vor der Rosensteingasse errichtet.

Hinter diesem technischen Umbau der Wiener Stadtwerke-Verkehrsbetriebe verbirgt sich eine Umbaumaßnahme, die nicht nur dem internen Betrieb sondern vor allem dem Individualverkehr zugute kommen wird. Bisher war es nur möglich, die Züge verkehrt, das heißt gegen die Fahrtrichtung, einzuziehen. Nach dem vollkommenen Umbau werden alle Ausfahrtsgleise stadtauswärts orientiert sein. Es wird also das bei Autofahrern nicht sehr beliebte Reversieren wegfallen, womit ein weiterer Beitrag zur Verflüssigung des Straßenverkehrs im Bereich des Bahnhofes Währing geleistet ist.

\- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

7. Juli (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Erbsen 6 bis 8 S, Fisolen 6 bis 10 S, Tomaten 4 bis 6.50 S je Kilogramm.

Obst: Birnen 5 bis 6 S, Marillen 6 bis 12 S, Pfirsiche 8 bis 10 S je Kilogramm.

\- - -

Aktion "Haltet die Straßen rein" wird ernst

7. Juli (RK) Ab nächste Woche wird die Wiener Polizei dem Appell von Bürgermeister Marek Nachdruck verleihen, die Straßen, Plätze und die Umgebung der Bundeshauptstadt sauber zu halten. In den nächsten Tagen wird an alle Polizeidienststellen eine Anweisung darüber hinausgehen, nach welchen Richtlinien Stadtverunreinigungen bestraft werden sollen. Bei kleineren Verstößen wird die Polizei mit Organmandaten in der Höhe von 20 und 40 Schilling vorgehen, bei gröblicher Verletzung der Reinhaltevorschriften wird Anzeige an den Magistrat erstattet, der Strafen bis zu 2.000 Schilling beziehungsweise 14 Tage Arrest verhängen kann.

Dies wurde heute in einer Pressekonferenz mitgeteilt, zu der Stadtrat Hubert Pfoch eingeladen hatte. Der Stadtrat und die verantwortlichen Beamten der Magistratsabteilung 48 gaben dabei auch einen Gesamtüberblick über die Bemühungen der Stadtreinigungs-Abteilung, den Ruf Wiens als einer sauberen Stadt hochzuhalten. Die dabei zu bewältigende Aufgabe ist nicht klein: Insgesamt sind 2.000 Kilometer Straßen mit einer Fläche von 18 Millionen Quadratmeter sauberzuhalten. Dazu kommen 54 Wassereinlaufschächte, die regelmäßig von Sand und Schlamm befreit werden müssen, 55 Kilometer Gehwege, 6.500 Papierkörbe, die entleert werden sollen und 25 Märkte, deren Reinhaltung besonderer Anstrengung bedarf. Nach wie vor sind die parkenden Autos das Haupthindernis für die Straßenreinigung. Man hat daher Straßenwaschwagen entwickelt, die den Unrat auch unter den parkenden Autos in die Rinnsale schwemmen können. Stadtrat Pfoch appellierte in diesem Zusammenhang an die Kraftfahrer, nicht zu knapp an die Randsteine heranzufahren, sondern einen Zwischenraum von zirka 20 Zentimeter zu lassen, so daß die Rinnsale mit Schaufel und Besen gesäubert werden können.

Die technische Ausrüstung der Straßenreinigungs-Abteilung wird ständig verbessert. Da gibt es große und kleine Kehrmaschinen, Saugwagen, Kanalreinigungsgeräte und anderes mehr. Die weitgehende Rationalisierung ist schon aus Personalgründen notwendig.

./.

Während vor fünf Jahren noch 1.200 Bedienstete im Einsatz standen, stehen der Stadtreinigung heute nur 800 zur Verfügung. Darunter sind 100 jugoslawische Gastarbeiter, mit denen sehr gute Erfahrungen gemacht werden. Man kann jedoch nicht mehr Gastarbeiter beschäftigen, weil man ihnen Unterkünfte zur Verfügung stellen muß. Die vorhandenen Betten sind alle belegt. Einheimische Kräfte stellt die Magistratsabteilung 48 jederzeit ein.

Gute Erfahrungen hat man mit den "Stadtreinigungstagen" gemacht, bei denen jeweils etwa 400 freiwillige Kräfte im Taglohn arbeiten. Damit erfaßt man einen Personenkreis, der sonst für den Arbeitsprozeß nicht dienstbar gemacht werden kann, vor allem Rentner.

Auch im Sommer gibt es jetzt einen Einsatzplan für "Alarmrouten", ähnlich wie er für den Winterdienst geschaffen wurde: die Hauptverkehrsstraßen werden nächtlicherweise systematisch durch Kehrmaschinen gereinigt.

Appell an Kraftfahrer, Geschäftsleute, Hausmeister und andere

Stadtrat Pfoch appellierte an die Kraftfahrer, die Aschenbecher nicht einfach am Straßenrand zu entleeren und die anderen im Auto angefallenen Abfälle nicht irgendwo aus dem Fenster zu werfen. An die Geschäftsleute wandte er sich mit der Bitte, dafür zu sorgen, daß bei der morgendlichen Reinigung ihrer Lokale der Kehricht nicht auf das Trottoir hinausgekehrt wird, von wo er dann im besten Fall ins Rinnsal weitergeschoben wird, sondern den Mist in die Koloniakübel zu leeren. Auch die Hauswarte, die ihre Arbeit im allgemeinen mit großer Gewissenhaftigkeit erfüllen, mögen den Kehricht nicht vom Gehsteig in das Rinnsal hinunterkehren, sondern ihn aufnehmen und in die Abfallbehälter geben.

Auf abgestellte Autowracks wird in Zukunft größeres Augenmerk zu richten sein. Durch die Magistratsabteilung 48 wurden heuer bereits 100 herrenlose Wracks aus den Straßen entfernt.

./.

Stadtrat Pfoch wies auch auf die Möglichkeit hin, daß die Besitzer solcher Wracks die Magistratsabteilung von sich aus verständigen, daß sie mit einer Wegschaffung und Verschrottung des alten Fahrzeuges einverstanden sind.

Die Eltern und Lehrer in den Schulen sollten auf die Kinder einwirken, die zahlreichen Eisbecher, die während der heißen Tage leergelöffelt werden, nicht achtlos auf die Straße zu werfen.

Sperrmüllaktion: "Karte genügt, komme ins Haus"

Die im Herbst vorigen Jahres abgeschlossene Sperrmüllaktion, für die die Stadt Wien 3,5 Millionen Schilling aufgewendet hat, wird in diesem Herbst in etwas anderer Form wieder aufgenommen. Der städtische Fuhrpark ist bereit, Gerümpel, sperriges Abfallgut und dergleichen abzuholen, alte oder gebrechliche Leute können sogar darum ersuchen, daß ihr Dachbodenkram durch die städtischen Bediensteten hinuntergetragen wird. Allerdings wird für diese Leistung eine Gebühr zu entrichten sein. Diese wird jedoch nur einen bescheidenen Kostenbeitrag darstellen und weit unter den Selbstkosten der Sperrmüllabfuhr liegen. Wer von dieser Möglichkeit Gebrauch machen will, richtet eine Postkarte an die Magistratsabteilung für Stadtreinigung und Fuhrpark, 5, Einsiedlergasse 2. Aber, wie gesagt, erst ab Herbst.

Daß die Stadtreinigung eine recht kostspielige Sache ist, geht daraus hervor, daß ihre Einnahmen 1965 3,5 Millionen, ihre Ausgaben aber 103,5 Millionen betrugen. In dieser Summe ist der Aufwand für den Winterdienst noch gar nicht enthalten, der heuer 27,5 Millionen Schilling betrug.

\- - -

"Leopoldinen-Stollen" feiert 1.000-Meter-Marke

7. Juli (RK) Der nordseitige Vortrieb des Überleitungsstollens, durch den das Wasser der Sieben Quellen bei Neuberg an der Mürz in die 2. Hochquellenleitung fließen soll, erreichte gestern die 1.000-Meter-Marke. Zu diesem Anlaß hatten sich Stadtrat Pfoch und die beiden "Taufpatinnen" des Stollens - die südliche Hälfte heißt "Elisabeth-Stollen" nach der Gattin des Bürgermeisters und die nördliche "Leopoldinen-Stollen" nach der Gattin von Stadtrat Pfoch - gestern in Naßwald eingefunden. Frau Pfoch löste den Sprengschuß aus, durch den die 1.000-Meter-Marke überschritten wurde.

Nach Überwindung gewaltiger Anfangsschwierigkeiten, wie Wassereinbrüche, brüchiges Gestein und anderes, konnte in den sieben Monaten seit Beginn der Arbeiten von den zu bewältigenden zehn Kilometern des Stollens ein Kilometer geschafft werden. Der Stollenvortrieb auf der Südseite hat nur 700 Meter erreicht. Die Arbeiten mußten dort wegen eines großen Wassereinbruchs vorübergehend eingestellt werden.

\- - -

Schweinenachmarkt vom 7. Juli

7. Juli (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Neuzufuhren Inland: 50 Stück. Jugoslawien: 50 Stück, Ungarn: 210 Stück. Summe: 310. Verkauft wurde alles. Marktverkehr ruhig. Hauptmarktpreise.

\- - -

Rinder- und Pferdenachmarkt kein Auftrieb

\- - -

Von der Hochschuljubiläumsstiftung:

Universität und Technische Hochschule erhalten außerplanmäßig 2,4 Millionen Schilling

7. Juli (RK) Im Stadtsenatssaal des Wiener Rathauses fand gestern abend unter dem Vorsitz von Bürgermeister Bruno Marek eine Sitzung des Kuratoriums der Hochschuljubiläumsstiftung statt. Im Rahmen der Tagesordnung erörterten die Kuratoriumsmitglieder unter anderem den Entwurf der Geschäftsordnung und die Anlage des Stiftungskapitals. In beiden Fragen wurde noch kein endgültiger Beschluß gefaßt, über die Anlage des Stiftungskapitals wird noch ein weiteres Gutachten von Fachleuten eingeholt werden.

Da in diesem Jahr noch keine regelrechte Ausschüttung der Förderungsmittel vorgesehen ist, kamen die Kuratoriumsmitglieder überein, aus den bisher aufgelaufenen Zinsen des Stiftungskapitals außerplanmäßig 1,4 Millionen Schilling der Universität Wien und eine Million Schilling der Technischen Hochschule Wien zuzuerkennen, und zwar mit der Auflage, daß beide Institutionen einen Bericht über die Verwendung dieser Gelder vorlegen. Anfang kommenden Jahres werden im Rahmen einer Ausschreibung die Bedingungen und Fristen für die Bewerbung um Zuerkennung von Förderungsmitteln aus der Hochschuljubiläumsstiftung bekanntgegeben werden.

\- - -

Gleisarbeiten in der Währinger Straße

7. Juli (RK) Wegen Gleisrenovierungsarbeiten in der Währinger Straße wird die stadteinwärtsfahrende Fahrbahn der Währinger Straße zwischen Sensengasse und Schwarzspanierstraße ab Samstag, 9. Juli bis 17. Juli gesperrt. Umleitung erfolgt über Sensengasse, Spitalgasse, Alser Straße. Ab 18. Juli ist die stadteinwärtsfahrende Fahrbahn nur mehr zwischen Van Swieten-Gasse, Schwarzspanierstraße gesperrt. Die Umleitung erfolgt dann über Van Swieten-Gasse, Garnisongasse, Schwarzspanierstraße beziehungsweise Universitätsstraße. Man hofft, mit den Arbeiten Mitte August fertig zu sein.

\- - -

Zwischenfall im Magistratischen Bezirksamt Brigittenau

7. Juli (RK) In der Fürsorgeabteilung des Magistratischen Bezirksamtes 20, Brigittaplatz 10, kam es heute vormittag zu einem Zwischenfall: Ein Mann mittleren Alters sprach bei dieser Dienststelle vor und wollte die Auszahlung einer finanziellen Beihilfe erreichen. Da seine Frau eine größere Rente bezieht und die Möglichkeit hatte, um die Ausgleichszulage anzusuchen, forderte der zuständige Beamte den Gesuchsteller auf, seine Frau herzuschicken. Darauf fing der Mann zu schreien und zu toben an, zog sich splitternackt aus und begann eine Flasche voll Benzin, die er mitgebracht hatte, auszugießen. Wie er nachher sagte, wollte er niemand anderen verletzen, sondern sich nach dem Vorbild vietnamesischer Buddhisten selbst verbrennen. Die Beamten konnten ihm die Flasche und seine Zündhölzer noch rechtzeitig entwenden. Gütlichem Zureden gelang es auch, den Mann zu bewegen, sich wieder anzukleiden. Die sofort verständigte Polizei nahm ihn auf die Wachstube mit. Da er damit gedroht hatte, sich aus dem Fenster zu stürzen, war auch die Feuerwehr verständigt worden, die jedoch nicht einzugreifen brauchte.

\- - -

Kahlenberg-Empfang für das Dokumentarfilm-Symposium

7. Juli (RK) Bekanntlich wird in Wien gegenwärtig ein Symposium "Afrika und Asien im Dokumentarfilm" veranstaltet, für das das Wiener Institut für Entwicklungsfragen verantwortlich zeichnet. Für die Teilnehmer an dem Symposium gab heute Bürgermeister Bruno Marek auf dem Kahlenberg ein Abendessen. Von seiten der Stadt Wien nahmen daran auch Landtagspräsident Dr. Stemmer und die Stadträte Maria Jacobi und Dr. Maria Schaumayer teil.

In seiner Begrüßungsansprache sagte der Wiener Bürgermeister, in einer Welt, die durch den technischen Fortschritt klein geworden ist, gilt es, bei der Lösung der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Fragen Verständnis füreinander aufzubringen. Er begrüßte daher dieses Symposium, das Gelegenheit gibt, über ein wichtiges Mittel der Dokumentation zu beraten: über den Film. Er würde es auch begrüßen, wenn diese Filme als wertvolles Informationsmaterial in den Wiener Schulen gezeigt werden könnten.

Minister a.D. Dr. Kreisky, der Präsident des Instituts für Entwicklungsfragen, dankte der Stadt Wien für die Unterstützung, die sie dem Institut zuteil werden lasse.

Im Namen der Teilnehmer aus Afrika und Asien sprach Mister Sheth, ein indischer Advokat, der in Kenya lebt und Rechtsberater von Präsident Kenyatta ist.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Sitzung des Wiener Landtages

8. Juli (RK) Unter dem Vorsitz von Präsident Dr. Wilhelm Stemmer trat heute vormittag der Wiener Landtag zu seiner letzten Sitzung vor den Sommerferien zusammen. Es lagen keine Anfragen oder Anträge vor.

Landeslehrer-Diensthoheitsgesetz 1966

Stadtrat Sigmund (SPÖ) referierte in Vertretung von Personalstadtrat Bock über das Gesetz betreffend die Zuständigkeit zur Ausübung der Diensthoheit über die Wiener Landeslehrer für Volks-, Haupt-, Sonderschulen und Polytechnische Lehrgänge sowie für gewerbliche und kaufmännische Berufsschulen (Wiener Landeslehrer-Diensthoheitsgesetz 1966).

Der österreichische Nationalrat hat gestern im Zusammenhang mit der Verlängerung der Schulpflicht und den Bestimmungen über den Polytechnischen Lehrgang ab 1. September eine Novelle zum Landeslehrer-Dienstrechtsüberleitungsgesetz aus dem Jahr 1962 beschlossen. Dadurch wird auch für die an den Polytechnischen Lehrgängen verwendeten Lehrer das bundeseinheitliche Dienstrecht der Landeslehrer angewendet werden. Aus diesem Grund wird nun eine Änderung des Wiener Landeslehrer-Diensthoheitsgesetzes aus dem Jahr 1963 notwendig. Aber auch wegen der dem Land Wien übertragenen Zuständigkeit zur Verrechnung der Bezüge der Lehrer muß das alte Gesetz geändert werden. Aus Gründen der Übersichtlichkeit hatten von einer Novellierung abgesehen und das Gesetz neu gefaßt.

./.

Dieses neue Gesetz muß heute dem Landtag vorgelegt werden, damit es am 1. September in Kraft treten kann.

Hierauf erläuterte der Berichterstatter die einzelnen Bestimmungen des Entwurfes und stellte abschließend den Antrag, den Gesetzesentwurf zum Beschluß zu erheben.

Abg. Dr. Schmidt (FPÖ) begrüßt, daß das Gesetz nicht novelliert sondern neu gefaßt wurde. Er stellt jedoch fest, daß seine Fraktion seinerzeit das Gesetz abgelehnt habe, und daß auch der neue Entwurf die Einwände der FPÖ nicht berücksichtige. Seine Fraktion sei daher nicht in der Lage, der Vorlage zuzustimmen.

Abg. Bittner (ÖVP) hebt hervor, daß es nun möglich ist, den Lehrern ihre Bezüge raschest und klaglos zu überweisen. Dies sei ein wichtiger Beitrag, das Betriebsklima in den Schulen zu verbessern.

Der Abgeordnete beschäftigt sich sodann mit dem Mitspracherecht der Personalvertrtung, das er als völlig ausreichend im Gesetzentwurf gewahrt bezeichnet. Auch die Gleichstellung aller jener Lehrer, die bisher einigermaßen benachteiligt erschienen, sei in dem Entwurf vorgesehen. Diese Regelung sei also gleichfalls zu begrüßen. Der einzige umstrittene Punkt war die Frist für die Abhaltung von Wahlen. Hier war die ÖVP-Fraktion für einen Zeitraum von drei Jahren, die Mehrheitspartei verlangte fünf Jahre statt der bisherigen drei. Man einigte sich auf den Kompromiß von vier Jahren, und diese Lösung sei durchaus sinnvoll. Da der Gesetzentwurf allen Notwendigkeiten entspräche, gebe die ÖVP-Fraktion ihre Zustimmung.

Abg. Ascherl (SPÖ) begrüßt die Neufassung des Gesetzes anstelle einer Novellierung und bittet, auch in Hinkunft darauf zu achten, daß Gesetze neu und klar formuliert werden. Das neue Gesetz sei für einen großen Personenkreis bestimmt. In Wien gibt es mehr als 4.200 Pflichtschullehrer, davon 1.200 Männer und mehr als 3.000 Frauen. Von ihnen stehen nur 143 in einem vertraglichen Dienstverhältnis.

./.

Wien bezahlt außerdem einen "Überhang" von 633 Lehrern, was mehr als 40 Millionen Schilling jährlich kostet.

In dem Entwurf sind die Einwände der zahlreichen begutachtenden Organisationen soweit wie möglich berücksichtigt, mit einer Ausnahme, die sich auf eine andere Formulierung für den Passus über die "Anhörung der Personalvertreter" bezog. Da jedoch der Begriff "Anhören" bereits den Begriff "Stellungnehmen" beinhaltet, also ein übergeordneter Begriff ist, der in den diesbezüglichen Passus des Paragraph 5 aufgenommen wurde, ist auch diese Regelung richtig.

Abg. Ascherl urgiert sodann die Verabschiedung eines entsprechenden Personalvertretungsgesetzes durch den Bund. Man wartet bereits seit 20 Jahren darauf. Anschließend bezeichnet er die im Entwurf vorgesehene Zusammensetzung der Senate als weitaus günstiger als die bisherige Regelung. Auch den Kompromiß, der in der Frage der Wahlen getroffen wurde, bezeichnet der Abgeordnete als zweckmäßig.

Abschließend beschäftigt sich der Debattenredner mit dem großen Lehrermangel in Österreich. Im ganzen Land seien 2.700 Dienstposten nicht besetzt, 2.000 weitere Lehrer würden für die polytechnischen Lehrgänge gebraucht. Daß in Wien derzeit kein Lehrermangel herrsche, sei auf die erfreuliche Vorsorge zurückzuführen, die die Wiener Behörden getroffen haben.

Stadtrat Sigmund stellt fest, daß sich ein Schlußwort erübrigt, da drei wohlinformierte Vertreter der Parteien zu der Vorlage gesprochen haben. Abänderungsanträge wurden keine gestellt, er ersucht daher um Annahme des Gesetzes.

Bei der Abstimmung wurde die Vorlage mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und KLS in erster und zweiter Lesung angenommen.

Hilfe für Behinderte

Wohlfahrtsstadtrat Maria Jacobi (SPÖ) referierte sodann über die Vorlage des Gesetzes über die Hilfe für Behinderte, das sogenannte Behindertengesetz. Sie führte aus:

"Körper- oder sinnesbehinderte Menschen gab es wohl schon immer. Schon immer hielten Mütter Kinder in ihren Armen, die Mängel an Körper oder Geist oder vielleicht an beiden, aufwiesen. Und immer fragten diese Mütter, so wie heute: Warum?! Warum gerade mein Kind?!

In diesem 'warum' liegt der ganze Schmerz einer Mutter. Aber zugleich wird diese Frage 'warum' zur Triebfeder für ihr besonderes Bemühen, auch diesem Kind zu einem glücklichen Leben zu verhelfen.

In vergangener Zeit blieben diese Eltern in ihrem Bestreben meist allein. Wohl kennt man schon seit altersher das Bemühen der Ärzte, körperlich Behinderten durch mechanische Hilfsmittel so weit zu helfen, damit sie im täglichen Leben von fremder Hilfe möglichst unabhängig werden. Ob sich der Betroffene aber dann auch im Leben wirklich zurechtfand, war seine Sache. Häufig blieb er der hilflose 'Krüppel', der seiner Familie oder der Allgemeinheit zur Last fiel und nicht selten dem Spott preisgegeben war.

Traf dies schon bei rein körperlich behinderten Menschen zu, denen doch immerhin ein gewisses Mitgefühl und eine gewisse Hilfsbereitschaft entgegengebracht wurde, so war dies noch um vieles mehr bei Sinnesbehinderten der Fall. Ein solches Kind zu haben, galt als Schande, es wurde versteckt, verstoßen und durfte oft nicht mit anderen Kindern spielen. So konnten sich auch die in diesem Kind vorhandenen Fähigkeiten nicht entwickeln, sie verkümmerten und das Kind landete letzten Endes - so es nicht jung starb - in einer Heilanstalt.

In den letzten Jahrzehnten hat sich die Einstellung zum behinderten Kind, zum behinderten Menschen wesentlich geändert. Hand in Hand mit der Besserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation der breiten arbeitenden Schichte der Bevölkerung und der neuen Erkenntnisse der Wissenschaft, wendete sich das soziale Verantwortungsgefühl immer mehr auch diesem vom Schicksal so stiefmütterlich Betroffenen zu.

./.

Ausgangspunkt war wieder die Betreuung der Körperbehinderten. Entscheidend vielleicht waren dabei die Kriegsversehrten, die darum kämpften, wieder erwerbsfähig und als vollwertige Mitglieder der Gemeinschaft anerkannt zu werden. Im Jahrhundert des Kindes aber, wie man uns r Jahrhundert an seinem Beginn nannte, wendete sich nach dem ersten Weltkrieg der Präsident des Wiener Stadtschulrates Otto Glöckel im Rahmen seiner Schulreform auch dem behinderten Kind im besonderen Maße zu. Und daß wir heute eine so wunderbar ausgebildete Sonderschullehrerschaft in Wien haben, danken wir dieser Neuorganisierung der Wiener Hilfsschulen.

So wird mit dem vorliegenden Entwurf sozialpolitisch kein Neuland betreten. Denn nach dem Ende des zweiten Weltkrieges wurde unser Sonderschulwesen weiter ausgebaut und vorbildliche Arbeit für behinderte Kinder geleistet. So waren im Schuljahr 1964/65 von den 3.131 Volks-, Haupt- und Sonderschulklassen 477 Klassen für 6.760 Kinder, die infolge eines Entwicklungsrückstandes oder einer Behinderung geistiger, seelischer oder körperlicher Art die normale Schule nicht besuchen konnten. Allein in fünf Körperbehinderten-Schulen wurden 734 Kinder unterrichtet.

Auch unser, erst im Jahr 1964 eröffnetes Dr. Adolf Lorenz-Heim ist speziell für schwerbehinderte Kinder eingerichtet und mit den modernsten Therapieeinrichtungen versehen. Für jene Kinder aber, die trotz der schulischen Spezialausbildung beruflich nicht eingegliedert werden konnten, wurde eine besondere Betreuungsmöglichkeit im Internat Rodaun geschaffen, das mit finanzieller Unterstützung durch die Stadt Wien vom Verein 'Jugend am Werk' geführt wird. Jugend am Werk hatte aber darüberhinaus in enger Zusammenarbeit mit der Stadt Wien schon seit 1945 die Betreuung behinderter Jugendlicher übernommen. Am 1. Jänner dieses Jahres waren es 523 Mädchen und Burschen.

./.

Hier wird versucht, in Berufsvorbereitungskursen, in Sonderkursen, in besonderen Beschäftigungsgruppen, in Fortbildungskursen, aber auch in Lehrwerkstätten, die Jugendlichen für einen Beruf besonders zu trainieren. Von diesen jungen Menschen konnten allein im vergangenen Jahr 194 so weit gebracht werden, daß sie entweder eine Lehre oder eine Arbeitsstelle als Hilfs- oder als Facharbeiter antreten konnten.

Mit Beginn des kommenden Jahres wird in der Speckbachergasse ein Haus so weit modernisiert sein, daß neben dem Arbeitstherapeutischen Kurs, der von der Josefstädter Straße dorthin übersiedelt, für ungefähr weitere 100 Personen ein arbeitstherapeutisches Training durchgeführt werden kann.

Außerdem aber wird seit vielen Jahren im Rahmen unseres Referates Individulafürsorge der Magistratsabteilung 12 der Behindertenhilfe besonderes Augenmerk zugewendet.

Individuelle Betreuung des Einzelfalls

Nach den Prinzipien der vertieften Einzelfallhilfe arbeitet hier in Zusammenarbeit mit Nervenheilanstalten, dem Psychiatrischen Krankenhaus, der psychiatrischen Universitätsklinik und den meisten Wiener Spitälern ein Team von 20 gut geschulten Fürsorgerinnen an der Eingliederung physisch und psychisch Behinderter. Es handelt sich dabei gerade um solche Fälle, bei denen materielle Unterstützung allein nicht ausreichend ist, um Hilfsbedürftige selbsterhaltungsfähig zu machen.

Das vorliegende Gesetz ist nun der Versuch, bereits bestehende Formen der Hilfe für behinderte Menschen zu ordnen und durch zusätzliche, erst durch dieses Gesetz geschaffene Maßnahmen zu erweitern.

Als wir 1964 einen ersten Gesetzentwurf eines Behindertengesetzes den zuständigen Ministerien und Kammern übermittelten, gab es eine Reihe wertvoller Hinweise und Anregungen. Der Entwurf wurde dann vollständig umgearbeitet und neuerlichen Verhandlungen unterzogen.

./.

Vor allem wurde darauf Bedacht genommen, die Erfahrungen anderer Bundesländer, soweit sie solche Gesetze bereits verabschiedet hatten, bei unseren Überlegungen mit zu verwerten. Während der Beratungen wurde auch der Kontakt zum Wiener Zivilinvalidenverband aufgenommen, der gleichfalls wertvolle Hinweise gab.

Eine besondere Schwierigkeit bildete allerdings, daß die Ergebnisse der Volkszählung von 1961 keine brauchbaren Unterlagen boten. Weder über den Personenkreis, der auf Grund dieses Gesetzes betreut werden soll, noch für eine Vorausberechnung in finanzieller oder organisatorischer Hinsicht.

Dieses Gesetz soll aber eine Lücke in der Sozialgesetzgebung für jene Personen schließen, die durch die bestehenden Gesetze in ihrer Besonderheit als Behinderte nicht erfaßt werden. Das gilt besonders für Minderjährige, die noch nicht berufstätig waren.

Rehabilitation und Beschäftigungstherapie

Als erste und wichtigste Maßnahme ist die Rehabilitation der Behinderten anzusehen. Man unterscheidet zwischen medizinischer und beruflicher Rehabilitation, wobei für die medizinische Rehabilitation, also für die Beseitigung eines Leidens oder Gebrechens durch medizinische Maßnahmen, in der Regel durch die allgemeinen Maßnahmen der Gesundheitsfürsorge oder im Rahmen der Sozialversicherung, aber auch der öffentlichen Fürsorge gesorgt ist. Der Akzent des vorliegenden Gesetzes liegt daher auf der beruflichen Rehabilitation, die zum Ziel hat, den Behinderten zu befähigen, durch eigene Arbeit seinen Lebensunterhalt selbst zu verdienen oder zumindest dazu beizutragen.

Die Beschäftigungstherapie soll den Behinderten vor dem Abgleiten in ein destruktives Nichtstun schützen und seine geringen, in der Regel sehr einseitigen Leistungsreste aktivieren helfen.

Neben diesen Hilfen und gleichsam, um sie überhaupt sinnvoll zu machen, wird auch - wie bisher - persönliche Hilfe gewährt, die nicht nur dem Behinderten, sondern auch seiner Familie helfen soll, die im Zusammenhang mit der Behinderung auftretenden psychischen und sozialen Schwierigkeiten zu überwinden.

./.

Als gesonderte Leistung wird schließlich jenen Behinderten Pflegegeld gewährt, die dauernd bettlägerig sind oder deren Zustand die Pflege durch eine andere Person erfordert. Jede Hilfe wird allerdings nur dann gewährt, wenn dem Behinderten auf Grund anderer bestehender Rechtsvorschriften keine Betreuung zusteht.

Die skizzierten Formen der Hilfe umfassen alle Lebensalter mit Ausnahme jenes Personenkreises, der nach der bestehenden Gesetzgebung aus dem Arbeitsprozeß ausgeschieden ist und für den Rehabilitation, also Wiedereingliederung, in Widerspruch zu seiner sozialen Position stünde.

Diese Formen der Eingliederungshilfe, die in den §§ 4 bis 15 geregelt sind, schließen auch die Hilfe zum Lebensunterhalt ein, die für den Behinderten ein Anreiz sein soll, sich einer beruflichen Rehabilitation zu unterziehen. Können doch Maßnahmen der Eingliederungshilfe nur mit der Unterstützung des Behinderten zustandekommen. Wir haben daher hier vorgesehen, daß dann, wenn sich ein Behinderter dem Eingliederungsversuch entzieht, die Hilfe zum Lebensunterhalt eingestellt werden kann. Auf diese Weise soll der Charakter der Rehabilitation gewahrt bleiben.

Eine besondere Form der finanziellen Hilfe besteht in der Leistung eines Landeszuschusses. Dieser Zuschuß, der an Arbeitgeber, die Behinderte beschäftigen, bezahlt wird, muß von diesen dazu verwendet werden, jenen Differenzbetrag, der zwischen dem Lohn, den der Behinderte auf Grund seiner reduzierten Arbeitsfähigkeit verdienen kann und dem kollektivvertraglichen Mindestlohn liegt, zu decken. Dieser Zuschuß kann jedoch höchstens im Ausmaß von 30 Prozent des kollektivvertraglichen Mindestlohnes gewährt werden.

Damit soll dem Behinderten, der nicht in einen normalen Arbeitsprozeß eingeschaltet werden kann, die Möglichkeit geboten werden, in einem echten Arbeitsmilieu seine Fähigkeiten zu erproben und zu entfalten!

Nach ausländischen Erfahrungen kann erwartet werden, daß auch Schwerbehinderte, wenn sie eine entsprechende Arbeit zugewiesen erhalten, in einer geschützten Werkstätte, zu beachtlichen Leistungen imstande sind, die auf längere Sicht sogar die volle Leistung eines Nichtbehinderten erreichen können. ./.

Für welche Formen der Behinderung werden nun die Bestimmungen dieses Gesetzes angewendet?

Wir haben durch das Gesundheitsamt zu der im § 2 gegebenen Aufzählung der Leiden und Gebrechen ein Gutachten eingeholt, das uns bestätigt, daß durch diese - übrigens beispielsweise Aufzählung - viele Formen einer körperlichen oder geistigen Behinderung erfaßt werden; die unter die Tbc-Hilfsmaßnahmen des Bundes im Rahmen des Gesundheitswesens fallen, wurden ausgenommen. Die Leiden und Gebrechen umfassen praktisch alle Fehlformen und Funktionsstörungen des Stütz- und Bewegungsapparates, Störungen des Atmungssystems, des Blutkeislaufes, Organstörungen, besonders aber Behinderungen aus der Störung des Systems der Sinnesorgane und dann die große Formengruppe der psychischen und Nervenerkrankungen. Leiden und Gebrechen, die in der Regel erst im Alter auftreten und daher als altersbedingt anzusehen sind, wurden nicht einbezogen.

Im § 9 wurde auch spezielle für Anstaltspfleglinge die Erprobung auf einem Arbeitsplatz geregelt. Diese Regelung entspringt einem Bedürfnis der Praxis und wird bereits seit längerer Zeit versucht.

Einem Behinderten, der infolge seines Leidens dauernd bettlägerig ist - mit Ausnahme der altersbedingten Leiden- oder dessen Zustand die ununterbrochene, nachhaltige Pflege durch eine andere Person erfordert,

wird, ein Pflegegeld gewährt. Darunter fällt auch ein Rollwagenfahrer, der zwar nicht bettlägerig, aber doch so schwer behindert ist, daß er die ständige Hilfe einer anderen Person braucht.

Die Höhe des Pflegegeldes wurde im Ausmaß des halben Richtsatzes der gehobenen Fürsorge für Alleinstehende festgesetzt, das sind derzeit 400 Schilling. Das Pflegegeld richtet sich nach den Richtsätzen der öffentlichen Fürsorge und eine Veränderung bedarf daher keiner Novellierung des Gesetzes. Es wird gewährt, soweit das Einkommen den dreieinhalbfachen Richtsatz der gehobenen Fürsorge (derzeit 2.800 Schilling) einschließlich des Pflegegeldes nicht übersteigt und wird vierzehnmal im Jahr ausbezahlt.

./.

Ein entsprechender Kostenbeitrag soll nur bei der Eingliederungshilfe und bei der Beschäftigungstherapie verlangt werden, und zwar nur dann, wenn das Nettoeinkommen den vierfachen Richtsatz der gehobenen Fürsorge (derzeit 3.200 Schilling) erreicht. In besonderen Härtefällen kann aber auch von der Einhebung eines Kostenbeitrages ganz oder teilweise abgesehen werden

Alle Leistungen sind grundsätzlich nur auf Antrag zu gewähren. Es kann aber die Eingliederungshilfe und die persönliche Hilfe dem Behinderten angeboten werden, da der Betroffene unter Umständen über die Möglichkeiten des Gesetzes nicht Bescheid weiß.

Die mit der Durchführung betraute Magistratsabteilung 12 wird bei allen Rehabilitationsmaßnahmen die Mithilfe von sachverständigen Ärzten, Psychologen, Fürsorgern, Berufsberatern, Arbeitsvermittlern etc. hetanziehen, um eine möglichst zweckentsprechende Behandlung und Betreuung des Behinderten zu sichern. Das Gesetz versucht so, in möglichst umfassender Weise, den Problemen gerecht zu werden, die sich aus der sozialen und individuellen Position eines Behinderten ergeben. Es muß daher in seinem innersten Kern dem Behinderten die Möglichkeit geben, in voller Wahrung seiner menschlichen Würde in das bestehende gesellschaftliche System hineinzufinden.

Derzeit kann noch nicht gesagt werden, wie groß der Personenkreis sein wird, für den die Hilfsmaßnahmen in Betracht kommen. Auch die Erfahrungen einzelner Bundesländer können uns kaum Anhaltspunkte geben. Daher konnten die Beträge, die nach dem Inkrafttreten des Gesetzes für die einzelnen Leistungen aufgewendet werden müssen, nur eine rohe Schätzung sein. Es werden zirka 27,5 Millionen pro Jahr notwendig sein.

Die körperliche, seelische und geistige Behinderung eines Menschen ist wohl eine Bürde, die weder dem Behinderten noch seiner Familie abgenommen werden kann.

Unser Anliegen ist es aber, diese Behinderung geistig und moralisch bewältigen zu helfen und in der Tradition unserer Sozialpolitik jene Leistungen und Belastungen zu übernehmen, die über das hinausgehen, was einem Menschen an Belastungen normalerweise zugemutet werden kann.

./.

In diesem Sinne ist dieses Behindertengesetz das Dokument unserer Gesinnung, für die es selbstverständlich ist, daß die Gemeinschaft immer dann einzuspringen hat, wenn der Selbstverwirklichung des Menschen Hindernisse entgegenstehen." (Beifall bei SPÖ und ÖVP).

Die Referentin ersucht abschließend, den vorliegenden Antrag zum Beschluß zu erheben.

Die Debatte über Behindertengesetz

Als erster Debattenredner bezeichnete Abg. Lauscher (KLS) den Gesetzesentwurf als echten Fortschritt und bewertete ihn durchaus positiv. Er bedauerte, daß keine bundeseinheitliche Regelung möglich war und gab der Hoffnung Ausdruck, daß auf der Basis des fortschrittlichen Wiener Behinderten-Gesetzes einmal eine bundeseinheitliche Regelung kommen werde. Von mancher Seite sei das Fehlen einer Meldepflicht für Behinderte bedauert worden. Vielleicht stelle dies aber eine zu weitgehende Maßnahme dar, wäre aber für die Erstellung eines Rehabilitations-Plans und die Kostenschätzung wichtig. Die KLS-Fraktion werde der Gesetzesvorlage gerne zustimmen.

Abg. Dr. Hirnschall (FPÖ) bezeichnete die Vorlage als das wichtigste Gesetz dieser Legislaturperiode, seine Einbringung habe nur zu lange gedauert. Die anderen Bundesländer außer Niederösterreich hätten bereits ein solches Gesetz. Der Wiener Entwurf sei auch kein besonders guter und werde von den Fachleuten nicht als richtungsweisend eingestuft werden. Im einzelnen bemängelte der Redner, daß das Gesetzeswerk zu viele "Kann-Bestimmungen" enthalte und der Rechtsanspruch des Behinderten auf Hilfeleistung nicht klar zum Ausdruck komme. Er brachte daher einen Zusatzantrag ein, demzufolge der Paragraph 1 Absatz 1 zu lauten hätte: "Behinderten ist nach Maßgabe dieses Gesetzes Hilfe zu leisten."

In einem Abänderungsantrag forderte Abg. Dr. Hirnschall die Streichung des 2. Absatzes im Paragraphen 3. Ferner wurde die Frage aufgeworfen, warum die ehemaligen Volksdeutschen den Inländern in diesem Gesetz nicht gleichgestellt seien.

./.

Es sei auch nicht zweckmäßig, die Berufstätigkeit der Behinderten nur in den geschützten Werkstätten als Regelfall anzusehen und nur ausnahmsweise geschützte Arbeitsplätze in normalen Betrieben zuzulassen.

Der Redner stellt einen Abänderungsantrag, nach dem der Paragraph 16, Absatz 4 lauten solle: "Nach den Bedürfnissen des einzelnen Falles ist die Hilfe auch zur Erlangung eines für den Behinderten geeigneten geschützten Arbeitsplatzes außerhalb einer geschützten Werkstätte zu gewähren, sofern der Behinderte auf diesem geschützten Arbeitsplatz den kollektivvertraglichen Mindestlohn erhält."

Ferner bringt er einen Zusatzantrag ein, auf Hinzufügung eines weiteren Absatzes zum Paragraph 16: "Zur Durchführung der Hilfe durch geschützte Arbeit errichtet und betreibt der Magistrat der Stadt Wien entweder unter Beachtung der hiefür geltenden sonstigen gesetzlichen Bestimmungen selbst geschützte Werkstätten oder er stellt in geeigneter Weise die Benützung der Einrichtungen anderer Rechtsträger sicher."

Der Redner kritisiert die verfahrensrechtlichen Bestimmungen dieses Gesetzes, die er als ausgesprochen dürftig bezeichnet. Die anderen Länder hätten auf diesem Gebiet besser gearbeitet. Man findet dort eine genaue Darstellung des einzuhaltenden Verfahrens.

Abschließend erklärt der Redner, die FPÖ-Fraktion werde dem Gesetz trotz der vielen Mängel zustimmen, weil auf diesem Gebiet rasche Hilfe sehr notwendig sei.

Abg. Dr. Marga Hubinek (ÖVP) kritisiert einige textliche Schwächen des Entwurfes. Sie meint auch, daß in dem Gesetz manche Ansätze zur Förderung der Rentnermentalität zu finden seien. Sie regt an, man solle sich auch der bereits bestehenden Einrichtungen bedienen und sie finanziell unterstützen. Der Gesetzentwurf biete jedoch nur wenige Ansatzpunkte für die Mitarbeit der privaten Wohlfahrtsverbände.

Abschließend meint die Rednerin, da man auf diesem Gebiet wenig Erfahrung habe, solle man sich nicht scheuen, das Gesetz zu novellieren, wenn es notwendig werde.

./.

Abg. Lehner (ÖVP) befaßt sich mit finanziellen Problemen des Gesetzes, wobei er meint, daß keine echten Vergleichszahlen vorhanden sind, so daß man sich nur auf vage Schätzungen verlassen könne.

Wenig Freude werden die Betroffenen mit der Bestimmung haben, wonach die unterhaltspflichtigen Angehörigen der Behinderten zu den Kosten für verschiedene Leistungen beizutragen haben. Der Abgeordnete verlangt hier eine großzügigere Einstellung gegenüber den Behinderten und verweist auf eine solche großzügigere Regelung in anderen Bundesländern. Er befürchtet, daß sich viele Eltern durch die Kosten scheuen werden, von den Einrichtungen Gebrauch zu machen.

Auch die finanzielle Regelung bei den Bestimmungen über die geschützten Einzelarbeitsplätze bezeichnet der Abgeordnete als nicht sehr glücklich. Die Gefahr sei hier, daß zwischen den Kollektivvertragslöhnen und den tatsächlichen Istlöhnen große Diskrepanzen entstehen können. Von der Bestimmung über die geschützten Einzelarbeitsplätze selbst erwarte er sich jedoch eine weitgehende Besserstellung der Behinderten. Auch daß die Eintreibung der Kosten nicht über die Gerichte, sondern auf administrativem Weg geschehen soll, sei ein kleiner Schönheitsfehler. Besonders gut und erfreulich sei hingegen die Bestimmung, wonach Blinde, die noch auf andere Weise behindert sind, die höchstmögliche Hilfe erhalten sollen.

Die Kosten, die das neue Gesetz dem Land Wien verursacht, sind relativ gering, obwohl es immerhin rund 15.000 Körperbehinderte in Wien gibt. Die ÖVP-Fraktion werde dem Antrag ihre Zustimmung erteilen.

Abg. Gawlik (SPÖ) zitiert aus dem Ergebnis von Untersuchungen, die von einem Hamburger Wissenschaftler angestellt wurden: Es gibt in allen westlichen Staaten einen durchschnittlichen Prozentsatz von acht bis zehn Prozent aller Kinder, für die Sondereinrichtungen geschaffen werden müssen. Allein in der Bundesrepublik Deutschland haben 100.000 Familien geistig schwerbehinderte Kinder unter 15 Jahren zu betreuen. Das seien erschreckende Zahlen, umso mehr, als die Tendenz sogar noch steigend ist. Die Gemeinschaft hat hier die Verpflichtung, zu helfen. Früher, in der sogenannten "guten alten Zeit", waren die Körperbehinderten entweder nur auf die private Mildtätigkeit angewiesen, oder sie wurden in den Narrenturm gesperrt, oder sie erhielten Bettellizenzen. ./.

Zu dem Vorwurf der "Rentnergesinnung" ist zu sagen, daß deshalb kein Anspruch auf eine bestimmte Maßnahme besteht, weil man individuell stets jene Maßnahme anwenden will, die am zweckmäßigsten ist und die optimale Wirkung bringt. Es ist klar, daß eine noch so große Unterstützung den Behinderten auf die Dauer nicht glücklich macht, einfach deshalb, weil die Betätigung fehlt. Es fehlt ferner das glückliche Gefühl, einen Erfolg erreicht zu haben, und es fehlt die Freude am selbstverdienten Lohn. Natürlich führen alle diese Probleme zu Spannungen bei den betroffenen Menschen. Der Redner verweist dann auf einige Beispiele, aus denen man ersehen kann, wie günstig sich die Eingliederungshilfe für Behinderte ausgewirkt hat. Viele der Betroffenen konnten einen Beruf erlernen, haben in ihren Betrieben eine ausgezeichnete Qualifikation und sind trotz ihrer körperlichen Mängel glücklich geworden. Durch die Arbeit verloren sie die Komplexe.

Auch er ist der Meinung, daß es in manchen Fällen notwendig ist, die Menschen auf einem geschützten Arbeitsplatz unterzubringen. Das Milieu ist leider in manchen Betrieben nicht das Beste und die Körperbehinderten werden von ihren Kollegen verspottet. Wir sollen den geschützten Arbeitsplatz daher nicht grundsätzlich ablehnen, ihn aber nur mit Vorsicht verwenden. Es gibt auch viele geistig Behinderte, die nur mit viel Mühe dazu gebracht werden, immer wieder ein und denselben Handgriff zu machen. Für diese Behinderten wird es nur möglich sein, in einer geschützten Werkstätte zu arbeiten.

Der Redner dankt allen Firmen, mit denen seit Jahren schon Absprachen bestehen und von denen wir Arbeiten für Behinderte bekommen. Unsere Aufgabe ist es, den Eltern debiler Kinder die Sorge zu nehmen, was mit ihren Kindern geschieht, wenn sie einmal nicht mehr sind. Mit dem vorliegenden Gesetz soll die soziale Sicherheit der Behinderten gewährleistet werden. Das Gesetz soll den Behinderten und darüber hinaus ihren Familien helfen, das schwere und unabwendbare Los zu tragen. Es soll darüber hinaus das Mehr an Erziehungsleistung ermöglichen helfen. Das vorliegende Gesetz wurde lang und gut beraten und im Sinne der sozialen Grundsätze seiner Fraktion erstellt.

./.

Der Vorsitzende, Landtagspräsident Dr. Stemmer, teilt mit, daß über die eingebrachten Abänderungsanträge nur abgestimmt werden kann, wenn ihnen sieben Mitglieder des Landtages die Zustimmung erteilen. Da dies nicht der Fall ist, können sie nicht zur Abstimmung kommen.

Stadtrat Maria Jacobi dankt in ihrem Schlußwort den Debattenrednern für ihre Diskussionsbeiträge. Leider mußte man auch hier feststellen, daß es immer wieder Politiker gibt, die keine sachliche Kritik üben, sondern nur nörgeln. Es wurde gesagt, die Betroffenen haben keine Freude über den Kostenersatz oder die Heilbehandlung. Die Heilbehandlung ist notwendig, weil man versuchen will, die Behinderung zu heilen oder wenigstens zu bessern. Es ist auch merkwürdig, daß gerade Vertreter jener Partei, die immer dafür eintritt, daß die freie Wohlfahrtspflege alle Möglichkeiten haben soll, nun alle Leistungen der Stadt Wien allein überlassen will. Da die Tätigkeit dieser Vereine ohnedies gesetzlich verankert ist, ist es nicht notwendig, in unserem Gesetz gleichlautende Bestimmungen aufzunehmen.

GR. Dr. Hirnschall hat eine "kann-Bestimmung" verlangt. Es ist nicht notwendig, eine derartige Bestimmung aufzunehmen, da der grundsätzliche Anspruch auf Hilfe gewährleistet ist. Wir haben die Gesetze der Bundesländer studiert und haben darnach alles überflüssige aus der Vorlage herausgelassen.

Zur Frage der Volksdeutschen: es gibt heute kaum mehr sogenannte Volksdeutsche. Außerdem ist in den Bestimmungen enthalten, daß vom Erfordernis der Staatsbürgerschaft und des zweijährigen Aufenthaltes in Wien Abstand genommen werden kann.

Über das Programm der geschützten Werkstätten und des geschützten Arbeitsplatzes wurde eingehend beraten und die beste Möglichkeit in der Vorlage verankert. Auf Grund der Erfahrungen des Auslandes haben wir gesehen, daß der Schwerbehinderte sich absolut sicherer fühlt, wenn er in einer geschützten Werkstätte, unter Menschen, die gleichfalls behindert sind, arbeiten kann. Viele Behinderte konnten später in den normalen Arbeitsprozeß eingegliedert werden. Wir haben aber keine Ursache, Unternehmen, die Behinderte einstellen, Entschädigungen zu geben.

./.

Dem Behinderten selbst wird jedoch jede Hilfe gewährt, damit er auch auf einem normalen Arbeitsplatz eine vollwertige Leistung erbringen kann. Wenn also ein Unternehmer sagt, daß diese oder jene Maschine für einen Behinderten umgebaut werden muß, dann übernimmt die Stadtverwaltung diese Leistung. Sie stellt auch heute schon den blinden Stenotypisten Maschinen zur Verfügung. Während der Beschäftigungstherapie werden keine Pflegegelder bezahlt, weil die Behinderten da ein Taschengeld bekommen.

Das Sachverständigen-Team hat sich in anderen Bundesländern als unzweckmäßig erwiesen, weil die Fachleute nur schwer zusammenzubekommen sind und oft die Meinung eines einzigen Experten ausreicht.

Bei der Abstimmung wurde die Gesetzesvorlage in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Das neue Gebrauchsabgabe-Gesetz

Landeshauptmann-Stellvertreter Slavik (SPÖ) referierte die Gesetzesvorlage über die Erteilung von Erlaubnissen zum Gebrauch von öffentlichem Gemeindegrund und die Einhebung einer Abgabe hiefür, kurz "Gebrauchsabgabegesetz 1966" genannt. Die Ausarbeitung dieses Gesetzes wurde notwendig, weil der Verfassungsgerichtshof Bestimmungen des Gebrauchsgebührengesetzes vom Dezember 1947 aufgehoben hat und daher ab 30. Dezember 1966 keine Rechtsgrundlage für die Erteilung von Gebrauchserlaubnissen mehr bestehen würde. Jeder Einzelfall müßte separat ausgehandelt werden. Das Gesetz von 1947, das damals fortschrittlich war, mußte überdies den geänderten Verhältnissen angepaßt werden. Daher hat die Stadt Wien schon vor dem Verfassungsgerichtshof-Erkenntis Vorbereitungen für eine Neufassung des Gesetzes getroffen.

Die wesentlichen Veränderungen gegenüber den geltenden Bestimmungen sind: Eine Gebrauchserlaubnis darf jetzt nur mehr beim Vorliegen einer der einzeln angeführten Gründe verweigert werden.

Früher war die Gebrauchserlaubnis ein persönliches, nicht übertragbares Recht, das beim Besitzwechsel einer Liegenschaft vom neuen Besitzer neu erwirkt werden mußte. Im Sinne einer

./.

Verwaltungsvereinfahcung soll nun eine einmal erteilte Erlaubnis auch für den Zweitbesitzer gelten.

Das Gesetz zählt die Gründe einzeln auf, aus denen eine Gebrauchserlaubnis widerrufen werden kann. Früher mußte keine Begründung für einen Widerruf gegeben werden.

Die Vorlage bietet eine gesetzliche Handhabe, um jemanden, der eine Verkehrsfläche beschädigt hat, die Wiederherstellung dieser Fläche aufzutragen. Auch ist es nun möglich, die Beseitigung von Einrichtungen zu verlangen, für deren Errichtung keine Gebrauchserlaubnis vorlag. In solchen Fällen konnte man bisher nur mit Strafen vorgehen.

Für Abgaben, die in Hundertsätzen des Grundwertes berechnet werden, soll nun als Wertmaßstab der Einheitswert laut der letzten Hauptfeststellung herangezogen werden.

Einen echten Vorteil bietet die Bestimmung, daß die Rückzahlung eines angemessenen Teiles der als Jahresabgabe entrichteten Gebrauchsgebühr nicht mehr in das freie Ermessen der Behörde gestellt ist, sondern ein Erstattungsanspruch besteht.

Als zusätzliches Strafmittel ist nun auch der Verfall vorgesehen, und zwar dann, wenn sonstige Strafmittel voraussichtlich nicht zielführend sind. Diese Bestimmung schafft die rechtliche Möglichkeit, abgestellte Kraftfahrzeuge ohne Kennzeichen, deren Eigentümer nicht ermittelt werden kann, in einem Verwaltungsverfahren für verfallen zu erklären und abtransportieren zu können.

Auch die Tarife wurden den seit 1947 geänderten Verhältnissen angepaßt, wobei vor allem die Entwicklung auf dem Werbesektor berücksichtigt wurde. Der derzeitige Katalog der abgabepflichtigen Dinge wurde geändert oder ergänzt.

Die Erhöhung der Tarife macht durchschnittlich das Doppelte der derzeitigen Ansätze aus, stellt aber objektiv gesehen eine bescheidene Tarifnachziehung dar. Die Abstufung der Abgabensätze nach Stadtgebieten wurde mit Rücksicht auf die städtebauliche Entwicklung Wiens aufgelassen.

Um Kultur-, Sport- oder Parteiorganisationen nicht zusätzlich zu belasten, wurde bei den Tarifbestimmungen die Gebührenpflicht

./.

vielfach nur dann festgelegt, wenn das Vorhaben zu wirtschaftlichen Zwecken erfolgt.

Da sich zu der Gesetzesvorlage niemand zu Wort geneldet hatte, fand gleich die Abstimmung statt, bei der das Gebrauchsabgabegesetz 1966 in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen wurde.

Nach Beendigung der Tagesordnung dankte Erster Landtagspräsident Dr. Stemmer den Berichterstattern und den Debattenrednern für die sachlich geführte Diskussion, den Beamten für ihre Mitwirkung bei der Ausarbeitung der Gesetzesvorlagen.

Er teilte mit, daß nach der Geschäftsordnung die Zeit vom 15. Juli bis 15. September als sitzungsfrei anzusehen ist und der Landtag nur einberufen wird, wenn dafür eine besondere Notwendigkeit vorliegt. Er hoffe, daß dies nicht der Fall sein werde und wünschte dem Abgeordneten erholsame Sommerferien.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

\- - -

Rundfahrten "Neues Wien"

8. Juli (RK) Montag, 11. Juli, Route 1 mit Neubau des Allgemeinen Krankenhauses, Internationalem Studentenheim, Volksheim und Volksschule in der Krim, Ausflugsrestaurant Bellevue, Neubauten des Wilhelminenspitals, Assanierung Alt-Ottakring sowie andere städtische Anlagen und Einrichtungen.

Abfahrt vom Rathaus, 1, Lichtenfelsgasse 2, um 13.30 Uhr.

+

Dienstag, 12. Juli, Route 2 mit Verkehrsbauwerk Gürtel, Drittem Zentralberufsschulgebäude, Theresienbad, Südautobahneinfahrt, Schule Maiklgasse, Per Albin Hansson-Siedlung, Volkspark am Laaer Berg sowie andere städtische Anlagen und Einrichtungen.

Abfahrt vom Rathaus, 1, Lichtenfelsgasse 2, um 13.30 Uhr.

\- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

8. Juli (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit:

Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Fisolen 4 bis 6 S, Weißkraut 2 bis 3 S, Tomaten 3.50 bis 6 S je Kilogramm.

Obst: Birnen 5 bis 8 S, Bananen 8 bis 10 S, jugoslawische Pfirsiche 7.50 bis 10 S je Kilogramm.

\- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes:)

Sitzung des Wiener Gemeinderates

8. Juli (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Bruno Marek trat im Anschluß an den Landtag der Wiener Gemeinderat zur letzten Sitzung vor den Sommerferien zusammen. Es lagen drei Anfragen der KLS und eine Anfrage der ÖVP vor.

Folgende Anträge wurden eingebracht: von der SPÖ betreffend "die Fertigstellung und den Ausbau der Wiener Schnellbahn"; von der KLS betreffend . "Maßnahmen gegen die Teuerung" sowie "Maßnahmen gegen die Ausweitung des Krieges in Vietnam"; von der ÖVP betreffend "Schaffung eines Generalkonzeptes der Stadterneuerung" sowie "Überprüfung der Zweckmäßigkeit der Darlehen für Instandhaltungskosten unter Berücksichtigung sozialer Gesichtspunkte" sowie "Gewährung zinsenloser Darlehen für nachträgliche Herstellung von Gehsteigen" sowie "Hinweise für Autotouristen" sowie "Vorsorge der Gemeinde für einen neuen Sportplatz für den Fußballverein FC Wien" sowie "gärtnerische Ausgestaltung einer Baulücke, und zwar Zeltgasse 9, im 8. Wiener Gemeindebezirk".

Rechnungsabschluß der Stadt Wien 1965

Über den Rechnungsabschluß der Stadt Wien für das Jahr 1965 und über den Bericht des Kontrollamtes dazu referierte Vizebürgermeister Slavik (SPÖ). Er führte aus:

"An der Spitze meiner Ausführungen darf ich auf die erfreuliche Tatsache hinweisen, daß die Rechnung 1965 mit einem positiven Ergebnis geschlossen hat. Das ist kein Zufall. Das Ergebnis wurde bewußt erarbeitet und herbei geführt, und zwar durch eine sparsame Verwaltung und eine gewisse Zurückhaltung hauptsächlich bei den Investitionen. Seit eh und je versuchen verschiedene Magistratsabteilungen in den Voranschlag besonders bei den baulichen Herstellungen und bei den Inventaranschaffungen weniger wichtige Vorhaben unterzubringen, um dann für auftretende unabweisliche Projekte zusätzliche Mittel beanspruchen zu können. Die Finanzverwaltung hat in diesem Jahr in vielen Fällen die Dienststellen

./.

veranlaßt, die Deckung für neue Vorhaben durch Einsparungen bei veranschlagten Posten zu suchen. Dadurch konnten die Reserven mehr als in anderen Jahren geschont werden.

Aber auch die äußeren Umstände des vergangenen Jahres ließen keine günstigen Perspektiven offen. Der lang andauernde Winter 1964/65 und die anschließenden Schlechtwetterperioden verursachten besonders in der Landwirtschaft und auf dem Bausektor Schäden und Verzögerungen. Die Stadt Wien wurde von den Überschwemmungskatastrophen des Frühsommers 1965 nur in geringem Ausmaß betroffen. Durch das günstige Herbstwettter konnte sogar ein Teil der Behinderungen in der ersten Jahreshälfte wieder aufgeholt werden. Auch die Konjunkturverflachung - von 1964 auf 1965 war das Brutto-Nationalprodukt von 6,6 Prozent auf 3 Prozent gesunken - wirkte sich auf den Haushalt der Stadt Wien noch nicht merkbar aus. Die andauernde Vollbeschäftigung und die Preisauftriebstendenzen hatten auf der Einnahmenseite bedeutende Mehrerträge im Vergleich mit den Voranschlgsansätzen zur Folge. Dadurch konnte der veranschlagte Abgang gedeckt und verschiedene Mehrausgaben untergebracht werden. Ich bin daher in der angenehmen Lage, daß Jahr 1965 in Beziehung auf den Haushalt der Stadt Wien als ein gutes zu bezeichnen.

Nach der Verfassung der Stadt Wien ist der Magistrat verpflichtet, die jeweilige Jahresrechnung längstens zehn Monate nach Ablauf des Verwaltungsjahres dem Finanzausschuß und dem Stadtsenat vorzulegen. Der Magistrat ist dieser Verpflichtung nachgekommen. Die Jahresrechnung 1965 wurde nach Prüfung durch das Kontrollamt am 17. Juni vom Finanzausschuß und vom Stadtsenat behandelt.

Die von der Verfassung vorgeschriebene Auflage des Rechnungsabschlusses und des Inventars zur öffentlichen Einsicht wurde für die Zeit von 21. Juni bis einschließlich 5. Juli dieses Jahres festgesetzt. Vom Recht der Einsichtnahme haben acht Gemeindemitglieder Gebrauch gemacht, davon haben fünf Erinnerungen zu Protokoll gegeben.

Der vom Gemeinderat in der Sitzung vom 11. bis 19. Dezember 1964 beschlossene Voranschlag rechnete mit Einnahmen von 8.658,527.500 S und Ausgaben von 8.887,659.400 S, somit also mit einem Abgang von 229,131.900 S. Tatsächlich ergaben sich Einnahmen von 9.266,947.042,59 S und Ausgaben von 9.242,052.683,68 S, daher ein Überschuß von 24,894.358,91 S. Die Nettoverbesserung gegenüber dem Voranschlag betrug also 254,026.258,91 S.

./.

Zum Ausgleich der Jahresrechnung wurde dieser Überschuß der Allgemeinen Rücklage zugeführt. Dadurch erschienen nun die Einnahmen und Ausgaben in gleicher Höhe, nämlich mit 9.266,947.042.59 Schilling.

Der Allgemeinen Rücklage wurde am Jahresende auch der Zinsenertrag aus den Rücklagebeständen in Höhe von 17,493.428.40 S zugeführt. Dadurch hat sich der Stand der Allgemeinen Rücklage von 636,1 Millionen S am 1. Jänner 1965 auf 678,5 Millionen S am 31. Dezember 1965 erhöht.

Die Einnahmen (ohne durchlaufende Darlehensgebarung und ohne Abschlußbuchung) haben um 659,9 Millionen S oder um 8,2 Prozent gegenüber dem Voranschlag 1965 zugenommen. Die Landes- und Gemeindeabgaben sind im Vergleich mit dem Voranschlag um 14,5 Prozent, die Einnahmen aus dem Finanzausgleich um 10,8 Prozent und die Gebühren und sonstigen Einnahmen um 2,2 Prozent gestiegen.

Durch diese Mehreinnahmen konnte, wie bereits erwähnt, nicht nur der veranschlagte Abgang zur Gänze aufgeholt und ein Überschuß von rund 25 Millionen S erzielt, sondern auch Ausgaben gemacht werden, die im Voranschlag nur in geringem Umfang oder überhaupt nicht vorgesehen waren.

Die Mehrausgaben dienten zur Deckung des erhöhten Personalaufwandes infolge der Bezugsregelungen für unsere Bediensteten und für eine Teilsanierung der Wiener Stadtwerke. Bedeutende Mehrbeträge wurden für den Wohnhausbau, für die Wohnbauförderung und für die Erhaltung des Althäusbestandes aufgewendet. Aber auch die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse durch die im Gang befindlichen Großbauten und die Behebung von Frost- und Unwetterschäden auf den Straßen sollte das Leben in unserer Stadt erleichtern und verschönern. Nicht zuletzt gelten unsere Bemühungen dem Wohle unserer Bürger durch die Mehrausgaben für das Kulturwesen und durch die Aufwendungen in der Fürsorge.

Einnahmen

Die Einnahmen setzen sich aus folgenden großen Gruppen zusammen (in Millionen Schilling): 1. Landes- und Gemeindeabgaben einschließlich Zuschläge zu Bundesabgaben 1.997,7 (23 Prozent),

./.

2. Einnahmen aus dem Finanzausgleich 3.393,7 (39,1 Prozent), 3. Gebühren und sonstige Einnahmen 3.296,9 (37,9 Prozent), das sind bereinigte Einnahmen von insgesamt 8.688,3 Millionen Schilling. Dazu kommen 4. Aufnahme von Darlehen zur Weitergabe 78,6, 5. Investitionsanleihe 1965 500. Das ergibt Gesamteinnahmen von 9.266,9 Millionen S.

Die Landes- und Gemeindeabgaben einschließlich Zuschlägen zu den Wettgebühren, die an den bereinigten Einnahmen mit 23 Prozent beteiligt waren (Voranschlag 21,7 Prozent) haben einen Mehrertrag von 253,1 Millionen S gebracht. Daran waren folgende Steuern und Abgaben beteilgt (in Millionen Schilling):

Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital 23,9, Lohnsummensteuer 34,7, Grundsteuer 147,3, Vergnügungssteuer 15,3, Getränke- und Gefrorenessteuer 6,3, Anzeigenabgabe 8,5, Ankündigungsabgabe 9,7, Feuerschutzsteuer 0,9, Ortstaxe 2,2, Sportgroschen 0,9, Ausgleichsabgabe nach dem Wiener Garagengesetz 2,3, restliche kleinere Abgaben 1,1.

Durch die günstige Wirtschaftslage wurden bei fast allen Steuern und Abgaben Mehreinnahmen erzielt, lediglich bei der Ausgleichsabgabe auf Lebendvieh konnte der Ansatz nicht erreicht werden, wodurch eine geringfügige Mindereinnahme zu verzeichnen war.

2. Die Einnahmen aus dem Finanzausgleich (39,1 Prozent der bereinigten Einnahmen, Voranschlag: 38,1 Prozent) sind von 3.062 Millionen S auf 3.393,7 Millionen S, also um 331,7 Millionen S gestiegen.

Die Bestimmungen des Finanzausgleiches, geregelt durch das Bundesgesetz vom 18. März 1959 für die Jahre 1959 bis 1965 blieben mit geringen Veränderungen auch für das Jahr 1965 in Geltung.

Das echte Ergebnis aus dem Titel des Finanzausgleiches sinkt nach Abzug der an anderen Stellen des Rechnungsabschlusses ausgewiesenen Verpflichtungen in Höhe von 196,6 Millionen S auf 3.197,1 Millionen S.

Die Gebühren und sonstigen Einnahmen, an den bereinigten Einnahmen mit 37,9 Prozent (Voranschlag: 40,2 Prozent) beteiligt, haben einen Netto-Mehrertrag von 72,1 Millionen S ausgewiesen (ohne durchlaufende Gebarung).

Bei den Gebühren und Betriebsentgelten stehen Mehreinnahmen an Gebrauchsgebühren, an Friedhofsgebühren und an Hauskehrichtabfuhrgebühren (Müllabfuhrabgabe) Mindereinnahmen an Pflegegebühren der Krankenanstalten und des Allgemeinen Krankenhauses gegenüber.

./.

Im Voranschlag war nämlich eine zu hohe Leistung der Krankenversicherungsträger und eine zu hohe Anzahl von Pflegetagen angenommen worden. Auch die Erträge aus den Kanal- und Wassergebühren blieben hinter den Erwartungen zurück.

Bei den Beiträgen und Ersätzen sind die Mehreinnahmen auf die Erstattungen von Bezügen und Ersätze aus Übergenüssen, auf die Beiträge der städtischen Unternehmungen zum Schuldendienst, auf höhere Verpflegs- und Transportkosten im Pflegekinderwesen, auf die Elternbeiträge bei den Kindertagesheimen, auf Ersätze der Städtischen Bestattung an die Friedhöfe und auf die Ersatzleistungen des Bundes für die Kosten der Bundespräsidentenwahl 1965 zurückzuführen.

Bei den Einnahmen aus dem beweglichen Vermögen ergaben sich Mindereinnahmen. Diese sind vornehmlich auf geringere Inanspruchnahme von Darlehen aus der Wohnbauförderung 1954 durch den eigenen Wohnhausbau zurückzuführen.

Bei der Rückzahlung von Gehaltsvorschüssen ergaben sich Mindereinnahmen von 3,2 Millionen S, bei den Darlehen aus dem Wohnhauswiederaufbaufonds von vier Millionen S und durch die nur teilweise Beanspruchung des Kredites der Deutschen Bank AG von 44,4 Millionen S. Unter den Mehreinnahmen ist die Darlehensaufnahme aus dem Wohnhauswiederaufbaufonds mit 14,7 Millionen S besonders erwähnenswert.

Der Mehrertrag bei den Erlösen von 5,6 Millionen S geht hauptsächlich auf Mehrerträge bei den Warenverkäufen des Beschaffungsamtes zurück.

Die Mehreinnahmen bei den einmaligen Einnahmen im Betrage von 16,6 Millionen S resultieren aus dem Verkauf von Wertpapieren, aus Bundesbeiträgen zur Hochwasserhilfe und für die Betatronanlage im Allgemeinen Krankenhaus, aus Baukostenersätzen und Beiträgen, aus Mehrerträgen beim Verkauf und Tausch von Grundstücken und anderem.

Die in der Übersicht der Einnahmen herausgehobenen Posten, die mit Ausnahme der Abschlußbuchung in gleicher Höhe auch auf der Ausgabenseite aufscheinen, betreffen ein Darlehen der Österreichischen Kommunalkredit AG zur Erschließung von Industriegelände im Betrag von 3 Millionen S, einen Kredit der Deutschen Bank AG für Investitionen der Wiener Stadtwerke-Elektrizitätswerke von 75,6 Millionen S und die sechsprozentige Investitionsanleihe der Bundeshauptstadt Wien 1965 im Betrage von 500 Millionen S, die ebenfalls für Investitionszwecke an die Wiener Stadtwerke weitergegeben wurde.

./.

Wie bereits erwähnt, beträgt der Stand der Allgemeinen Rücklage am Jahresende 678,5 Millionen S. Da wir mit einem Kassenstand von 1.066,8 Millionen S geschlossen haben, waren also die Rücklagen zur Gänze in den Kassenbeständen gedeckt.

Ausgaben

Bei den Ausgaben sind folgende wichtige Gruppen zu unterscheiden. (in Millionen Schilling):

1. Personalaufwand 2.454,2 (28,3 Prozent der bereinigten Ausgaben), 2. Laufender Sachaufwand 3.790,6 (43,8 Prozent der bereinigten Ausgaben), 3. Einmaliger Aufwand (Investitionen) 2.418,7 (27,9 Prozent der bereinigten Ausgaben), das sind 8.663,5 Millionen S. Dazu kommen 4. Weitergegebene Darlehen 78,5, 6 Prozent Investitionsanleihe 1965 500, Zuführung an die Allgemeine Rücklage 24,9. Das sind insgesamt 9.266,9 Millionen S.

Mit den für den Personalaufwand vorgesehenen Ansätzen konnte das Auslangen allerdings nicht gefunden werden. Durch die Neufestsetzung der Bezüge der städtischen Bediensteten auf Grund der 25. Dienstrechtsnovelle - Erhöhung der Bezüge um sieben Prozent, mindestens aber um 150 Schilling - war ein Mehraufwand von über 100 Millionen S zu erwarten. Infolge des Mangels an Arbeitskräften waren am Jahresende mehr als 1.600 ständige Dienstposten nicht besetzt. Dadurch verminderte sich die erwartete Überschreitung auf 25,935.527,48 S.

Der Stand des aktiven Personals ist im Vergleich mit 1964 um 187 auf 33.568 gesunken. Der Vermehrung beim ständigen Personal um 134 sowie beim nicht vollbeschäftigten Personal um 110 steht eine Verminderung beim nicht ständigen Personal um 431 gegenüber, verursacht durch die Entlassung der im Vorjahr nur für die Ausstellung neuer Lehnsteuerkarten aufgenommenen Aushilfsbediensteten.

Gegenüber dem Voranschlag konnten infolge Personalmangels 1.607 ständige und 230 nicht ständige Dienstposten nicht besetzt werden. Nur beim nicht vollbeschäftigten Personal wurden 716 Bedienstete mehr ausgewiesen. Besonders drückend war der Personalmangel beim Jugendamt mit 103, bei den Altersheimen mit 154, bei den Krankenanstalten mit 625, beim Stadtgartenamt mit 98 und beim Betrieb Stadtreinigung und Fuhrpark mit 178 unbesetzten Dienstposten.

./.

Die Zahl der Pensionisten hat sich von 17.020 auf 17.186, also um 166 erhöht. Davon waren 10.807 Personen Ruhegenuß- und 6.379 Versorgungsgenußempfänger. Der Gesamtaufwand für Ruhe- und Versorgungsgenüsse von 568,1 Millionen S teilt sich in 435,2 Millionen S für Ruhegenüsse und 132,9 Millionen S für Versorgungsgenüsse.

Die Personaltangente (Anteil des Personalaufwandes an den bereinigten Ausgaben) war mit 28,3 Prozent um 1,1 Prozent geringer als im Voranschlag, im Vergleich mit dem perzentuellen Anteil im Rechnungsabschluß 1964, nämlich 28,2 Prozent, fast unverändert.

Die Einsparungen beim Personal hatten aber eine Mehrausgabe beim Sachaufwand zur Folge. Besonders das Anstaltenamt und der Betrieb Stadtreinigung undFuhrpark mußten vorwiegend für Reinigungs- und Transportaufgaben private Firmen heranziehen.

Mit Gesamtausgaben von 3.790,6 Millionen S erforderte der laufende Sachaufwand um 228,8 Millionen S mehr als veranschlagt. Höhere Ausgaben sind bei der Erhaltung der baulichen Anlagen und des Inventars, bei den Raum- und Hauskosten, bei den Verbrachsmaterialien, bei den zinsenfreien Instandhaltungsdarlehen und anderen Darlehensgewährungen entstanden. Zwei Leistungen der Stadt Wien verdienen besondere Erwähnung: die Hochschul-Jubiläumsstiftung von 50 Millionen S sowie die Übernahme einer zusätzlichen Kapitalserhöhung der Wiener Stadtwerke von 70 Millionen Schilling, worüber ich beim Finanzwesen noch berichten werde.

Für die einmaligen Ausgaben wurden um 88,1 Millionen S mehr ausgegeben als veranschlagt war.

Die letzte Gruppe der Ausgaben betrifft die weitergegebenen Darlehen beziehungsweise Anleihen im Gesamtbetrag von 578,6 Millionen S.

Finanzwesen

Die Ausgaben haben mit 1.959,4 Millionen S den Ansatz von 1.932,4 Millionen S um rund 27 Millionen S überstiegen.

Aus der Post 'Beteiligungen' wurden den Wiener Stadtwerken für eine Kapitalaufstockung die für diesen Zweck veranschlagten 100 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt.

./.

Zur Verbesserung der Kapitalstruktur der Wiener Stadtwerke hat der Gemeinderat am 21. Dezember 1965 beschlossen, eine weitere Kapitalerhöhung um 362 Millionen S vorzunehmen. Hierbei wurde vorgesehen, daß die Hoheitsverwaltung diese Kapitalerhöhung zu übernehmen hat, und zwar sollten 100 Millionen S bar zur Einzahlung gelangen und der Restbetrag von 262 Millionen S in Form einer Sacheinlage eingebracht werden. Von dem Barbetrag wurde noch im Jahre 1965 ein Teilbetrag von 70 Millionen S verrechnet, wodurch eine Überschreitung von 60,870.520 Millionen S entstanden ist. Von den Sacheinlagen wurde ebenfalls im Jahre 1965 eine Forderung der Stadt Wien an die Teerag-Asdag AG. im Betrag von 22 Millionen S an die Wiener Stadtwerke abgetreten. Der verbleibende Rest der Kapitalerhöhung wird erst im Jahre 1966 verrechnet.

Für zinsenfreie Instandhaltungsdarlehen wurden fast 265 Millionen S ausgegeben, um rund 95 Millionen S mehr als veranschlagt, ein Beweis des großen Bedarfes infolge des schlechten Bauzustandes der Wiener Althäuser und infolge der steigenden Baupreise. Bei den Darlehen nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1954 wurde der Ansatz um 28 Millionen S überschritten. Nach diesen Gesetz wäre das Land Wien verpflichtet gewesen, für die Zeit von 1955 bis einschließlich 1965 1.939,7 Millionen S für Förderungszwecke bereitzustellen. Die zugezählten Darlehen erreichten jedoch nur eine Höhe von 1.848,7 Millionen S. Durch Landtagsbeschluß wurden noch weitere 485 Millionen S an Darlehen zugesichert. Dieser Betrag, der durch die Darlehensbedingungen noch nicht ausbezahlt werden konnte, wurde als Passivum der Stadt Wien im Inventar ausgewiesen, womit Wien seine Verpflichtung nicht nur erfüllt, sondern bedeutend überschritten hat.

Durch geringere Zuzählung infolge Verzögerungen im Baufortschritt ist bei den Zusatzdarlehen zu den Darlehen des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds eine Minderausgabe entstanden. Die Annuitätenzuschüsse im Rahmen der Wiener Wohnbauaktionen 1958 und 1964 sind mit 43 Millionen S unter dem Ansatz von 50,5 Millionen S geblieben.

Der Ankauf von Wertpapieren erforderte einen Betrag von 18,1 Millionen S, das sind um 17,6 Millionen S mehr als veranschlagt.

./.

Mit diesem bedeutenden Betrag wurden Stücke der Investitionsanleihen früherer Jahre zum Zwecke der Marktpflege erworben.

Durch die Aufnahme der sechsprozentigen Investitionsanleihe der Bundeshauptstadt Wien 1965 und verschiedner Darlehen, vorwiegend aus dem Wohnhauswiederaufbaufonds, ist der Stand der Anlehens- und Darlehensschulden um 19,2 Prozent das ist von 2,720,2 Millionen S auf 3.243,5 MillionenS, gestiegen. Die vorgesehene Darlehensaufnahme bei der Österreichischen Kommunalkredit AG. von sieben Millionen S wurde nur mit drei Millionen S effektuiert. Der Schuldendienst hat Aufwendungen von insgesamt 244,5 Millionen S notwendig gemacht. Davon entfielen 101 Millionen S auf die Tilgung und 143,5 Millionen S auf die Verzinsung der Anlehen und Darlehen. Zum Anlehensdienst wurden von anderen Verwaltungszweigen, von den Städtischen Unternehmungen und von der Newag 87,4 Millionen Schilling an Beiträgen geleistet. Da zur Tilgung und Verzinsung der Darlehen vornehmlich von den Wiener Stadtwerken und dem Bund (Österreichische Bundesbahnen) ebenfalls Beiträge in Höhe von 144,4 Millionen Schilling bezahlt wurden, bleibt als Belastung der Hoheitsverwaltung aus diesem Titel nur ein Betrag von 12,7 Millionen S.

Bei den Überschwemmungen im Frühsommer des Vorjahres hat die Stadt Wien in Kärnten und Osttirol technische Hilfe durch Beistellung von Pumpen- und Transportfahrzeugen der Feuerwehr und des städtischen Fuhrparkes geleistet. Auch bei der Schlammkatastrophe von Köflach wurden Geräte der Stadt Wien eingesetzt. Diese Hilfeleistungen erforderten einen Betrag von 904.673 Millionen S.

Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung

In der Verwaltungsgruppe III wurden 73,9 Millionen S mehr ausgegeben, als veranschlagt war. Die Gesamtausgaben von 564,1 Millionen S teilen sich in 217,2 Millionen S für Kultur- und Volksbildungsangelegenheiten und in 346,9 Millionen S für das Schulwesen.

Der Mehraufwand für Kultur- und Volksbildungsangelegenheiten im allgemeinen von 58,5 Millionen S entstand hauptsächlich durch die Hochschuljubiläumsstiftung der Stadt Wien in der Höhe von 50 Millionen S, durch gesteigerte Fremdenverkehrsförderung und durch jene Förderungsbeiträge, die als Ersatz für die entfallene Förderung aus den Kulturgroschen geleistet wurden. ./.

Der Mehraufwand für den Körpersport wurde durch höhere Zuschüsse an Sportorganisationen, die das günstige Sportgroschenerträgnis ermöglichte, hervorgerufen. Die Mehrkosten beim Bau der Sportanlage 10, Gußriegelstraße - Nothnagelplath, und 21, Schwarzlackenau, von 2,2 Millionen S konnten bei anderen Bauvorhaben eingespart werden.

Die Ausgaben für die Schulen beliefen sich, wie bereits erwähnt, auf 346,9 Millionen S. Der Schülerstand hat an den Volksschulen um 3.663 zugenommen, an den Hauptschulen um 692 Schüler abgenommen.

Durch die Einführung des 9. Schuljahres ab 1966/67 wurde eine Vermehrung der Anzahl von Modernisierungen alter Schulgebäude sowie die beschleunigte Ausführung von Schulneubauten erforderlich. Auch die am Stadtrand entstehenden großen Siedlungen machen den Bau neuer Schulen notwendig.

So wurde der Neubau von zwei Schulgebäuden begonnen, die Arbeiten an elf Gebäuden wurden fortgesetzt und mit 1,8 Millionen S drei Neubauten geplant. Für die bauliche Erhaltung (zum Großteil Modernisierung alter Gebäude) der allgemeinbildenden Pflichtschulen wurden 50 Millionen S, für bauliche Herstellungen fast 89 Millionen S und für Inventaranschaffungen rund acht Millionen S ausgegeben. Mit einer Baurate von 24,2 Millionen S wurde das III. Zentralberufsschulgebäude fertiggestellt.

Das Wohlfahrtswesen

Die Gesamtausgaben für das Jugendamt einschließlich Personal betrugen 56,6 Millionen S.

Für die Heime für Kinder und Jugendliche wurden insgesamt 104 Millionen S ausgegeben, wovon auf die baulichen Herstellungen 18,8 Millionen S entfielen, 1,5 Millionen S waren für die Modernisierung des Pavillons I im Zentralkinderheim, 3,5 Millionen S für den Einbau einer Zentralheizung und für den Umbau von Gruppenräumen im Heim Lindenhof und 3,9 Millionen S für die Fertigstellung des Gesellenheimes 10, Zohmanngasse, ausgegeben. Die Stadt Wien hat am Jahresende 1965 insgesamt 5.321 Pflegekinder betreut. Die Kindertagesheime erforderten einen Mehraufwand von 8,6 Millionen S, besonders für das Personal und für die höheren Herstellungskosten des Essens. Mit 23,5 Millionen S wurde der Bau von 13 Kindertagesheimen fortgesetzt und der des Heimes 10, Herzgasse begonnen. 9.436 Kinder kamen in den Genuß der Erholungsfürsorge.

./.

An den höheren Ausgaben in der Wohlfahrtspflege hatte die Erhöhung der Richtsätze für Dauerunterstützungen den den größten Anteil, nämlich 6,8 Millionen S. Die Blindenbeihilfen wurden erhöht und die Zahl der Pensionistenklubs hat sich um fünf vermehrt. An Hilfeleistungen für die vom Hochwasser betroffenen Wiener gelangten Geldaushilfen von 864.879 S zur Auszahlung.

Gesundheitswesen

Für Gesundheitsschutz und Gesundheitsfürsorge, undzwar für Zentrale und Bezirksgesundheitsämter, wurden einschließlich des Personal- und Sachaufwandes 33,6 Millionen S aufgewendet.

Mit Beginn des Schuljahres 1965/66 erfolgte eine durchgreifende Modernisierung der Schulzahnkliniken. In verschiedenen Gemeindebezirken wurden fünf Kliniken in Jugendzahnkliniken umgewandelt und können nun von allen Schulkindern und Jugendlichen von drei bis 18 Jahren in Anspruch genommen werden. Die übrigen Schulzahnkliniken wurden aufgelassen mit Ausnahme der Expositur in der Sonderschule für Körperbehinderte in Wien 18. Bezirk. Die fahrbare Zahnklinik wird zur Behandlung von Kindern in Heimen eingesetzt. Außerdem wurde in 8. Bezirk eine kieferorthopädische Station eingerichtet.

Die Ausgaben für die städtischen Wohlfahrtsanstalten (einschließlich Lehrlings- und Altersheime) beliefen sich auf 1.627,5 Millionen S, wobei sich die Einnahmen, ohne die Beiträge des eigenen Fürsorgeverbandes, auf 629,7 Millionen S stellten, so daß der Abgang, der aus laufenden Steuermitteln gedeckt werden muß, 997,8 Millionen S betrug.

Einschließlich der 117 Angestellten des Anstaltenamtes und des Anstaltenhauptlagers sowie der 357 Bediensteten des Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstes stellte sich der Gesamtpersonalstand am Jahresende auf 13.916 Personen (1964: 13.806).

Aus der Vielfalt der baulichen Herstellungen dieser Verwaltungsgruppe sind als bedeutendste hervorzuheben: Altersheim Lainz, Umbau Pavillon XI 11,6 Millionen S; Altersheim Lainz, Einbau einer Zentralheizung, Pavillon IV, VI und XIV 4 Millionen S, Lungenheilstätte Baumgartner Höhe, Umbau, Aufbau und Heizungseinbau im Pavillon Hermann, Restbetrag von 1,6 Millionen S.

./.

Neubau eines Schwesternheimes im Preyer'schen Kinderspital 4,2 Millionen S, Wilhelminenspital, Erweiterung der Anstalt 22,8 Millionen S, Krankenanstalt Rudolfsstiftung, Neubau 12 Millionen S, Allgemeines Krankenhaus, Neubau der Anstalt 62,9 Millionen S, Allgemeines Krankenhaus, Sanierung des alten Teiles 7,3 Millionen S, Allgemeines Krankenhaus, Klinikerprogramm 4,9 Millionen S, Heil- und Pflegeanstalten für Geisteskranke, Psychiatrisches Krankenhaus, Heizungseinbau und Adaptierungen Pavillon 24, Rest 2,1 Millionen S, Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst, Bau der Rettungs- und Sanitätsstation in 3, Arsenal, 2. Baurate 6 Millionen S.

Bauangelegenheiten

Für die Verwaltungsgruppe VI wurden allein 1.708,5 Millionen S, das sind 18,4 Prozent der Gesamtausgaben, aufgewendet. Im Mittelpunkt des Interesses steht natürlich die höchste Ausgabepost, nämlich für den Wohnhausbau. Der Ansatz von 912,3 Millionen wurde um 59,3 Millionen S überschritten, wodurch sich der Aufwand mit 971,6 Millionen S der Milliarde nähert. Der Mehraufwand wurde nicht allein durch höhere Lohn- und Materialkosten verursacht, sondern auch durch das steigende Bauvolumen besonders bei den in Montagebauweise hergestellten Häusern. Es wurden 4.679 Wohnungen fertiggestellt, an 4.748 Wohnungen, die bereits in Bau waren, wurde weitergearbeitet und 3.752 Wohnungen wurden neu begonnen.

Der ständig steigende Verkehr und das abnormale Wetter im Frühjahr und im Sommer 1965 erforderten besondere Anstrengungen zur Instandhaltung der Fahrbahnbeläge. Aus diesen Gründen und zur Fortführung beziehungsweise Fertigstellung der größeren Straßenbauten wurde der Voranschlagsansatz für den Straßenbau um 38 Millionen S überschritten.

Die wichtigsten Straßenbauten waren: die Herstellung der Fahrbahn zwischen Friedrichstraße und der Universitätsstraße im Zuge der Tiefführung der Straßenbahn in der Lastenstraße, der Ausbau der Laxenburger Straße, der Breitenfurter Straße, der Hietzinger Hauptstraße, der Maroltingergasse, der Wagramer Straße von der Aderklaaer Straße bis zur Seyringer Straße und die Herstellung des Autobusbahnhofes 23, Schillerplatz.

./.

Beim Brücken- und Wasserbau wurden mit einem Gesamtaufwand von 245,5 Millionen S unter anderem folgende größere Arbeiten ausgeführt, fortgesetzt oder begonnen:

Brückenbauten: Fertigstellung der Straßenbrücke in Verlängerung des Döblinger Gürtels, Weiterführung der Arbeiten an der Unterführung Lastenstraße mit Fußgängerpassage Mariahilfer Straße, Gürtelausbau zwischen Flurschützstraße und Südtiroler Platz (Straßenbahn-Tiefführung), Kreuzungsbauwerk Ketzergasse-Südbahn.

Schutzwasserbauten: Umbau der Nußdorfer Schleuse und Fortsetzung der Liesingbach-Regulierung.

Verkehrswasserbauten: Die Errichtung einer Tankerreinigungs- und Abwasserbeseitigungsanlage im Hafen Lobau wurde fortgesetzt.

Die Gärten haben mit einem Gesamtaufwand von 135,4 Millionen S zahlreiche Grün- und Gartenanlagen umgebaut beziehungsweise instandgesetzt, Spielplätze staubfrei gemacht, das Gelände der Wiener Internationalen Gartenschau 1964 in eine Gartenanlage umgebaut und die Restzahlungen für den Donaupark geleistet.

Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten

In der Verwaltungsgruppe VII wurden für die öffentliche Beleuchtung folgende Aufwendungen gemacht: Stromkosten 18,6 Millionen S, Betrieb und Instandhaltung der elektrischen Beleuchtung 20,4 Millionen S, Umbau, Neubau, Beleuchtungsverbesserung in Hauptstraßen, Umschaltungen und Umbau der öffentlichen Uhren 21 Millionen S.

Für die Erhaltung der baulichen Anlagen auf den Friedhöfen wurde der Voranschlagsansatz von 9,2 Millionen S um 4 Millionen S überschritten. Die baulichen Herstellungen, unter denen besonders der Umbau der Aufbahrungshalle im Friedhof Ober-St. Veit, die Vergrößerung der Aufbahrungshalle im Stammersdorfer Friedhof und die Ausgestaltung der Anlagen verschiedener Friedhöfe hervorzuheben sind, haben 10,3 Millionen S erfordert.

Die Abteilung für Technische Verkehrsangelegenheiten hat für Neubau und Ausbau von Verkehrslichtsignalanlagen, Verkehrszeichen und für Einrichtungen zur Sicherung des Verkehrs 24,6 Millionen S ausgegeben.

Öffentliche Einrichtungen

Das Netz der städtischen Straßenkanäle wurde im Berichtsjahr um 12,1 Kilometer erweitert. Außerdem wurden 2,7 Kilometer ver-

./.

altete Kanäle umgebaut und ausgewaschene Kanalsohlen erneuert. Den größten Arbeitsanfall verursachten die Kanalneubauten im Zusammenhang mit den Tieflegungen der Straßenbahn in der Lastenstraße und auf dem Gürtel.

Die Wasserwerke konnten infolge der schlechten Witterung und des dadurch entstandenen extrem hohen Grundwasserspiegels die für bauliche Herstellungen bereitgestellten Beträge nicht verbrauchen. Die wichtigsten Vorhaben waren der Bau des Grundwasserwerkes Lobau mit einem Aufwand von 52 Millionen S, die Fassung und Ableitung der 'Sieben Quellen' mit 7,2 Millionen S und der Ausbau des Wiener Rohrnetzes mit 20,9 Millionen S. Die Vorarbeiten für den Bau der III. Wasserleitung wurden fortgesetzt.

Die gesamte Wassergewinnung betrug 176,397.000 Kubikmeter, das sind um 5,116.000 Kubikmeter mehr als im Vorjahr.

Die Bäder haben ihren Ansatz nur um weniges überschritten. Mit der Fertigstellung und Eröffnung des Theresienbades stehen den Wienern 68 Bäder zur Verfügung: 22 Warmbäder, 3 Warm- und Sonnenbäder, 11 Sommerbäder und 32 Kinderfreibäder. Die Arbeiten am Neubau des Floridsdorfer Hallenbades wurden mit Kosten von 20,1 Millionen S fortgesetzt.

Die Waschleistung der Wäschereien ist infolge des Personalmangels etwas gesunken. Zur Ergänzung und Modernisierung des Maschinenparks wurden rund 800.000 S aufgewendet. Die Mehrausgaben, die dem Betrieb Stadtreinigung und Fuhrpark in Höhe von 24,6 Millionen S entstanden sind, verteilen sich auf Verbrauchsmaterialien, Beförderungskosten, Sondererfordernisse und Inventaranschaffungen.

Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen

Bei der Verwaltungsgruppe IX ist zu berichten, daß die städtische Wohnhäuserverwaltung einen Betriebsüberschuß von 12,8 Millionen S erzielen konnte, der den im Geldinventar unter den Aktivvormerkposten der Hoheitsverwaltung geführten Betriebsabgang der Jahre 1954 bis 1964 von 20,8 Millionen S auf 8 Millionen S senkt. Bei der Erhaltung der baulichen Anlagen sind durch vermehrte Arbeiten zur Verstärkung elektrischer Versorgungsleitungen Mehrausgaben entstanden. Die Wohnhäuserverwaltung hatte

./.

am Jahresende 154.136 Wohnungen und 7.636 Geschäftsräume zu verwalten. 2.994 maschinelle Kleinwaschküchen und 1.010 Aufzüge standen in Betrieb, ferner waren 6.290 Wohnungen und 243 Geschäftsräume mit Zentralheizung ausgestattet.

Wie im Vorjahr wurden an Siedler- und Kleingartenvereine und deren Verband zur Durchführung von Anlageverbesserungen Kredite in Höhe von einer Million Schilling gewährt.

Wirtschaftsangelegenheiten

In der Verwaltungsgruppe X wird der allgemeine Sachaufwand der Hoheitsverwaltung verrechnet. Vom Beschaffungsamt wurden im Laufe des Jahres Waren im Ankaufswert von 122,7 Millionen S an die Dienststellen ausgegeben und aus dem Verkauf ein Mehrerlös von 8,8 Millionen S erzielt. Die Bäckerei, die nur für die eigenen Anstalten arbeitete, schließt mit Einnahmen von 11,1 Millionen S und Ausgaben von 9,4 Millionen S (einschließlich Investitionen), also mit einem Überschuß von 1,7 Millionen S.

Die Märkte und Schlachthöfe hatten Einnahmen von 38 Millionen S und Ausgaben von 96,4 Millionen S.

Das Marktamt verwaltete 34 Objekte, und zwar drei Großmärkte, einen Viehmarkt, drei Markthallen, drei Spezialmärkte und 24 Detailmärkte.

Nach dem Bericht der Schlachthöfe hat sich die Zahl der Schlachtungen gegenüber dem Vorjahr um 21.147 auf 559.643 erhöht. Das Veterinäramt hat im Zuge der Durchführung der Viehbeschau 91.527 verschiedene Tiere untersucht.

Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten

Aus Anlaß von Kongressen, internationalen Tagungen und anderem fanden im Rathaus 216 Empfänge statt. Es wurden 829 Jubelpaare und 29 Hausgehilfinnen geehrt.

Die Ausgaben für die Feuerwehr waren mit 130,4 Millionen S um 7,1 Millionen S höher als veranschlagt. Für bauliche Herstellungen wurden 12,3 Millionen S und für die Verbesserung des Wagen- und Maschinenparks und den Ausbau der Nachrichtenanlagen 5,2 Millionen S aufgewendet.

Der Neubau der Feuerwachen Leopoldstadt und Liesing wurde fortgesetzt. In verschiedenen Haupt- und Feuerwachen wurden kleinere bauliche Herstellungen durchgeführt.

./.

Der Fahrpark wurde um drei Tanklöschfahrzeuge, ein Universallöschfahrzeug, drei Kommandowagen und drei sonstige Fahrzeugen ergänzt. Das im Vorjahr bestellte und angezahlte Magirus-Kranfahrzeug wurde geliefert und in den Dienst gestellt.

Die Grunderwerbungen zur Sicherstellung des Wohnhausbaues, zu Assanierungen, aber auch für andere öffentliche Aufgaben, wie Behebung von Verkehrshindernissen, Errichtung von Gärten und Spielplätzen, Friedhofserweiterungen, Schutz des Wald- und Wiesengürtels, erforderten 149,8 Millionen S und hielten sich damit fast genau im Rahmen des Ansatzes.

Für den Beitrag zu den Kosten der Bundespolizei wurden 97,7 Millionen S aufgewendet. Die Bundespräsidentenwahl 1965 kostete sechs Millionen S, wovon der Bund 2,2 Millionen S an Rückersatz leistete.

Aus dem Geldinventar, das im Rechnungsabschluß 1965 auf Seite 108 veröffentlich ist, geht hervor, daß sich die Aktiven der Stadt Wien um 883,8 Millionen S, die Passiven um 402,5 Millionen S erhöht haben, und zwar betragen die Aktiven 9.096,1 Millionen, die Passiven 5.422,3 Millionen, so daß ein Geldvermögen von 3.673,8 Millionen S, das ist um 481,3 Millionen S mehr als Ende 1964, vorhanden war.

Das Vermögen der Städtischen Unternehmungen ist mit 2.008,2 Millionen S ausgewiesen.

Die Stadt Wien hat Haftungen und Bürgschaften in einer Gesamthöhe von 531,9 Millionen S übernommen und haftet außerdem noch für die aus dem Einlagengeschäft der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien entstandenen Verbindlichkeiten in Höhe von 12,8 Milliarden Schilling am Jahresultimo (Vorjahr: 10,6 Milliarden Schilling).

Wie immer war der Rechnungsabschluß auch heuer zur öffentlichen Einsichtnahme aufgelegt. Acht Wiener haben von ihrem Einschaurecht Gebrauch gemacht, und zwar fünf Männer und drei Frauen. Insgesamt wurden zum Rechnungsabschluß fünf Erinnerungen abgegeben. Der Referent stellte den Antrag, sie den zuständigen Gemeinderatsausschüssen zur Behandlung zuzuweisen.

Vizebürgermeister Slavik stellte darauf die erforderlichen Anträge zur Genehmigung des Rechnungsabschlusses und der Inventaraufstellung. ./.

Der Bericht des Kontrollamtes der Stadt Wien

Aus dem Kontrollamtsbericht über wichtigere Wahrnehmungen im Geschäftsjahr 1965 hob Vizebürgermeister Slavik die Feststellungen über die Entwicklung auf dem Personalsektor hervor. Der Anteil der Personalkosten an den Gesamtausgaben ist von 30 auf 29 Prozent zurückgegangen, während der Investitionsanteil von 24 auf 27 Prozent stieg. Der städtische Personstand hat trotz ständig steigender Aufgaben der Stadtverwaltung abermals eine Verminderung erfahren. Die Zahl der Bediensteten ist von 34.114 im Jahr 1961 auf 33.568 im Jahr 1965 zurückgegangen, obwohl Kanzleilehrlinge eingestellt wurden. Dies war nur durch weitgehende Rationalisierung möglich, für die der Kontrollamtsbericht zahlreiche Beispiele anführt. So vor allem den Reorganisationsplan des städtischen Rechnungswesens, durch den der Personalstand des Rechnungsamtes seit 1954 um 208 Posten oder 20 Prozent vermindert werden konnte. Ein weiteres Beispiel bietet die Stadtgartenverwaltung, die gegenüber 1961 vier Millionen Quadratmeter Grünflächen mehr betreuen muß, dazu aber nur 13,6 Prozent mehr Personal benötigt. Die Arbeit kann hier nur durch verstärkten Maschineneinsatz bewältigt werden. Weitere Beispiele für erfolgreiche Rationalisierungsmaßnahmen erblickt das Kontrollamt im Bereich der Friedhofsverwaltung, der Magistratsabteilung für technische Verkehrsangelegenheiten und bei der Prüfstelle für Kraftfahrzeuge. Die stärkste Personalverminderung, und zwar um zehn Prozent, weisen die Wiener Verkehrsbetriebe auf, was auf schaffnersparende Einrichtungen und auf Mehrdienstleistungen des Personals zurückzuführen ist. Das Kontrollamt weist auch darauf hin, daß durch die gewaltige Investitionstätigkeit der Stadt Wien im Ausmaß von 2.248 Millionen Schilling im Jahr 1965 wieder ein beachtlicher Beitrag zur günstigen Beschäftigungslage und zur Sicherung von Arbeitsplätzen geleistet wurde. Aus einer Zusammenstellung im Kontrollamtsbericht geht die perzentuelle Aufteilung der Investitionsmittel auf die verschiedenen Aufgabenbereiche hervor.

./.

1965 war eines der erfolgreichsten Jahre

Der Referent mußte es sich versagen, auf einzelne Wahrnehmungen des Kontrollamtes näher einzugehen, empfahl jedoch ein gründliches Studium des Kontrollamtsberichtes, besonders der Kapitel über die Entwicklung des Personalsektors und des Wohnbaus. Er zitierte die Schlußbemerkungen des Kontrollamtsberichtes, in denen es heißt:

"Bei dem bedeutenden Umfang der Wiener Stadtverwaltung, ihrer Unternehmungen und Beteiligungen, lassen sich Ordnungswidrigkeiten und Unzukömmlichkeiten nie zur Gänze ausschalten. Wenn sich daher dieser Bericht naturgemäß vorwiegend mit diesen Feststellungen befaßt, dann wäre es unrichtig, daraus den Schluß auf eine Ordnungswidrige Verwaltung zu ziehen. Die Prüftätigkeit des Kontrollamtes ergab vielmehr, daß sich der Verwaltungsablauf und die Betriebsführung, im ganzen gesehen, in geordneten Bahnen vollzog und Mißbräuche nennenswerten Umfanges nicht erkennbar waren. Bei Abstellung vorgefundener Gebarungsmängel und bei Behandlung von Rationalisierungsvorschriften war vielmehr das Bemühen der Stadtverwaltung und ihrer Organe zu erkennen, eine ordnungsmäßige und zweckmäßige Geschäftsführung zu gewährleisten. Dies gilt in gleicher Weise für die magistratischen Dienststellen, wie für die verantwortlichen Organe der von Kontrollamt der Stadt Wien geprüften Gesellschaften und Einrichtungen."

Abschließend betonte Vizebürgermeister Slavik, daß das Jahr 1965 zu den erfolgreichsten Jahren für die Wiener Stadtverwaltung seit 1945 zählte. Dies sei vor allem das Verdienst der städtischen Bediensteten, denen der Referent unter allgemeinen Beifall den Dank für ihre Tätigkeit aussprach.

Die Debatte über 1965

Als erster Debattenredner betonte Gemeinderat Lauscher (KLS), daß aus dem Kontrollamtsbericht hervorgehe, daß vielen Kritiken und Anregungen bereits Rechnung getragen wurde. Gewisse heikle Fragen würden in den Bericht aber nur gestreift, wie etwa der Personalmangel in den Spitälern.

Der Redner meint, es hat den Anschein, als ob die Weisungsgebundenheit des Kontrollamtes zur Folge habe, daß gewisse Dinge in dem Bericht nicht aufscheinen. Das mindere natürlich den Wert der Arbeit des Kontrollamtes.

Die Gehaltspolitik der Stadt Wien, so meint der Redner, habe wesentlich zur Verschärfung der Personalsituation beigetragen. Beunruhigend sei auch der Bericht über die Wohnbautätigkeit. Die Zahl der fertiggestellten Wohnungen sinke von Jahr zu Jahr und auch die durchschnittlichen Wohnungsgrößen werden geringer. Der Redner fordert den rascheren Ausbau der Montagebauweise. Den Bericht des Kontrollamtes werde seine Fraktion trotz der kritischen Hinweise zur Kenntnis nehmen.

Zum Rechnungsabschluß selbst bemerkte Gemeinderat Lauscher, daß daraus hervorgehe, wie die Bezüge der Gemeindebediensteten hinter der Teuerung und hinter der Leistungssteigerung zurückbleiben. Kritisch beschäftigt er sich auch mit den höheren Grundsteuereinnahmen.

Gemeinderat Dr. Schmidt (FPÖ) beschäftigt sich ebenfalls mit dem Mehrerlös bei der Grundsteuer und erinnert daran, daß Vizebürgermeister Slavik seinerzeit dem Gemeinderat einreden wollte, nur die Villenbesitzer und Kapitalisten würden mehr bezahlen, der kleine Mann aber habe Ermäßigungen zu erwarten. Heute kann man feststellen, daß die Belastung durch die Grundsteuer auch den kleinen Mann trifft.

Es ist richtig, daß man auf Grund der Mehreinnahmen aus der Grundsteuer keine endgültigen Schlüsse ziehen darf. Aber nicht nur die Grundsteuer, sondern auch andere Posten haben Mehrerträge gebracht. Und schließlich scheinen zum erstenmal offiziell "nicht unerhebliche Preisauftriebstendenzen" im Rechnungsabschluß auf, zum erstenmal also wird die Verdünnung des Schillings zugegeben.

Tatsächlich haben sich die Preisauftriebstendenzen des Jahres 1965 heuer verstärkt fortgesetzt. Jedermann erwartet von der Regierung durchgreifende Gegenmaßnahmen. Es geschieht jedoch nichts. Im Gegenteil: neue Steuern verteuern den Heizöl- und Benzinpreis, die Bahntarife wurden erhöht. Auswirkungen auf den gesamten Wirtschaftsbereich sind die Folgen.

./.

Diese Preisauftriebstendenzen scheinen auch auf die Rathausmehrheit ansteckend zu wirken, da auf verschiedenen Gebieten Erhöhungen vorgesehen sind. Es wird jedoch nicht möglich sein, zum Beispiel die Verkehrsbetriebe mit Tariferhöhungen allein zu sanieren. Es sei bedauerlich, daß hier noch immer kein grundlegendes Sanierungsprogramm vorliegt.

Das Resultat des Rechnungsabschlusses ist kurz gesagt: Mehr Einnahmen, aber dünnere Schillinge. Dazu kommt, daß die Rücklage, die sogenannte "Rathausmilliarde", nicht einmal ein Zwölftel der Ausgabensumme beträgt, das heißt, nicht einmal die Ausgaben eines Monats decken könnte.

GR. Dr. Schmidt zeigt sich sodann über den grundsätzlich positiven Bericht des Kontrollamtes erfreut. Im einzelnen aber kritisiert er, daß der Bericht auf grundsätzliche Probleme und Fragen nicht eingehe. Er übe nur sanfte Kritik, die an der Oberfläche bleibe. Allerdings sei vor allem seit der Änderung der Stadtverfassung, in deren Rahmen das Kontrollamt seine unabhängige Stellung verloren habe, auch nichts anderes zu erwarten gewesen.

Durch den Kontrollamtsbericht zieht sich wie ein roter Faden die Feststellung über den akuten Personalmangel. Dadurch ist der Personalaufwand zwar nahezu gleich geblieben, der Personalmangel aber hat auf verschiedenen Gebieten, so zum Beispiel bei den Spitälern, bereits bedrohliche Formen angenommen. Bei den Verkehrsbetrieben habe es in den letzten fünf Jahren einen Abgang von 1.490 Bediensteten gegeben, allein im letzten Jahr hatten die Verkehrsbetriebe um 282 Bedienstete weniger. Das bedeutet, daß die Personalwerbung erfolglos geblieben sei. Um diesem Personalmangel entgegenzutreten, seien in erster Linie neben Rationalisierungsmaßnahmen eine wendigere Gehaltspolitik und die vermehrte Schaffung von Aufstiegsmöglichkeiten notwendig.

Das Ergebnis des Kontrollamtsberichts über die Bautätigkeit sei die Feststellung, daß die Bauzeiten bei der herkömmlichen Bauweise länger geworden sind. Die Überschreitungen machen in vielen Fällen bereits ein halbes Jahr aus. Dadurch steigen die Baukosten, während sich die Wohnungsgrößen vermindern. Leider sind auch die in Montagebauweise errichteten Wohnungen kleiner geworden. Im übrigen ist es erfreulich, daß 1.235 Montagebau-

./.

wohnungen rascher als vereinbart fertig geworden sind. Daß heißt also, daß die billigeren und rationalleren Methoden der Fertigteilbauweise in größerem Ausmaß angewendet werden müßten. Der städtischen Baukontrolle schließlich stellt der Kontrollamtsbericht kein gutes Zeugnis aus. Eine genauere Kontrolleist hier zu fordern.

Der Kontrollamtsbericht beinhaltet im wesentlichen drei neuralgische Punkte: Personalmangel, die katastrophale Lage der Verkehrsbetriebe sowie das wachsende Defizit bei den Spitälern und Altersheimen. Als Forderung daraus ergebe sich, daß sich die Verwaltung endlich zu entscheidenden Maßnahmen aufschwingen müßte. Die FPÖ-Fraktion werde den Anträgen jedoch ihre Zustimmung nicht versagen.

GR. Dr.Weninger (ÖVP) stellt fest, daß manche seiner Anregungen der vergangenen Jahre vom Kontrollamt aufgegriffen wurden. So werden im Kontrollamtsbericht einzelne Posten des Rechnungsabschlusses erläutert, durch Tabellen ergänzt und jahrgangsweise der Erfolg aufgeschlüsselt.

Nicht in die Tat umgesetzt wurden die Wünsche hinsichtlich der Bekanntgabe der Vorgriffe auf die nächsten Jahre. Hier müßte den gewählten Mandataren eine Aufstellung über jene Beträge zukommen, die für die nächsten Jahre gebunden sind. Nur so ergäbe sich ein genaues Bild, worüber wir frei beschließen können. Der Kontrollamtsbericht müßte auch mehr über die Kontrolltätigkeit und über Wirtschaftlichkeitsberechnungen bringen und kaufmännische und wirtschaftliche Fragen erörtern.

Die Rationalisierung zwingt uns, Maschinen einzusetzen. Man vermißt jedoch im Kontrollamtsbericht eine Übersicht über den Erfolg dieser Maschinen, obwohl es interessant zu wissen, auf welchen Gebieten sich die mechanische Buchhaltung positiv auswirkt und wo sie nicht zweckmäßig ist.

Zum Erfolg 1965: Der Kontrollamtsbericht und der Rechnungsabschluß verweisen auf eine andauernde Vollbeschäftigung und den besseren Ertrag. Wir freuen uns darüber, daß ein vorgesehenes Defizit abgewendet werden konnte. Es erhebt sich aber die Frage, wie Wien zu dem allgemeinen Aufschwung und zur Vollbeschäftigung beigetragen hat.

./.

Wieweit haben unsere Bemühungen hinsichtlich des Fremdenverkehrs Erfolg gehabt, wieweit war die Veranstaltung von Kongressen ausschlaggebend usw?

Wenig zu lesen ist im Kontrollamtsbericht über den Betrag, den der Bund für Bundesstraßen beisteinarß, Die Gerechtigkeit gebietet, auch diesen zu erwähnen. (Stadtrat Heller: Diesen Beitrag ist er uns heutenoch schuldig!).

Die Landes- und Gemeindeabgaben sind gestiegen, die Ertragsanteile weisen ein Plus auf. So sehr wir uns darüber freuen, daß die Landes- und Gemeindeabgaben gestiegen sind, müssen wir doch mit Bedauern feststellen, daß die Hauptsumme dieses Mehrertrages auf das Plus an Grundsteuer zurückzuführen ist. Der Mehrertrag auf diesem Sektor beträgt gegenüber dem Voranschlag 147 Millionen Schilling. In einer anderen Post heißt es, daß aus ausständiger Ratenbewilligung noch weitere 68 Millionen dazukommen und daß darüber hinaus noch nicht alle Verfahren abgeschlossen sind. Diese Grundsteuererhöhung, die manche sehr hart getroffen hat, wurde vorgenommen, obwohl eine Verfassungsbestimmung die Gemeinden ermächtigt hat, die Steuern für die Jahre 1963 und 1964 wie für 1962 auszuschreiben, die Erhöhung also noch nicht vorzunehmen. Dieser Empfehlung der Verfassungsbestimmung sind alle Landeshauptstädte außer Wien nachgekommen, ferner alle vier niederösterreichischen Statutarstädte und 3.000 Gemeinden, nur nicht Wien. Seine Fraktion habe immer wieder verlangt, daß Wien auf die rückwirkende Einhebung verzichtet, leider hat man diesem Wunsch aber nicht Rechnung getragen. Erst spät hat man dem Druck der öffentlichen Meinung nachgegeben und hat eine Stundung bewilligt. Diese Grundsteuererhöhung wirkt sich auch bei den Einnahmen der Verwaltung der Siedlungen und Kleingärten aus und bei der Verwaltung der Treuhandhäuser. Besonders hart sind durch die Grundsteuererhöhung die kleinen Steuerpflichtigen betroffen worden. Es sei bedauerlich, daß man in der Theorie immer lautstark verkündet, für den kleinen Mann einzutreten, in der Praxis dann jedoch diesen Grundsatz nicht befolgt, Es wäre der Gemeindeverwaltung ein Leichtes gewesen, diese Theorie in die Tat umzusetzen und die Grundsteuer für die Jahre 1963 und 1964 so einzuheben, wie es die ÖVP immer beantragt hat.

./.

Gemeinderat Dr. Macher (ÖVP) stellt fest, daß gerade dem Wohnungsbau im Rechnungsabschluß und im Kontrollamtsbericht besondere Beachtung geschenkt wird. Beim Lesen dieser beiden Berichte komme man jedoch darauf, daß zwischen den Zahlen eine nicht unbedeutende Divergenz bestehe. So wird im Kontrollamtsbericht festgestellt, daß die durchschnittliche Zahl im Wohnungsbau gesunken ist, im Rechnungsabschluß liest man jedoch den Hinweis, daß das Bauvolumen gestiegen sei.

Eine weitere Divergenz bestehe darin, daß der Kontrollamtsbericht die Zahl der begonnenen, der Rechnungsabschluß aber die der ganz oder teilweise fertiggestellten Bauten ausweist. Man könnte daraus ableiten, daß dadurch der Rückgang der Zahl der Bauten, die gegenüber dem Wahljahr 1964 abgenommen haben, getarnt werden sollte.

Ein weiteres Problem sind die Bauzeit-Überschreitungen, die laut Kontrollamtsbericht auf durchschnittlich sechs Monate angestiegen sind. Damit hängt die Frage der Bauüberwachung zusammen, für die zu wenig Personal zur Verfügung steht. Der Personalmangel besteht aber nicht bei der Stadt Wien allein, sondern auch in der Privatwirtschaft und überhaupt in der Wirtschaft Europas (Zwischenruf Gemeinderat Hans Mayr, SPÖ: "Sie können doch nicht das 'Volksblatt' widerlegen, das für den Personalmangel ausschließlich den Personalstadtrat verantwortlich macht!")

Kann man gegen die langen Bauzeiten das Montagebauverfahren einsetzen? Dazu müßte man Stadtteile niederreißen, was wirtschaftlich untragbar ist, aber auch gegen Geschichte und Tradition Wiens verstößt. Die Fremden kommen nach Wien, um das altvertraute Stadtbild zu bewundern (Zwischenruf Gemeinderat Windisch, SPÖ: "Aber nicht die Zinskasernen der Jahrhundertwende!") Daher brauchen wir einen Generalsanierungsplan (Zwischenruf Gemeinderat Windisch, SPÖ: "der Hausherren!"), in dessen Rahmen die konventionelle Bauweise enorme Aufgaben zu erfüllen hat. In der Frage der Bauüberwachung könnte man an eine originelle Maßnahme Stadtrat Hellers anknüpfen, der die Baufortschritte im Zweierlinientunnel der Bevölkerung gezeigt hat.

./.

In diesem Sinn könnte man auf den erklärenden Tafeln für die einzelnen Bauwerke auch den in Aussicht genommenen Endtermin hinschreiben. Dann hätte die Bevölkerung eine Kontrolle über die Bauzeitüberschreitungen.

Hugo Breitner hat in der Ersten Republik für seine Zeit das Finanzierungsproblem für den Wohnbau richtig gelöst. Heute aber brauchen wir eine zeitgemäße neue Idee für das Baugeschehen unserer Stadt.

Die Frage ist, wie bewältigt man die Arbeitskraftknappheit bei den gegebenen Aufgaben? Das ist der Grundgedanke! Es ist eine neue Idee erforderlich! Es ist notwendig, eine Institution unabhängig von der Stadtverwaltung zu schaffen, um die nötigen Vorbereitungen für die Entscheidungen der Politiker zu treffen.

GR. Dr. Habl (ÖVP)spricht zu dem Kontrollamtsbericht über die gemischtwirtschaftlichen Betriebe. Es sei nicht sehr befriedigend, daß die Bilanzen teilweise nicht vorlagen. Vor allem bei der Stadthalle wurde wegen ungeklärter zwischenstaatlicher Steuerverhältnisse von jeder Berichterstattung überhaupt abgesehen. Der Redner kritisiert ferner, daß das Kontrollamt zuwenig Anregungen gebe und häufig nur allgemeine Formulierungen gebrauche, so bei den Wiener Lokalbahnen, bei der Teerag-Asdag und bei den Vereinigten Baustoffwerken.

Die Feststellungen des Kontrollamtsberichtes über die Wiener Städtischen Granitwerke Mauthausen, die große Verluste aufweisen, bezeichnet Dr. Habl als bedenklich. Jedenfalls wäre es völlig falsch, diese Werke mit einer gewinnbringenden Firma zu fusionieren, um die Verluste auszugleichen. Viel eher müßte man an einen Verkauf denken. Die Wiener Porzellanmanufaktur Augarten hat zwar wirtschaftliche Erfolge zu melden, eine Ausweitung der Anlagen wäre jedoch wünschenswert, da die Nachfrage größer ist als die Produktion. Die WIGAST stellt mit ihrer negativen Bilanz für die aktive WÖK eine große Belastung dar. Im Zusammenhang mit der Städtischen Lager- und Kühlhaus AG sowie der Montagebau Ges.mbH kritisiert Dr. Habl die vagen Formulierungen im Kontrollamtsbericht. Bei der Montagebau hat das Kontrollamt außerdem Schwierigkeiten mit der Einschau. Darüber hinaus ist der vorbereitete Neubau des Werkes Süd recht problematisch, da dort bereits vier Firmen etabliert sind. ./.

Seitens der Wiener Stadthalle Betriebs- und Produktionsgesellschaft liegen, wie der Kontrollamtsbericht feststellt, weder für 1963/64 noch für 1964/65 Bilanzen vor. Zahlreiche Fragen erheben sich in diesem Zusammenhang, so etwa: Warum hat die Stadthalle nicht wenigstens vorläufige Bilanzen erstellt? Warum gibt es keine Abrechnung über die WIG? Warum werden die Anlagen des Donauparks zweckentfremdet? Warum wird nicht über den Sportbetrieb der Stadthalle und warum nicht über das Stadionbad berichtet? Am 23. April 1965 stellte die ÖVP-Fraktion den Antrag, daß dem Finanzausschuß ein Finanzbericht über die Filmgeschäfte der Stadthalle vorgelegt werden sollte. In der Antwort darauf hieß es, daß sich das Kontrollamt bereits damit beschäftige. Jetzt aber stellt das Kontrollamt fest, daß die Überprüfungsmöglichkeiten fehlen, weil keine Bilanzen vorliegen.

Allgemein und zusammenfassend ist über den Kontrollamtsbericht zu sagen, daß manches ungesagt geblieben ist und manches ungeprüft bleiben mußte.

GR. Planek (SPÖ) spricht über das Kapitel Bauangelegenheiten und stellt einleitend fest, die Rathausmehrheit habe niemals versprochen, so und soviele Wohnungen im Rahmen des kommunalen Wohnbaus zu errichten. Sie habe nur versprochen, in dieser Legislaturperiode 45.000 Wohnungen zu bauen oder zu fördern. Die Frage nach der Wohnungsgröße kann nicht allein durch die Ziffer der durchschnittlichen Wohnungsgröße beantwortet werden. Es geht hier vor allem um die Frage, welche Wohnungstypen in welcher Anzahl und in welcher Größe gebaut werden. Die Antwort darauf kann nur in Zusammenarbeit mit der Geschäftsgruppe für das Wohnungswesen erfolgen, da man auf den angemeldeten Bedarf Rücksicht nehmen muß. Es geht hier nicht an, nur mit einer Vergleichsziffer zu jonglieren.

In diesem Zusammenhang erhebt sich eine andere Frage, nämlich die, ob die Gemeinde Wien versucht, das Problem des Wohnungsgrundrisses in Bezug auf die Familie und vor allem auf die Veränderungen in der Familie zu lösen. Hier wird das Problem der sogenannten Saalwohnungen geprüft; das sind Wohnungen, in denen durch Stellwände jene Räume geschaffen werden können, die man braucht.

./.

Die Erfahrung hat gezeigt, daß das Problem der wachsenden und sich verringernden Familie nicht gelöst werden kann, solange die Frage des Wohnungswechsels "eingefroren" ist. Zur Meinung, ein Forum zu schaffen, das sich mit Planungen und Forschungen auf dem Bausektor befaßt, ist zu sagen, daß wir bereits ein Institut für Bauforschung haben, dessen Präsident Stadtrat Heller ist und dessen Mitglieder nur Fachleute sind, ferner ein Institut für Standortberatung und ein Institut für Raumplanung. Was uns noch fehlt, ist ein Assanierungsgesetz, denn erst ein solches Gesetz biete die Möglichkeit, großzügig zu planen.

Gesagt wurde auch, daß die Montagebauweise nicht die Lösung sei. Natürlich wird man die Montagebauweise nicht überall anwenden können, das will man auch gar nicht. Sie hat aber viele Vorteile, auf die auch im Kontrollamtsbericht hingewiesen wurde.

Zur Assanierung: Wir haben, obwohl es kein Assanierungsgesetz gibt, mit Erfolg Erdberg und Alt-Ottakring saniert, haben damit im Lichtental begonnen, beim Braunhirschengrund und beim Storchengrund. Überall dort haben wir aber gleichzeitig versucht, alte Stadtkerne soweit als möglich zu erhalten.

Zu den allgemeinen Bemerkungen, wie Beanstandung von Baurechnungen: Von 9.000 Rechnungen wurden in einem Jahr drei beanstandet, in einem anderen Jahr waren es 13. Im großen und ganzen hat man den Eindruck, daß wir gut gewirtschaftet haben, daß wir unser Wort gehalten und fortschrittlich zum Wohle der Bevölkerung gewirkt haben. Wir können auf unsere Leistungen stolz sein. Versuchen wir nicht, diesen Erfolg durch ungute Reden herabzusetzen.

Ein von Fachleuten ausgearbeiteter Bauwirtschaftsbericht liegt fertig bei der Regierung. Er beschäftigt sich mit der gesamten Problematik des Bauens. Hoffentlich geht die Regierung bald daran, dieses Problem zu lösen.

GR. Hans Mayr (SPÖ) stellt fest, daß im Kontrollamtsbericht Mängel, Unzukömmlichkeiten und manchmal auch Schlampereien aufgezeigt werden, daß er aber zeigt, daß die Verwaltung im großen gesehen, ordentlich und sauber geführt wird.

./.

Er zeigt vor allem, wie sehr wir uns bemühen zu rationalisieren, Personal einzusparen und für die Bediensteten zu sorgen. Wir müssen aber auch feststellen, wie sehr sich das Bemühen der Stadtverwaltung um eine Rationalisierung mit den ehrlichen Anstrengungen und den Leistungen unserer Gemeindeangestellten trifft. Für dieses Mitgehen bei allen Maßnahmen muß man ihnen herzlichst danken.

Der Redner kommt dann auf eine Meldung des "Volksblatt" zu sprechen, das am 2. Juli feststellte, daß aus dem Rechnungsabschluß das Versagen des Personalstadtrates eindeutig hervorgehe. Der Redner erklärt, er sei Gemeinderat Dr. Macher dankbar, der sich gegen diese billige Demagogie seiner Zeitung gestellt hat. Wir wissen, wie es mit der Bezahlung der Gemeindeangestellten steht und wir wissen um ihre Probleme. Wir wissen aber auch, daß die Wirtschaft nicht nur in Österreich mit den gleichen Personalproblemen zu kämpfen hat.

Zur Kritik am Kontrollamt: Man soll eine Kontrollinstitution wie es das Wiener Kontrollamt ist, nicht derart herabsetzen. Die Sozialisten sind im höchsten Maß daran interessiert, daß das Kontrollamt seine Aufgabe ordnungsgemäß versieht. Außerdem ist es durchaus nicht die einzige Instanz, die in Wien kontrolliert. Wir haben außerdem die Amtsinspektion und darüber hinaus die Kontrolle durch den Rechnungshof. Wir sind als Mehrheitspartei sehr daran interessiert, daß streng kontrolliert wird und daß die Tatsache der strengen Kontrolle auch bekannt ist.

Zur Steigerung des Fremdenverkehrs: Wenn der Bund Wien nicht im Stich gelassen hätte und wir die Olympiade nach Wien bekommen hätten, wäre das sicher auch im Interesse unseres Fremdenverkehrs gewesen.

Der Redner stellt fest, daß dieser 20. Rechnungsabschluß ein Spiegelbild der Leistungen ist, die Stadt und Land Wien im Jahre 1965 vollbracht haben. Wenn wir die Ausgaben kurz ansehen, finden wir drei Hauptposten, und zwar den Personalaufwand mit 2,4 Milliarden Schilling, den Sachaufwand mit 3,7 Milliarden Schilling und die Investitionen mit 2,4 Milliarden Schilling.

./.

Das Investitionsvolumen von 2,4 Milliarden Schilling hat eine eminente wirtschaftspolitische Bedeutung für den Raum Wien, der unter dem wirtschaftlichen West-Ost-Gefälle Österreichs ohnedies zu leiden hat. Für Ostösterreich wäre daher eine Strukturverbesserung namentlich bei der Verkehrssituation notwendig. Unter anderem sollten alle Anstrenungen unternommen werden, den Donau-Oder-Kanal bei Wien münden zu lassen, was die Stadt Wien allein nicht durchsetzen kann.

Der Redner analysierte sodann die Einnahmenseite des Rechnungsabschlusses und kam dabei auf den Finanzausgleich zwischen Bund und Gebietskörperschaften zu sprechen. Er gab dabei der Befürchtung Ausdruck, daß der neue Finanzausgleich für die Gebietskörperschaften ungünstiger ausfallen und damit auch die Finanzkraft der Stadt Wien schwächen könnte. Auch durch die Aufhebung der sogenannten Selbstträgerschaft bei den Kinderbeihilfen durch den Verfassungsgerichtshof ergibt sich für Wien eine Mehrbelastung von 67 Millionen Schilling. Der Redner zitierte eine Äußerung des Finanzministers, aus der hervorgeht, daß dieser den Vorteil der Selbstträgerschaft für die Gebietskörperschaften für ungerechtfertigt hält. Auch die sogenannten Wirtschaftswachstumsgesetze werden nicht nur dem Bund, sondern damit auch den Ländern und Gemeinden Mindereinnahmen bringen.

Nach allgemeinen Betrachtungen über finanzpolitische Probleme Österreichs und der Stadt Wien bezeichnete der Redner den Rechnungsabschluß 1965 als eine Dokumentation des Bemühens, die Wirtschaftskraft der Stadt Wien weiter zu stärken und kündigte die Zustimmung der SPÖ-Fraktion zum Rechnungsabschluß und zum Kontrollamtsbericht an.

In seinem Schlußwort wandte sich Vizebürgermeister Slavik (ÖVP) zunächst gegen die Auffassung, das Kontrollamt könnte sich in irgendeinem Punkt nicht getrauen, den wahren Sachverhalt darzustellen. Das kann nur jemand behaupten, der die Konstruktion und die Arbeit des Kontrollamtes nicht kennt.

Slavik betont, daß das Kontrollamt vollkommen selbständig handelt ohne Weisung zu bekommen oder entgegenzunehmen. Wir haben selbst das größte Interesse daran, daß das Kontrollamt seine Tätigkeit auf allen Gebieten der Verwaltung ausübt. Wir stehen auch auf dem Standpunkt, daß wir vor unserer Bevölkerung

./.

gar nichts zu verheimlichen haben und diskutieren daher den Bericht in öffentlicher Sitzung (GR. Dr. Macher, ÖVP: Auch die WIG ?) Jede Feststellung wird hier offen diskutiert werden, stellt der Referent fest.

Es wurde auch die Auffassung vertreten, daß wir die Mehrbelastung des Personals nicht vergüten. Das entspricht nicht den Tatsachen. Die gemeinsame Gehaltspolitik steht auch nicht im Zusammenhang mit der Koalitionspolitik. Sie wurde vielmehr angestrebt, weil es schwierig wäre, Gemeindebedienstete und Landesbedienstete, die im gleichen Haus arbeiten, nach verschiedenen Grundsätzen zu entlohnen.

Was die Leistungen im Wohnbau betrifft: wir bauen im Verhältnis zur Bevölkerungszahl relativ mehr, als in der Ersten Republik. Das ist aber nur der kommunale Wohnungsbau. In der Zweiten Republik ist aber auch der genossenschaftliche Wohnungsbau wesentlich verstärkt worden.

Montagebau: Sicher, wir haben im Vergleich zu anderen Staaten spät damit angefangen. Aber wir haben jahrelang versucht, daß unsere Bauwirtschaft selbst den Montagebau durchführt. Erst als das nicht möglich war, haben wir selbst damit begonnen.

Bei den Ausführungen des Referenten zu der Grundsteuer kommt es zu mehreren Zwischenrufen der ÖVP-Gemeinderäte Schwaiger und Mühlhauser. Vizebürgermeister Slavik stellt fest, daß in Wien annähernd die Hälfte Ermäßigungen und mehr als die Hälfte Belastungen bekommen hat. Wir haben die sozialste Lösung getroffen. Die Kleingärtner und Siedler und die Mieter bekamen Ermäßigungen und die anderen haben sie nicht bekommen. Das waren die Billigkeitsmaßnahmen, die die ÖVP mitbeschlossen hat.

Es wurde auch gesagt, die Rechnungsabschlüsse waren oft negativ. Demgegenüber stellt der Referent fest, daß seit 1945 dreizehn Rechnungsabschlüsse positiv und acht negativ abgeschlossen wurden. Die Rücklagen haben freilich nicht mehr die Kraft wie vor einigen Jahren. 1950 zum Beispiel wurden mit 473 Millionen Rücklagen 26 Prozent eines Jahresaufwandes gedeckt. Heute werden mit 686 Millionen nur 7,4 Prozent gedeckt. Wollten wir die gleichen Prozentsätze erreichen, dann müßten wir mehr als zwei Milliarden Rücklagen haben.

./.

Zu der Forderung nach mehr Vorschau in die Zukunft: Es wäre möglich, alle Ziffern darüber anzuführen. Wenn dann aber neue Lohn- und Preisveränderungen eintreten, stimmen alle diese Ziffern nicht mehr. Das ist das Problem.

Grundsteuer: Wir haben uns niemals geirrt. Die Statistiken wurden auf Grund der Bescheide aufgestellt, die wir zur Verfügung hatten. Dazu ein Vorschlag: Die Grundsteuer darf nicht mehr auf die Mieter überwälzt werden. Wie ich aber annehme, würde dies kaum die Zustimmung der ÖVP finden.

Sanierung des Althausbesitzes: Wir sind die einzige Gebietskörperschaft, die Mittel für die Althaussanierung zur Verfügung stellt.

Hugo Breitner war kein Bankier, sondern nur Bankangestellter. Ich stelle mir vor, wie es 1990 sein wird. Da wird Dr. Macher's Sohn im Gemeinderat aufstehen und sagen: Der alte christlich soziale Bankier Hugo Breitner hat gegen den Widerstand der Sozialdemokraten seine Gedanken durchgesetzt (Heiterkeit). Hugo Breitner wurde heftig bekämpft. (Zwischenrufe von ÖVP-Mandataren: "Aber nicht von uns!") Ich habe nicht gesagt, von wem! Jedenfalls war er einer jener "asiatischen Köpfe die zum Rollen gebracht" werden sollten. (Zwischenruf von Vizebürgermeister Dr. Drimmel: "Breitner war Direktor der Länderbank!")

Wohnbau: Würden die Leistungen auf dem Gebiet des Wohnbaus ständig sinken, wie seit Jahren immer wieder behauptet wird, müßten wir schon längst auf dem Nullpunkt angelangt sein. Tatsächlich werden ständig Wohnungen gebaut und Tatsache ist: Was versprochen wurde, ist bis jetzt stets auch gehalten worden!

Montagebau: Der Montagebau ist um acht Prozent billiger als die herkömmliche Bauart. Bei 200.000 Schilling Baukosten pro Wohnung ergibt dies eine Ersparnis von 16.000 Schilling. Bei tausend Wohnungen ist das bereits eine Ersparnis von 16 Millionen Schilling. Es ist richtig, daß es Montagebaufirmen gibt, die mit ebenso günstigen Bedingungen aufwarten können. Aber: die Gesamtsteuerleistung der Montagebau Wien beträgt rund 19 Millionen Schilling, von denen die Stadt Wien etwas mehr als die Hälfte, also rund zehn Millionen Schilling, erhält; das sind 10.000 Schilling Steuerleistung pro Wohnung. Bei nicht in Wien ansässigen Firmen fallen hingegen diese zehn Millionen Schilling weg. ./.

Firmengebarung: Fast alle Firmen sind aktiv. Bei den meisten nicht aktiven, wie zum Beispiel beim Theater an der Wien, bei der Laxenburg-Gesellschaft, bei der Wiental-Gesellschaft eben so wie bei der AUA oder bei der Flughafengesellschaft und bei vielen anderen, hat niemand jemals angenommen, daß sie aktiv sein könnten. Die Wiener Firma in Mauthausen könnte man durch die Einbeziehung in den Bauring retten. Der Verlust beträgt hier zwischen 150.000 und 160.000 Schilling. Es sind große Investitionen notwendig, wenn man die Firma aktiv machen will.

Finanzlage Wiens und Finanzausgleichsverhandlungen

Zu den Heilmittelwerken: Eine Beteiligung 50 : 50 ist immer eine unglückliche, besonders dann, wenn der Partner die jeweils erzielten Gewinne aus dem Betrieb herausnimmt. Die Heilmittelwerke haben Quellen für Heilwasser gekauft, haben eine gute Mischung zustandegebracht und eine neue Verpackung. Nur hat sich dann das Wasser mit der Verpackung nicht vertragen und wurde unrein. Die gesamte Ware mußte zurückgenommen werden. Nun ist der Betrieb aber wieder aktiv und ist dabei, die Verlustvorträge abzubauen.

Zur Frage, wie die Finanzlage Wiens in den nächsten Jahren ausschauen wird: diese Frage wird natürlich von den Finanzausgleichsverhandlungen abhängen, die in den nächsten Wochen fortgesetzt werden sollen. Wir haben seinerzeit die Bewertungsfreiheit bewußt zeitlich begrenzt, sie bewußt unterbrochen und neu eingeführt und bewußt wieder zeitlich begrenzt. Wir haben damals die ehemals russisch besetzten Gebiete gefördert, weil sie keine ERP-Mittel bekommen konnten. Man hat bei den damaligen Verhandlungen jedoch immer einen Ausgleich gefunden durch die Konfrontation der Argumente aller Beteiligten. Diese Konfrontation hat man diesmal unterlassen und das ist schlecht.
Nach der letzten Variante war vorgesehen, daß der Bund im ersten Jahr bezogen auf den Rechnungsabschluß 1964 - gegenüber den Ländern und Gemeinden eine Mehrleistung von 250 Millionen Schilling erbracht hätte, wovon auf die Gemeinde Wien 52 Millionen entfallen wären. Im Jahr 1970 hätte der Bund 700 Millionen Schilling

./.

zusätzliche Leistungen aus dem Finanzausgleich durch jeweilige Aufstockung der Ertragsanteile der Länder und Gemeinden bei der Umsatzsteuer, Mineralölsteuer und Lohnsteuer zu erbringen gehabt. Nicht abgegolten gewesen wären die Mehrleistung zur Finanzierung der durch die neue Schulgesetzgebung verursachten Kosten. Es wurde ersucht, daß die Zinsen übernommen werden für die Errichtung von neuen Schulklassen. Es wurde weiter vorgeschlagen, daß die Kosten für den Ausbau der Landes- und Gemeindestraßen von zusätzlichen Einnahmen der Mineralölbesteuerung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden im Verhältnis 50 : 25 : 25 aufgeteilt werden sollten. Für die Lösung des Problems der ständig steigenden Kosten für die Krankenanstalten wurden zwei Varianten vorgeschlagen Die eine Variante wird als brauchbare Verhandlungsgrundlage dienen.

Am 12. Juni wurde ein Vorschlag für einen Finanzausgleich auf sechs Jahre vorgelegt, der am 22. Juni dieses Jahres hätte im Parlament behandelt werden sollen. Dazu ist es nicht gekommen, weil von allen Seiten versucht wurde, diesen Ablauf der Beschlußfassung zu verhindern, weil sich noch Verhandlungen als nötig herausgestellt haben.

Nach der vorliegenden Variante würde die Stadt Wien jährlich rund 85 Millionen Schilling verlieren. Es würden alle Gemeinden auf weitere zehn Prozent der Gewerbesteuer zugunsten des Bundes verzichten müssen, die Länder zehn Prozent der Lehrerkosten der allgemeinbildenden Pflichtschulen übernehmen. Außerdem sollte der Polizeikostenbeitrag von 60 auf 90 Schilling erhöht werden und die Finanzzuweisungen für dieBahn- und Postgemeinden wegfallen. Dafür würden die Länder und die Gemeinden zusätzliche Ertragsbeteiligungen an der Umsatz- und Mineralölsteuer bekommen. Wobei allerdings diese Erhöhung des Anteils an der Mineralölsteuer schon in Mehreinnahmen auf Grund der Erhöhung des Zuschlages zur Mineralölsteuer inbegriffen ist. Bezüglich der Mineralölsteuer sollen die Länder und Gemeinden allerdings nur insgesamt ein Drittel der Mehreinnahmen aus der letzten Steuererhöhung erhalten.

./.

Der Bund will den Ländern 147 Millionen zusätzlich geben, den Gemeinden 86 Millionen, während die Stadt Wien 85 Millionen verlieren würde.

Der Bundesminister für Finanzen beabsichtigt, eine interne Umschichtung der Einnahmen aus dem Finanzausgleich von den sogenannten finanzstarken Gemeinden - Industriegemeinden, zugunsten der übrigen sogenannten finanzschwachen Gemeinden vorzunehmen. Das bedeutet, daß die Gemeinden in der Steiermark insgesamt 24 Millionen Schilling mehr erhalten sollen, die Städtebundgemeinden verlieren jedoch nach dieser Aufteilung allein 23 Millionen.

Durch die verschiedenen Maßnahmen wurde für Wien ein Mindererertrag errechnet, der zwischen 250 und 300 Millionen Schilling liegen wird. Dazu kommt noch, daß an eine neue Aufteilung der Wohnbaumittel gedacht ist, nach der der Wohnbau nach dem Bevölkerungsschlüssel gefördert werden soll und die Bombenschäden, der Wohnungsbestand und ähnliches nicht gerechnet werden. Sollte der Finanzausgleich in seiner derzeitigen Fassung beschlossen werden, wäre das eine Schwächung der Stadt Wien und der Industriegemeinden. Es ist zu hoffen, daß der Wiener Gemeinderat gleichfalls einstimmig der Meinung ist, daß eine derartige Belastung Wiens mit aller Kraft verhindert werden muß im Interesse der Stadt Wien und um eine wirtschaftliche Schwächung zu vermeiden. Das muß das Ziel der Verhandlungen sein.

Abschließend bittet der Redner um Zustimmung.

Bei der Abstimmung wurden die Anträge des Referenten zum Rechnungsabschluß einstimmig angenommen.

Der Antrag des Berichterstatters, die Erinnerungen den zuständigen Ausschüssen zur Behandlung zuzuweisen, wurde mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

Auch der Bericht des Kontrollamtes wurde einstimmig angenommen.

Das Referat von Stadtrat Dkfm. Dr. Maria Schaumayer (ÖVP) zum vierten Punkt der Tagesordnung, dem Rechnungsabschluß 1965 der Wiener Stadtwerke, entfiel, weil sämtliche Wortmeldungen zu diesem Punkt zurückgezogen wurden. Der Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke wurde daher ohne Debatte einstimmig angenommen.

./.

Der Bauplatz für den Gemüsegroßmarkt

Baustadtrat Heller (SPÖ) stellte einen Antrag auf Aufhebung und Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für das Gebiet zwischen Laxenburger Straße und Pottendorfer Linie in Inzersdorf. Er begründete den Antrag damit, daß auf dem Gebiet, das größtenteils bereits der Stadt Wien gehört, der neue Gemüsegroßmarkt, eine Kläranlage und ein Heizwerk errichtet werden sollen. Das Gelände soll als Bauplatz für öffentliche Zwecke, Bauklasse 3, Blockbauweise, gewidmet werden. Auch die Errichtung einer Aufschließungsstraße sowie der Anschluß des Gebietes an die Autobahn-Südumfahrung sind vorgesehen.

GR. Dipl.-Ing. Dr. Strobl (ÖVP) gab einen chronologischen Überblick über die Planungstätigkeit für den neuen Gemüsegroßmarkt. Im Jänner 1963 ist bereits über drei verschiedene Möglichkeiten berichtet worden, am 1. Juli 1964 lag ein Anbot der "Interconstruct" für eine Grundsatzstudie über die Möglichkeiten in St. Marx vor. Noch 1964 war das erste Planungergebnis da, einen Monat später wurde ein Antrag auf Baugrunduntersuchungen gestellt. Am 24. November 1964 verlangte die "Interconstruct" die Angabe von Zwangspunkten, die aber nicht vorhanden waren. Im April 1965 lag ein generelles Projekt vor, am 30. April 1965 stellte man auf dem Gelände eine Höhendifferenz von vier Metern fest, im Mai 1965 wurde im Gemeinderatsausschuß für Wirtschaftsangelgenheiten über die Schwierigkeiten mit der Baureifmachung berichtet und eine Trennung der Großmärkte empfohlen. Bei einer Untersuchung von vier möglichen Standorten schnitt der in Inzersdorf am besten ab.

Der Redner fragte darauf, warum vom Jänner 1963 bis Juli 1964 nichts geschehen ist, warum erst im November 1964 ein Antrag auf Baugrunduntersuchungen ergangen sei, warum man erst Ende 1964 festgestellt habe, daß die Gleisanschlüsse problematisch sind und erst am 30. April 1965 die Höhendifferenz von vier Metern bemerkte. Er bemängelte, daß man in dieser Sache den dritten bis zehnten Schritt vor dem ersten und zweiten getan habe.

Er forderte in diesem Zusammenhang ein gewissenhafteres Eingehen auf Anregungen von Gemeinderäten und die umgehende Beauftragung von Ziviltechnikern und einschlägigen Firmen mit der Detailplanung. Da für den Gemüsegroßmarkt in Inzersdorf jedoch ideale Bedingungen vorhanden sind, werde seine Fraktion dem Antrag zustimmen.

Stadtrat Heller verwies in seinem Schlußwort auf die mehrjährige Planungs- und Projektierungsarbeit, an der auch zahlreiche Freischaffende beteiligt waren. Die Darstellung von Gemeinderat Dr. Strobl entspricht nicht den Tatsachen und erscheint auch nicht angebracht. Der Referent meinte, er könne ebenfalls in chronologischer Reihenfolge berichten, was alles getan wurde, unter anderem von der Arbeit jener Kommission, in der auch der Chef des Bundes-Veterinärdienstes saß. Lange gab es Differenzen zwischen dem Marktamt und dem Veterinäramt, vom Vorgänger Stadtrat Dr. Prutschers war lange an dem sogenannten Nechradola-Plan festgehalten worden, bis das Stadtbauamt die Planung selbst übernahm. Doch auch bei diesen ersten Vorbereitungsarbeiten wurden wertvolle Erkenntnisse erarbeitet.

Probebohrungen kann man erst dann durchführen, wenn man weiß, was an einer Stelle gebaut werden soll. Man soll diese Dinge nicht demagogisch darstellen, sondern lieber in den zuständigen Gemeinderatsausschüssen sachlich diskutieren. Die Forderungen von Gemeinderat Strobl nach Beauftragung von Zivilingenieuren, Ausschreibungen und Arbeitsvergebungen sind bereits erfüllt.

Der vorliegende Antrag wurde einstimmig angenommen.

Straßennetz für die Großfeldsiedlung

Stadtrat Heller referiert einen Antrag, die Straßenbauarbeiten im Bereich der Großfeldsiedlung mit einem voraussichtlichen Kostenerfordernis von 59,500.000 Schilling zu genehmigen.

GR. Bittner (ÖVP) freut sich, daß es nun mit dem Bau dieser Siedlung ernst wird, stellt jedoch die Frage, warum kein Wettbewerb dafür ausgeschrieben wurde und will auch wissen, wie weit Sicherheit dafür gegeben ist, daß die derzeitigen Siedler nicht wegmüssen. ./.

GR. Ing. Hofmann (SPÖ) sagt, daß die Fragen des ÖVP-Redners längst beantwortet sind und tritt den Gerüchten entgegen, die nur Unruhe stiften. Bedauerlicherweise haben etliche Siedler diesen Gerüchten mehr Glauben geschenkt und sind weggezogen.

Stadtrat Heller verweist in seinem Schlußwort auf den heute bereits ohne Debatte beschlossenen Flächenwidmungs- und Bebauungsplan. Es besteht die Absicht, die Straßen zuerst im Rohbau fertigzustellen und dann die Hochbauten. Ein Wettbewerb wurde deshalb nicht ausgeschrieben, weil das bedeutet hätte, die derzeitigen Siedlungsanlagen in der Großfeldsiedlung zur Gänze zu räumen. Wir haben aber alles getan, daß sowohl Struktur und Aufschließung von ausgezeichneten Fachleuten durchgeführt wurde.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten einstimmig angenommen.

Neue Schule im 20. BBezirk

GR. Ascherl (SPÖ) referiert den Antrag über die Errichtung eines Schulneubaues im 20. Bezirk, Adalbert Stifter-Straße, nach den Plänen von Architekt Dipl.-Ing. Matthäus Jiszda. Am 31. Juli 1964 faßte der Gemeinderat den grundsätzlichen Beschluß über diesen Bau. Beiderseits der Adalbert Stifter-Straße entstehen städtische Wohnhausanlagen mit rund 2000 Wohnungen, von denen mittlerweile ein Teil bereits bezogen wurde, so daß ein neuer Schulbau notwendig wird.

Die neue 16klassige Volksschule für Knaben und Mädchen wird in zwei miteinander verbundene Klassentrakte gegliedert sein und außer den notwendigen Arbeits- und Lehrerräumen auch zwei Turnsäle haben. Der Bau soll in zwei Etappen durchgeführt werden, den ersten Bauabschnitt will man zum Beginn des Schuljahres 1967/68, den zweiten Abschnitt bis zum Beginn des Schuljahres 1968/69 fertigstellen. Die Schule wird auf einem 9.465 Quadratmeter großen Grundstück entstehen, 2.786 Quadratmeter davon werden verbaut. Die Kosten werden mit 32 Millionen Schilling angenommen.

./.

Neben der Genehmigung des Schulneubaues und der damit verbundenen Kosten ist in dem Antrag auch eine Erhöhung der Baurate für 1966 von 2,6 auf 7,6 Millionen Schilling vorgesehen.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) betont, daß seine Fraktion dem Antrag zustimmen werde, stellt jedoch die Frage, warum mit dem Schulbau nicht schon früher begonnen wurde. Bis Herbst werden bereits 800 Wohnungen der städtischen Anlagen an der Adalbert Stifter-Straße bezogen sein, außerdem befinden sich in der Nähe auch noch fertige Wohnhausanlagen der BUWOG.

In seinem Schlußwort stellt GR. Ascherl fest, daß die in der Nähe bestehenden drei Schulen sowohl im heurigen als auch im nächsten Schuljahr noch Schüler aufnehmen können. Der Schulweg für die Kinder sei mit 15 Minuten auch nicht zu weit, allerdings bestehe hier das Problem, daß sehr viele von ihnen die stark frequentierte Adalbert Stifter-Straße überqueren müssen. Durch sieben ampelgeregelte Übergänge konnte die Situation auf der Adalbert Stifter-Straße jedoch bereits weitgehend entschärft werden.

Anschließend führt der Berichterstatter mit zwei Zahlen die Größe der Aufgaben vor Augen, die dem Schulbau in Wien bevorstehen: Im Schuljahr 1965/66 gab es in Wien rund 80.000 Pflichtschüler, das waren fünf Prozent der gesamten Wiener Bevölkerung. Im Schuljahr 1970/71 wird diese Zahl auf 110.000 steigen; das werden 7,2 Prozent der Bevölkerung sein. Bisherige Leistungen: Seit 1945 wurden in unserer Stadt 46 neue Schulen gebaut, davon allein 39 in Außenbezirken. Bis 1970 werden voraussichtlich weitere 25 Schulen erreichtet werden.

Bei der Abstimmung wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Höhere Elternbeiträge für die Kindergärten

Stadtrat Maria Jacobi (SPÖ) referierte sodann einen Antrag auf Erhöhung der Elternbeiträge für die Inanspruchnahme der städtischen Krippen, Kindergärten und Horte, die ab 31. Oktober 1966 wirksam werden soll. Sie stellt fest, daß diese Beiträge zuletzt 1961 geregelt wurden. Bekanntlich sind auf Grund der Verfassung alle Tarife jährlich zu überprüfen. Bei der letzten Überprüfung hat sich nun ergeben, daß ohne Berücksichtigung der Mehrausgaben für bauliche Investitionen die Ausgaben für die

./.

Kindertagesheime um 59,3 Prozent von 86 Millionen auf 137 Millionen gestiegen sind. Selbstverständlich sollen die Beiträge für die Kindertagesheime nicht im selben Ausmaß erhöht werden. Bei einem Einkommen bis zu 1.000 Schilling monatlich ist nichts zu bezahlen, bis zu 2.000 Schilling sind die Beträge unverändert, bei höheren Einkommen macht die Erhöhung 25 Prozent aus, das heißt also, daß der Beitrag von 13 auf 15 Schilling, jener von 16 auf 20, von 25 auf 30 usw. erhöht werden soll. Gleichzeitig wurde dem Wunsch der Eltern entsprochen, für jene Kinder eine Ermäßigung zu gewähren, die den Hort nur nachmittags besuchen.

GR. Lauscher (KLS) bedauert es, daß es überhaupt zu dieser Erhöhung gekommen ist. Die Vorgangsweise war - obwohl sich die Zeiten geändert haben - die gleiche wie 1961. Man hat von der Erhöhung erst einen Tag vor Beschlußfassung erfahren. Er wirft den Sozialisten vor, daß sie gegen Preiserhöhungen der Bundesregierung Stellung nehmen, in ihrem eigenen Bereich sich aber nicht vor ähnlichen Maßnahmen scheuen. Gerade jetzt befinden wir uns in einer Teuerungswelle. Familien mit Kleinkindern sind wirtschaftlich oftmals viel schlechter gestellt als andere, da sie sich oftmals erst einrichten müssen, . Raten für die Wohnung zu bezahlen haben und ähnliches. Er ersucht um Mitteilung, in welche Einkommensgruppe der größte Teil der Eltern unserer die Heime besuchenden Kinder fällt. Es kann wohl kaum jemandem entgangen sein, daß im "Volksblatt" darüber berichtet wurde, daß die privaten Kindergärten und vor allem die konfessionellen vielfach schon billiger sind als die Gemeindekindergärten und daß die Ursache dafür in einer schlechten Wirtschaftsführung zu suchen sein muß.

Auf der einen Seite schenkt man den Unternehmern durch die neuen Wachstumsgesetze Milliarden, auf der anderen Seite versucht man, den Ländern und Gemeinden hunderte Millionen zu nehmen. Die Länder und Gemeinden müssen sich dann wiederum an ihren Bürgern schadlos halten,und hier sind dann meist die wenig Begüterten am stärksten betroffen. Aus diesen grundsätzlichen Erwägungen könne die KLS-Fraktion dem Antrag nicht zustimmen.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) gab seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß eine 25prozentige Erhöhung der Elternbeiträge zu einer Zeit beschlossen werde, da die Bevölkerung über die Preis-

entwicklung bei den Lebensmitteln, Mieten und Bahntarifen bestürzt sei. Den kinderreichen Familien werde auch die kommende Steuersenkung keine Erleichterung bringen und auch an eine Nachziehung der Kinderbeihilfen sei nicht gedacht. Die neue Kindergarten-Beitragsordnung werde in manchen Fällen monatliche Kindergartenkosten von 600 bis 800 Schilling hervorrufen. Dabei seien Ehepaare, bei denen Mann und Frau je 2000 bis 3000 Schilling verdienen, nicht als Spitzenverdiener zu bezeichnen. Die Elternbeiträge seien von 1962 bis 1965 von 18,5 auf 28,5 Millionen Schilling, das heißt um 55 Prozent, gestiegen. In derselben Zeit haben sich die Kindergartenplätze nur um zehn Prozent vermehrt. 1965 haben die Elternbeiträge um 5,5 Millionen mehr erbracht als vorgesehen. Da die Mehrbelastung nicht vertretbar erscheine, werde die FPÖ der Vorlage nicht zustimmen.

In ihrem Schlußwort verwies Stadtrat Maria Jacobi darauf, daß die Vorlage schon auf der Tagesordnung des Wohlfahrtsausschusses gewesen ist und auch den kleinen Parteien zur Kenntnis gebracht wurde. Gemeinderat Lauscher empfahl sie, nach Budapest zu fahren, um dort die Staffelung der Kindergartenbeiträge zu studieren. Bei Monatseinkommen bis zu 3000 Forint - Untergrenzen gibt es keine - zahlen die Budapester täglich sieben Forint pro Kind ohne Mittagessen, das sind 35 Forint pro Woche. Bei uns zahlt man bis 3000 Schilling Familieneinkommen nur 20 Schilling. Außerdem gibt es die Härteklausel, die die Gewährung jeder Ermäßigung ermöglicht und auch oft genug gehandhabt wird. Man kann auch nicht sagen, daß ein Einkommen von netto 6000 Schilling kein Spitzenverdienst sei. Kindergärten sind keine Pflichteinrichtungen, und Fürsorge darf von der Gemeinschaft nur für jene geleistet werden, die es notwendig haben. Einige private Kindergärten können billiger sein, weil sie geringere Personalkosten haben.

Die Erhöhungen treten auch nicht sofort in Kraft, sondern erst ab 30. Oktober, da nur einmal jährlich im September die Eltern um Vorlage der Einkommensnachweise gebeten werden.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

./.

Kläranlage für Inzersdorf-Blumental

Stadtrat Hubert Pfoch (SPÖ) referierte einen Antrag auf Errichtung einer mechanisch-biologischen Kläranlage in Inzersdorf-Blumental: Das Einzugsgebiet dieser Anlage umfaßt 13 Gemeinden mit 80.000 Einwohnern und 25.000 Arbeitsplätzen. Die Abwässer dieses Gebietes gehen jetzt in den Liesingbach-Sammelkanal. Jedoch die Vorfluterkraft des Liesingbaches droht überfordert zu werden, wenn die Per Albin Hansson-Siedlung-Ost und die Drasche-Stadt entstehen.

Schon im Vorjahr wurde der internationale Experte Prof. von der Emde beauftragt, ein Vorgutachten abzugeben. Dieser hat heuer ein generelles Projekt vorgelegt, dem der Gemeinderat am 8. April die grundsätzliche Genehmigung erteilte.

Wir haben bereits im Budget 1966 einen Betrag von sechs Millionen Schilling eingesetzt, um Grundfreimachungen durchzuführen, und die ersten Arbeiten in Angriff nehmen zu können. Heute könne er nun den Antrag vorlegen, den Bau der Kläranlage in Inzersdorf zu genehmigen. Die Gesamtkosten der ersten Ausbaustufe, die für 150.000 Bewohner projektiert ist, werden 46 Millionen Schilling betragen. In der zweiten Ausbaustufe wird die Anlage für 300.000 Personen ausreichen.

GR. Dipl.-Ing. Dr. Strunz (ÖVP) bezeichnet die Errichtung der Kläranlage als einen echten Beitrag zur Gewässerreinhaltung. 86.000 Kubikmeter täglich werden in der Anlage geklärt werden können. Noch ist aber die Frage offen, was mit dem Abwasserschlamm geschieht. Die beste Methode wäre, ihn zu verbrennen.

Abschließend erklärt der Redner, da die Anlage ausgezeichnet geplant sei, werde seine Fraktion dem Antrag zustimmen.

GR. Schreiner (SPÖ) erinnert daran, daß früher die Kanalisation genügt hat, ja sie war sogar bei ihrer Einführung ein großer hygienischer Fortschritt. Heute sind bereits zusätzliche Kosten notwendig geworden. Auch er beschäftigt sich mit dem Problem der Vernichtung des Schlammes und meint, daß die beste Methode die Verbrennung wäre. Auch seine Fraktion werde dem Projekt zustimmen.

./.

Stadtrat Pfoch betont im Schlußwort, daß man selbstverständlich das Augenmerk auf die Schlammverbrennung richten werde. Über das beste System werden derzeit noch Überlegungen angestellt. Der Stadtrat macht dann auf die Kosten besonders aufmerksam. Pro Jahr werden die 150.000 Menschen, für die die Anlage gedacht ist, allein für deren Betrieb pro Person 22 Schilling aufbringen müssen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten einstimmig angenommen.

Weiterhin zinsenlose Kredite für Wohnungsinstandsetzungen

Vizebürgermeister Slavik referiert als letzten Tagesordnungspunkt einen Antrag, unverzinsliche Darlehen für Instandsetzung von Mietwohnungen, Kanalanschlüssen und den Einbau von Aufzügen nur mehr in jenen Fällen zu gewähren, in denen eine Erhöhung der Hauptmietzinse auf das mehr als Fünfeinhalbfache von Schlichtungsstelle oder Gericht bewilligt werde. Bisher war die Obergrenze das Viereinhalbfache. Der Grund für diese Maßnahme ist die immer stärkere Inanspruchnahme dieser Aktion, sodaß die Budgetmittel trotz wiederholter Erhöhung nicht mehr ausreichen. Im Entwurf des Magistrats war sogar vorgeschlagen worden, die Grenze auf das Siebenfache des gesetzlichen Hauptmietzinses zu erhöhen.

GR. Maller (KLS) bezeichnet es als "moderne Arbeitsteilung", wenn der Mieter die Instandsetzungen zahlt und der Hausherr davon profitiert. Der § 7 sei ein Unglück für die Mieter, die damit bei Reparaturen unbegrenzte Erhöhungen des Mietzinses zu tragen haben. Mit dem heutigen Antrag werde eine arge Verschlechterung erreicht. Die Erfahrung zeige, daß der Durchschnitt der Erhöhungen zwischen dem Vier- und Fünffachen liege. Der Beschluß würde also bewirken, daß die Mehrzahl der § 7-Fälle nicht von der Wohltat der Darlehensgewährung Gebrauch machen könne.

Sodahn kritisiert der Redner, daß der Berichterstatter nichts darüber gesagt habe, wie hoch die Rückzahlungen bisher seien. Abschließend fordert er die Schaffung eines Reparaturausgleichsfonds.

./.

Im Schlußwort stellt Vizebürgermeister Slavik fest, daß die Schätzung von Gemeinderat Maller falsch sei, da die größte Gruppe jene mit mehr als der sechsfachen Erhöhung sei. Im einzelnen sehe das folgendermaßen aus: 46 Millionen Schilling bei der 4,5- bis 5fachen Erhöhung, 42 Millionen beim 5- bis 5,5fachen, 123 Millionen bei mehr als der 6fachen Erhöhung. Es gehe also darum, daß jenen Mietern geholfen wird, die mehr als das Sechsfache des Mietzinses zahlen müssen. Für heuer seien Ansuchen in der Höhe von rund 256 Millionen Schilling zu erwarten.

Bei der Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

Rückblick vor den Sommerferien

Der Vorsitzende, Bürgermeister Bruno Marek, dankt sodann zum Abschluß der Sitzung den Mitgliedern des Stadtsenates und des Gemeinderats für die ersprießliche Zusammenarbeit, die im ersten Halbjahr 1966 geleistet wurde. In diesen sechs Monaten wurden mehr als 350 Beschlüsse beraten und getroffen. Das Zustandekommen der Beschlüsse war stets vom Verantwortungsgefühl der Mandatare getragen.

Es wurde viel geleistet, sowohl für die Jugend als auch für das Alter konnte viel Gutes getan werden. Die Errichtung von fünf neuen Pensionistenheimen wurde beschlossen, vor kurzem konnte der 35.000. Gemeindeurlauber auf dem Rathausplatz verabschiedet werden. In den vergangenen Wochen fanden bedeutende Kongresse statt, von denen der bedeutendste wohl der Gerontologen-Kongreß mit 3000 Wissenschaftlern aus mehr als 40 Ländern war. Es ist besonders erfreulich, daß diese Wissenschaftler außerordentlich anerkennend über die Tätigkeit der Wiener Stadtverwaltung auf dem Gebiet der Altenbetreuung gesprochen haben.

Zahlreiche wirtschaftliche Impulse gingen von den Beschlüssen des Gemeinderates aus, neue Kindergärten und Schulen wurden gebaut, große Bauvorhaben verwirklicht, die Vollbeschäftigung wurde gesichert und auch Vorsorge getroffen, eventuellen Abschwächungserscheinungen der Wirtschaft, die sich vielleicht erst 1967 abzeichnen werden, entgegenzuwirken.

./.

Wir haben heuer - und darüber sind wir sehr glücklich - keine Wassersorgen. Die Eröffnung des Grundwasserwerkes in der Lobau, das 50 Millionen Liter pro Tag liefert, dürfte uns Engpässe verhindern helfen. Auch die Arbeiten bei den Sieben Quellen gehen zügig weiter.

Wir haben aber weit über die Grenzen unseres Landes hinaus Handlungen gesetzt, die zum besseren Verständnis mit unseren Nachbarn und mit den Bundesländern geführt haben. Der Bürgermeister erinnert in diesem Zusammenhang an die Benennung der städtischen Wohnhausanlage im 22. Bezirk in "Bundesländerhof". Im Zusammenwirken mit dem Land Niederösterreich haben wir am 1. Juli das Erholungszentrum Laxenburg seiner Bestimmung übergeben.

Nun kommt die große Sommerpause. Damit die Arbeit aber weitergehen kann, sollen alle notwendigen Beschlüsse gemäß § 99 oder § 93 der Verfassung der Stadt Wien beschlossen werden. Die Beschlüsse werden nach der Sommerpause dann selbstverständlich zur nachträglichen Genehmigung vorgelegt werden.

Abschließend wünscht der Bürgermeister den Gemeinderäten und ihren Familien, den Beamten und Bediensteten unserer Gemeindeverwaltung gute Erholung und Entspannung. Es mögen sich alle gut erholen, damit dann die Arbeit verantwortungsbewußt und in guter Zusammenarbeit im September fortgesetzt werden kann.

Im Namen ihrer Fraktionen dankten Landtagspräsident Dr. Stemmer, zweiter Präsident Mühlhauser, GR. Dr. Schmidt und GR. Lauscher dem Bürgermeister für die Urlaubswünsche und erwiderten sie auf das herzlichste.

(Ende des Sitzungsberichtes.)

\- - -

Marktbindung für Schlachtvieh und Fleisch verfügt

8. Juli (RK) Der Wiener Landeshauptmann Bruno Marek hat heute eine Verordnung auf Grund des Marktordnungsgesetzes unterzeichnet, in der für den Zeitraum vom 15. Juli bis 31. Dezember 1966 die sogenannte Marktbindung für Schlachttiere und Fleisch verfügt wird. In dem genannten Zeitraum dürfen Schlachttiere nur auf dem Wiener Schlachtviehmarkt und Fleisch nur in der Fleischmarkthalle umgesetzt werden.

Schlachttiere im Sinne dieser Verordnung sind Kälber und Schweine. Fleisch im Sinne dieser Verordnung sind Teile von Kälbern und Schweinen in frischem, gefrorenem, gesalzenem oder gepökeltem Zustand einschließlich der Innereien.

\- - -

60.000 sahen bereits die Toulouse-Lautrec-Ausstellung

8. Juli (RK) In der vom Kulturamt der Stadt Wien im Österreichischen Museum für angewandte Kunst, 1, Weiskirchnerstraße 3, veranstalteten Ausstellung von Werken Henri de Toulouse-Lautrecs konnte heute der 60.000. Besucher begrüßt werden. In Vertretung von Stadtrat Gertrude Sandner überreichte Magistratsrat Dr. Gertrud Jaksch dem Jubiläumsgast, Herrn Otto Nenning, ein Buch über Henri de Toulouse-Lautrec, erschienen im Verlag Albert Skira, als Erinnerungsgeschenk.

Die Toulouse-Lautrec-Ausstellung kann wegen der ausländischen Leihgaben leider nicht verlängert werden. Sie bleibt noch bis 31. Juli täglich - auch Sonntag - von 9 bis 20 Uhr geöffnet.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Postleitzahl: 1082

Samstag, 9. Juli 1966 Blatt 2167

Wirtschaftskundliche Woche für Wiener Lehrer erfolgreich beendet

9. Juli (RK) An den letzten beiden Tagen der wirtschaftskundlichen Woche, die das Pädagogische Institut der Stadt Wien und die Zentralsparkasse für rund 200 Wiener und steirische Lehrer in Leoben durchführte, sprachen der Rektor der Hochschule für Welthandel, Dr. Hans Krasensky, Vizebürgermeister Felix Slavik, der Rektor der Universität Graz, Professor Dr. Anton Tautscher, und Generaldirektor Dr. Josef Neubauer.

Rektor Krasensky erläuterte eine Bilanz und gab praktische Anleitungen, wie man die damit zusammenhängenden Probleme einem Schüler erklären könnte. Vizebürgermeister Slavik zeigte am Beispiel der Wiener Kommunalpolitik die gewaltige Bedeutung der Wirtschaft für das Leben des Einzelnen und damit die Notwendigkeit eines gegenwartsbezogenen Wirtschaftsunterrichtes in den Schulen. Der Generaldirektor der Zentralsparkasse, Dr. Neubauer, referierte Struktur, Aufgabenstellung und Bedeutung eines Kreditapparates, erläuterte die verschiedenen Arten von Geldinstituten und erklärte die Gesetzmäßigkeiten des Kapitalmarktes.

Landesschulinspektor Dr. Hermann Schnell wies in seinem Schlußwort auf die Wichtigkeit und Notwendigkeit der Wirtschaftserziehung in der industriellen Gesellschaft hin.

Die Vorträge der wirtschaftskundlichen Woche befaßten sich mit vielen Aspekten des Wirtschaftslebens: mit der Struktur der österreichischen Wirtschaft, mit dem Geld- und Kreditapparat, mit

./.

Fragen der Kommunalpolitik und schließlich mit der weltpolitischen Schicksalsfrage der freien Marktwirtschaft und der zentralen Verwaltungswirtschaft. Daneben gewannen die Teilnehmer in zahlreichen Betriebsbesichtigungen einen wichtigen Einblick in die Arbeitswelt des Raumes Leoben.

Nun ist es Aufgabe der Lehrer, die gewonnenen Erkenntnisse und Einsichten im Unterricht zu verwerten, die Auswahl der Stoffe nach der Fassungskraft der Schüler zu treffen und mit modernen Methoden den Schülern grundlegende Kenntnisse wirtschaftlicher Zusammenhänge zu vermitteln. Das Ziel der wirtschaftlichen Bildung ist aber nicht nur die Einsicht in wirtschaftliche Grundfragen und wirtschaftliche Zusammenhänge. Vor allem soll die Jugend für wirtschaftliche Probleme interessiert und zu einer wirtschaftsethischen und damit staatsethischen Gesinnung erzogen werden.

Die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien hat die Durchführung der wirtschaftskundlichen Woche in Leoben, die den Lehrern das Rüstzeug für das neue Unterrichtsfach "Wirtschaftskunde" vermitteln sollte, durch eine Subvention von rund 200.000 Schilling ermöglicht.

\- - -

Führungen durch die Toulouse-Lautrec-Ausstellung

9. Juli (RK) Wie in den vergangenen Wochen finden auch vom 11. bis 17. Juli Führungen durch die vom Kulturamt der Stadt Wien veranstaltete Toulouse-Lautrec-Ausstellung im Österreichischen Museum für angewandte Kunst, 1, Weiskirchnerstraße 3, statt. Die einzelnen Termine für die unentgeltlichen Führungen:

Montag, 11. Juli,18 Uhr (Dr.Lucia Gunz); Dienstag, 12. Juli, 18 Uhr (Dr. Erika Hellich); Mittwoch, 13. Juli, 10.30 Uhr (Dr. Elisabeth Mensa) und 18 Uhr (Dr. Lucia Gunz); Donnerstag, 14. Juli, 18 Uhr (Prof. Dr. Hugo Ellenberger); Freitag, 15. Juli, 18 Uhr (Dr. Hans Bisanz); Samstag, 16. Juli, 10.30 Uhr und 18 Uhr (Prof. Dr. Hugo Ellenberger); Sonntag, 17. Juli, 10.30 Uhr (Peter Haiko) und 18 Uhr (Prof. Dr. Hugo Ellenberger).

\- - -

Die Radiorede des Bürgermeisters

9. Juli (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien spricht morgen, Sonntag, den 10. Juli, um 19.45 Uhr im Ersten Programm Bürgermeister Bruno Marek mit den Leiter des Rundfunkressorts "Politik und Wirtschaft", Dr. Wolfgang Gerle, über die Tätigkeit des Wiener Gemeinderates im vergangenen Halbjahr, über Maßnahmen gegen die Erhöhung der Fleischpreise und - mit Abgeordnetem Ing. Heinrich Scheibengraf - über Wiens Forderung nach einem eigenen Länderstudio.

\- - -

Gesperrt bis Sonntag, 10. Juli, 20 Uhr:

Bürgermeister Bruno Marek:

Wien im ersten Halbjahr 1966

Maßnahmen gegen Erhöhung der Fleischpreise / Forderung nach einem eigenen Länderstudio

10. Juli (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien sprach am Sonntag, den 10. Juli, Bürgermeister Bruno Marek mit dem Leiter des Rundfunkressorts "Politik und Wirtschaft", Dr. Wolfgang Gerle, über die Tätigkeit des Wiener Gemeinderates im vergangenen Halbjahr, über Maßnahmen gegen die Erhöhung der Fleischpreise und - mit Abgeordneten Ing. Heinrich Scheibengraf - über Wiens Forderung nach einem eigenen Länderstudio.

Dr. Gerle: Am vergangenen Freitag fand die letzte Sitzung des Wiener Gemeinderates statt, in der wichtige Beschlüsse gefaßt wurden. Ich glaube, es dürfte unsere Hörer interessieren, einige erfreuliche Neuigkeiten zu erfahren, die diesen Beschlüssen zu verdanken sein werden.

Bgm. Marek: Gewiß kann ich viel Erfreuliches berichten, ich darf aber auch das Unerfreuliche nicht verschweigen. Am Ende der letzten Sitzung vor den Sommerferien des Wiener Gemeinderates habe ich einen kurzen Rückblick auf die im letzten Halbjahr ge-

./.

leistete Arbeit gegeben. Ich bin der Meinung, daß die Öffentlichkeit mit der Arbeit im Wiener Gemeinderat viel zu wenig bekannt gemacht wird - vielleicht aus falscher Bescheidenheit. Tatsache ist jedenfalls, daß im Geneinderat nach ausführlicher Beratung weit mehr als 350 Beschlüsse gefaßt wurden. Gewiß ist in manchen Fragen keine Übereinstimmung erzielt worden, aber ich möchte dennoch mit Befriedigung feststellen, daß sämtliche Redner ihre Standpunkte mit großer Sachkenntnis vertreten haben. Ich will nicht alle die kommunalpolitischen Errungenschaften aufzählen, die in Kindergärten, Schulen, Sportstätten, Wohnhäusern usw. ihren sichtbaren und bleibenden Ausdruck fanden. Ich glaube, daß sogar viele Wiener, wenn sie nach längerer Zeit einen von ihrem Wohnort entfernten Stadtteil besuchen, selber staunend vor Neubauten und Sozialeinrichtungen stehen. Insbesondere auf dem Gebiet der Fürsorge konnten weitere Fortschritte erzielt werden. Der 200. Kindergarten wurde eröffnet! Weitere folgten bereits. Ebenso wurden auch die Einrichtungen für unsere alten Mitbürger ausgestaltet und erweitert. Der Gemeinderat beschloß die Errichtung von fünf neuen Pensionistenklubs, die mit den bereits bestehenden 97 Klubs nun die beachtliche Zahl von 102 erreichen.

Zu unserer großen Freude konnten wir zu Beginn der diesjährigen Landaufenthaltsaktion den 35.000.Gemeindeurlauber begrüßen. Diese Aktion bietet arbeitenden Menschen oftmals zum ersten Mal in ihrem Leben die Möglichkeit, einen sorgenfreien Urlaub zu erleben.

Daß die Wiener heuer nicht mehr über mangelnde Trinkwasserversorgung Klage führen, ist auf die Leistung des Grundwasserwerkes Lobau zurückzuführen, das den Wienern täglich 50 Millionen Liter Wasser hervorragender Qualität zusätzlich zur Verfügung stellt.

Für die Wiener Wirtschaft ist die Weiterführung bestehender Kreditaktionen von eminenter Bedeutung. Sie geben ihr wichtige Impulse und tragen maßgeblich zur Erhaltung der Vollbeschäftigung bei. So hat der Gemeinderat neuerlich für die Instandsetzung von privaten Altwohnhäusern weitere 200 Millionen zur Verfügung gestellt.

./.

Auf den Gebiet des Wohnhausbaues wurde in der letzten Gemeinderatssitzung neben anderen Bauvorhaben die Errichtung eines neuen Stadtviertels beschlossen. Für die Erweiterung der Wohnhausanlage Per Albin Hansson-Siedlung-Ost sind in der ersten Etappe 1.134 Wohnungen vorgesehen. Die ganze Siedlung soll schließlich auf 5.000 Wohnungen erweitert werden. Insgesant wurde in der Freitagsitzung der Bau von 1.750 Wohnungen beschlossen, die zu den bereits heuer begonnenen 2.273 kommen. Ebenso gehen unsere großen Verkehrsbauten weiter. Die Unterführung der Zweierlinie ist bereits so weit fortgeschritten, daß mit der Inbetriebnahme der ersten Unterpflasterstraßenbahn am 8. Oktober dieses Jahres gerechnet werden kann.

Der immer stärker anwachsende Verkehr wird - wie ich zuversichtlich hoffe - mit Hilfe einer modernen elektronischen Datenverarbeitungsanlage zur Zufriedenheit des Publikums gemeistert werden können.

Aber nicht allein auf wirtschaftlichem Gebiet wurde im ersten Halbjahr 1966 Ersprießliches geleistet. Die Gemeindeverwaltung blieb sich ihrem Verpflichtungen auf dem Sektor des Kulturlebens jederzeit bewußt. So konnte beispielsweise der Zinsenertrag der 50 Millionen-Hochschulstiftung in der Höhe von 2,4 Millionen der Wiener Universität und der Technischen Hochschule gleichermaßen für wissenschaftliche Forschungszwecke zur Verfügung gestellt werden.

Vor wenigen Tagen haben wir das Erholungszentrum Laxenburg - als Freizeitparadies für die Wiener und Niederösterreicher - eröffnen können, das gleichzeitig als ein Beispiel der Zusammenarbeit zweier Bundesländer gelten kann.

Dr. Gerle: Das ist sehr interessant. Eine längere Sommerpausewird nun den Gemeindefunktionären Gelegenheit zu einem erholsamen und verdienten Urlaub geben.

Bgm. Marek: Das ist nur bedingt richtig. So sehr ich Funktonären und Bediensteten diesen verdienten Urlaub von Herzen gönne, muß die Arbeit doch weitergehen. In den wöchentlichen Sitzungen des Stadtsenates werden auf Grund des Paragraph 99 der Verfassung der Stadt Wien die Gemeindegeschäfte weitergeführt. Allerdings bedürfen alle Beschlüsse des Stadtsenates der nach-

./.

träglichen Genehmigung des Gemeinderates in der nächsten, im Herbst stattfindenden Sitzung.

Dr. Gerle: Herr Bürgermeister, Sie sind doch berechtigt, gleichfalls Entscheidungen zu treffen!

Bgm. Marek: Gewiß, ich bin dazu berechtigt, in eigener Verantwortung Verfügungen zu treffen, wenn ohne Nachteil für die Sache damit nicht zugewartet werden kann. Ich habe aber solche Entscheidungen unverzüglich dem zuständigen Gemeindeorgan zur nachträglichen Genehmigung vorzulegen. Bemerken möchte ich, daß ich von dieser Ermächtigung nur in dringenden Notfällen Gebrauch mache. Der Paragraph 93 ist auch in den vergangenen 20 Jahren nur in wenigen Ausnahmesituationen angewandt worden.

Dr. Gerle: Die kurze Darstellung der Gemeindearbeit ist äußerst interessant und erfreulich. Sie sagten allerdings, Herr Bürgermeister, daß Sie auch Unerfreuliches zu berichten hätten.

Marktbindung und Preiskontrollen

Bgm. Marek: Allen Wienern ist bekannt, daß die Bewegung auf dem Preissektor Unwillens-Kundgebungen der arbeitenden Menschen ausgelöst hat. In den letzten Wochen erhielt ich hunderte Protest-Telegramme und Protest-Schreiben aus Betrieben. Auch viele Delegationen haben vorgesprochen, um von mir in meiner Eigenschaft als Landeshauptmann Maßnahmen zu fordern, die den Absinken der Reallöhne Einhalt gebieten sollen. Ich habe den Vertrauensmännern der Bahn und der Großbetriebe versichert, daß ich mich zum Sprecher ihrer Anliegen mache. Allerdings vermag ich nur wenig Einfluß auf Entscheidungen zu nehmen, die in die Kompetenz des Bundes fallen.

Ich habe schon in meiner letzten Radio-Rede zur Disziplin aller Konsumenten und Produzenten aufgerufen, überdies die sogenannte Marktbindung verfügt, die - zeitlich begrenzt - zur Beruhigung der Marktlage beitragen wird. Die Marktamtsdirektion berichtet, daß in meinem Auftrag Preiskontrollen in fast allen Fleischhauereien durchgeführt und erfreulicherweise nur 144 Anzeigen wegen Zuwiderhandlung gegen das Preistreibereigesetz und 52 Anzeigen wegen Zuwiderhandlung gegen das Preisregelungsgesetz erstattet wurden.

./.

Dr. Gerle: So unerfreulich diese Erscheinungen sind, so erfreulich ist doch der bereits feststellbare Beitrag zur Marktberuhigung. Ich hoffe, Herr Bürgermeister, daß wir damit die unerfreulichen Neuigkeiten abschließen können.

Wien braucht ein eigenes Länderstudio!

Bgm. Marek: Keinesfalls! Wiederholt hat das Land Wien seinen Anspruch auf Errichtung eines Länderstudios angemeldet. Gestützt auf den Beschluß des Nationalrates vom Juli 1965, der dieses Recht allen Ländern ausdrücklich zubilligt, wurde von den Mitgliedern des Hohen Hauses einstimmig das Eintreten für die Errichtung der Länder-Studios gefordert.

Liebe Hörerinnen und Hörer, um Sie über die Bedeutung dieser kompromißlosen Forderung des Landes Wien zu informieren, habe ich Herrn Abgeordneten Ing. Scheibengraf zu mir gebeten, der im Parlament als Sprecher der Sozialistischen Fraktion dieses Anliegen vertritt, obwohl er selber kein Wiener ist. Herr Abgeordneter, Sie waren bis vor kurzen Bürgermeister der bedeutenden Industriegemeinde Kapfenberg. Darf ich Sie daher bitten, unseren Hörerinnen und Hörern die Problematik dieses Themas zu erklären.

Abg. Ing. Scheibengraf: Selbstverständlich komme ich, Herr Bürgermeister, dieser Aufforderung gerne nach. Mit der Materie bin ich ja durch meine parlamentarische Tätigkeit bestens vertraut. Ich kenne auch die gerechtfertigte Forderung des Landes Wien nach Errichtung eines landeseigenen Studios, eine Forderung, die die sozialistischen Abgeordneten jederzeit aus drei Gründen gerne und mit Nachdruck unterstützt haben.

1. Wien hatte, wie allgemein bekannt, durch den Krieg die schwersten Schäden zu ertragen und litt auch am schwersten unter der Besetzung. Schon aus diesem Grunde finden wir sozialistischen Abgeordneten die bisherige Verhinderung der Errichtung eines Studios im Bundesland Wien als Akt der Ungerechtigkeit.

2. Wir beachten die Gebührenaufbringung der Rundfunk- und Fernsehteilnehmer im Bundesland Wien, wobei ich bemerke, daß in den Bundesländern Wien, Niederösterreich und Burgenland die Hälfte aller Österreicher wohnt und von ihnen auch über 50 Prozent der

./.

Rundfunkgebühren entrichtet werden. Auch wir wollen in unserem Bundesland stets die Leistungen unserer Bürger anerkannt wissen. Dasselbe Recht steht den Bürgern Wiens zu. Aber auch die Mitarbeiter von Rundfunk und Fernsehen in Wien haben ein Recht darauf, in menschenwürdigen Räumen ihre Pflicht erfüllen zu können.

3. Der Nationalrat hat in seiner Sitzung am 15. Juli 1965 eine einstimmige Entschließung gefaßt, worin er zum Ausdruck bringt, daß die Bundesländer auf Antrag ihrer Landesregierungen die Errichtung und Führung von Landesstudios fordern können und diese zu errichten sind. Dieselbe Entschließung weist auch auf die Bedeckungsvorsorge für die Durchführung hin. Es war für uns sozialistische Abgeordnete sehr enttäuschend, daß trotz unserem Drängen und unserer mehrmaligen Antragstellung die Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei nicht bereit waren, die einstimmige Forderung des Hohen Hauses von 1965 diesmal im Gesetz zu verankern.

Zu meinem außerordentlichen Bedauern war auch am vergangenen Freitag im Hohen Hause - trotz nochmaliger Antragstellung der sozialistischen Abgeordneten - die ÖVP nicht bereit, den Antrag, wie er vorhin von mir beschrieben wurde, auch dem Bundesland Wien gesetzlich die Möglichkeit zur Errichtung eines eigenen Studios zu geben, zuzustimmen. Wir haben aus diesem Grunde eine namentliche Abstimmung beantragt. Es ist erschütternd, wenn man zu dieser für unsere Bundeshauptstadt so außerordentlich notwendigen Durchführung feststellen muß, daß wir Sozialisten der österreichen Bundesländer gerne bereit waren, diesen Antrag zu unterstützen, während die eigenen Abgeordneten der ÖVP Wien diesen Antrag nicht unterstützten. Hätten sie dies getan, wäre heute dieser Antrag Gesetz!

Es wird sehr viel von Föderalismus gesprochen, von der Gleichberechtigung der Länder. Wenn es aber darum geht, Wien das gleiche Recht einzuräumen wie den übrigen Bundesländern, ist der Föderalismus ein Lippenbekenntnis und wird aus politischen Erwägungen verneint.

Dr. Gerle: Die Arbeit im öffentlichen Dienst bringt nicht nur Erfreuliches mit sich - verständlich, daß daher auch Un-

./.

erfreuliches zur Sprache kommt. Hoffentlich kann im Verhandlungswege eine gedeihliche Lösung der offenen Fragen erzielt werden.

Bgm. Marek: Dem gilt mein aufrichtiges Bemühen, und ich bin überzeugt, daß es uns in gemeinsamer Arbeit auch gelingen wird, den besten Weg und die beste Lösung zu finden. Verehrte Hörerinnen und Hörer! Ich wünsche Ihnen und Ihren Familienangehörigen erholsame Urlaubstage. Auf Wiederhören am 18. September um die gleiche Zeit.

\- - -

Erfolgreiche Kindergärtnerinnen

9. Juli (RK) Vor einigen Tagen haben 22 Kindergartenhelferinnen, die seit drei Jahren in Kindertagesheimen der Stadt Wien arbeiten, die staatliche Kindergärtnerinnenprüfung mit Erfolg abgelegt.

Derzeit sind in den städtischen Kindertagesheimen 125 Kindergartenhelferinnen beschäftigt. Sie haben sich bei Eintritt ihres Dienstes verpflichtet, innerhalb von fünf Jahren diese Prüfung abzulegen. Die Voraussetzungen hierfür erwerben sie durch Selbststudium, für das ihnen das Jugendamt der Stadt Wien durch eine Reihe von Kursen Lernhilfen gewährt. Auch im kommenden Jahr ist damit zu rechnen, daß sich wieder 22 Helferinnen qualifizieren. Derzeit laufen vier Vorbereitungskurse; ab dem Herbst dieses Jahres werden es fünf sein.

\- - -

Richard Beer-Hofmann zum Gedenken

9. Juli (RK) Auf den 11. Juli fällt der 100. Geburtstag des Dichters Dr. Richard Beer-Hofmann.

Er wurde in Wien geboren, studierte Rechtswissenschaften und widmete sich seit 1891 dem literarischen Schaffen. In den Zwanzigerjahren bearbeitete und inszenierte er Stücke für das Theater in der Josefstadt und für das Burgtheater, so "Iphigenie auf Tauris" von Goethe und den ersten und zweiten Teil des "Faust". 1939 mußte Beer-Hofmann emigrieren und ging nach Amerika, wo er bei Freunden Unterkunft fand und an verschiedenen amerikanischen Universitäten Gastvorlesungen hielt. Am 26. September 1945 ist er in New York gestorben.

Mit Hofmannsthal und Schnitzler eng befreundet, begann Richard Beer-Hofmann seine Werke im Geist der von Bahr geführten Vereinigung "Jung-Wien", ging aber bald seinen eigenen Weg. Als er erkannte, daß die Prosa nicht die ihm gemäße Darstellungsform war, wandte er sich dem Drama zu. 1904 erschien "Der Graf von Charolais", sein größter äußerer Erfolg. Richard Beer-Hofmann, der mit Theodor Herzl bekannt geworden war und die zionistische Bewegung vom Anfang an unterstützt hatte, ließ sich in seiner künstlerischen Arbeit immer mehr von der jüdischen Geistigkeit inspirieren. Bereits "Miriams Schlaflied" aus dem Jahre 1897 drückt aus, wie sehr ihn Vergangenheit und Zukunft des jüdischen Volkes beschäftigte. In der Folge wagte er sich an einen großen Vorwurf, der allerdings Fragment bleiben sollte, die Geschichte des Königs David. Der Dichter wollte in einem Vorspiel und einer Trilogie den Höhepunkt der jüdischen Geschichte gestalten. 1919 wurde das Vorspiel unter dem Titel "Jaakobs Traum" im Burgtheater aufgeführt und erweckte ein starkes Echo, wurde aber erst viel später richtig begriffen. In seinen späteren Jahren schrieb der Dichter fallweise auch Essays. Die schönste Frucht auf diesem Gebiet ist seine Gedenkrede auf Wolfgang Amadé Mozart. In der Emigration begann Richard Beer-Hofmann ein Erinnerungsbuch, das seiner Frau gewidmet ist. Es enthält Aufschlußreiches aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg und läßt auch tief in sein eigenes Inneres blicken.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Postleitzahl 1082

Montag, 11. Juli 1966 Blatt 2177

Geehrte Redaktion!

Kommenden Mittwoch, den 13. Juli, findet um 11 Uhr auf der Terrasse des Ringturmes, 20. Stock, eine Pressekonferenz statt, in deren Rahmen der Amtsführende Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen, Dr. Maria Schaumayer, sowie Stadtwerke-Generaldirektor Dr. Karl Reisinger und die Direktoren der einzelnen Unternehmungen über den Rechnungsabschluß 1965 der Wiener Stadtwerke berichten werden. Der Wiener Gemeinderat hat die Vorlage am Freitag in seiner letzten Sitzung vor den Sommerferien ohne Debatte genehmigt.

Sie sind herzlich eingeladen, Berichterstatter und Fotoreporter zu dieser Pressekonferenz zu entsenden.

\- - -

Haussammlung des Jugendhilfswerkes erbrachte 881.000 Schilling

Stadtrat Maria Jacobi dankt den Wienern

11. Juli (RK) Die Haussammlung des Wiener Jugendhilfswerkes, die vom 1. bis 7. April dieses Jahres stattfand, hat einen Betrag von 881.713 Schilling ergeben. Damit hat die Wiener Bevölkerung erneut unter Beweis gestellt, wie sehr ihr das Schicksal der Kinder unserer Stadt am Herzen liegt.

Alle Kinder der Großstadt bedürfen einer ausreichenden Erholung. Die im Wiener Jugendhilfswerk zusammengeschlossenen Organisationen bemühen sich seit Jahrzehnten, möglichst viele Wiener Kinder in ihren Heimen und Tageserholungsstätten aufzunehmen. Daß dies auch den sozial bedürftigen Kindern ermöglicht wird, dazu hat die diesjährige Haussammlung des Wiener Jugendhilfswerkes einen sehr wertvollen Beitrag geleistet. Tausende Wiener Kinder können nun wieder unbeschwerte glückliche Ferientage in den Heimen des Hilfswerkes verbringen.

Im Namen all dieser Kinder dankt Stadtrat Maria Jacobi als Vorsitzende des Kuratoriums des Wiener Jugendhilfswerkes den spendenfreudigen Wienern sowie allen Fürsorgerätinnen und Hauswarten für die stets aufs neue bewiesene Hilfsbereitschaft, mit der sie die Bestrebungen des Wiener Jugendhilfswerkes unterstützen.

\- - -

Amerikanische Mittelschullehrer im Rathaus

11.Juli (RK) Heute vormittag begrüßte Stadtschulratspräsident Dr. Max Neugebauer im Steinernen Saal des Wiener Rathauses 80 amerikanische Mittelschullehrer, die in ihrer Heimat Deutsch unterrichten. Die Germanisten sind Teilnehmer eines sechswöchigen Seminars, das vom amerikanischen Unterrichtsministerium derzeit in München durchgeführt wird. Zum Programm dieser Tagung gehört auch eine viertägige Studienfahrt nach Wien.

Präsident Dr. Neugebauer erzählte den Gästen aus Geschichte und Gegenwart Wiens und erinnerte vor allem an die zahlreichen Dichterpersönlichkeiten, die aus dieser Stadt hervorgegangen sind. Der Leiter der Tagung dankte für den freundlichen Empfang und sagte, daß das amerikanische Unterrichtsministerium ein derartiges Seminar für Germanisten gerne auch einmal in Wien durchführen würde.

\- - -

Rundfahrten "Neues Wien"

11. Juli (RK) Mittwoch, den 13. Juli, Route 3 mit Hauptfeuerwache Leopoldstadt, Marshallhof, Montagebaufabrik, Neubaugebiet Kagran, Pensionistenheim "Sonnenhof", Berufsschule für Gärtner und Naturblumenbinder sowie andere städtische Anlagen und Einrichtungen.

Abfahrt um 13.30 Uhr vom Rathaus, 1, Lichtenfelsgasse 2.

\- - -

Ein Glockenturm - das neue "Zeichen" für die Wiedner Hauptstraße

Junger Wiener Architekt gewann den Ideenwettbewerb

11. Juli (RK) Im Rahmen einer Pressekonferenz, die heute vormittag im Rathaus stattfand, wurde das Ergebnis des von der Stadtverwaltung ausgeschriebenen Ideenwettbewerbs "zur Neugestaltung des Straßenraumes in der Wiedner Hauptstraße zwischen Kliebergasse und Laurenzgasse" bekanntgegeben. Der erste Preis (65.000 Schilling) wurde einem von Architekt Dipl.-Ing. Johann Staber aus dem 4. Bezirk eingereichten Projekt zuerkannt. Den zweiten Preis (45.000 Schilling) erhielt Architekt Dipl.-Ing. Walter Jaksch, Wien 13. Ferner werden folgende drei Projekte angekauft: von akad. Bildhauer Herbert Schwarz und Architekt Anton Holtermann (Mitarbeiter Viktor Mollic), von Architekt Ing. Carl Hala und Maria Frantsich sowie von Architekt Dipl.-Ing. Erich Huber (alle Wien).

Das preisgekrönte neue "Zeichen" auf der Wiedner Hauptstraße an Stelle der abgerissenen Florianikirche - Jury-Vorsitzender Architekt Professor Schlesinger: "Ob es ein Wahrzeichen wird, werden erst die nachfolgenden Generationen feststellen" - ist ein modern gestalteter Glockenturm und besteht im wesentlichen aus zwei Elementen: dem 24 Meter hohen schlanken Glockenturm selbst und einem 21 Meter hohen, seitlich zur neuen Kirche hin verschobenen Stiegenteil. In der Glockenstube werden in einer Höhe zwischen 15 und 24 Meter die vier Glocken der alten Kirche untereinander angebracht sein. Die Austrittsöffnungen für den Klang der Glocken sind nach Norden und Süden in Richtung der Wiedner Hauptstraße orientiert. Beide Turmteile sind als Stahlbetonkonstruktion gedacht.

Baustadtrat Kurt Heller, selbst Mitglied der 12köpfigen Jury, stellte den Pressevertretern die Jurymitglieder vor: den Vorsitz führte Architekt Professor Norbert Schlesinger, Vorsitzender-Stellvertreter war Professor Fritz Wotruba; Vertreter der Stadt Wien neben Stadtrat Kurt Heller waren Kulturstadtrat Gertrude Sandner, Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Dr. Rudolf Koller und der Leiter der Magistratsabteilung 19 (Architektur), Oberstadtbaurat Architekt

./.

Ing. Rudolf Kolowrath; seitens der Ingenieurkammer waren neben Professor Schlesinger Präsident Architekt Josef Horacek, Architekt Professor Dipl.-Ing. Georg Lippert und Architekt Dipl.-Ing. Dr. Franz Peydl vertreten; die Erzdiözese Wien vertrat Monsignore Robert Lux; Repräsentanten der bildenden Kunst waren Professor Fritz Wotruba und Professor Heinrich Leinfellner; als Ersatzpreisrichter fungierte Architekt Professor Friedrich Euler. Für die technische Vorprüfung war die Magistratsabteilung 19 zuständig, die fachliche Vorprüfung wurde von den Magistratsabteilungen 7, 19, 28, 29 und 42 sowie von Glockengießer Dipl.-Ing. J. Pfundner durchgeführt.

Wie der Juryvorsitzende Professor Schlesinger bekanntgab, wurden insgesamt 35 Vorschläge von 27 Wettbewerbsteilnehmern eingereicht. Die Jury beriet fünf Tage hindurch. Bei vier Ausscheidungsgängen wurden die zwei Preise und die drei Ankäufe ermittelt. Erst heute vormittag wurden die Kuverts mit den Namen jener Teilnehmer, deren Projekte ausgesucht worden waren, geöffnet. Statt der vorgesehenen drei Preise wurden nur zwei zuerkannt, so daß der Betrag für den ersten Preis von 50.000 auf 65.000 Schilling, jener für den zweiten Preis von 35.000 auf 45.000 Schilling erhöht werden konnte. Da die Stadtverwaltung außerdem noch zusätzliche Mittel zur Verfügung stellte, wurden auch die Preise für die Ankäufe erhöht, und zwar von 5.000 auf 9.000 Schilling.

Orientierung nach der neuen Kirche

Als wesentlichsten Gesichtspunkt, der für die Jury maßgebend war, bezeichnete Professor Schlesinger die Forderung, eine Möglichkeit für die Unterbringung der Glocken der neuen Kirche zu schaffen, also einen Glockenturm zu errichten. Nach Auffassung der Jury wäre es nicht günstig gewesen, auf der Verkehrsinsel inmitten der Wiedner Hauptstraße eine Gedenkstätte oder einen kleinen Park anzulegen, da die Besucher durch den Verkehr gefährdet gewesen wären. Aus diesem Grund empfahl die Jury auch, den vorgesehenen Bildstock besser bei der neuen Kirche statt am Glockenturm anzubringen. Aus diesen Überlegungen heraus wurde schließlich auch der Plan aufgegeben, von der zukünftigen unterirdischen Straßenbahnstation einen Treppenaufgang auf die Ver-

./.

kehrsinsel zu errichten. Sehr wichtig erschien es der Jury, daß der Glockenturm nach der neuen Kirche orientiert sein, das heißt, diese Kirche im Gesamtbild des Straßenraumes unterstreichen müßte.

Diese Forderung fand die Jury beim Projekt von Architekt Dipl.-Ing. Staber, dem der erste Preis einstimmig zuerkannt wurde, am besten verwirklicht. Der junge Architekt hat, wie die Professoren Schlesinger und Wotruba übereinstimmend feststellten, mit feinem Empfinden sein "Zeichen" so projektiert, daß es den Straßenraum richtig gliedert, ihm einen echten Abschluß gibt und das Gesamtbild geschickt zur Kirche hin orientiert. Außerdem entspricht die Geschlossenheit des Turmes den Intentionen der Jury, die der Meinung war, daß der Turm vor allem wegen des durchscheinenden Lichts am Abend keine offene Konstruktion sein dürfe. Eine weitere Übereinstimmung mit der Meinung der Jury: Architekt Staber hat auf einzelne Details verzichtet, weil ja der Turm mitten im Verkehr stehen soll und nur von weitem betrachtet werden kann.

Professor Wotruba bezeichnete das preisgekrönte Projekt als "ausgezeichnete Lösung und Demonstration für unsere Zeit" und rühmte sowohl die große Eleganz des geplanten Bauwerkes als auch den großen Mut des jungen Architekten, mit dem dieser an die schwierige Aufgabe herangegangen ist. "Auch wenn alle Architekten, die an dem Wettbewerb nicht teilgenommen haben, Projekte eingereicht hätten, wäre dieser erste Preis kaum gefährdet gewesen", meinte Professor Wotruba anerkennend. Im übrigen sei ihm völlig unverständlich, daß viele Architekten an diesem so wichtigen Wettbewerb nicht teilgenommen haben. Er selbst hätte gerne mitgemacht, wenn er nicht in die Jury gekommen wäre. Er sehe es als sinnlos an, den leider bestehenden Keil zwischen einem Teil der Architektenschaft und der Stadtverwaltung durch solche unnötigen Aktionen noch zu vergrößern.

./.

Abtragung der alten Kirche war notwendig

Zur Abtragung der sogenannten Rauchfangkehrerkirche sagte der bekannte Bildhauer, niemand könne im Ernst diese alte Kirche als großartiges Kunstwerk verteidigen. Er selbst sei zwar zuerst auch der Meinung gewesen, die Abtragung sei ein Fehler, habe sich aber von der Notwendigkeit dieser Maßnahme überzeugen können. Die alte Kirche, die ihren Wert viel eher nur aus der sentimentalen Erinnerung einiger Wiener bezog, wäre eine ungeheure Belastung für die geplanten unterirdischen Verkehrsbauten gewesen.

Stadtrat Heller ergänzte, daß zusätzliche Kosten von rund 25 Millionen entstanden wären, hätte man die Kirche stehengelassen. Die Rauchfangkehrerkirche war zwar auch ein oberirdisches, aber viel mehr ein unterirdisches Verkehrshindernis. Im übrigen gewinne man durch die neue Lösung zusätzlichen Straßenraum. Wie Heller ferner bekanntgab, liege nunmehr die endgültige Entscheidung bei den beschlußfassenden Organen der Stadtverwaltung, er persönlich sei jedoch sicher, daß der erste Preis ausgeführt werde. Der Baubeginn, die Frage des Materials, in dem der Turm ausgeführt werden soll, und schließlich die Kosten sind noch nicht endgültig festgelegt.

Monsignore Lux betonte, daß die Erzdiözese vertraglich verpflichtet gewesen sei, der Abtragung der alten Kirche zuzustimmen. Wie er sich selbst davon überzeugen konnte, habe aus bautechnischen Gründen auch der alte Turm allein nicht stehenbleiben können. Außerdem war die Rauchfangkehrerkirche bereits in einem außerordentlich schlechten baulichen Zustand gewesen, die Dächer waren zum Teil schon eingefallen. Im übrigen waren für die Erzdiözese in erster Linie naturgemäß seelsorgerische Gesichtspunkte maßgebend. Die Glocken in dem neuen Turm werden von der neuen Kirche aus "ferngesteuert" geläutet werden.

Ausstellung der Entwürfe

Die im Rahmen des Wettbewerbs eingereichten Entwürfe sind gegenwärtig im Nordbüffet des Festsaales im Wiener Rathaus ausgestellt. Sie können ab morgen, Dienstag, 9 Uhr, bis Sonntag, den 17. Juli, allgemein besichtigt werden. Besichtigungszeiten: Dienstag bis Samstag 9 bis 16 Uhr, Sonntag 9 bis 12 Uhr.

\- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

11. Juli (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Fisolen 4 bis 6 S, Weißkraut 1 bis 3 S, Tomaten 3.50 bis 6 S je Kilogramm.

Obst: Äpfel 4 bis 10 S, Birnen 4.50 bis 6 S, Marillen 8 bis 10 S je Kilogramm.

\- - -

Geehrte Redaktion!

Morgen Dienstag, den 12. Juli, wird Kulturstadtrat Gertrude Sandner, um 16 Uhr, in ihrem Büro 8, Friedrich Schmidt-Platz 5, den Gewinnern des kürzlich durchgeführten Auslagenwettbewerbes "Das schönste Jazzfenster" die drei ersten Preise (5.000, 3.000 und 2.000 Schilling) sowie drei vom Wiener Kunstfonds gestiftete Ehrenpreise überreichen.

Sie sind herzlich eingeladen, Berichterstatter und Fotoreporter zu dieser Preisverleihung zu entsenden.

\- - -

Rinderhauptmarkt vom 11. Juli

11. Juli (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Neuzufuhren Inland: 65 Ochsen, 216 Stiere, 361 Kühe, 87 Kalbinnen, Summe 729. Neuzufuhr Ungarn: 1 Stier, 19 Kühe, Summe 20. Gesamtauftrieb: 65 Ochsen, 217 Stiere, 380 Kühe, 87 Kalbinnen, Summe 749, verkauft wurden: 61 Ochsen, 195 Stiere, 380 Kühe, 86 Kalbinnen, Summe 722, unverkauft blieben: 4 Ochsen, 22 Stiere, 1 Kalbin, Summe 27.

Preise: Ochsen 13.80 bis 16.80 S, extrem 17 bis 17.50 S 5 Stück; Stiere 13 bis 16.20 S, extrem 16.30 bis 16.50 S, 6 Stück; Kühe 11 bis 13.50 S, extrem 13.60 bis 14 S, 7 Stück; Kalbinnen 13.50 bis 15.80 S, extrem 16 S 1 Stück; Beinlvieh Kühe 9 bis 10.90 S, Ochsen und Kalbinnen 11 bis 13 S.

Der Durchschnittspreis erhöhte sich bei Stieren um 1 Groschen, bei Kalbinnen um 23 Groschen und ermäßigte sich bei Ochsen um 20 Groschen, Kühen um 17 Groschen je Kilogramm; Beinlvieh notierte unverändert.

Die Durchschnittspreise einschließlich Beinlvieh betragen für Inland: Ochsen 15.51 S, Stiere 15.28 S, Kühe 11.70 S, Kalbinnen 14.60 S; Ungarn Stiere 16 S, Kühe 14.52 S, das ist plus 15 Groschen je Kilogramm.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Postleitzahl: 1082

Dienstag, 12. Juli 1966 Blatt 2187

Geehrte Redaktion!

Die Wiener Stadtwerke beabsichtigen, am Samstag, dem 16. Juli (bei Schlechtwetter am 17. Juli), im Rahmen der Feiern zum 200. Geburtstag des Praters einen "Tag der Wiener Stadtwerke" durchzuführen. Bei diesem Fest, zu dem Bürgermeister Bruno Marek eingeladen hat, liegt die Betonung auf "freuen und freuen lassen".

Namens des Veranstalters, des Amtsführenden Stadtrates für die Städtischen Unternehmungen, Dr. Maria Schaumayer, werden Sie herzlichst eingeladen, an diesem Fest teilzunehmen. Aus dem Programm, das einem Teil unserer Auflage beiliegt, erfahren Sie Näheres über das, was sich zwischen dem "Wettrennen" einer alten Pferdetramway mit einem modernen Gelenktriebwagen und dem Freiballonstart (mit Bürgermeister und Stadträtin an Bord) abspielt.

Sollten Sie besondere Fotowünsche (auch historischer Natur) haben, so wenden Sie sich bitte an Herrn Ing. Mühlberger von den Wiener Stadtwerken-Verkehrsbetriebe (Telefon 65 36 91), der Ihnen gerne mit Bildunterlagen zur Verfügung stehen wird.

- - -

Geehrte Redaktion!

Wir erinnern daran, daß morgen Mittwoch, den 13. Juli, um 11 Uhr, auf der Terrasse des Ringturmes, 20. Stock, eine Pressekonferenz stattfindet, in deren Rahmen der Amtsführende Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen, Dr. Maria Schaumayer, über den Rechnungsabschluß 1965 der Wiener Stadtwerke berichten wird.

\- - -

Angelobung eines Bezirksrates

12. Juli (RK) Gestern wurde von Stadtrat Rudolf Sigmund in Vertretung des Bürgermeisters im Rathaus Ferdinand Supalek (16. Bezirk) als neu berufener Bezirksrat angelobt. Senatsrat Dr. Schütz verlas die Gelöbnisformel. Der neue Bezirksrat leistete Stadtrat Sigmund mit Handschlag das Gelöbnis.

\- - -

Rundfahrten "Neues Wien"

12. Juli (RK) Donnerstag, 14. Juli, Route 4 mit Erholungsgebiet Laxenburg. Dauer etwa vier Stunden. Aus technischen Gründen Teilnehmerzahl auf drei Autobusse beschränkt. (Diese Route ist für gebrechliche oder gehbehinderte Personen nicht geeignet.)

Abfahrt vom Rathaus 1, Lichtenfelsgasse 2, um 13.30 Uhr.

\- - -

Konzept für den öffentlichen Massenverkehr in Wien und Parkraumkonzept

12. Juli (RK) Der Magistratsdirektor hat dem Bürgermeister berichtet, daß die Arbeiten des Magistrates an dem langfristigen Konzept für den öffentlichen Massenverkehr und die Parkraumstudie für die Gemeindebezirke 1 bis 9 und 20 soweit fortgeschritten sind, daß sie der Gemeinderätlichen Planungskommission zur Beratung vorgelegt werden können. Der Bürgermeister wird auf Grund dieses Berichtes beide Punkte in die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Gemeinderätlichen Planungskommission, die unmittelbar nach den Sommermonaten stattfinden soll, aufnehmen.

\- - -

Programmänderung für Palaiskonzert am 18. Juli

12. Juli (RK) Ravi Shankar hat sein für 18. Juli vorgesehenes Palaiskonzert abgesagt. Statt dessen gibt an diesem Tage Alexander Jenner im Palais Schwarzenberg einen Klavierabend mit folgendem Programm:

Schubert: Impromptu B-Dur, op. 142/3; Schumann: Sonate g-Mol, op. 22; Chopin: Nocturne Fis-Dur, op. 15/2, Walzer Des-Dur, op. 64/1, Etude c-Moll, op. 10/12, Scherzo E-Dur, op. 54; Strawinsky: drei Sätze aus "Pétrouchka".

\- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

12. Juli (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Fisolen 4 bis 6 S, Gärtnergurken 5 bis 6 S, Tomaten 3.50 bis 6 S je Kilogramm.

Obst: Äpfel 4 bis 6 S, Marillen 8 bis 10 S, Bananen 8 bis 10 S je Kilogramm.

\- - -

Personalnachricht

12. Juli (RK) Auf Antrag von Stadtrat Rudolf Sigmund hat heute der Wiener Stadtsenat den Obermagistratsrat Dkfm. Dr. Matthias Sailer (Kontrollamt der Stadt Wien) in die Dienstklasse VIII befördert und ihm den Titel Senatsrat verliehen.

\- - -

Die älteste Wienerin gestorben

12. Juli (RK) Wie die "Rathaus-Korrespondenz" heute erfährt, ist die älteste Wienerin, Frau Katharina Löhsnitz aus Ottakring, Herbststraße 37, am Freitag, dem 8. Juli, knapp vor ihrem 104. Geburtstag verstorben. Frau Löhsnitz hat viele Altersrekorde aufgestellt. Sie war mehrere Jahre lang die älteste Teilnehmerin an den Gemeindeurlaubs-Aktionen und der älteste Gast bei den jährlichen Muttertagsfeiern der Stadt Wien auf dem Kahlenberg. Bis fast ganz zuletzt erfreute sie sich erstaunlicher körperlicher und geistiger Rüstigkeit. Noch im Vorjahr, also mit 103 Jahren, hat sie vier Wochen in einem Landerholungsheim der Stadt Wien verbracht. Am 12. September wäre sie 104 Jahre alt geworden.

Das Begräbnis der ältesten Wienerin findet morgen Mittwoch, den 13. Juli, um 13.15 Uhr, am Baumgartner Friedhof statt.

\- - -

Französischer Musikzug konzertiert im Rathaus

12. Juli (RK) Morgen Mittwoch, 13. Juli, um 17 Uhr, wird ein französischer Musikzug, dessen 60 Mitglieder in malerische Uniformen gekleidet sind, Bürgermeister Bruno Marek im Arkadenhof des Wiener Rathauses ein Ständchen bringen. Die französischen Musiker, die auch aktive Sportler sind, kamen zu den heurigen Union-Bundeskampfspielen nach Wien.

Geehrte Redaktion!

Sie werden herzlich eingeladen, zu diesem Ständchen Berichterstatter und Fotoreporter zu entsenden: morgen Mittwoch, 17 Uhr, Arkadenhof.

\- - -

Invalidenverband dankt für Behindertengesetz

12. Juli (RK) Der Österreichische Zentralinvalidenverband richtete heute ein Telegramm an Wohlfahrtsstadtrat Maria Jacobi, in dem für das am vergangenen Freitag vom Wiener Landtag angenommene Behindertengesetz gedankt wird. In der Depesche heißt es:

"Anläßlich der Verabschiedung des Wiener Behindertengesetzes gestatten wir uns, Dank und Anerkennung der Zivilinvaliden für Initiative und Mitarbeit der Schaffung dieses Gesetzes auszusprechen. Wir bitten, dieses Gesetz auch in jenem sozialen Geist anzuwenden, der dem Entwurf Pate stand. Jene Wiener Zivilinvaliden, denen dadurch die Eingliederung ins Erwerbsleben ermöglicht oder sonstige Hilfe zuteil wird, werden es Ihnen zu danken wissen."

\- - -

Gemeinde Wien gibt 200.000 Schilling für Union-Bundeskampfspiele

12. Juli (RK) In der heute unter Vorsitz von Vizebürgermeister Felix Slavik abgehaltenen Sitzung des Wiener Stadtsenats referierte Kulturstadtrat Gertrude Sandner einen Antrag, der eine zusätzliche Subvention von 200.000 Schilling an die Österreichische Turn- und Sportunion zur Durchführung der 4. Union-Bundeskampfspiele, die gegenwärtig in Wien abgehalten werden, vorsieht. Die Wettkämpfe werden zum Teil in der Wiener Stadthalle, zum Teil im Wiener Stadion und auf anderen Sportplätzen ausgetragen. An diesen Veranstaltungen, die annähernd alle Disziplinen umfaßt, werden mehr als 12.000 Turnerinnen und Turner teilnehmen.

\- - -

Neues Landesgesetzblatt

12. Juli (RK) Im neuen Landesgesetzblatt für Wien, dem 12. Stück 1966, ist eine Kundmachung des Amtes der Wiener Landesregierung enthalten. Darin werden die Ambulatoriumsbeiträge für die Wiener Städtischen Krankenanstalten neu festgesetzt.

Das Landesgesetzblatt ist um 1.50 Schilling im Drucksortenverlag der Stadthauptkasse, 1, Rathaus, Stiege 7, Hochparterre, und in der Verkaufsstelle der Österreichischen Staatsdruckerei - Wiener Zeitung, 1, Wollzeile 27 a, erhältlich.

\- - -

Schweinehauptmarkt vom 12. Juli

12. Juli (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 0. Neuzufuhren Inland: 1.784. Jugoslawien 538, Bulgarien 3.545, Ungarn 1.189, DDR 1.181, Gesamtauftrieb: 8.237. Verkauft wurde alles.

Preise: Extremware 17.20 bis 17.50 S, 1. Qualität 16.20 bis 17 S, 2. Qualität 15.50 bis 16.20 S, 3. Qualität 14 bis 15.50 S, Zuchten extrem 13.60 bis 14 S, Zuchten 12 bis 13.50 S, Altschneider 11 bis 11.60 S. Ausländische Schweine notierten: Jugoslawien 14 bis 15.80 S, Bulgarien 13.50 bis 15.50 S, Ungarn 15.20 bis 16 S, DDR 14.40 bis 16 S.

Der Durchschnittspreis für inländische Schweine erhöhte sich um 52 Groschen je Kilogramm und beträgt nunmehr 15.92 S. Er ermäßigte sich für bulgarische Schweine um 40 Groschen und beträgt 14.19 S, ungarische Schweine um 11 Groschen und beträgt 15.76 S. Er erhöhte sich für: DDR-Schweine um 2 Groschen und beträgt 15.34 S, für jugoslawische Schweine um 21 Groschen und beträgt 15.37 S. Der Gesamtdurchschnittspreis für ausländische Schweine ermäßigte sich um 18 Groschen und beträgt nunmehr 14.79 S.

Außermarktbezüge: In der Zeit vom 8. bis 12. Juli (ohne Direkteinbringung in die Bezirke) 656.

\- - -

Pferdehauptmarkt vom 12. Juli

12. Juli (RK) Aufgetrieben wurden 58 Stück, hievon fünf Fohlen. Als Schlachttiere wurden 50 Stück, als Nutztiere 1 Stück verkauft, unverkauft blieben 7 Stück.

Herkunft der Tiere: Oberösterreich 4, Niederösterreich 31, Steiermark 12, Burgenland 11.

Preise: Schlachttiere Fohlen 14 bis 16.50 S, Pferde extrem 11.10 bis 11.50 S, (12.60), 1. Qualität 9,80 bis 11 S, 2. Qualität 8.50 bis 9.70 S, 3. Qualität 7 bis 8 S. Nutztiere Pferde 9 S.

Der Durchschnittspreis ermäßigte sich für inländische Schlachtpferde um 56 Groschen und erhöhte sich für inländische Schlachtfohlen um 35 Groschen. Er beträgt für Schlachtpferde 9.70 S, Schlachtfohlen 15.10 S, Pferde und Fohlen 10.24 S.

\- - -

"Das schönste Jazzfenster" prämiiert

12. Juli (RK) Anläßlich des Wiener Jazzfestivals wurde in Wien ein Auslagenwettbewerb unter dem Motto "Das schönste Jazzfenster" veranstaltet. Der erste Preis in der Höhe von 5.000 Schilling wurde der Firma "Hi-Fi", 1, Kärntner Straße 29-31, der zweite Preis der Firma "yank-records", 6, Webgasse 43, und der dritte Preis der Firma Hugo Stelzhammer, 14, Linzer Straße 24-26, zugesprochen. Außerdem hatte der Wiener Kunstfonds der Zentralsparkasse drei Ehrenpreise gestiftet.

Stadtrat Gertrude Sandner empfing heute im Kulturamt die Vertreter der Firmen, deren Schaufenster preisgekrönt wurden und überreichte ihnen die Preise. Die Stadträtin dankte den Firmen für ihre Initiative, die mit dazu beigetragen hat, das Jazzfestival bei der Wiener Bevölkerung zu propagieren. In einem anschließenden Gespräch stellte sich heraus, daß der Wiener Jazzwettbewerb zum Teil auch den Verkauf von Jazzplatten angeregt hat.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Postleitzahl 1082

Mittwoch, 13. Juli 1966 Blatt 2196

40 Jahre im Dienst der Stadt Wien

13. Juli (RK) In Vertretung von Bürgermeister Bruno Marek beglückwünschte heute früh Vizebürgermeister Felix Slavik 15 Bedienstete der Stadt Wien zu ihrem 40jährigen Dienstjubiläum. Bei der musikalisch umrahmten Feier im Roten Salon des Rathauses - das Streichquartett des Konservatoriums der Stadt Wien spielte Musik von Wolfgang Amadeus Mozart - schlossen sich die Stadträte Dr. Maria Schaumayer und Rudolf Sigmund den Gratulationen des Vizebürgermeisters an, dankten den Jubilaren für ihre treuen Dienste und wünschten ihnen weiterhin viel Erfolg auf ihrem Lebensweg. An der Feier nahmen auch Magistratsdirektor Dr. Rudolf Ertl, Stadtwerke-Generaldirektor Dr. Karl Reisinger und Kontrollamtsdirektor Dr. Ernst Lachs teil. Für die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten sprach der leitende Referent Rudolf Löder. Im Namen der Jubilare dankte Senatsrat Dr. Friedrich Bohmann.

Ihr 40jähriges Dienstjubiläum begingen heute: Senatsrat Dr. Friedrich Bohmann (Kontrollamt), Oberamtsrat Johann Denk (Verkehrsbetriebe), die Amtsräte Rudolf Brusch (M.Abt. 6) und Heinrich Hies (E-Werke), Verwaltungsoberkommissär Johann Krejca (Verkehrsbetriebe), die Kanzleikommissäre Hermine Gnad (M.Abt. 2) und Anna Dworzak (M.Abt. 11), die Betriebsoberinspektoren Josef Pernfuss (Verkehrsbetriebe) und Karl Zehetmayer (M.Abt. 48), Obermagazineur Alois Pointner (Krankenhaus Lainz), Badebetriebsmeister Anton Lorenz (M.Abt. 44), Spezialfacharbeiter Roman Resch (E-Werke), ApparatewärterLeopold Pressler (Gaswerke), Revisor Alois Epstein (E-Werke) und Wäschereiarbeiterin Anna Fuchs (Zentralkinderheim).

\- - -

Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke 1965

Der Amtsführende Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen, Dr. Maria Schaumayer, gab heute bei einer Pressekonferenz im Ringturm vor Wiener Journalisten einen Bericht über den Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1965. Der Rechnungsabschluß wurde vergangenen Freitag vom Wiener Gemeinderat ohne Debatte genehmigt.

"Erstmals ist es 1965 den Wiener Stadtwerken gelungen, den Rechnungsabschluß wesentlich früher zu erstellen. Auch das Kontrollamt hebt dies anerkennend hervor als eine Voraussetzung zur zeitnäheren Berichterstattung.

Will man das Geschäftsjahr 1965 der in den Wiener Stadtwerken vereinigten Teilunternehmungen kurz charakterisieren, so läßt sich sagen:

Die Elektrizitätswerke hatten mengen- und ertragsmäßig einen bemerkenswerten weiteren Aufschwung zu verzeichnen.

Die Gaswerke mußten 1965 eine merkliche Verschlechterung ihrer Ertragslage hinnehmen, auch wenn dies aus den Abschlußziffern nicht ohne weiters erkenntlich ist.

Die Verkehrsbetriebe hatten 1965 wieder einen wesentlich größeren Abstand zwischen Aufwendungen und Erträgen, der sich in einem tatsächlichen Betriebsabgang von 575,2 Millionen Schilling äußert.

Das Jahresergebnis der Städtischen Bestattung schließlich war durch eine überdurchschnittlich hohe Zahl von Bestattungsfällen und eine finanzamtliche Betriebsprüfung (Steuernachzahlung) beeinflußt.

Die Wiener Stadtwerke insgesamt schließen 1965 gegenüber einem veranschlagten Verlust von 263,4 Millionen Schilling nun mit einem solchen von 176,9 Millionen Schilling ab. Der Verlust ist somit um 86,5 Millionen Schilling niedriger als angenommen, jedoch um 106,4 Millionen Schilling höher als im Vorjahr. Ich will Ihnen nur die starken Abweichungen zwischen den Budgetziffern der Wiener Stadtwerke pro 1965 und den ausgewiesenen Bilanzziffern kurz erläutern. Dabei ist zunächst summarisch festzustellen, daß der Gesamtaufwand der Wiener Stadtwerke gegenüber dem Voranschlag um 50,6 Millionen Schilling gestiegen ist.

./.

Die Ertragssteigerung hingegen macht 137,1 Millionen Schilling aus, bedingt vor allem durch die höheren Stromeinnahmen.

Beim Personalaufwand einschließlich der Prämienzuführung weisen die Ansätze laut Voranschlag gegenüber den Bilanzziffern 1965 sehr ins Gewicht fallende Differenzen auf. Die Zunahme beträgt bei den Elektrizitätswerken 11,9 Millionen Schilling, bei den Gaswerken 7,4 Millionen Schilling, bei den Verkehrsbetrieben 39,8 Millionen Schilling, bei der Bestattung 1,1 Millionen Schilling und bei der Zentralverwaltung und Generaldirektion 1,3 Millionen Schilling. Diese namhafte Steigerung des Personalaufwandes ist auf die Bezugs- und Nebengebührenregelung vom 1. Juni 1965 zurückzuführen.

Die Ertragssteigerung von 137,1 Millionen Schilling setzt sich aus Mehr- oder Mindererträgen bei verschiedenen Posten zusammen. So erhöhen sich die Erträge gegenüber dem Voranschlag bei Strom inklusive Grundgebühr um 101,9 Millionen Schilling, für Koks um 1,1 Millionen Schilling, für Teer um 1,7 Millionen Schilling, für sonstige Erzeugnisse des Gaswerkes um 0,4 Millionen Schilling. Bei der Bestattung ergibt sich eine Steigerung der Einnahmen um 24,1 Millionen Schilling, bei der Handelsware um 1,9 Millionen Schilling und bei den Nebenerlösen, aktivierten Eigenleistungen und sonstigen Erträgen aller vier Unternehmungen eine Erhöhung um 48,8 Millionen Schilling. Die Mindererträge ergeben sich aus einer Verminderung der Erträge bei Gas um 28 Millionen Schilling, für beförderte Personen um 14,5 Millionen Schilling und für befördertes Gepäck um 0,3 Millionen Schilling.

Es stehen somit den oben aufgezählten Mehrerträgen von 179,9 Millionen Schilling Mindererträge in der Höhe von 42,8 Millionen Schilling gegenüber, woraus sich der vorhin erwähnte Saldo von 137,1 Millionen Schilling bei der Erfolgsrechnung ergibt.

Die Vermögensrechnung der Wiener Stadtwerke zeigt folgendes Bild: Das Rohvermögen, das ist die Bilanzsumme minus Verlustvortrag, betrug am 31. Dezember 1965 9.231,4 Millionen Schilling, ein Jahr vorher betrug es 8.462,3 Millionen Schilling. Der Jahresverlust und die Verlustvorträge aus früheren Jahren machen zum Stichtag 31. Dezember 1965 zusammen bereits 1.333,1 Millionen Schilling aus.

./.

Auf das Anlagevermögen entfielen vom Rohvermögen per Ende 1965 7.885,2 Millionen Schilling auf das Umlaufvermögen 1.346,2 Millionen Schilling. Oder in Prozenten ausgedrückt entfallen 85,4 Prozent auf das Anlagevermögen und 14,6 Prozent auf das Umlaufvermögen. Diesen Vermögenswerten stehen Eigenmitteln in der Höhe von 1,989,2 Millionen Schilling und Verbindlichkeiten beziehungsweise Schulden in der Höhe von 7.242,2 Millionen Schilling gegenüber. In Prozenten ausgedrückt: 21,6 Prozent entfallen auf Eigenmitteln und 78,4 Prozent auf Verbindlichkeiten beziehungsweise Schulden. Das Anlagevermögen ist zum 31. Dezember 1965 nur mehr mit 21,6 Prozent durch Eigenmittel gedeckt. In der Bilanz 1964 waren es noch 23,4 Prozent.

Die Rücklagen erhöhten sich um rund 194,5 Millionen Schilling. Davon entfallen 170 Millionen Schilling auf eine Bareinlage der Stadt Wien, 22 Millionen Schilling auf eine Sacheinlage der Stadt Wien durch Abtretung einer Forderung der Stadt Wien gegenüber der Teerag-Asdag und 2,5 Millionen Schilling auf eine Rücklagenerhöhung bei der Bestattung.

Was die Anlagenzugänge bei den Wiener Stadtwerken betrifft, so konnten bei den Elektrizitätswerken Investitionen für rund 577 Millionen Schilling, bei den Gaswerken Investitionen für rund 289,2 Millionen Schilling, bei den Verkehrsbetrieben Investitionen für rund 172,7 Millionen Schilling und bei der Bestattung solche in der Höhe von 11,5 Millionen Schilling getätigt werden.

Somit ergab sich eine Investitionssumme von 1.050,4 Millionen Schilling. Gegenüber dem freien Präliminare von 1.027,2 Millionen Schilling bedeutet dies Mehrinvestitionen in der Höhe von 23,2 Millionen Schilling.

Und nun zu den Teilunternehmungen im einzelnen:

Elektrizitätswerke:

Die Elektrizitätswerke präliminierten für das Wirtschaftsjahr 1965 einen Gebarungsüberschuß von 44,6 Millionen Schilling, wobei die ab Jänner 1965 wirksame Strompreiserhöhung um durchschnittlich 6,7 Prozent im Voranschlag nicht berücksichtigt war. Tatsächlich weist die Jahresrechnung 1965 der Elektrizitätswerke einen Gewinn von 189,5 Millionen Schilling aus. Zählt man die Subvention an die Verkehrsbetriebe in Höhe von 122 Millionen Schilling hinzu, so ergibt sich 1965 ein echter Betriebsgewinn von 311,53 Millionen Schilling. Die Vergleichsziffer für 1964 lautet 219,66 Millionen Schilling.

./.

Das Erfreuliche in der wirtschaftlichen Entwicklung unserer Elektrizitätswerke äußert sich darin, daß die Erträge 1965 stärker stiegen als die Aufwendungen. Wenngleich der Stromverkauf 1965 geringfügig - nämlich nur um 4,3 Millionen Kilowattstunden oder 0,2 Prozent - gegenüber dem Voranschlag zurückblieb, so ist doch der Stromverbrauch stetig steigend. Die verkaufte Strommenge betrug 1965 rund 2.407,7 Millionen Kilowattstunden. Das ist eine Steigerung von 6,3 Prozent gegenüber 1964.

Das Investitionsvolumen der Wiener Elektrizitätswerke war 1965 mit 577,04 Millionen Schilling gegenüber dem Vorjahr fast unverändert. An ordentlichen Investitionsmitteln standen rund 390 Millionen Schilling zur Verfügung. Sie wurden zur weiteren Verbesserung der Stromversorgung eingesetzt. So wurden für den Ausbau der Leitungsnetze, den Neubau und Umbau von Netzumspanneranlagen und den Ankauf neuer Umspanner 202,1 Millionen Schilling und für Umspannwerke 91,8 Millionen Schilling investiert. Weiters wurden für die Anschaffung von Meßgeräten 24,5 Millionen Schilling, für den Ausbau der Versorgungsanlagen der Verkehrsbetriebe 5,9 Millionen Schilling und für die Verbesserung der sanitären Einrichtungen in verschiedenen Betriebsstellen 3,2 Millionen Schilling aufgewendet.

In den ersten Monaten des Jahres 1965 wurden alle Arbeiten am Blockkraftwerk IV beendet, so daß am 24. Mai der Turbosatz erstmalig angestoßen und auf 3.000 Touren hochgefahren werden konnte, die erste Schaltung auf das Netz erfolgte am 1. Juni mit einer Leistung von 40 MW. Am 4. Dezember fand schließlich die feierliche offizielle Inbetriebnahme durch den Herrn Bürgermeister statt. Das Dampfkraftwerk Simmering ist nun mit einer Leistung von fast 300 MW mit Abstand das größte kalorische Kraftwerk Österreichs. Im Bilanzjahr 1965 wurden für diesen Block IV im Rahmen des außerordentlichen Investitionsprogrammes noch 69,2 Millionen Schilling aufgewendet. Gleichzeitig wurden für die nächste Ausbaustufe, den Block V, gleichfalls eine 100/110 MW-Dampfanlage, 118,2 Millionen Schilling investiert. Heute hat der Gemeinderat den Beschluß zum Bau des Block VI gefaßt. Es vollzieht sich im Kraftwerk Simmering also planmäßig ein beachtlicher Ausbau der Erzeugungsanlagen unserer Bundeshauptstadt Wien. Natürlich erfordert dies einen namhaften Kapitaleinsatz. Das Blockkraftwerk IV wurde immerhin zu rund 30 Prozent aus Eigenmitteln finanziert. Dieser Kapitaleinsatz aber bewirkte, daß im Jahr 1965 die Eigenerzeugung erstmals über die Hälfte gestiegen ist.

./.

Dazu kommt noch der gleichfalls erwähnenswerte Faktor, daß die größere Wirtschaftlichkeit der neuen Anlagen eine Senkung der durchschnittlichen Brennstoffkosten um 6,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr ermöglichte.

Da ja die Technik erst durch den Menschen nutzbar wird und unsere Elektrizitätswerke auch 1965 wieder ansehnliche technische Leistungen vorzuweisen haben, scheint das geringfügige Sinken des Personalstandes auf 3.865 aktive Bedienstete umso beachtlicher. Bekanntlich bemühen sich die Elektrizitätswerke auch im administrativen Bereich um Rationalisierung. Ich erwähne nur die mit Datenverarbeitungsmaschinen vorbereitete Jahresabrechnung für Strom und Gas.

Auch das Kontrollamt bezeichnet den Betriebserfolg der Wiener Elektrizitätswerke im Jahr 1965 als beachtlich, da er über dem des Vorjahres liegt und die Beitragsleistung an die Verkehrsbetriebe ohne Substanzeinbuße ermöglichte. Zu Recht nennt das Kontrollamt die Elektrizitätswerke das 'finanzielle Rückgrat' der Wiener Stadtwerke.

Gaswerke:

Die Bilanz 1965 der Gaswerke weist einen Gewinn von 14,7 Millionen Schilling aus. Gegenüber dem Wirtschaftsplan, der mit einem Gewinn von nur 1,31 Millionen Schilling rechnete, ist der bilanzmäßige Jahreserfolg also um 13,39 Millionen Schilling günstiger, gegenüber dem Vorjahr 1964 um 13,28 Millionen Schilling. Ohne die Subvention an die Verkehrsbetriebe von 70 Millionen Schilling ergibt sich 1965 ein echter Betriebsgewinn von 84,71 Millionen Schilling. Im Jahr 1964 hatte dieser echte Betriebsgewinn allerdings noch rund 107 Millionen Schilling betragen. Betriebsmäßig gesehen ist also gegenüber dem Vorjahr eine Erfolgsverminderung um 22,33 Millionen Schilling eingetreten. Das Kontrollamt weist darauf hin, daß der bilanzmäßig günstigere Erfolg im wesentlichen auf die Verringerung der Subvention an die Verkehrsbetriebe um 35,61 Millionen Schilling zurückzuführen ist.

Zwar konnte 1965 die Produktionsmenge beim Hauptprodukt Stadtgas um 3,87 Prozent gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden, jedoch blieb der Verkaufswert mit 727,6 Millionen Kubikmeter um 4,6 Prozent gegenüber dem Voranschlag von 761,4 Millionen Kubikmeter zurück.

./.

Verantwortlich dafür ist unter anderem der milde Witterungsverlauf im ersten Quartal 1965. Die im Wirtschaftsplan angenommene Zuwachsrate von 7,5 Prozent erwies sich jedenfalls als unrealistisch. Die tatsächlich erreichte Produktionssteigerung aber reichte bei unverändertem Preis nicht aus, um die eingetretenen Lohn- und Preiserhöhungen abzufangen, so daß es zur erwähnten Verringerung des betrieblichen Erfolges kam.

Beim Koksverkauf ergab sich gegenüber der Annahme von 248.000 Tonnen eine geringfügige Steigerung um 2.522 Tonnen oder ein Prozent. Gegenüber dem Koksverkauf im Jahre 1964 mit 270.565 Tonnen ergibt sich ein Rückgang des Koksabsatzes um 20.043 Tonnen oder acht Prozent.

Die Nebenprodukte der Gasproduktion, wie Teer, Ammoniak und Schwefel zeigen auch 1965 eine leicht fallende Tendenz.

Bei den Aufwandsposten ist hervorzuheben, daß der Rohstoffaufwand eine nicht unerhebliche Verringerung um fast 16 Millionen Schilling gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen hat. Dies geht auf eine mengenmäßige Verringerung des Kohleneinsatzes und die gleichzeitige Drückung der Durchschnittskosten je Tonne zurück. Mit anderen Worten: die Unternehmungsleitung hat es verstanden, optimale Bezugsquellen zu nutzen. Als erfreulich ist die Entwicklung 1965 beim Anlagevermögen zu bezeichnen. Die Sachanlagenzugänge waren um 135,7 Millionen Schilling oder 88,5 Prozent größer als im Vorjahr. Hieran sind ordentliche Investitionen mit 99,15 Millionen Schilling und außerordentliche Investitionen aus Fremdmitteln mit rund 190 Millionen Schilling beteiligt. Die außerordentlichen Investitionsmittel wurden in beiden Werken, Simmering und Leopoldau, vor allem für die CO-Konvertierungsanlagen zur Gasentgiftung, für Methan- und Benzinspaltanlagen samt Nebeneinrichtungen, für den neuen Schraubengasbehälter Simmering und zum weiteren Ausbau des Rohrnetzes eingesetzt.

Zu den Investitionen ist im einzelnen auszuführen:

Im Gaswerk Simmering konnten 1965 unter anderem folgende größere Arbeiten abgeschlossen werden: Die CCR-Spaltanlage Nummer V wurde mit 2 Linien fertiggestellt und in Betrieb genommen. Besonders hervorzuheben ist hier, daß die zwei Linien

./.

dieser Spaltanlage V bereits mit CO-Konvertierungsanlagen (Gasentgiftungsanlagen) ausgestattet wurden.

Für den 300.000 Kubikmeter Schraubengasbehälter wurden die Ringfundamente hergestellt sowie das Stahl-Wasserbecken montiert.

Im Gaswerk Leopoldau wurden bei den Linien 1 und 2 der CCR-Spaltanlage die CO-Konvertierungseinrichtung (Gasentgiftung) montiert und fertiggestellt.

Ebenfalls fertiggestellt und in Betrieb genommen wurde die Rundkipperanlage 5 samt Förderband, Übergabebunker und Hängebahn-Beladestation. Weiters wurde ein Behälter mit 10.000 Kubikmeter Inhalt für Leichtbenzin samt Pumpen, Abfüllstation und Rohrleitungen errichtet.

Für neu zu versorgende Wohngebiete und Wohnhausanlagen wurden 1965 rund 40,5 Kilometer Rohre neu verlegt. Das Niederdruckrohrnetz von Niederösterreich wurde in den Gemeinden Weißenbach, Hinterbrühl, Traiskirchen, Mödling, Purkersdorf, Klosterneuburg, Höflein und Lang-Enzersdorf weiter ausgebaut.

Im Stadtgebiet von Wien wurden folgende Hochdruckleitungen verlegt: Im 10. und 11. Bezirk eine 700 Millimeter starke Hochdruckleitung vom Werk Simmering zum Behälter Wienerberg in einer Länge von rund 5.000 Meter.

Im 14. Bezirk wurde vom Regler Ferdinand Wolf-Park bis zum Karl Seitz-Platz eine 400 Millimeter Hochdruckleitung in einer Länge von zirka 3.100 Meter neu verlegt. Im 18. und 19. Bezirk wurde eine 300 Millimeter Verbindungsleitung von 18. Hockegasse durch die Wurzingergasse-Ludwiggasse zum Regler Glanzing mit einer Länge von zirka 1.100 Meter geführt.

1965 wurden aus Versorgungs- und Sicherheitsgründen und durch Umschaltung von Mitteldruckleitungen auf Niederdruck, fast 45 Kilometer Hauptrohrleitungen ausgewechselt. In der Deutschordenstraße und am Karl Seitz-Platz in Wien 14, in Brunn am Gebirge und in Mödling-Süd wurden neue Regleranlagen errichtet.

Die Gesamtlänge des Rohrnetzes am Ende des Jahres 1965 betrug 2,546.236 Meter, davon entfielen auf das Hoch- und Mitteldrucknetz 273.895 Meter, auf das Niederdrucknetz 2,272.341 Meter. Der Rauminhalt des gesamten Rohrnetzes beträgt rund 145.303 Kubikmeter.

./.

Die Zahl der in Verwendung stehenden Gaszähler hat sich gegenüber 1964 um 10.092 auf 734.978 erhöht. Ende 1965 standen in Waschküchen 4.403 Münzgaszähler (im Jahr 1964 4.184) und 159 Hochleistungsgaszähler in Benützung.

Durch den Hausdienst bei Gasverbrauchern wurden 1965 224.492 Gasanlagen mit insgesamt 332.415 Gasgeräten auf ihren Gebrauchszustand untersucht. 217.776 Gasgeräte wurden in Ordnung befunden, 101.221 Gasgeräte wiesen nur geringfügige Mängel auf, die entweder vom Untersucher oder durch befugte Installateure behoben wurden. 3.857 Geräte wurden bis zur Behebung ihrer Mängel durch einen Installateur von der Benützung ausgeschlossen und 14.784 Gasgeräte wurden aus Sicherheitsgründen von der weiteren Benützung ausgeschlossen.

1965 wurden in weiteren 572 gewerblichen Betrieben Gasanlagen neu installiert und 144 Industriebetriebe haben ebenfalls Gasanschlüsse installieren lassen und 192 ließen ihre Anlagen vergrößern.

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 11.743 Heizgasanträge erledigt, davon wurden 10.583 Anträge, das sind 92,4 Prozent, genehmigt und lediglich 888 Anträge oder 7,6 Prozent mußten abgelehnt werden.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß das Bilanzbild der Gaswerke 1965 eine Verbesserung erfahren hat durch die Abtretung einer Forderung der Hoheitsverwaltung gegenüber der Teerag-Asdag AG von 22 Millionen Schilling an die Gaswerke. Auch wurde der Verlustvortrag aus 1964 von 139,7 Millionen Schilling durch den Jahresgewinn auf 124,99 Millionen Schilling verringert. Dennoch soll nicht übersehen werden, daß das Unternehmen 1965 eine Minderung des echten Betriebserfolges hinnehmen mußte.

Verkehrsbetriebe:

Die Verkehrsbetriebe wiesen in ihrem Voranschlag einen Abgang von 310,3 Millionen Schilling aus, dem nun ein tatsächlicher Abgang von 383,2 Millionen Schilling gegenübersteht.

./.

Der Abschluß ist somit um 72,9 Millionen Schilling ungünstiger als der Voranschlag und um rund 248 Millionen Schilling ungünstiger als im Vorjahr 1964. Mit dem Verlustvortrag aus dem Vorjahr von 1.165 Milliarden Schilling beträgt der Verlust der Verkehrsbetriebe zum 31. Dezember 1965 insgesamt 1,549.166.643,01 Schilling.

Die Ertragslage des Unternehmens hat sich 1965 weiter bedeutend verschlechtert. Der tatsächliche Betriebsabgang 1965 beträgt 575,2 Millionen Schilling. Das Kontrollamt weist darauf hin, daß der höhere Verlust und die damit verbundene Verschlechterung der finanziellen Lage durch die stetig wachsenden Aufwendungen verursacht ist, denen keine entsprechenden Erträge gegenüberstehen. Schon 1964 deckten die Erträge nicht einmal mehr den Personalaufwand. 1965 mußten die Verkehrsbetriebe einen neuerlichen Frequenzrückgang um 7,48 Millionen Fahrgäste hinnehmen, mit entsprechenden Mindererträgen von 11,5 Millionen Schilling. Der Frequenzrückgang 1965 ist der höchste seit dem Jahre 1960/61. Einem Rückgang der Fahrgäste in den Jahren 1960 bis 1965 um 8,67 Prozent steht eine Zunahme der PKW in Wien von 138.575 zum 31. Dezember 1960 auf 230.338 zum 31. Dezember 1965, also eine Zunahme um 66 Prozent gegenüber. Diese Zunahme des PKW-Standes beeinflußt natürlich die Frequenz des Berufs- und Besuchsverkehrs. Aber auch das abendliche Fernsehprogramm hält manchen einstigen Fahrgast der Verkehrsbetriebe davon ab, Besuchs- oder Ausflugsfahrten zu unternehmen. Das Kontrollamt weist zu Recht darauf hin, die Bedeutung der Abwanderungsbewegung vom öffentlichen Verkehrsmittel dürfe nicht unterschätzt werden, da sie sich in verstärkter Form auf anderen Gebieten der Gemeindeverwaltung auswirken werde (Verkehrsbauten etc.). Ich unterstreiche auch die Annahme des Kontrollamtes, daß der Frequenzrückgang zum Teil in der teilweise noch mangelnden Anziehungskraft der öffentlichen Verkehrsmittel liegt. Es ist meine feste Überzeugung, daß eine U-Bahn in Wien für unsere Fahrgäste attraktiv sein wird, ja, daß wir auf sie nicht verzichten können, wenn wir als Stadtverwaltung unser Wien davor bewahren wollen, im Individualverkehr zu ersticken.

Es ist ohne weiteres ersichtlich, daß in weit höherem Aus-

./.

maß als die Erträge vielmehr die wesentlich gestiegenen Aufwendungen Ursache des höheren Verlustes 1965 sind. Der Personalaufwand, die bedeutendste Aufwandpost jedes Verkehrsunternehmens, erfuhr 1965 eine Steigerung um rund 83 Millionen Schilling gegenüber dem Vorjahr. Aber auch der Zinsenaufwand erhöhte sich bedeutend infolge der immer höheren Verschuldung der Verkehrsbetriebe und der hohen Rückstellungsbeträge für Ruhe- und Versorgungsverpflichtungen. Allein der Zinsenaufwand hat sich in den letzten 8 Jahren fast verdreifacht, während das Fremdkapital im gleichen Zeitraum von 1,6 Milliarden Schilling auf fast 3,6 Milliarden Schilling, also um mehr als das Doppelte, stieg. Von diesem Fremdkapital waren am Bilanzstichtag 986 Millionen Schilling durch Aktiva nicht mehr gedeckt.

Ich stehe nicht an, dem Gemeinderat und der Finanzverwaltung auch bei dieser Gelegenheit dafür zu danken, daß sie für 1966 kapital- und bilanzverbessernde und liquiditätsverbessernde Maßnahmen beschlossen haben. Gleichzeitig aber muß ich an beide Instanzen eindringlich appellieren, diese längst fälligen Maßnahmen in verstärktem Ausmaß fortzusetzen. Die Verkehrsbetriebe könnten sonst ihre Aufgaben aus eigener Kraft nicht mehr erfüllen.

Die Investitionen der Verkehrsbetriebe betrugen 1965 rund 189,5 Millionen Schilling und waren um 44,5 Millionen Schilling höher als 1964. Von diesen Mitteln wurden 72,75 Millionen Schilling auf substanzerhaltende und verkehrsverbessernde ordentliche Investitionen verwendet. Die übrigen 116,8 Millionen Schilling standen für außerordentliche Investitionen, zu denen auch das langfristige Wagenerneuerungsprogramm zählt, zur Verfügung.

Im Berichtsjahr wurden im Rahmen des Wagenerneuerungsprogrammes zwei weitere Linien mit Zügen bestückt, welche zur Gänze mit Schienenbremsen ausgerüstet sind, sodaß die Geschwindigkeitsbeschränkung auf 25 Kilometer/Stunde wieder aufgehoben werden und die Fahrzeiten normalisiert beziehungsweise verkürzt werden konnten. Es handelt sich dabei um die Linien 16 und 44, während die verlängerte Ringlinie B/Bk saniert wurde. Mit Jahresende 1965 blieben daher nur noch 10 Linien von den Bestimmungen der Straßenverkehrsordnung 1957 betroffen.

./.

An besonders wichtigen Betriebsereignissen und Verkehrsverbesserungen wäre zu nennen: Ab 13. Februar wurde die Linie 44 über die Wilhelminenstraße - Sandleitengasse - Güpferlingstraße zur Endstelle Hernalser Hauptstraße verlängert und auf Gelenktriebwagen der Type E umgestellt, hingegen die Linie 48 bis zur Schleife Teichgasse - Lorenz Berger-Platz verkürzt geführt.

Ab 12. Juni 1965 wurde die Linie 24 eingestellt, die Linie B/Bk nach Kaisermühlen und die Linie 16 vom Praterstern über Heinestraße - Taborstraße - Gredlerstraße - Franz Josefs-Kai zur Schleife Eßlinggasse verlängert.

Am 14. August wurde das neue Stellwerk Meidling-Hauptstraße in Betrieb genommen und am 16. August im Stadtbahnbetrieb die "Totmanneinrichtung" eingeführt und die Zugsabfertigung durch Bahnsteigschaffner aufgelassen.

Ab 7. November wurde für den Einsatz von Einrichtungswagen auf die Linie 58 die neue Gleisschleife in Unter St.Veit in Betrieb genommen.

In Fortführung des im Jahre 1964 begonnen Baues der Unterführung Breitenfurter Straße wurde die neue Doppelgleistrasse fertiggestellt und in Betrieb genommen.

Zur besseren Verkehrsbedienung in den Bezirken 16., und 17., wurde die Verlängerung der Linie 10 über die Maroltingergasse-Sandleitengasse bis zur Wilhelminenstraße durchgeführt. Die Inbetriebnahme dieser Linienverlängerung erfolgte bekanntlich im heurigen Frühjahr.

Durch den Bau der unterirdischen Trasse auf der 2er-Linie und durch den damit bedingten Einsatz von modernen Einrichtungswagen wurde der Umbau der Endstelle Hohe Warte für die Straßenbahnlinie G_2 erforderlich. Auch diese Schleifenanlage wurde vor einigen Wochen in Betrieb genommen.

In Fortführung der Arbeiten an der Tieferlegung der 2er-Linie in der Lastenstraße waren, um den oberirdischen Straßenbahnbetrieb aufrecht erhalten zu können, neben Verkehrsablenkungen größten Ausmaßes auch umfangreiche, mit dem Baufortschritt wechselnde Gleisverlegungen notwendig. So erfolgte der Einbau von Gleisprovisorien im Bereich des Friedrich Schmidt-Platzes sowie in den

./.

Plateaus Lerchenfelder Straße - Schmerlingplatz und Burggasse-Bellariastraße. Die definitive Gleislage der oberirdischen Radiallinien konnte schon im Zuge der Burggasse und der Mariahilfer Straße verlegt werden. Mit der Inbetriebnahme der Tunnelstraße ist für den 8. Oktober 1966 zu rechnen.

Im Bereiche des Umbaues Matzleinsdorfer Platz mußte ein zweites Gleisprovisorium eingebaut werden, um den linienmäßigen Betrieb aufrecht erhalten zu können.

Die Betriebslänge der Straßenbahngleise betrug am 31. Dezember 1965 240,5 Kilometer, die der Stadtbahn 26,7 Kilometer.

Für die Errichtung der neuen Zentralwerkstätte in Simmering wurde mit den Erdarbeiten begonnen.

Im Bahnhof Erdberg wurde eine Waschanlage für Straßenbahnwagen errichtet.

Am Elderschplatz im 2. Bezirk wurde mit dem Bau einer neuen Waschabfertigung begonnen. Für die Straßenbahnfahrgäste konnten insgesamt 9 und für die Fahrgäste des Autobusbetriebes 5 Wartehallen errichtet werden. Der Umbau des Straßenbahnhofes Grinzing in eine Autobusgarage wurde im Berichtjahr vollendet.

Der Straßenbahnbetrieb verfügte am 31. Dezember 1965 über insgesamt 1.091 Trieb- und 1.157 Beiwagen, der Stadtbahnbetrieb über 130 Trieb- und 200 Beiwagen. Im Gesamtstand von 2.248 Straßenbahn-Personenwagen sind 91 vierachsige Trieb- und 339 vierachsige Beiwagen, ferner 66 vierachsige und 86 sechsachsige Gelenktriebwagen enthalten. Der Fahrzeugpark des Straßenbahnbetriebes besitzt 498 Trieb- und 660 Beiwagen in Stahlbauweise. Mit Schienenbremsen sind insgesamt 950 Trieb- und 1.045 Beiwagen, zusammen 1.995 Straßenbahn- Personenwagen mit Schienenbremsen ausgerüstet.

Neu angeschafft wurden im Jahre 1965 für den Personenverkehr 6 sechsachsige Gelenktriebwagen der Reihe "E". Ausgeschieden wurden im Jahre 1965 50 Personentriebwagen, 38 Personenbeiwagen, sowie 3 Hilfsfahrzeuge.

./.

Für den Autobusbetrieb wurden im Jahre 1965 drei Gelenkautobusse 'Gräf & Stift', drei Gelenkautobusse Saurer und vier Stadtautobusse Saurer neu angeschafft. Ausgeschieden wurden sechs Stadtautobusse. 13 Autobusse der Type Saurer wurden mit einer Flüssiggasanlage ausgestattet und es wird nun die Erprobung im Mischbetrieb - Dieselöl und Flüssiggas - auf etwas breiterer Basis fortgesetzt.

Die drückende Personalnot hat die Direktion der Verkehrsbetriebe veranlaßt, die Anregung zu einer Personalwerbung mit betriebseigenen Mitteln aufzugreifen. Es wurde ein Großraumgelenktriebwagen, der im Wageninneren als Ausstellungsraum adaptiert worden war und an den Außenwänden mit Werbeslogans und kurzen Informationen beschriftet worden war, vom 8. Februar bis 6. März 1965 innerhalb des Stadtgebietes auf Werbefahrt geschickt. Der Erfolg dieser Aktion, nämlich 3.699 Besucher und 318 echte Interessenten (263 Männer und 55 Frauen) war ermutigend, so daß die Direktion der Verkehrsbetriebe den Entschluß faßte, mit einem ähnlich adaptierten Großraumgelenkbus im November und Dezember die näher gelegenen Gebiete der Bundesländer Niederösterreich, Burgenland, Steiermark und die Randgebiete der Stadt Wien zu befahren. Das Ergebnis dieser beiden Aktionen war: Bundesländer: 1.877 Besucher, 147 Bewerber (140 Männer, 7 Frauen), Randgebiete: 414 Besucher, 20 Bewerber (15 Männer, 5 Frauen).

Im Berichtsjahr wurden einer Grundausbildung unterzogen: 101 Bedienstete für den Fahrdienst, 622 Bedienstete für den Schaffnerdienst und 37 Bedienstete für den Autobuslenkerdienst, zusammen also 760 Bedienstete. Im gleichen Zeitraum sind leider 436 für den Betriebsdienst ausgebildete Bedienstete ausgeschieden.

Durch den Personalmangel wurde auch der Umbau von Beiwagen für den schaffnerlosen Betrieb veranlaßt. Für diesen Zweck wurden 1965 rund 1,6 Millionen Schilling aufgewendet. Die Auswirkung dieser Maßnahme wird erst im heurigen Jahr in größerem Umfang zu verzeichnen sein.

./.

Ende 1965 betrug der Stand an Fahrbediensteten 5.315 Mitarbeiter. Das bedeutet einen Nettoabgang von 140 Fahr-Bediensteten. Vom Personal mußten daher auch 1965 wieder ansehnliche Mehrdienstleistungen erbracht werden.

Lassen Sie mich das Kapitel Verkehrsbetriebe mit einer positiven Feststellung abschließen: Einnahmen und Frequenz der Autobusse waren 1965 steigend. Die Autobusse hatten um 2,66 Prozent mehr Fahrgäste. Wollen wir darin den Beweis erblicken, daß unsere Wiener die - zumindest relative - Geschwindigkeit eines öffentlichen Verkehrsmittels durch Frequenz honorieren und daß sie - zumindest bedingt - bereit sind, in kritischen Ballungsräumen (siehe Innenstadt) auch einmal auf das eigene Auto zu verzichten.

Die Städtische Bestattung rechnete 1965 mit einem Überschuß von 870.000 Schilling und erzielte einen solchen von 1,977.889,5 Schilling, bilanzierte demnach um 1,107.889 Schilling günstiger. Maßgebend für dieses Ergebnis ist vor allem die gegenüber dem Vorjahr um 1.700 höhere Zahl an Sterbefällen, die insgesamt 29.100 Bestattungsaufträge ergab.

Allerdings hielten sich die Steigerungsprozente der Aufwands- und Ertragsseite ungefähr die Waage, sodaß der Jahresgewinn 1965 den des Vorjahres nur um knapp 30.000 Schilling übersteigt. Die Tarife der Städtischen Bestattung blieben bekanntlich seit dem Jahre 1953 unverändert.

Das Unternehmen widmet der Schulung seiner Mitarbeiter - Ende 1965 waren es 437 aktive Bedienstete - ganz besondere Sorgfalt. Im Berichtsjahr wurde eine besonders intensive Schulung jener Mitarbeiter durchgeführt, die als Zwischenvorgesetzte tätig sind oder unmittelbar mit den Hinterbliebenen in Kontakt treten.

Der Fremdenverkehr und eine gewisse Liberalisierung bewirkten, daß die Städtische Bestattung im Berichtsjahr auch mit einer namhaften Zahl von Überführungen in das Ausland betraut war. Die Unternehmensleitung läßt sich die Pflege internationaler fachlicher Kontakte übrigens auch besonders angelegen sein.

Pressekonferenz am 13. Juli 1966, Ringturm.

./.

Fest im Wiener Rathaus im Zeichen von Johann Strauß

13. Juli (RK) Bereits am 24. Juni meldete die "Rathaus-Korrespondenz", daß am 15. Februar 1967, am 100. Jahrestag der Uraufführung des weltbekannten Walzers "An der schönen blauen Donau" im Wiener Rathaus ein großes Fest stattfindet, das ganz im Zeichen von Johann Strauß stehen wird. Nun ist dem Bericht der gestern abgehaltenen Ministerratssitzung zu entnehmen, daß in Österreich das gesamte Jahr 1967 als Jahr des internationalen Fremdenverkehrs im Zeichen von Johann Strauß und seines bekannten Walzers stehen soll.

\- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

13. Juli (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Fisolen 4 bis 6 S, Tomaten 3.50 bis 6.50 S je Kilogramm, Kohlrabi 80 Groschen bis 1.50 S je Stück.

Obst: Birnen 5 bis 8 S, Marillen 8 bis 10 S, Pfirsiche 7 bis 10 S je Kilogramm.

\- - -

Die Stadtwerke im ersten Halbjahr 1966

13. Juli (RK) Bei der heutigen Pressekonferenz von Stadtrat Dr. Maria Schaumayer über den Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke 1965 gab Generaldirektor Dr. Karl Reisinger ergänzend einen Bericht über die Geschäftserfolge der Wiener Stadtwerke im ersten Halbjahr 1966. Er erinnerte daran, daß der Wirtschaftsplan bei Einnahmen von 4.173 Millionen und Ausgaben von 4.193 Millionen Schilling einen Gebarungsabgang von 19,5 Millionen Schilling vorsah. Diesen Voranschlägen lagen gewisse Leistungsannahmen zugrunde: Man rechnete mit einem Stromverbrauch von 2.596 Millionen Kilowattstunden, einer Gasabgabe von 775 Millionen Kubikmeter und einer Frequenz der Verkehrsbetriebe von 468 Millionen Fahrgästen. Die Witterung des heurigen Jahres brachte aber mit sich, daß diese vorgesehenen Einnahmeposten nicht zur Gänze gehalten werden können. Der kalte Jänner brachte zwar Rekordziffern für Gas- und E-Werke, die überdurchschnittlich warme Witterung von Februar bis Mai aber bewirkte große Rückgänge. Sowohl bei den E-Werken als auch bei den Gaswerken dürfte sich dadurch ein Manko gegenüber dem Voranschlag ergeben.

Die Verkehrsbetriebe verzeichneten von Jänner bis Mai 192,3 Millionen Fahrgäste, was gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres eine Verringerung von 4,6 Millionen bedeutet.

Die Personalwerbeaktionen hatten den Erfolg, daß der Personalstand gegenwärtig höher ist, als Ende 1965. Jetzt aber beginnt er wieder leicht abzubröckeln.

Die Mehrbelastung durch Lohn- und Gehaltserhöhungen machen heuer für die Stadtwerke rund 100 Millionen Schilling aus und werden 1967 etwa 160 Millionen betragen.

Generaldirektor Dr. Reisinger betonte nochmals, auch der Kontrollamtsbericht habe festgestellt, daß Rationalisierungsmöglichkeiten bei den Verkehrsbetrieben weitgehend ausgeschöpft sind. Dies sei so zu interpretieren, daß durch die bereits eingeleiteten Rationalisierungsmaßnahmen die gewichtigsten Einsparungsmöglichkeiten ohnedies bereits wahrgenommen werden. Er wies eindringlich auf die Notwendigkeit hin, die Ertragslage zu verbessern, weil sonst einerseits die Ausgaben davonlaufen und andererseits die Einnahmen stagnieren, wenn nicht gar zurückgehen.

./.

Aus den einzelnen Unternehmungen berichteten sodann Vizedirektor Dipl.-Ing. Dr. Robert Tryzna (E-Werke), Direktor Dr. Walter Jorde (Gaswerke), Direktor Ing. Dkfm. Dr. Carl Mauric (Verkehrsbetriebe) und Direktor Dipl.-Ing. Karl Pröbsting (Städtische Bestattung) über Neuerungen, Bauvorhaben und Rationalisierungsmaßnahmen der ihnen unterstellten Betriebe.

Bei der Diskussion wurde auch die Frage einer Tariferhöhung der Straßenbahn aufgeworfen. Dazu stellte Stadtrat Dr. Maria Schaumayer fest, daß die Wiener Verkehrsbetriebe bei dem weitaus größten Liniennetz und den langsten Fahrstrecken nun nahezu den billigsten Tarif aller österreichischen Verkehrsbetriebe haben. Bei einer Erhöhung der Tarife dürfe allerdings ihrer Meinung nach die Verteuerung ein Drittel des derzeitigen Fahrpreises nicht überschreiten, weil sonst die Zahl der Fahrgäste derart zurückgehen könnte, daß im Endeffekt Mindereinnahmen herauskommen.

Man werde auch um eine Regelung nicht herumkommen, die den Bediensteten eine gleitende 5-Tage-Woche und vorausberechenbare freie Wochenende gewährt. Es müssen mehr junge Kräfte gewonnen werden, weil man dem vorhandenen Personal nicht immer neue Mehrbelastungen zumuten kann.

\- - -

Teilnehmer der Union-Bundeskampfspiele im Wiener Rathaus

13. Juli (RK) Zu Ehren der Teilnehmer und Funktionäre der 4. Union-Bundeskampfspiele vom 11. bis 17. Juli in Wien gab Bürgermeister Bruno Marek heute abend einen Empfang in den Wappensälen des Wiener Rathauses. In seiner Vertretung begrüßte Vizebürgermeister Dr. Heinrich Drimmel im Beisein der Stadträte Kurt Heller, Maria Jacobi, Gertrude Sandner und Dr. Maria Schaumayer die rund 200 Gäste. Er gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß die 4. Bundeskampfspiele der Österreichischen Turn- und Sportunion heuer in Wien stattfinden und erinnerte daran, daß die Stadtverwaltung diese Veranstaltung durch einen Betrag von 200.000 Schilling subventioniert. Wien war auch gerne bereit, diesen Wettkämpfen die Wiener Stadthalle, das Stadion und andere Sportstätten sowie städtische Schulen und Heime als Massenquartiere zur Verfügung zu stellen.

Während die geladenen Gäste beim Empfang weilten, marschierten etwa 1.000 Sportler in geschlossener Formation auf den Rathausplatz, wo die einzelnen Landesverbände Aufstellung nahmen. Auch zehn Reiter hoch zu Roß begleiteten diesen Aufmarsch der Sportler. Von hier marschierte der mächtige Festzug in Siebenerreihen zum Heldenplatz, wo die Bundeskampfspiele durch Bundeskanzler Dr. Josef Klaus offiziell eröffnet wurden.

\- - -

Rundfahrten "Neues Wien"

13. Juli (RK) Freitag, den 15. Juli, Route 5 mit Hannovermarkt, Kindergarten Pappenheimgasse, Neubaugebiet Brigittenau, Donaupark mit Donauturm, Kultur- und Verkehrszentrum Floridsdorf, Schule Strebersdorf und Nordeinfahrt sowie andere städtische Anlagen und Einrichtungen im 20. und 21. Bezirk.

Abfahrt um 13.30 Uhr vom Rathaus, Wien 1, Lichtenfelsgasse 2.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Postleitzahl: 1082

Donnerstag, 14. Juli 1966 Blatt 2215

Ganztägig direkte Straßenbahnverbindung Floridsdorf - Groß-Enzersdorf

14. Juli (RK) Ab Samstag, dem 16. Juli, tritt bei den Straßenbahnlinien 17 und 317/217 folgende Änderung ein:

Die beiden Linien werden tagsüber so miteinander verbunden, daß zwischen Floridsdorf, Schnellbahn-Bahnhof und Groß-Enzersdorf beziehungsweise Englisch-Feld ganztägig direkte Züge verkehren.

Nur abends ab 20 Uhr verkehren die Linien 17 und 317 wie bisher getrennt bis Kagraner Platz.

Nähere Angaben sind den Anschlägen in den wichtigen Straßenbahnhaltestellen zu entnehmen.

\- - -

Musikveranstaltungen in der Woche vom 18. bis 24. Juli

14. Juli (RK)

Montag, 18. Juli:

17.00 Uhr, 3. Bezirk, Oberer Belvedere-Garten: Kulturamt der Stadt Wien: Promenadekonzert;Wiener Konzertorchester, Dirigent Jaro Schmid (Johann Strauß, Oscar Straus, Hellmesberger, Komzak, Lehár, Kálmán, Pauspertl, Kreisler, Zelwecker)

20.00 Uhr, Palais Schwarzenberg: Kulturamt der Stadt Wien: Klavierabend Alexander Jenner (Schubert, Schumann, Chopin, Strawinsky)

Dienstag, 19. Juli:

17.30 Uhr, 15. Bezirk, Märzpark: Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Polizeimusik Wien

17.30 Uhr, 21. Bezirk; Wasserpark: Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Musikkapelle der Wiener Verkehrsbetriebe

20.00 Uhr, Wiener Rathaus, Arkadenhof: Kulturamt der Stadt Wien: 6. Orchesterkonzert;Wiener Symphoniker, Dirigent Ralf Weikert (Schubert: Ouverture zu "Rosamunde"; Skorzeny: Kleine Stücke für Orchester; Rimsky-Korssakow: "Capriccio espagnole"; Brahms: 3. Symphonie F-dur op. 90)

Mittwoch, 20. Juli:

20.00 Uhr, Palais Lobkowitz: Kulturamt der Stadt Wien: Lieder- und Arienabend Tatjana Kalistratowa (Sopran), Kolos Supala (Baß), am Flügel Hans Peter Schilly (Tschaikowsky, Rimsky-Korssakow, Rachmaninow, Mozart, Verdi, Hálévý, Lewina und andere)

Donnerstag, 21. Juli:

17.00 Uhr, 1. Bezirk, Volksgarten: Kulturamt der Stadt Wien: Promenadekonzert; Wiener Konzertorchester, Dirigent Jaro Schmid (Suppé, Josef Strauß, Lanner, Zeller, Eduard Strauß, Schrammel, E. Fischer, Pauspertl, Hawranek, Lehár)

17.30 Uhr, 11. Bezirk, Herderpark: Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Polizeimusik Wien

17.30 Uhr, 12. Bezirk, Steinbauerpark: Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Musikkapelle der Wiener Verkehrsbetriebe

17.30 Uhr, 16. Bezirk, Kongreßpark: Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Musikkapelle der Wiener Verkehrsbetriebe

./.

20.00 Uhr, Palais Pallavicini: Kulturamt der Stadt Wien: Roczek-Quartett (Haydn: Streichquartett g-moll op. 74/3; Berger: Streichquartett op. 2; Beethoven: Streichquartett C-dur op. 59/3)

Freitag, 22. Juli:

17.30 Uhr, 10. Bezirk, Volkspark: Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Musikkapelle der Wiener Verkehrsbetriebe

17.30 Uhr, 20. Bezirk, Allerheiligenplatz: Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Polizeimusik Wien

20.00 Uhr, Wiener Rathaus, Arkadenhof: Kulturamt der Stadt Wien: 7. Orchesterkonzert; Wiener Symphoniker, Dirigent Irmin Schmidt (Mozart: Haffner-Symphonie D-dur KV 385; Totzauer: Sinfonietta; Dvořák: 8. Symphonie G-dur op. 88)

Sonntag, 24. Juli:

Kulturzentrum, 20.00 Uhr, 1, Annagasse 20: Internationales Kulturzentrum: Klavierabend André Finck (Mozart, Chopin, Liszt, Debussy)

\- - -

Kinder- und Jugendbuchpreis der Stadt Wien 1966

14. Juli (RK) Der letzte Einreichungstermin für den "Kinder- und Jugendbuchpreis der Stadt Wien 1966" ist der 31. Juli. Um den Preis können sich Verleger und Autoren bewerben. Sie werden ersucht, bis zum genannten Zeitpunkt fünf Buchexemplare bei der Leitung der Städtischen Büchereien, 8, Schmidgasse 18, abzugeben. Der Preis wird für das beste neue Buch eines lebenden österreichischen Autors verliehen, das in einem Wiener Verlag erschienen ist.

\- - -

Erfreuliche Halbjahres-Bilanz der städtischen Bäder

Auch Laaer Berg-Bad erhält Wasser-Vorwärmanlage

14. Juli (RK) Der Gesamtbesuch der städtischen Bäder betrug im ersten Halbjahr 1966 2,849.984 Personen, das bedeutet eine Steigerung um 285.749 Besucher oder elf Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Die günstige Witterung im Mai und anfangs Juni lockte viele Besucher in die Sommerbäder, die daher besser besucht waren als im Vorjahr. Das beheizte Schwimmbecken im Ottakringer Bad erlaubte dort die Aufnahme des Badebetriebes schon am 29. April, die übrigen Sommerbäder folgten am 6. Mai. War auch die zweite Junihälfte ziemlich verregnet, so konnten die Sommerbäder bis Ende Juni doch 566.849 Besucher zählen, hiezu kommen noch 140.981 Kinder in den Kinderfreibädern, zusammen also 707.830 Badegäste. Die Vergleichszahlen der Vorjahre: 1963: 690.426, 1964: 827.029, 1965: 494.516.

Neben dem besseren Besuch der Sommerbäder fällt ein weiteres Ansteigen der Frequenz der Warmbäder besonders auf. Wenn auch die Brausebäder immer weniger frequentiert werden, (Abnahme 4,2 Prozent), so zeigen die Wannenbäder eine Zunahme von 1,2 Prozent, die Dampfbäder eine solche von 3,2 Prozent, die Kurbäder einen Zuwachs von 5,8 Prozent,und der Besuch der Schwimmhallen hat sogar um 48 Prozent zugenommen, was durch die Wiedereröffnung der dritten städtischen Schwimmhalle im Theresienbad zu erklären ist. Der gute Besuch des Theresienbades wird noch deutlicher, wenn man bloß die ersten vier Monate des heurigen und des Vorjahres vergleicht, da das Theresienbad bekanntlich jeweils ab Mai als Sommerbad geführt wird und die Besucherzahlen dann bei den Sommerbädern aufscheinen. Der Besuch der Schwimmhallen von Jänner bis April ist sogar um 115.827 Badegäste gestiegen, das sind 77,5 Prozent mehr als im Vorjahr. Ein voller Erfolg war die Einführung eines allgemein zugänglichen Abend-Schwimmens, jeden Freitag bis 22 Uhr, das vielen Berufstätigen die Möglichkeit bietet, ohne Bindung an einen Verein den Schwimmsport nach der Arbeit auszuüben.

./.

Im Laaer Berg-Bad steht die Inbetriebnahme einer Beckenerwärmungsanlage unmittelbar bevor. Ähnlich wie im Ottakringer Bad wird auch hier die Ausnützbarkeit eines Sommerbades dadurch beträchtlich erweitert, daß Temperaturrückgänge in den Schwimmbecken nach Schlechtwetter schneller überwunden werden können und außerdem eine Verlängerung der Badesaison in den Herbst hinein möglich ist. Die Anlage im Laaer Berg-Bad wird mit einem fahrbaren, ölbeheizten Kessel betrieben werden; die Wassertemperatur wird ebenso wie im Ottakringer Bad auf etwa 24 Grad Celsius gehalten werden.

Stadtrat Hubert Pfoch und der Favoritener Bezirksvorsteher Emil Fucik überzeugten sich heute vormittag vom Fortschritt der Arbeiten und konnten feststellen, daß die Wasserwärmeanlage bereits nächste Woche in Betrieb genommen werden kann. Ihr Kernstück ist ein Heizkessel, der sonst für die Beheizung von Winterbaustellen verwendet wird. Die Anlage kann nun im Laaer Berg-Bad auch im Sommerhalbjahr sinnvoll verwendet und dadurch rationeller ausgenützt werden.

\- - -

Rundfahrten "Neues Wien"

14. Juli (RK) Samstag, 16. Juli, Route 1 mit Neubau des Allgemeinen Krankenhauses, Internationalem Studentenheim, Volksheim und Volksschule in der Krim, Ausflugsrestaurant Bellevue, Neubauten des Wilhelminenspitals, Assanierung Alt-Ottakring sowie anderen städtischen Anlagen und Einrichtungen.

Abfahrt vom Rathaus, 1, Lichtenfelsgasse 2, um 13 Uhr.

\- - -

Stadt Wien widmete Grab für Georg Ehrlich

14. Juli (RK) Am 1. Juli 1966 starb in Luzern im siebzigsten Lebensjahr der Wiener Bildhauer und Graphiker Professor Georg Ehrlich. Der Verstorbene wurde vergangenen Montag, den 11. Juli, auf dem Wiener Zentralfriedhof zu Grabe getragen. Die Wiener Stadtverwaltung widmete Georg Ehrlich, der Träger des Preises für Bildhauerei im Jahre 1961 war, ehrenhalber eine Grabstelle in bevorzugter Lage auf dem Wiener Zentralfriedhof. Auch ein Kranz der Stadt Wien wurde niedergelegt.

Georg Ehrlich wurde am 22. Februar 1897 in Wien geboren. Er studierte hier an der Kunstgewerbeschule unter Oskar Strnad und Franz Cizek. Sehr bald schloß sich Ehrlich der avantgardistischen Künstlervereinigung "Hagenbund" an. Seit dem Jahr 1926 war er als Bildhauer tätig; bis dahin hatter er sich mit graphischen Arbeiten befaßt. Für die Büste "Italienischer Knabe" (1934) wurde der Künstler auf der Pariser Weltausstellung 1937 mit der Großen Gold-Medaille ausgezeichnet. Neben zahlreichen Privatbesitzern und Museen in Großbritannien und den USA beherbergen auch die Wiener Sammlungen Albertina, Österreichische Galerie und das Historische Museum der Stadt Wien eine Reihe von Plastiken, Zeichnungen und Druckgraphiken von der Hand des Künstlers. Darüber hinaus hat Professor Ehrlich auch nach seiner Emigration (1938 London) für Wien zahlreiche künstlerische Ausgestaltungen für Bauten geschaffen, unter anderem auch eine Bronzeplastik, die im Theater an der Wien aufgestellt ist.

Ehrlichs Hauptwerk ist die Skulptur "Pax", die er 1945 zur Erinnerung an die Bombardements von Coventry geschaffen hat. Sie wurde im Garden of Rest, Coventry, aufgestellt. 1956 wurde ihm der Professortitel verliehen, 1958 erhielt er den Preis der Stadt Wien, 1962 veranstaltete das Unterrichtsministerium in der Akademie der bildenden Künste eine umfassende Kollektivausstellung. Die letzten Jahre verbrachte der Künstler hauptsächlich in der Schweiz.

\- - -

Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich

Obersenatsrat Kojetinsky, KGW-Funktionärin Ehm, 12 Flüchtlingsbetreuer ausgezeichnet

14. Juli (RK) In Vertretung von Landeshauptmann Bruno Marek überreichte heute vormittag im Wiener Rathaus Landeshauptmann-Stellvertreter Felix Slavik Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich an 14 Persönlichkeiten, denen diese Auszeichnungen vom Bundespräsidenten verliehen worden sind.

In Anwesenheit von Stadtrat Kurt Heller, Magistratsdirektor Doktor Rudolf Ertl und Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Dr. Rudolf Koller nahm Obersenatsrat Dipl.-Ing. Richard Kojetinsky das Große Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich entgegen. Obersenatsrat Dipl.-Ing. Kojetinsky trat 1935 in den Dienst der Stadt Wien ein. Bereits vorher hatte er an einem der bedeutendsten Straßenbauprojekte Österreichs mitgewirkt, nämlich am Bau der Großglockner-Hochalpenstraße. Von 1935 bis 1938 war Dipl.-Ing. Kojetinsky technischer Referent für die Müllabfuhr; anschließend war er im Straßenbau tätig. Nach 1945 wurde er zunächst mit der Organisation der Schuttbeseitigung auf dem Wiener Stadtgebiet betraut. Hier konnte er, ebenso wie später bei Wiederaufbau der Wohlfahrtsanstalten, sein großes Organisationstalent, sein Wissen und seine Tatkraft unter Beweis stellen. In den Jahren 1951 bis 1961 war er als Leiter der Magistratsabteilung 48 (Stadtreinigung und Fuhrpark) für den Wiederaufbau des Fahr- und Geräteparkes verantwortlich. Mit seinen großen Erfahrungen leistete Dipl.-Ing. Kojetinsky unter anderem wertvolle Beiträge zur Planung und Ausführung der ersten Müllverbrennungsanlage auf dem Flötzersteig. Seit 1961 ist Obersenatsrat Dipl.-Ing. Kojetinsky Leiter der Gruppe Tiefbau und Verkehr des Wiener Stadtbauamtes. Am 8. Internationalen Kongreß für Städtereinigung, 1964 in der Wiener Stadthalle abgehalten, wurde er zum Präsidenten des Internationalen Verbandes für Stadtreinigung gewählt.

Die Goldene Medaille für Verdienste um die Republik Österreich überreichte Landeshauptmann-Stellvertreter Slavik in Anwesenheit von Gemeinderat Maria Hirschler Frau Maria Ehm. Frau Maria Ehm hat

·/.

sich große Verdienste um die Konsumgenossenschaft Wien erworben. Sie war bereits seit 1934 als Funktionärin der Konsumgenossenschaft tätig, wirkte daneben aber auch als Bezirksobmann und später viele Jahre lang als Bezirksrätin im 22. Bezirk. Bis vor wenigen Jahren war sie Mitglied des Vorstandes und des Aufsichtsrates der Konsumgenossenschaft Wien. In der ersten Nachkriegszeit hat sie sich in ihrem Wohnbezirk, Donaustadt, dessen Verbindung mit den übrigen Teilen von Wien damals nur unter den größten Schwierigkeiten aufrecht erhalten werden konnte, besonders um die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln bemüht und verdient gemacht.

Schließlich überreichte Landeshauptmann-Stellvertreter Slavik zwölf Funktionären, die sich große Verdienste um die Betreuung der Heimatvertriebenen und der Flüchtlinge nach dem zweiten Weltkrieg erworben haben, folgende Ehrenzeichen:

Das Goldene Verdienstzeichen der Republik Österreich an Hans Knötig, Dr. Edmund Krivachy, Dr. Emil Schembera, Karl Silmbroth und Dr. Oskar Ulbricht; das Silberne Verdienstzeichen der Republik Österreich an Anton Aschenbrenner, Karl Baumann, Johann Febel, Karl Marchhart, Dr. Daniel Stetzenbach und Franz Zabloudil; die Goldene Medaille für Verdienste um die Republik Österreich an Thomas Hostalek.

Bei der Überreichung der Ehrenzeichen, an der auch Nationalratsabgeordneter Machunze, der Präsident des Flüchtlingsbeirates beim Innenministerium, teilnahm, hob Landeshauptmann-Stellvertreter Slavik hervor, daß es nicht zuletzt durch die Tätigkeit der heute Ausgezeichneten gelungen war, die wirtschaftliche und soziale Eingliederung der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge in unserem Land zu erreichen. Die zwölf Funktionäre haben wesentlich mit dazu beigetragen, daß diese Menschen eine neue Heimat finden, sich neue Existenzen aufbauen und ihre Kräfte voll und ganz in den Dienst Österreichs stellen konnten. Im Namen der Ausgezeichneten dankte Dr. Emil Schembera für die Ehrung.

\- - -

Marktbindung morgen Freitag in Kraft

14. Juli (RK) Das neue Landesgesetzblatt für Wien enthält die bereits angekündigte Verordnung des Landeshauptmannes über die Marktbindung. Die Verordnung tritt mit 15. Juli in Kraft und verliert mit Ablauf des 31. Dezember 1966 ihre Wirksamkeit. Ferner enthält das Landesgesetz die Änderung des Wiener Pflichtschulorganisationsgesetzes und eine Kundmachung betreffend das Wiener Kinogesetz.

Das Landesgesetzblatt ist um 70 Groschen für das Stück im Drucksortenverlag der Städtischen Hauptkasse, 1, Rathaus, Stiege 7, Hochparterre, und in der Verkaufsstelle der Österreichischen Staatsdruckerei - Wiener Zeitung, 1, Wollzeile 27 a, erhältlich.

\- - -

Keine Hasenpest-Gefahr für Wien!

14. Juli (RK) Zu den Berichten über die Hasenpest in Niederösterreich erfährt die "Rathaus-Korrespondenz" vom Veterinäramt der Stadt Wien, daß in Niederösterreich und im Burgenland schon seit einiger Zeit die Hasenpest festgestellt werden konnte, doch handelte es sich immer nur um vereinzelte Fälle. Das engere Wiener Ausflugsgebiet ist jedoch bis jetzt noch nie von der Hasenpest betroffen worden. Es waren weder bei Tieren noch bei Menschen Erkrankungsfälle zu verzeichnen. Das Veterinäramt weist auch darauf hin, daß nur jene von dieser Krankheit befallen werden, die mit den Tieren direkt in Berührung kommen.

\- - -

70. Geburtstag von Friedrich Porges

14. Juli (RK) Am 14. Juli vollendet der Schriftsteller Friedrich Porges das 70. Lebensjahr. Er wurde in Wien geboren und arbeitete nach dem Studium als Redakteur und Korrespondent. Sein Interesse für den Film veranlaßte ihn, sich eingehend mit dieser Kulturerscheinung zu beschäftigen. Porges hat sich als einer der ersten Journalisten mit dem gesamten Problemkreis befaßt und durch zahlreiche Veröffentlichungen dazu beigetragen, daß die Bedeutung dieser neuen Kunstgattung dem Bewußtsein breiter Schichten nähergebracht wurde. In der Folge erschienen die von ihm herausgegebene und redigierte Wochenzeitschrift "Mein Film" sowie als Jahrbuch sein Filmkalender, der einen Überblick über den jeweiligen Stand des Films in den verschiedensten Ländern gab. Porges mußte 1938 Österreich verlassen und wandte sich zuerst nach London. Seit 1943 lebt er in Hollywood, wo er sich als Film- und Fernsehautor betätigt. Er ist Mitglied des Amerikanischen PEN-Clubs und war mehrere Jahre lang Präsident der Auslandskorrespondenten-Vereinigung in Hollywood. Porges hatte auch mit seinen Romanen bei den Lesern große Erfolge. Seine Sammlung von Kurzgeschichten "Schatten erobern die Welt" enthält einen historischen Abriß über die Geschichte des Films.

\- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

14. Juli (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Fisolen 4 bis 6 S je Kilogramm, Karotten 2.50 bis 4 S je Kilogramm, Tomaten 3.50 bis 6 S je Kilogramm.

Obst: Birnen 2.50 bis 6 S je Kilogramm, Marillen 7 bis 8 S je Kilogramm, Pfirsische 7 bis 9 S je Kilogramm.

Rindernachmarkt vom 14. Juli

14. Juli (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 4 Ochsen, 22 Stiere, 1 Kalbin, Summe 27. Neuzufuhren: 0. Gesamtauftrieb: 4 Ochsen, 22 Stiere, 1 Kalbin, Summe 27. Marktverkehr ruhig.

Preise: Ochsen 15 S, Stiere 15 S, Kalbinnen 15 S.

\- - -

Schweinenachmarkt vom 14. Juli

14. Juli (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Neuzufuhren Ungarn: 140. Verkauft wurde alles. Marktverkehr ruhig.

Preise: 16 S.

\- - -

Pferdenachmarkt vom 14. Juli

14. Juli (RK) Kein Auftrieb.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Postleitzahl: 1082

Freitag, 15. Juli 1966 Blatt 2226

Straßenbauarbeiten um 4,6 Millionen Schilling

15. Juli (RK) Dem Bauausschuß des Wiener Gemeinderates lag gestern unter anderem eine Reihe von Anträgen über den Ausbau mehrerer Straßen in Wien vor. Der Ausschuß genehmigte die dafür notwendigen Kosten in Höhe von rund 4,6 Millionen Schilling.

Das größte Projekt ist der Ausbau der Magdalenenstraße zwischen der Linken Wienzeile und der Corneliusgasse im 6. Bezirk. Die Kosten betragen 2,6 Millionen Schilling. Als Baurate für 1966 sind 1,5 Millionen Schilling vorgesehen. Dieser Antrag wird auch noch dem Stadtsenat und dem Gemeinderat zur endgültigen Beschlußfassung vorgelegt werden.

1,1 Millionen Schilling wird der Ausbau der Leipziger Straße von der Jägerstraße bis zur Burghardtgasse sowie der Umbau jenes Teiles der Jägerstraße im 20. Bezirk kosten, der vor der städtischen Wohnhausanlage liegt. Weniger als die Hälfte, nämlich 500.000 Schilling, betragen die Kosten für den Ausbau der Schweizertalstraße zwischen der Prehausergasse und der Karl Schallhas-Gasse im 13. Bezirk. Neu gebaut wird ferner eine noch unbenannte Gasse zwischen der Lorystraße und der Braunhubergasse im 11. Bezirk. Die Kosten dafür betragen 235.000 Schilling. Schließlich genehmigte der Bauausschuß zwei Sachkrediterhöhungen, und zwar um 70.000 Schilling für den Ausbau der Anrainerstraßen der städtischen Wohnhausanlage Inzersdorf und der Wohnhausanlage

./.

der Genossenschaft Wien-Süd im 23. Bezirk (die Gesamtkosten erhöhen sich damit auf 1,770.000 Schilling) und um 90.000 Schilling für die Instandsetzung der Meißauergasse von der Komzakgasse bis zur Polletstraße im 22. Bezirk (neue Gesamtkosten: 255.000 Schilling).

\- - -

Neue Sportanlage im 20. Bezirk

15. Juli (RK) Der Wiener Gemeinderat hat bekanntlich am 10. Juni die Errichtung einer Sportanlage im 20. Bezirk, Lorenz Müller-Gasse, mit einem Gesamtkostenaufwand von 8,2 Millionen Schilling bewilligt. Nunmehr genehmigte der Bauausschuß des Gemeinderates den Antrag, zwei Rasenfußballplätze, vier Tennisplätze, eine Laufbahn und die notwendigen Leichtathletikanlagen herzustellen und auf den übrigen Sportplatzflächen Grünanlagen zu errichten. Die Gesamtkosten für diese Arbeiten belaufen sich auf 2,2 Millionen Schilling.

\- - -

Rundfahrten "Neues Wien"

15. Juli (RK) Montag, 18. Juli, Route 2 mit Verkehrsbauwerk Gürtel, 3. Zentralberufsschulgebäude, Theresienbad, Südautobahneinfahrt, Schule Maiklgasse, Per Albin Hansson-Siedlung, Volkspark am Laaer-Berg sowie anderen städtischen Anlagen und Einrichtungen.

Abfahrt vom Rathaus, 1, Lichtenfelsgasse 2, um 13.30 Uhr.

\- - -

Am 8. Oktober hat Wiens Straßenbahn "Untergrundpremiere"

Meßgeräte-Zug fuhr bereits durch den fertigen Tunnel

15. Juli (RK) Am Samstag, dem 8. Oktober, wird es so weit sein: Wie Bürgermeister Bruno Marek bereits angekündigt hat, wird an diesem "historischen" Tag der erste Straßenbahnzug der Zweierlinie zwischen Secession und Landesgericht unterirdisch verkehren.

Mit dem "ersten" Zug stimmt es allerdings nicht so ganz, denn diese inoffizielle "Premiere" fand bereits in der Nacht von gestern auf heute statt. Da fuhr nämlich die erste Straßenbahngarnitur vom Karlsplatz in den Tunnel unterhalb der Lastenstraße ein. Sie war natürlich nicht für den Verkehr bestimmt, sondern man stellte mit Hilfe von Meßapparaten verschiedene technische Details fest.

Heute vormittag besichtigte Baustadtrat Kurt Heller in Begleitung von Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Dr. Rudolf Koller sowie von Beamten und Technikern des Stadtbauamtes und der Straßenbahndirektion die unterirdische Baustelle, um sich vom Fortschritt der Arbeiten zu überzeugen. Der örtliche Baustellenleiter, Baurat Dipl.-Ing. Walter Hinkel, gab die notwendigen technischen Erläuterungen. Die Tunnelstrecke selbst ist bereits zur Gänze fertiggestellt, die Gleise sind verlegt und die Oberleitung ist auch schon gespannt. Gegenwärtig wird mit voller Kraft am Innenausbau der einzelnen Stationen gearbeitet. Am weitesten sind dabei die Arbeiten an der größten unterirdischen Baustelle, der Fußgängerpassage und der darunterliegenden Station Mariahilfer Straße, gediehen. Dieses zweistöckige Bauwerk wird in etwa vier Wochen fertig sein. Die Arbeiten an den übrigen Stationen werden ebenfalls noch im August abgeschlossen. Die Station Lerchenfelder Straße, wo sich der Bau als besonders schwierig erwiesen hat, wird gleichsam das "Schlußlicht" sein.

Am "historischen" 8. Oktober wird natürlich nur das unterirdische Bauwerk eröffnet. Der Straßenraum darüber kann ja erst dann endgültig gestaltet werden, wenn der unterirdische Betrieb

./.

der Zweierlinie aufgenommen ist und die Gleisanlagen entfernt sind. Ehe dann der Ausbau der Fahrbahnen in Angriff genommen werden kann, müssen auch noch einige Versorgungsleitungen gelegt werden. Schon im nächsten Sommer aber werden auch die Straßenbauarbeiten abgeschlossen sein; von da an wird also der Fahrzeugverkehr über die ganze Breite der von der Straßenbahn "befreiten" Lastenstraße rollen können. Als Abschluß folgen dann noch die notwendigen gärtnerischen Arbeiten zur Ausgestaltung der verschiedenen Grünanlagen längs der Lastenstraße.

\- - -

70.000. Besucher in der Toulouse-Lautrec-Ausstellung

15. Juli (R K) Bereits eine Woche nach dem 60.000. Besucher konnte am heutigen 44. Tag der Exposition der 70.000. Besucher der Toulouse-Lautrec-Ausstellung begrüßt werden. Es war der 22jährige Theologiestudent Johannes Blume, der in Vertretung von Stadtrat Gertrude Sandner durch Frau Magistratsrat Gertrud Jaksch beglückwünscht wurde. Zur Erinnerung erhielt er das Buch "Henry de Toulouse-Lautrec" von Douglas Cooper.

Die Ausstellungsleitung erklärt in diesem Zusammenhang auf viele Anfragen, daß die Ausstellung leider nicht verlängert werden kann, weil die ausländischen Leihgaben zurückgestellt werden müssen. Der letzte Ausstellungtag ist der 31. Juli.

\- - -

Viermal 100. Geburtstag in Wien

15. Juli (RK) Dieser Tage wird in Wien gleich in vier verschiedenen Familien ein 100. Geburtstag gefeiert. Heute vollendeten Frau Maria Schirenz in einem kleinen Häuschen des Kleingartenvereines "Alsrückenweg" 17, Czartoryskigasse, und Hermine Salmon in Währing, Haitzingergasse 16, das 100. Lebensjahr. Übermorgen können Frau Regine Löffler 2, Novaragasse 20 und auch ein männlicher "Hunderter", Herr Friedrich Bezdek 13, Wittegasse 2, dieses seltene Jubiläum begehen.

In Vertretung von Bürgermeister Bruno Marek überbrachten heute Stadtrat Rudolf Sigmund, Bezirksvorsteher DDr. Viktor Gräf und die Bezirksvorsteher-Stellvertreter Dipl.-Ing. Günther Haiden und Kommerzialrat Alois Losert Frau Schirenz und Frau Salmon die Glückwünsche, Blumengrüße und Ehrengeschenke der Stadt Wien. Die beiden Jubilarinnen sind noch recht rüstig. Frau Schirenz empfing die Gratulanten auf einem Bankerl im Garten. Sie hört und sieht noch ohne jede technische Hilfe wie eine Junge und plauderte mit Stadtrat Sigmund über 90-jährige Erinnerungen aus ihrer Volksschulzeit, die sie in Niederösterreich verbrachte. Ihre drei Kinder sind noch alle am Leben und schenkten ihr zwei Enkel und sechs Urenkel.

Frau Salmon, Witwe nach einem hohen k.u.k.-Offizier ist auch noch sehr beweglich, nur das Lesen will nicht mehr gehen. Die gebürtige Wienerin hat ihre drei Kinder alle bereits verloren, aber noch drei Enkelkinder um sich.

Morgen wird Stadtrat Sigmund in Begleitung von Bezirksvorsteher-Stellvertreter Eduard Popp Herrn Friedrich Bezdek besuchen, einen ehemaligen Gastwirt, der im Kreis seiner Tochter, seiner vier Enkel und acht Urenkel seinen Hunderter feiert.

Die Angehörigen von Frau Regine Löffler, einer ehemaligen Koloratursängerin, die lange als Klavier- und Gesangslehrerin tätig war, baten, von Geburtstagsbesuchen abzusehen, weil der angegriffene Gesundheitszustand der Jubilarin darunter leiden könnte.

\- - -

Freie Ärztestelle

15. Juli (RK) Im Krankenhaus der Stadt Wien-Lainz wird die Stelle eines Chemikers (oder eines in Laboratoriums-Medizin ausgebildeten Arztes) an der Abteilung für Stoffwechselerkrankungen besetzt.

Gesuche sind bis spätestens 31. Juli 1966 an die Magistratsabteilung 17, Anstaltenamt, 1, Schottenring 24, 3. Stock, Zimmer 351, zu richten.

\- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

15. Juli (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Fisolen 4 bis 6 S je Kilo, Gurken 5 bis 6 S je Kilo, Tomaten 3.50 bis 6.50 S je Kilo.

Obst: Äpfel 4 bis 6 S je Kilo, Birnen 2 bis 5 S je Kilo, Marillen 7 bis 8 S je Kilo.

\- - -

Empfang für mykologische Gesellschaft

15. Juli (RK) Es gibt in der Natur nicht nur Pilze, die man essen kann, und andere giftige, bei denen man es lieber bleiben läßt, es gibt auch Pilze, die ihrerseits versuchen, den Spieß umzudrehen und den Menschen "aufzufressen". Mit diesen Pilzerkrankungen, die sowohl die Haut als auch innere Organe angreifen können, beschäftigt sich die mykologische Gesellschaft, die derzeit in Wien ihre 6. Tagung abhält. Heute vormittag begrüßte Stadtrat Sigmund in Vertretung des Bürgermeisters diesen medizinischen Kongreß bei der Eröffnung. Am Abend gab die Stadt Wien einen Empfang in den Wappensälen, bei dem Stadtrat Heller die Delegierten im Beisein von Stadtrat Dr. Glück im Rathaus willkommen hieß.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Postleitzahl: 1082

Samstag, 16. Juli 1966 Blatt 2233

Immer mehr Licht für Wien

16. Juli (RK) Wie aus dem Tätigkeitsbericht der Magistratsabteilung für öffentliche Beleuchtung für Juni hervorgeht, wurde in diesem Monat wieder eine Reihe von Anlagen neu errichtet oder modernisiert. Neu hergestellt wurde die Straßenbeleuchtung für die Torricelligasse in Breitensee, einen noch unbenannten Verbindungsweg in Floridsdorf, die Horoschygasse, die Schnellstraße und den Kaisermühlendamm in Donaustadt sowie die Novakgasse, die Baslergasse und die Steinergasse im 23. Bezirk.

Modernisiert wurden die öffentlichen Beleuchtungsanlagen für folgende Straßen: In Simmering die Drischützgasse, die Sedlitzkygasse und die Greifgasse, in Penzing die Linke Wienzeile, in Döbling die Bachofengasse, die Eisenbahnstraße, die Hatterauergasse, der Kreilplatz und die Grinzinger Straße, in der Brigittenau die Jägerstraße, in Floridsdorf die Justgasse, in Donaustadt die Magdeburgstraße und die Siemensstraße und in Liesing die Steinergasse und die Höpflergasse.

Ende Juni hatte die Magistratsabteilung für öffentliche Beleuchtung 97.361 Leuchten, 138.501 Lampen und 179 öffentliche Uhren zu betreuen. Die Zahl der Lampen und Leuchten ist seit 30. Juni 1965 um rund 4.000 gestiegen.

\- - -

80. Geburtstag von Emmerich Reimers

16. Juli (RK) Am 21. Juli vollendet Kammerschauspieler Emmerich Reimers das 80. Lebensjahr.

Er wurde in Wien geboren und debütierte am Stadttheater in Eisenach als Mortimer in Maria Stuart. Weitere Stationen waren das Stadttheater Hamburg-Altona und und das Stadttheater in Leipzig. 1918 erhielt er ein Engagement ans Burgtheater, an dem er seither tätig ist und viele Rollen des klassischen und modernen Spielplans eindrucksvoll verkörpert hat. Emmerich Reimers ist auch durch seine Mitwirkung in zahlreichen Radiosendungen ein in weiten Kreisen bekannter Sprecher.

Bürgermeister Bruno Marek und Stadtrat Gertrude Sandner übermittelten dem Jubilar in herzlichen Worten gehaltene Glückwunschschreiben.

\- - -

Rundfahrten "Neues Wien"

16. Juli (RK) Dienstag, 19. Juli, Route 3 mit Hauptfeuerwache Leopoldstadt, Marshallhof, Montagebaufabrik, Neubaugebiet Kagran, Pensionistenheim "Sonnenhof", Berufsschule für Gärtner und Naturblumenbinder sowie anderen städtischen Anlagen und Einrichtungen.

Abfahrt vom Rathaus, 1, Lichtenfelsgasse 2, um 13.30 Uhr.

\- - -

Volkshallen-Ausstellung "Stadterneuerung" wieder geöffnet

16. Juli (RK) Ab Montag, den 18. Juli, ist in der Volkshalle des Wiener Rathauses (Eingang unter dem Rathausturm) wieder die Ausstellung "Stadterneuerung" zu sehen. Die Ausstellung wurde voriges Jahr Ende November anläßlich der 2. Welttagung des Komitees "Stadterneuerung und Stadtplanung des Internationalen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung"vom Wiener Stadtbauamt gestaltet. Auf den neuesten Stand gebracht, gibt die Ausstellung den Wienern aber auch den ausländischen Gästen unserer Stadt Gelegenheit, sich über das zukünftige Gesicht der österreichischen Bundeshauptstadt zu informieren. Viele Exponate und neue Modelle bereichern die eindrucksvolle Schau.

Die Volkshallen-Ausstellung ist bis voraussichtlich 20. September, täglich von 10 bis 18 Uhr, bei freiem Eintritt zugänglich.

\- - -

Die nächsten Führungen durch die Toulouse-Lautrec-Ausstellung

16. Juli (RK) Das Kulturamt der Stadt Wien setzt auch weiterhin sein Führungsprogramm in der Toulouse-Lautrec-Ausstellung im Österreichischen Museum für Angewandte Kunst, 1, Weiskirchnerstraße 3, fort. Die nachstehend angeführten Führungen sind für Besucher der Ausstellung kostenlos zugänglich:

	10.30 Uhr	18 Uhr
Montag, 18. Juli	-	Dr. Lucia Gunz
Dienstag, 19. Juli	-	Dr. Hans Bisanz
Mittwoch, 20. Juli	Eckart Vancsa	Dr. Lucia Gunz
Donnerstag, 21. Juli	-	Prof.Dr. Ellenberger
Freitag, 22. Juli	-	Prof.Dr. Ellenberger
Samstag, 23. Juli	Prof.Dr. Ellenberger	Prof.Dr. Ellenberger
Sonntag, 24. Juli	Karl Schütz	Dr. Elisabeth Mensa

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Die besten Plakate des ersten Vierteljahres

18. Juli (RK) Die Jury des Kulturamtes hat zum besten Plakat des ersten Vierteljahres 1966 die Werbegraphik "TIBET-Ausstellung Heinrich Harrer" ausgewählt. Der Entwurf hierfür stammt von Walter Prankl, den Druck besorgte Gottlieb Gistel & Co. Diese Wertung ist bekanntlich mit einem Geldpreis der Gewista verbunden.

Als weitere hervorragende Leistungen in der Plakatkunst hat die Jury folgende Werbegraphiken ausgewählt: "Künstlerische Volkshochschule", entworfen von Prof. Hans Fabigan, gedruckt bei Waldheim-Eberle, Wien. "Ferienparadies - Balaton", entworfen von Andras Mate, Budapest XII, gedruckt von Offset Nymoda, Budapest. Weiters "Ball der Technik", entworfen von Helga Susan; den Druck besorgte Josef Eberle. "... denn sie sollen satt werden", entworfen von Werner Schmid, gedruckt bei Brüder Rosenbaum. "Albertina - Die Kunst der Graphik III. Teil, Renaissance in Italien 16. Jahrhundert", entworfen von Georg Schmid, gedruckt bei Brüder Rosenbaum; ferner das Plakat "Alliance Graphique Internationale - Internationale Gebrauchsgraphik", entworfen von Georg Schmid, gedruckt bei Brüder Rosenbaum und "Sanfor geht nicht ein", gedruckt bei I.E. Wolfensberger, Zürich, entworfen im Atelier Wirz - F. Seigner & A. Bingesser.

\- - -

22.400 Badegäste

18. Juli (RK) Die städtische Bäderverwaltung verzeichnete am gestrigen Sonntag insgesamt 22.400 Badegäste in den städtischen Sommerbädern. Im Gänsehäufel wurden 9.200 Besucher gezählt, im Laaer Berg-Bad 3.200, im Strandbad Alte Donau 2.000, im Krapfenwaldlbad 1.400 und im Ottakringer Bad 1.200 Badegäste.

\- - -

Rundfahrten "Neues Wien"

18. Juli (R K) Mittwoch, 20. Juli, Route 4 mit Erholungsgebiet Laxenburg. Dauer etwa vier Stunden. Aus technischen Gründen ist die Teilnehmerzahl auf drei Autobusse beschränkt. (Diese Route ist für gebrechliche oder gehbehinderte Personen nicht geeignet.)

Abfahrt vom Rathaus, 1, Lichtenfelsgasse 2, um 13.30 Uhr.

\- - -

Wieder Verhandlungen zur Stadtwerkesanierung

18. Juli (RK) Wie die "Rathaus-Korrespondenz" erfährt, wurde heute bei Parteienverhandlungen zwischen SPÖ und ÖVP im Wiener Rathaus vereinbart, die Beratungen zur Sanierung der Wiener Stadtwerke wieder aufzunehmen. Das Verhandlungskomitee wird nächste Woche Dienstag, den 26. Juli, zusammentreten. An den Beratungen nehmen von seiten der Sozialisten teil: Vizebürgermeister Slavik, Personalstadtrat Bock, Gemeinderat Nekula und Klubsekretär Mayrhofer. Die ÖVP entsendet Stadtrat Dr. Maria Schaumayer, den Zweiten Präsidenten des Wiener Landtages Gemeinderat Mühlhauser, Gemeinderat Haag und Klubsekretär Dr. Goller in das Sanierungskomitee.

\- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

18. Juli (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Fisolen 4 bis 6 S, Karotten 2.50 bis 4 S, Tomaten 4.50 bis 6 S je Kilogramm.

Obst: Äpfel 3.50 bis 6 S, Birnen 3 bis 5 S, Marillen 6 bis 8 S je Kilogramm.

\- - -

Rinderhauptmarkt vom 18. Juli

18. Juli (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 0. Neuzufuhren Inland: 82 Ochsen, 170 Stiere, 229 Kühe, 69 Kalbinnen, Summe 550. Neuzufuhren Ungarn: 2 Stiere, 11 Kühe, 11 Kalbinnen, Summe 24. Gesamtauftrieb: 82 Ochsen, 172 Stiere, 240 Kühe, 80 Kalbinnen, Summe 574. Verkauft wurde alles.

Preise: Ochsen 14 bis 17 S, extrem 17.50 bis 17.60 S (6 Stück), Stiere 13.50 bis 16.50 S, extrem 16.70 bis 17 S (8 Stück), Kühe 11.20 bis 13.80 S, extrem 14 S (3 Stück), Kalbinnen 13.50 bis 15.80 S, extrem 16 bis 16.10 S (2 Stück); Beinlvieh Kühe 9.50 bis 11 S, Ochsen und Kalbinnen 12 bis 13 S.

Der Durchschnittspreis erhöhte sich bei Ochsen um 17 Groschen, bei Stieren um 39 Groschen, bei Kühen um 35 Groschen und ermäßigte sich bei Kalbinnen um 13 Groschen je Kilogramm; Beinlvieh verteuerte sich bis zu 50 Groschen je Kilogramm. Die Durchschnittspreise einschließlich Beinlvieh betragen: Inland: Ochsen 15.68 S, Stiere 15.67 S, Kühe 12.05 S, Kalbinnen 14.53 S, Ungarn: Stiere 16.20 = + 20, Kühe 14.71 S = + 19, Kalbinnen 15.27 S kein Vergleichspreis. Die Aufschlüsselung nach Bank- und Beinlvieh erfolgt im Wochenausweis.

\- - -

Stadtrat a.D. Franz Koci tödlich verunglückt

18. Juli (RK) Stadtrat a.D. Franz Koci, zuletzt Amtsführender Stadtrat für Öffentliche Einrichtungen, kam heute nachmittag im Burgenland bei einem Verkehrsunfall ums Leben. Stadtrat Koci war mit seinem Wagen unterwegs nach Rechnitz gewesen, um seine Gattin zu besuchen. In einer Kurve auf der Bundesstraße 50 zwischen Sieggraben und Kalkgruben im Bezirk Oberpullendorf ereignete sich das Unglück. Das Auto stürzte über eine Böschung und Franz Koci wurde aus dem Wagen geschleudert. Er war auf der Stelle tot.

Sofort nach Bekanntwerden der Trauernachricht im Wiener Rathaus hat Vizebürgermeister Felix Slavik verfügt, daß dem verstorbenen Kommunalpolitiker ein Ehrengrab der Stadt Wien gewidmet wird. Der Wiener Stadtsenat wird morgen, Dienstag, den 19. Juli, zu einer Trauersitzung zusammentreten. Vom Rathaus wehen schwarze Fahnen.

Franz Koci wurde am 26. Dezember 1899 in Stockerau als eines der fünf Kinder der Eheleute Josef und Maria Koci geboren. Nach Absolvierung der Volks- und Bürgerschule erlernte er das Schlosserhandwerk und besuchte gleichzeitig die Fortbildungsschule. Mit siebzehneinhalb Jahren wurde er im ersten Weltkrieg zum Militär eingezogen.

Nach Beendigung des Weltkrieges wurde Franz Koci Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und der Freien Gewerkschaft, in welchen Organisationen er verschiedene Funktionen ausübte. Seit 1927 war er Sektionsleiter der Bezirksorganisation Favoriten der Sozialdemokratischen Partei.

Im Jahre 1935 wurde er wegen illegaler Betätigung für die Revolutionären Sozialisten verhaftet und zu drei Monaten Polizeihaft und einem Jahr Kerker verurteilt. Auch im Jahre 1937 war er aus politischen Gründen einen Monat lang in Untersuchungshaft.

Im Jahre 1939 wurde Franz Koci von der Gestapo verhaftet und in das Konzentrationslager Buchenwald gebracht. Dort erfolgte

./.

im Jahre 1940 seine Freilassung mit anschließender Dienstverpflichtung nach der KZ-Außenstelle Wiener Neustadt. Im Jahre 1945 verlor Koci seine Wohnung, als das Haus 10, Bürgergasse 20, durch die Kampfhandlungen vollkommen zerstört wurde. Er hatte damit sein ganzes Hab und Gut verloren.

Sofort nach dem Zusammenbruch des Krieges setzte sich Franz Koci vor allem für den Wiederaufbau des zerstörten Wohnraumes in seinem Wohnbezirk Favoriten ein, der von allen Bezirken Wiens durch die Kriegshandlungen am schwersten betroffen war. Im Jahre 1945 wurde er in den Gemeinderat gewählt. Seit dieser Zeit gehörte er bis 1964 dieser Körperschaft an. Nach der Wahl im Jahre 1949 wurde er auch zum Dritten Landtagspräsidenten und zu einem der sechs Vorsitzenden des Wiener Gemeinderates gewählt. Nach der Wahl Bürgermeisters Dr.h.c. Körner zum Bundespräsidenten wurde Koci am 22. Juni 1951 Stadtrat für Wohnungswesen. Er betrachtete es als seine vornehmlichste Aufgabe, die Ausgebombten und Obdachlosen in Wohnungen unterzubringen, was ihm zum Teil auch gelungen ist.

Nach der Gemeinderatswahl 1954 und den darauffolgenden Veränderungen im Stadtsenat wurde Koci mit einer neuen Aufgabe betraut. Er verwaltete seit 10. Dezember 1954 einen Teil der magistratischen Betriebe, und zwar die Wasserwerke, Kanalisation, Bäder, Zentralwäscherei und die Abteilung für Stadtreinigung und Fuhrpark in der Geschäftsgruppe "Öffentliche Einrichtungen". Mit 19. Dezember 1964 nahm Koci Abschied von der aktiven politischen Laufbahn.

Stadtrat Koci wurde 1960 vom Bundespräsidenten mit dem Großen Goldenen Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich ausgezeichnet. Anläßlich seines 65. Geburtstages beschloß der Wiener Gemeinderat am 31. Juli 1964, Franz Koci in Würdigung seiner hervorragenden Verdienste um die Wiener Stadtverwaltung zum Bürger der Stadt Wien zu ernennen. Die feierliche Überreichung der Bürgerurkunde fand am 18. November des gleichen Jahres statt.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Slavik und Drimmel kondolieren der Witwe Kocis

19. Juli (RK) Vizebürgermeister Slavik hat heute an die Witwe des tödlich verunglückten Stadtrates a.D. Franz Koci ein Beileidschreiben gerichtet, in dem es heißt:

"Tief erschüttert vom tragischen Schicksalsschlag, der Dich und Deine Familie getroffen hat, bitte ich Dich, den Ausdruck meiner tief empfundenen Anteilnahme entgegenzunehmen. Als langjähriger Freund und Mitarbeiter war mir Dein Gatte unschätzbar und ich kann ermessen, was sein Hinscheiden für Dich bedeuten muß. Die Stadt Wien verliert mit Stadtrat a.D. Franz Koci nicht nur einen ihrer Bürger, sondern eine der Persönlichkeiten, die maßgebend am Aufbau einer städtischen Verwaltung nach 1945 beteiligt waren. Sein Lebenswerk sichert ihm ein ehrendes Angedenken.

Ich habe von dem von Wien abwesenden Bürgermeister Marek den Auftrag, Dir auch in seinem Namen sein tiefgefühltes Beileid zum Ausdruck zu bringen."

Auch Vizebürgermeister Dr. Drimmel kondolierte in einem Brief:

"Meine Freunde und ich sind so wie viele Wiener von dem schmerzlichen Ereignis, das Sie und uns alle betroffen hat, aufs tiefste bewegt.

Wir haben Ihren Gemahl durch lange Jahre als einen liebenswürdigen Kollegen kennengelernt, und mich selbst verbinden aus der Zeit der Zusammenarbeit im Wiener Stadtsenat nur die besten Erinnerungen an die Persönlichkeit und an die Arbeitsweise Ihres Gemahls.

./.

Ich weiß, daß in den schweren Tagen, die Sie jetzt erleben müssen, jeder menschliche Zuspruch nur wenig bedeuten kann; behalten Sie darum bitte die Versicherung der guten Erinnerung und der bleibenden Wertschätzung für jene Tage, in denen es auch für Sie nicht nur Schmerz, sondern bleibende gute Erinnerungen geben wird."

\- - -

Beethovengang bleibt Fußgängerreservat

19. Juli (RK) Baustadtrat Heller beantragte heute im Stadtsenat eine Abänderung des Flächenwidmungsplanes und des Bebauungsplanes für das Gebiet zwischen Dennweg, Eroicagasse, Zahnradbahnstraße, Kahlenberger Straße, Wildgrubengasse und Jessengasse im 19. Bezirk, Kat.G. Heiligenstadt. Mit der Widmungsänderung werden die in diesem Gebiet liegenden stark frequentierten Spazierwege in ihrem Bestand gesichert, vor allem der Beethovengang, der für die Fußgänger reserviert ist. Andere Flächen wurden als "Grünland, Parkschutzgebiet" festgelegt.

\- - -

Verleihung des Medizinalratstitels

19. Juli (RK) Der Bundespräsident hat den Wiener Fachärzten Dr. Wilhelm Gründorfer und Dr. Karl Gerstner den Berufstitel Medizinalrat verliehen. In Vertretung von Landeshauptmann Bruno Marek überreichte heute vormittag Landeshauptmann-Stellvertreter Felix Slavik im Wiener Rathaus den Ärzten die Dekrete.

\- - -

Trauerkundgebung des Wiener Stadtsenates

19. Juli (RK) In der heutigen Sitzung des Wiener Stadtsenates hielt Vizebürgermeister Felix Slavik einen Nachruf auf den tödlich verunglückten Stadtrat a.D. Franz Koci. Die Mitglieder des Wiener Stadtsenates hatten sich zum Zeichen der Trauer von ihren Sitzen erhoben.

Der Vizebürgermeister erinnerte eingangs daran, wie sehr sich Koci gefreut habe, als er nach der Pensionierung den Führerschein machte. Jetzt ist ihm dieser Führerschein und das Selbstfahren des Autos zum Verhängnis geworden.

Vizebürgermeister Slavik schilderte dann den Lebensweg von Stadtrat Koci, der immer an sich gearbeitet und in seinem Leben viel gelernt hat. Als man ihm die Leitung des Wohnungsamtes anvertraute, hat er es in seiner objektiven und gerechten Art geführt. Viele Sorgen hatte Stadtrat Koci später vor allem mit der Wasserversorgung unserer Stadt. Alle großen Planungsarbeiten, so an der dritten Wasserleitung, am Grundwasserwerk Lobau und an den "Sieben Quellen", fallen in seine Amtszeit. Er hat hier im Stadtsenat oft auf die großen Schwierigkeiten aufmerksam gemacht, war aber gleichzeitig stets Verteidiger seiner Techniker und Beamten.

Stadtrat Koci wurde dadurch geehrt, daß er zum Bürger der Stadt Wien ernannt wurde; eine hohe und seltene Auszeichnung, aber er hat sich diese Auszeichnung verdient, denn er war im wahrsten Sinne des Wortes ein Bürger der Stadt Wien.

Koci hat sich das Leben nie leicht gemacht. Er war außerordentlich gründlich und gewissenhaft, wie wir alle selbst im Laufe der Jahre seines Wirkens feststellen konnten. Wir wollen Franz Koci, unserem Kollegen, unserem Freund, ein ehrendes Angedenken bewahren.

\- - -

Wiener Landesregierung verlangt:

Eigenes Rundfunkstudio für Wien

19. Juli (RK) In der Sitzung der Wiener Landesregierung unter dem Vorsitz von Landeshauptmann-Stellvertreter Slavik referierte Stadtrat Heller einen Antrag des Amtes der Wiener Landesregierung, der von der Wiener Landesregierung einstimmig zum Beschluß erhoben wurde. Der Antrag lautet: "Die Wiener Landesregierung gibt der Erwartung Ausdruck, daß die für die Errichtung und Führung eines eigenen Rundfunkstudios des Landes Wien erforderlichen Maßnahmen unverzüglich getroffen werden."

Der Antrag wurde, wie es in der Begründung heißt, im Hinblick darauf gestellt, daß Wien, obwohl es das volksreichste österreichische Bundesland ist, zum Unterschied von den meisten anderen Bundesländern kein eigenes Rundfunkstudio besitzt.

\- - -

Trauerfeier für Stadtrat Koci

19. Juli (RK) Die Trauerfeier für den verstorbenen Stadtrat a.D. Franz Koci findet kommenden Freitag, den 22. Juli, um 16 Uhr, in der Feuerhalle der Stadt Wien, 11, Simmeringer Hauptstraße, statt. Die Urnenbeisetzung erfolgt Montag, den 25. Juli, um 15 Uhr, in einem Ehrengrab der Stadt Wien im Zentralfriedhof.

\- - -

Personalnachricht

19. Juli (RK) Auf Antrag von Stadtrat Sigmund hat heute der Wiener Stadtsenat Stadtbaurat Ing. Erich Riemer (M.Abt. 37) zum Oberstadtbaurat befördert.

\- - -

"Empfangsvormittag" im Rathaus

Kinder aus Straubing und Salzburg, Österreicher aus Amerika zu Besuch

19. Juli (RK) Heute vormittag begrüßte Vizebürgermeister Felix Slavik in den Wappensälen des Wiener Rathauses in Vertretung des Bürgermeisters eine Gruppe von 70 Kindern aus Salzburg und der bayrischen Stadt Straubing, die im Josef Afritsch-Heim in Hörndlwald auf Einladung des Wiener Fürsorge- und Wohlfahrtsvereines "Volkshilfe" einen Teil ihrer Ferien verbringen. Die sichtlich gut erholten Kinder - die meisten von ihnen haben in zwei Wochen bereits drei und vier Kilogramm zugenommen - erfreuten den Vizebürgermeister mit Volksliedern. Anschließend sprachen die kleinen Gäste fleißig einem ausgiebigen Gabelfrühstück zu und nahmen nach dieser leiblichen Stärkung an einer Rundfahrt durch Wien teil.

Gleichfalls in den Wappensälen hieß kurze Zeit später Stadtrat Rudolf Sigmund im Namen des Bürgermeisters rund 100 Teilnehmer an einem Charter-Flug der Austrian-American-Federation willkommen. Bei diesen seit 1957 alljährlich veranstalteten Flügen von den Vereinigten Staaten nach Österreich wird jenen Auslandsösterreichern, die in Amerika ein neues Zuhause gefunden haben, Gelegenheit gegeben, ihre alte Heimat wiederzusehen. Stadtrat Sigmund gab den Gästen einen kurzen Rückblick auf die in den letzten Jahren von der Wiener Stadtverwaltung geleistete Tätigkeit und wünschte den Austro-Amerikanern einen angenehmen Aufenthalt in unserer Stadt.

\- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

19. April (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Gurken 4 bis 6 S, Tomaten 4 bis 6 S, je Kilogramm, Kohlrabi 1 bis 2 S je Stück.

Obst: Äpfel 6 bis 8.50 S, Marillen 6 bis 8 S, Pfirsiche 5 bis 8 S je Kilogramm.

\- - -

Rundfahrten "Neuss Wien"

19. April (RK) Donnerstag, 21. Juli, Route 5 mit Hannovermarkt, Kindergarten Pappenheimgasse, Neubaugebiet Brigittenau, Donaupark mit Donauturm, Kultur- und Verkehrszentrum Floridsdorf, Schule Strebersdorf und Nordeinfahrt sowie anderen städtischen Anlagen und Einrichtungen im 20. und 21. Bezirk.

Abfahrt vom Rathaus 1, Lichtenfelsgasse 2, um 13.30 Uhr.

\- - -

Schweinehauptmarkt vom 19. Juli

19. Juli (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 0. Neuzufuhren Inland: 2.909. Jugoslawien 1.281, Bulgarien 3.876, Ungarn 1.259, DDR 1.196, Summe 10.521. Gesamtauftrieb: 10.521. Verkauft wurde alles.

Preise: Extremware 17 bis 17.50 S, 1. Qualität 16.30 bis 17 S, 2. Qualität 15.50 bis 16.20 S, 3. Qualität 14.60 bis 15.60 S, Zuchten extrem 13.70 bis 14.30 S, Zuchten 12.50 bis 13.50 S, Altschneider 10.50 bis 11.50 S, Ausländische Schweine notierten: Jugoslawien 13.50 bis 15.80 S, Bulgarien 13.10 bis 15.80 S, Ungarn 14.50 bis 16 S, DDR 13.80 bis 16 S,

Der Durchschnittspreis für inländische Schweine erhöhte sich um vier Groschen je Kilogramm und beträgt nunmehr 15.96 S. Der Gesamtdurchschnittspreis für ausländische Schweine ermäßigte sich um acht g je Kilogramm und beträgt nunmehr 14.71 S. Der Durchschnittspreis für bulgarische Schweine ermäßigte sich um zwei Groschen auf 14.17 S, für DDR-Schweine ermäßigte er sich um 41 Groschen auf 14.93 S, für jugoslawische Schweine ermäßigte er sich um 32 Groschen auf 15.05 S, für ungarische Schweine erhöhte er sich um fünf Groschen auf 15.81 S. Infolge der Marktbindung werden seit 15. Juli sämtliche Zufuhren über den Markt geführt. Im vorstehenden Preisbericht sind daher auch jene Anlieferungen berücksichtigt, die vor Verfügung der Marktbindung als Außermarktbezüge preislich nicht erfaßt wurden.

\- - -

Pferdehauptmarkt vom 19. Juli

19. Juli (RK) Aufgetrieben wurden 43 Stück, hievon 3 Fohlen. Als Schlachttiere wurden 38 Stück, als Nutztiere ein Stück verkauft, unverkauft blieben vier Stück.

Herkunft der Tiere: Burgenland 4, Niederösterreich 16, Steiermark 11, Oberösterreich 12.

Preise: Schlachttiere Fohlen 15.50 S, Pferde extrem 11.20 bis 12.50 S, 1. Qualität 10.20 bis 11 S, 2. Qualität 8.80 bis 10 S, 3. Qualität 8 S, Nutztiere Pferde am Fuß 6.000 Schilling.

Der Durchschnittspreis für inländische Schlachtpferde erhöhte sich um 62 Groschen je Kilogramm und für inländische Schlachtfohlen um 40 Groschen je Kilogramm. Er beträgt für: Schlachtpferde 10.32 S, Schlachtfohlen 15.30 S, Pferde und Fohlen 10.73 S.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Postleitzahl: 1082

Mittwoch, 20. Juli 1966 Blatt 2249

Geehrte Redaktion!

Am Dienstag, dem 26. Juli, findet um 9 Uhr die Verkehrsübergabe der umgebauten Ketzergasse in jenem Teil zwischen der Brunner Straße und der Perchtoldsdorfer Straße statt, der die Stadtgrenze gegen Niederösterreich bildet. Gleichzeitig mit dieser 1,4 Kilometer langen Ausbaustrecke wird auch die neue Unterführung der Ketzergasse unter der Südbahn dem Verkehr übergeben. Die Eröffnung dieser wichtigen Verkehrsbauwerke nehmen die Landeshauptmann-Stellvertreter von Wien und Niederösterreich, Vizebürgermeister Felix Slavik und Kommerzialrat Rudolf Hirsch vor.

Treffpunkt: Perchtoldsdorfer Straße-Ketzergasse. Zufahrt: Autobuslinien 60 a, 64 und 66 a.

Sie sind herzlich eingeladen, Berichterstatter und Fotoreporter zu dieser Verkehrsübergabe zu entsenden.

- - -

Wiedereröffnung am 26. September:

Wiener Stadtbibliothek nach modernsten Erkenntnissen renoviert

Schallschluckende Teppiche garantieren größte Ruhe - Für jeden Leser eine eigene "Arbeitsinsel"

20. Juli (RK) Die im Herbst vergangenen Jahres aufgenommenen umfangreichen Renovierungs- und Umbauarbeiten in der Wiener Stadtbibliothek nähern sich ihrem Ende. Man ist damit schon so weit, daß bald mit dem Büchertransport in die neuen Räume begonnen werden kann. Zu diesem Zweck wird die Stadtbibliothek ihren provisorischen Lesesaal und die Ausleihräume vom 25. Juli bis 23. September schließen. Die Bibliotheksleitung bittet ihre Leser um Verständnis für diese Maßnahme, die im Interesse der Fertigstellung der Arbeiten unbedingt notwendig ist.

Gleichzeitig aber gibt es für die Freunde der Stadtbibliothek eine umso erfreulichere Nachricht: Ab Montag, den 26. September, werden der umgebaute Lesesaal und alle übrigen Räume der Bibliothek wieder zur Verfügung stehen.

Dieser Zeitpunkt für die Wiedereröffnung ist im übrigen gut gewählt, denn zwei Tage später, am 28. September, wird Bundespräsident Franz Jonas im Festsaal der Wiener Universität den 9. Österreichischen Bibliothekartag eröffnen. Die Tagungsteilnehmer aus ganz Österreich, die bis 2. Oktober zahlreiche Vorträge über die Hauptthemen der Tagung - "Gesellschaft und Bibliothekar", "Hochschulen und Bibliotheken" - hören werden, können also gleich die gute Gelegenheit ergreifen und das Ergebnis der Umbauarbeiten in der Wiener Stadtbibliothek fachmännisch begutachten. Als bestqualifizierten Führer werden sie sich dabei ihren eigenen Vorsitzenden wählen können, denn der Präsident der Vereinigung Österreichischer Bibliothekare ist seit 1964 der Direktor der Wiener Stadtbibliothek, Prof. Dr. Albert Mitringer.

Mehr Platz, besseres Licht, warme Farben

Im Mittelpunkt der Umbauarbeiten in der Wiener Stadtbibliothek stand der Lesesaal. Was hier vor allem auffällt, ist die neue Anordnung der Lesertische. Im Gegensatz zu früher wird nunmehr

./.

jeder Leser seinen eigenen Tisch haben - insgesamt gibt es 35 Einzelleseplätze -, an dem er sich, von der Umgebung abgeschirmt, wie auf einer "Arbeits- und Ruheinsel" vorkommen wird. Die Tische sind nämlich jeweils zehn Zentimeter voneinander entfernt und in der Blickrichtung des Lesers verschoben. Die neuen schallschluckenden Teppiche auf dem Boden des Lesesaales und des Katalogzimmers, auf den Gängen und den Galerien rund um den Lesesaal werden die Räume vollends zu einer Oase der Stille machen. Auch die Beleuchtung der Lesetische wurde geändert: neue Leuchten über den Tischen verbreiten an jedem Leserplatz gleichmäßiges Licht. Damit fallen die Tischleselampen weg, die sonst viel Platz wegnehmen. Rings an den Wänden des Lesesaals ist hinter nichtspiegelndem Glas der in 23 Sachgruppen gegliederte "Handapparat" untergebracht, aus dem der Leser die wichtigste Nachschlageliteratur sofort entnehmen kann.

Das dem Lesesaal vorgelagerte Katalogzimmer wurde ebenfalls neugestaltet. Es erhielt gleichfalls schallschluckende Teppiche und moderne Lichtquellen. In erster Linie aber wurden hier neue Karteikästen aus Stahl aufgestellt, die weitaus mehr Platz als die alten Holzkästen bieten. Jedes der kleinen Stahlkästchen kann nämlich 1.000 Karteikarten aufnehmen, während in den Holzkästchen jeweils nur 800 untergebracht werden konnten. Der dritte umgebaute Raum schließlich ist das Entlehnzimmer neben dem Lesesaal, in dem auch der Handapparat für Juristen zur sofortigen Benützung bereitsteht.

Die Neugestaltung der Bibliotheksräume nach den modernsten Erkenntnissen des Bibliothekswesens bezieht sich jedoch nicht nur auf die technische Einrichtung, sondern sogar auf die Zusammenstellung der Farben in den umgebauten Räumen. Sie wurde nach psychologischen Grundsätzen getroffen: unauffällige, warme Farben unterstreichen die Ruhe, die im Lesesaal herrschen muß. Die Holzregale an den drei Wänden sind in hellen Naturfarben, die schallschluckenden Teppiche, die Resopalplatten der Lesetische, die Galeriegeländer und die Karteikästen in einem gleichmäßigen Grau gehalten. Nur die Wände an der Nordseite weisen ein helles Eierschalengelb auf, um einen besseren Lichtfang zu garantieren.

./.

Zusätzliche Lesezimmer, eigener Mikrofilmraum

Gleichzeitig mit den Umbauarbeiten wurde auch die Musiksammlung der Stadtbibliothek reorganisiert. Dabei hat man sogar einen neuen Raum gewonnen, der in Zukunft den Benützern der Literatur- und Musikhandschriftensammlungen zusätzlich zur Verfügung stehen wird. Die wertvollsten Autographen der insgesamt 12.000 Einzelstücke umfassenden Musikautographensammlung wurden in neuen flammensicheren Stahlschränken direkt im Referentenzimmer untergebracht, so daß sie ständig unter Kontrolle stehen.

Noch ein weiterer Raum für die Benützer der Stadtbibliothek konnte dazugewonnen werden: Der gegenwärtig als Ersatzlesezimmer dienende Raum im Hauptdepot (2. Stock) bleibt als Doktorandenleseraum erhalten. Hier wird den Doktoranden an großen Tischen wesentlich mehr Platz zur Verfügung stehen als früher.

Die neueste Errungenschaft der Stadtbibliothek schließlich ist ein eigener Mikrofilmraum, der gegenwärtig eingerichtet wird und wahrscheinlich auch schon am 26. September der Benützung übergeben werden kann. In dieser Spezialabteilung werden ein Mikrofilmaufnahmegerät und für die Benützer ein Lesegerät untergebracht sein. In einem Nebenraum wird eine Dunkelkammer zur Entwicklung der Mikrofilme installiert.

26.000 Leser, 300.000 Bände, 11,5 Kilometer Regale

Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Wiener Stadtbibliothek, die zu den modernsten Bibliotheken Europas gehört, in Zukunft noch mehr Interessenten ansprechen wird als bisher. Mit berechtigtem Stolz weist Prof. Dr. Mitringer, der ihr bereits seit sechzehn Jahren als Direktor vorsteht, auf die von Jahr zu Jahr steigende Zahl der Bibliotheksbenützer hin. Während um 1950 13.000 Leser jährlich in die Stadtbibliothek kamen, wird der Lesesaal jetzt bereits von mehr als 26.000 Studierenden im Jahr frequentiert. Das ist also eine Steigerung um das Doppelte.

Die Druckschriften- und Büchersammlung der 1856 gegründeten Stadtbibliothek umfaßt heute rund 300.000 Bände, die auf insgesamt 11,5 Kilometer langen Stahlregalen untergebracht sind. Natürlich stehen diese Bücherregale nicht nur neben-, sondern auch übereinander; anders hätte man sie ja auch nicht alle im Rathaus

./.

unterbringen können. Auch für den künftigen Bücherzuwachs ist bereits vorgesorgt: auf den 11,5 Kilometern ist nämlich noch genügend Platz für alle Neuanschaffungen in den nächsten zwanzig Jahren! Aber nicht nur hier, sondern auch im Katalograum ist für Zuwachs vorgesorgt. Bei einem 800.000 Karteikarten umfassenden, in einen Autoren-, Schlagwort- und Fachkatalog unterteilten Katalog ist eine solche Voraussicht besonders wichtig. Im übrigen enthält der Zeitungsindex, in dem Stichworte aus Politik, Wirtschaft und Kultur laufend registriert werden, ebenfalls bereits 800.000 Karteikarten.

Wirklich erstaunlich ist die perfekte Organisation, die trotz dieser Fülle von Bänden und Karteikarten eine außerordentlich rasche Herbeischaffung der Bücher gewährleistet. Jeder einzelne Band liegt spätestens innerhalb von 15 Minuaten vor dem Leser!

Spezialsammlungen und Ausstellungen

Neben der Druckschriften- und Büchersammlung beherbergt die Stadtbibliothek noch zahlreiche Spezialsammlungen. Die Handschriftensammlung etwa umfaßt 170.000 Einzelstücke, die Musikhandschriftensammlung 12.000 Einzelstücke, die Musiksammlung 50.000 Notendrucke. Daneben besitzt die Stadtbibliothek eine Plakatsammlung, ein Schallplatten- und Tonbandarchiv, eine Taschenbuch- und eine Mikrofilmsammlung sowie ein Zeitungsarchiv, zu dessen besonderen Sammelstücken eine vollständige Ausgabe der "Wiener Zeitung" seit 1703 gehört.

Aber auch damit ist das weitgespannte Tätigkeitsfeld der Wiener Stadtbibliothek noch nicht abgeschlossen. Neben der Redaktion des Almanachs der Stadt Wien, der Betreuung der wissenschaftlichen Publikationsreihe "Wiener Schriften" und der Herausgabe verschiedener Geschenkbände der Stadt Wien veranstaltet die Stadtbibliothek auch ständig Ausstellungen, um ihre Schätze einem breiten Publikum zugänglich machen zu können. Bisher wurden 146 Ausstellungen zu den verschiedensten Anlässen über Themen aus der Wiener Geschichte und Kulturgeschichte sowie zum Gedenken an Persönlichkeiten des künstlerischen, wissenschaftlichen und ge-

./.

sellschaftlichen Lebens unserer Stadt gezeigt. Mehr als 50.000 Besucher sahen diese Ausstellungen. Für die beliebten Kleinausstellungen der Stadtbibliothek, die früher im Lesesaal aufgestellt waren, wurde ein eigener Ausstellungsgang gegenüber dem Eingang zum Lesesaal eingerichtet, wo die Exponate in speziell konstruierten Glasvitrinen untergebracht sind.

\- - -

Glückwünsche für Professor Hans Pemmer

Der Nestor der Wiener Heimatforscher feiert 80. Geburtstag

20. Juli (RK) Am 22. Juli vollendet der bekannte Wiener Lokalhistoriker und Topograph Professor Hans Pemmer das 80. Lebensjahr.

Hans Pemmer wurde in Wien geboren und war nach Absolvierung der Lehrerbildungsanstalt bis 1938 im öffentlichen Schuldienst tätig. In dieser Zeit verfaßte er zahlreiche pädagogische Arbeiten über moderne Erziehungs- und Unterrichtsprobleme. Daneben aber widmete er sich der Erforschung der Geschichte Wiens und seiner Bezirke. Fast unübersehbar sind seine publizistischen Beiträge auf diesem Gebiet, die in zahlreichen heimatkundlichen Werken und Zeitschriften veröffentlicht wurden. Seine beiden großen Bücher "Der Wiener Prater einst und jetzt" und "Der Zentralfriedhof - Seine Geschichte und seine Denkmäler" gehören seit langem zu den Standardwerken der Viennensia-Literatur. Durch diese heimatkundlichen Arbeiten ist Professor Pemmer, der die Lokalhistorie nach seinem Ausscheiden aus dem Lehrerberuf längst zu seinem "Hauptberuf" gemacht hat, einem weiten Leserkreis auch außerhalb der Grenzen unserer Stadt ein Begriff geworden.

Um den Aufbau von Wiener Bezirksmuseen hat sich Professor Hans Pemmer größte Verdienste erworben. Das von ihm in jahrelanger Forschungsarbeit eingerichtete Pratermuseum, das mehrere tausend Objekte umfaßt, hat er bekanntlich der Stadt Wien zum Geschenk gemacht, die für diese wertvolle Sammlung ein bleibendes Heim im neuen Prater-Planetarium schuf. Wichtige volksbildnerische Arbeit leistete Professor Pemmer ferner durch seine Führungen und Vorträge, in denen er seine wissenschaftlich fundierten Kenntnisse über Wien tausenden Begeisterten Wienern vermittelte.

Die verdienstvolle Tätigkeit Professor Pemmers wurde bereits mehrfach gewürdigt, so durch die Verleihung der Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien. Der Verein für Geschichte der Stadt Wien, dem Professor Pemmer seit 1919 als aktives Mitglied angehört, hat vor kurzem einstimmig beschlossen, dem Jubilar anläßlich seines 80. Geburtstages die Ehrenmitgliedschaft zu

./.

verleihen. Dieser Tage wurde die Ernennungsurkunde Professor Pemmer im Rathaus überreicht.

Bürgermeister Bruno Marek und Stadtrat Gertrude Sandner haben dem Jubilar Glückwunschschreiben übermittelt. In dem Brief des Bürgermeisters heißt es unter anderem:

"Unsere Glückwünsche gelten dem Nestor der Wiener Heimatpflege, dem Gründer des Pratermuseums, dem kenntnisreichen Topographen, der uns in Wort und Schrift soviel Interessantes und Wissenswertes berichtet hat und dem wir uns hierfür zu aufrichtiger Dankbarkeit verpflichtet fühlen.

Sie haben den Beruf des Schulmannes in idealer Weise mit der Volksbildungsarbeit und mit der exakten Forschung zu verbinden verstanden und Ihre hervorragenden pädagogischen Fähigkeiten stets in den Dienst aufnahmebereiter Menschen aller Altersstufen gestellt. So sind Sie ein wahrer Lehrer des Volkes geworden, das Sie auf ihren Wanderungen in die Vergangenheit umso lieber begleitet, weil es fühlt, wie gut Sie es mit ihm meinen. Mögen Sie noch lange in unserer Mitte wirken!"

\- - -

85. Geburtstag von Max Roden

20. Juli (RK) Am 21. Juli vollendet der Schriftsteller Max Roden das 85. Lebensjahr.

Er wurde in Wien geboren, wo er die Bauingenieurschule an der Technik und die Universität besuchte. Er wandte sich aber bald dem literarischen Schaffen zu und veröffentlichte 1906 seinen ersten Gedichtband "Frühlingsgarten". Gleichzeitig begann er die journalistische Laufbahn. Seinem Erstlingswerk folgten rund 20 Bücher voll reicher Stimmungslyrik, als letztes die Aphorismensammlung "Spiegelungen" aus dem Jahre 1951. Max Roden leitete von 1920 bis 1938 das Kunstreferat der "Volkszeitung" und emigrierte anschließend nach Amerika, wo er seither als Schriftsteller und Korrespondent der Wiener Zeitung in New York lebt. Die Stadtbibliothek besitzt von ihm 15 Werke. Sein Oeuvre enthält neben Lyrik auch Erzählungen, dramatische Miniaturen, Szenenreihen und Dramen. Einige seiner Gedichte sind von Carl Lafite und Edmund Eysler vertont worden.

\- - -

Kanalbauten in drei Bezirken

20. Juli (RK) Der Wiener Stadtsenat genehmigte gestern auf Antrag von Stadtrat Pfoch Kanalbauten in drei Wiener Bezirken mit einem Gesamtaufwand von 2,870.000 Schilling.

In Döbling wird der alte, 276 Meter lange Straßenkanal unter der Hohen Warte zwischen Grinzinger Straße und Geweygasse umgebaut. Die Kosten dafür betragen 880.000 Schilling.

Im 22. Bezirk wird für die Kanalisierung der im Bau befindlichen städtischen Wohnhausanlage westlich der Eipeldauer Straße der Bau eines neuen Straßenkanals von der Wagramer Straße gegen die Aderklaaer Straße auf einer Länge von 795 Meter erforderlich. Die Kosten dafür: 1,460.000 Schilling.

In Liesing schließlich, in der Heißgasse, wird im Zug des planmäßigen Ausbaues des Kanalnetzes für den 23. Bezirk ein 171 Meter langer Straßenkanal zwischen Marktgemeindegasse und Rosenhügelstraße gebaut. Dieser neue Kanal kostet 530.000 Schilling.

\- - -

Rundfahrten "Neues Wien"

20. Juli (RK) Freitag, 22. Juli, Route 1 mit Neubau des Allgemeinen Krankenhauses, Internationalem Studentenheim, Volksheim und Volksschule in der Krim, Ausflugsrestaurant Bellevue, Neubauten des Wilhelminenspitals, Assanierung Alt-Ottakring sowie anderen städtischen Anlagen und Einrichtungen.

Abfahrt vom Rathaus, 1, Lichtenfelsgasse 2, um 13.30 Uhr.

\- - -

In Floridsdorf entsteht eines der schönsten Hallenbäder Österreichs

20. Juli (RK) Die Stadträte Kurt Heller und Hubert Pfoch sowie Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Dr. Rudolf Koller besichtigten heute die große Baustelle in Floridsdorf, auf der eines der schönsten Hallenbäder Österreichs entsteht: das Floridsdorfer Hallenbad. Die Bauarbeiten sind hier schon weit fortgeschritten, die Gebäude selbst sind im Rohbau ja bereits seit Mai vergangenen Jahres fertiggestellt. Von außen ist der imposante Bau nahezu abgeschlossen, an den hellen Mosaikfassaden, die durch blaue durchsichtige Glasblenden neben den Fenstern aufgelockert sind, werden gegenwärtig die letzten Handgriffe angelegt. Sonst aber konzentrieren sich die Arbeiten auf den Innenausbau mit den umfangreichen und ungeheuer komplizierten Installationen. Denn bei einem Hallenbad dieser Größenordnung - es umfaßt rund 70.000 Kubikmeter umbauten Raum - ist die Ausführung der Inneneinrichtung nach den modernsten technischen Erkenntnissen besonders wichtig. Vor allem die Verlegung der Fußbodenheizung sowie der übrigen Heizungsanlagen, Wasser- und Lüftungsinstallationen sind Spezialarbeiten, von deren Ausführung das Gelingen des ganzen Werkes abhängt. Man rechnet damit, daß das Floridsdorfer Hallenbad, dessen Baukosten voraussichtlich 102 Millionen Schilling betragen werden, bis zum Herbst 1967 fertiggestellt sein wird.

Österreichs berühmtester Bäderbauer, Architekt Prof. Ing. Friedrich Florian Grünberger, nach dessen Plänen das Floridsdorfer Hallenbad errichtet wird, weist darauf hin, daß hier ein echtes "Familienbad" entsteht, das heißt, daß für alle Altersstufen, vom Kind bis zum alten Menschen, die notwendigen Einrichtungen vorhanden sind.

Die großzügig geplante Anlage umfaßt im wesentlichen drei Trakte: einen längs der Freytaggasse verlaufenden langgestreckten Bau, in dem die Dampfbäder, die Wannenbäder und die Kabinenanlagen untergebracht sind, ferner die große Schwimmhalle und schließlich einen Verbindungstrakt mit dem Haupteingang von der Franklinstraße. An die Schwimmhalle schließt eine Liegewiese mit einem Kinderplantschbecken an.

./.

Die Dampfbäder sind für 130 Männer und 122 Frauen eingerichtet und umfassen neben einer Dampf- und Heißluftkammer auch eine Sauna, Brauseräume, Warm- und Kaltwasserbecken sowie Massage- und Pedikürеräume und einen Frisiersalon. Im Wannenbad stehen 25 Wannenkabinen zur Verfügung.

Die große Schwimmhalle beherbergt das Mehrzweckbecken mit sechs Sportbecken und einer Drei- und Sechs-Meter-Sprunganlage. Eine Tribüne bietet 400 Zuschauern Gelegenheit, Schwimmwettkämpfe zu verfolgen. Ferner wurden auch ein eigenes Lehrschwimmbecken und ein Kinderbecken angelegt. 250 Kabinen und rund 300 Kästchen stehen den Badegästen zur Verfügung. Auf dem Dach des Dampf- und Wannenbadtraktes warten in 22 Meter Höhe zwei große Terrassen auf die Sonnenanbeter, die von hier aus einen herrlichen Blick auf den Kahlenberg und den Leopoldsberg haben. In einem Restaurant wird man sich nicht nur stärken, sondern von dort aus auch den Schwimmern zusehen können.

\- - -

Angelobung eines Bezirksrates

20. Juli (RK) Heute wurde von Stadtrat Sigmund in Vertretung des Bürgermeisters im Rathaus Heinrich Brenner (13. Bezirk) als neu berufener Bezirksrat angelobt. Magistratsrat Dr. Liska verlas die Geläbnisformel. Der neue Bezirksrat leistete Stadtrat Sigmund mit Handschlag das Gelöbnis.

\- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

20. Juli (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Fisolen 5 bis 6 S, Gurken 4 bis 6 S, Tomaten 4 bis 6 S je Kilogramm.

Obst: Äpfel 6 bis 8 S, Marillen 6 bis 8 S, Pfirsiche 6 bis 8 S je Kilogramm.

\- - -

Europa - gestern, heute und morgen

Vizebürgermeister Dr. Drimmel begrüßte Teilnehmer am Europa-Seminar

20. Juli (RK) Im Steinernen Saal des Wiener Rathauses hieß heute nachmittag Vizebürgermeister Dr. Heinrich Drimmel die 100 Teilnehmer am 5. Internationalen Seminar des Europahauses Wien herzlich willkommen.

Das 14tägige Seminar, das gegenwärtig noch bis Samstag im Europahaus auf der Linzer Straße stattfindet, steht unter dem Motto "Europa - gestern, heute und morgen". Die Teilnehmer, Professoren und Studenten an tschechoslowakischen, polnischen, ungarischen und jugoslawischen Hochschulen sowie an den Universitäten München und Berlin, hören im Rahmen des Seminars Vorträge zu diesem Thema, die von bedeutenden Universitätsprofessoren aus den verschiedensten Ländern gehalten werden; in Arbeitsgemeinschaften werden die damit im Zusammenhang stehenden Probleme diskutiert. Die Seminare, die vor fünf Jahren als reines Studententreffen ins Leben gerufen wurden, sind inzwischen bereits zu einem der bedeutendsten europäischen Diskussionsforen geworden.

Vizebürgermeister Dr. Drimmel, der am kommenden Freitag den Schlußvortrag über das Thema "Der Donauraum und seine Zukunft" halten wird, gab den Gästen einen kurzen historischen Überblick über die Stellung Wiens in Europa und wünschte den Veranstaltern der Tagung weiterhin viel Erfolg. Im Namen der Seminarteilnehmer dankte der Leiter des Europahauses, Dr. Buchwieser, für den herzlichen Empfang im Rathaus.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Postleitzahl: 1082

Donnerstag, 21. Juli 1966 Blatt 2261

Es ist "Umleitungssaison":

Der "Fahrplan" der städtischen Straßenbauer

21. Juli (RK) Im Sommer ist die Zeit der Umleitungen. Sie wachsen wie die Schwammerln aus dem Boden und erfreuen die Verkehrsteilnehmer keineswegs. Aber ohne Umleitungen gibt es keine besseren Straßen. Die städtische Straßenbauabteilung hat auch heuer wieder eine Menge zu tun; eine ganze Reihe von Projekten sind in Arbeit, viele Vorhaben werden auch in den nächsten Wochen noch begonnen werden.

Im folgenden bringt die "Rathaus-Korrespondenz" einen Überblick über die bedeutenderen Straßenbaustellen in unserer Stadt. Der erste Teil behandelt jene Bauvorhaben, die heuer noch fertig werden, der zweite Teil längerfristige Straßenbauvorhaben und der letzte Teil jene Straßenbauten, mit denen noch in diesem Jahr begonnen wird.

Heuer fertig: Autobahn-West und Wientalbundesstraße

Im 12. Bezirk wird die Unterfahrung der Breitenfurter Straße unter der Donauländebahn mit der Aufbringung des endgültigen Asphaltbelages fertiggestellt. Außerdem werden die Anschlüsse an die neue Wienerbergbrücke hergestellt werden. Damit wird eine direkte Verbindung der Wienerbergstraße mit der Edelsinnstraße hergestellt und eine wesentliche Entlastung der Philadelphiabrücke erreicht. Mit der Verkehrsübergabe kann Anfang September gerechnet werden.

./.

Im 20. Bezirk werden die Arbeiten am Ausbau der Dresdner Straße, zwischen der Adalbert Stifter-Straße und dem Höchstädtplatz bis zum Herbst soweit abgeschlossen sein, daß diese neue Verkehrsfläche eröffnet werden kann. Gemeinsam mit der, im Vorjahr ausgebauten Lorenz Müller-Gasse wird dadurch eine sehr wichtige Querverbindung zwischen dem 19. und dem 20. beziehungsweise 2. Bezirk hergestellt, die eine zügige Verbindung von der Heiligenstädter Straße bis zum Praterstern ergibt.

Im 13. Bezirk wird der im Vorjahre begonnene Umbau der Hietzinger Hauptstraße an der Kreuzung mit der Verbindungsbahn abgeschlossen werden. Nach der Errichtung einer neuen Schrankenanlage werden sodann zwei Richtungsfahrbahnen für den KFZ-Verkehr zur Verfügung stehen.

Im 14. Bezirk wurden die Arbeiten in der Schloßallee und in der Linzer Straße bereits beendet. Durch die Verbreiterung der dortigen Fahrbahnen und mit der Herstellung eines neuen Asphaltbetonbelages, der sich auch über die schwer belastete Kreuzung Johnstraße erstreckt, konnte eine wesentliche Verkehrsverbesserung erzielt werden.

Im 16. Bezirk wurde am 7. Juli 1966 die Sandleitengasse-Maroltingergasse, von der Wilhelminenstraße bis zur Hasnerstraße, für den Verkehr freigegeben. In diesem Abschnitt wurden von den Verkehrsbetrieben neue Straßenbahngleise gelegt, so daß nunmehr die Linie 10 bis in den 17. Bezirk, zur Endschleife Güpferlingstraße geführt werden kann. Die Fahrbahnen wurden verbreitert und mit einem Asphaltbelag versehen.
Im 23. Bezirk wird, wie angekündigt, nächste Woche die Ketzergasse, von der Perchtoldsdorfer Straße bis zur Brunner Straße, eröffnet werden. Durch den Neubau dieses 1.400 Meter langen Straßenstückes, einschließlich der Unterfahrung unter der Südbahn, wird eine für den stark wachsenden Ost-Westverkehr am Südrand Wiens bedeutungsvolle Verbindung geschaffen, die insbesondere auch für das, an Ausdehnung immer mehr zunehmende Industriegebiet Liesing wertvoll ist.

./.

Im 2. Bezirk stehen die Arbeiten in der Meiereistraße vor dem Abschluß. Durch die Herstellung zweier Richtungsfahrbahnen mit neuem Asphaltbelag zwischen der Hauptallee und dem Handelskai wurde diese, nicht nur bei Stadionveranstaltungen stark befahrene Straße leistungsfähig ausgestaltet. Außerdem wurden im Bereich des Stadions zusätzliche Parkplätze hergestellt.

Im 19. Bezirk werden in der Sieveringer Straße, von der Brechergasse bis zur Agnesgasse, nach der Einwölbung des Erbsenbaches, die Fahrbahn und ein neu geschaffener Promenadeweg mit Asphaltbelägen ausgestattet. Die Arbeiten werden bis zum Herbst beendet sein.

Im 20. Bezirk wird die Jägerstraße, von der Stromstraße bis zur Adalbert Stifter-Straße, neu ausgebaut und erhält einen Asphaltbelag. Diese neue Straße wird in Kürze dem Verkehr übergeben werden können.

Im 10. Bezirk wurden die umfangreichen Straßenbauarbeiten in der neuen Hansson-Siedlung-Nord zum Abschluß gebracht.

Im Westen Wiens schreiten die Arbeiten an der Autobahn-West rasch voran. Die Fahrbahnen der Autobahn sind mit dem provisorischen Fahrbahnbelag (Bitukies) versehen, an der Ausgestaltung der Anschlußstelle Auhof wird derzeit gearbeitet. Bis zur voraussichtlichen Verkehrsübergabe der Autobahn West im Herbst dieses Jahres wird auch diese Anschlußstelle weitgehend mit Bitukies als provisorischem Fahrbahnbelag fertiggestellt sein.

Der Ausbau der Bundesstraße 1 im Wiental, in dem sechsspurigen Teil vom Autobahnknoten Auhof bis zum Nikolaiberg in Hütteldorf verläuft programmgemäß und wird ebenfalls bis zum Herbst abgeschlossen sein.

Weiter stadteinwärts wird im Zuge der Bundesstraße 1 auf dem Hietzinger Kai, im Abschnitt Mantlergasse bis Dommayergasse derzeit der abschließende Asphaltbetonbelag aufgebracht, so daß dieser Teil der Wientalbegleitstraße in Kürze fertiggestellt sein wird.

./.

Die letzte große Baustelle auf der Bundesstraße 1 im Wiental ist die Grünbergstraße, von der Schönbrunner Straße bis zur Winckelmannstraße und die Linke Wienzeile, von der Winckelmannstraße bis zur Schönbrunner Schloßbrücke. Hier wurden die sehr umfangreichen und langwierigen Arbeiten der Einbautendienststellen bereits zum Abschluß gebracht. Die Fahrbahn der Linken Wienzeile wurde mit dem neuen Asphaltbelag versehen, und nun kann der endgültige Ausbau der Grünbergstraße in dem genannten Abschnitt durchgeführt werden. Mit der Fertigstellung dieses äußerst stark befahrenen Straßenstückes ist im Herbst dieses Jahres zu rechnen.

Weiter im Gange: Lastenstraße, Erzherzog Karl-Straße, Brünner Straße

Im Zuge der Tieferlegung der Zweierlinien schreiten die Arbeiten in der sogenannten Lastenstraße, entsprechend dem Baufortschritt der Tunnelstrecken, voran. In jenen Abschnitten, wo die derzeit provisorisch verlegten Straßenbahngleise nicht hindern, wurde bereits der endgültige Asphaltbetonbelag hergestellt. So zum Beispiel auf der östlichen Fahrbahn des Getreidemarktes, von der Friedrich straße bis zur Gauermanngasse, auf dem Messeplatz, zwischen Babenbergerstraße und Bellariastraße und auf der östlichen Fahrbahn der Landesgerichtsstraße, von der Felderstraße bis zur Universitätsstraße. Auf den übrigen Strecken wickelt sich der Verkehr über die bituminösen Tragschichten ab.

Lediglich im Abschnitt der Museumstraße, von der Volksgartenstraße bis zur Lerchenfelder Straße einschließlich der Verkehrsflächen auf dem Schmerlingplatz sind noch Unterbauarbeiten im Gange, die jedoch in Kürze abgeschlossen sein werden.

Nach der Aufnahme des unterirdischen Betriebes der Zweierlinie im Oktober dieses Jahres werden nach der Entfernung der Straßenbahnschienen die noch erforderlichen Arbeiten an den Versorgungsleitungen durchgeführt und anschließend die Befestigung der Verkehrsflächen in Angriff genommen werden. Mit der endgültigen Fertigstellung der Verkehrsflächen zwischen Friedrichstraße und Universitätsstraße kann im Sommer 1967 gerechnet werden.

./.

Im 10. Bezirk wird an dem Ausbau der Quellenstraße, von der Favoritenstraße bis zur Triester Straße gearbeitet. Diese, im Zusammenhang mit dem Umbau des Matzleinsdorfer Platzes notwendigen Straßenbauarbeiten werden nach Verlegung der neueh Gleise der Straßenbahn bis zum Jahresende 1966 weitgehend durchgeführt sein.

Im 22. Bezirk ist der Ausbau der Erzherzog Karl-Straße in dem Abschnitt von der Industriestraße bis zur Rugierstraße in vollem Gange. Nach dem Abbruch verschiedener Gebäude bei der Magdeburgstraße kann nunmehr die nördliche Richtungsfahrbahn durchgebaut werden.

Im 21. Bezirk wird die Brünner Straße, von der Schloßhofer Straße bis zur Schnellbahnkreuzung umgebaut. Diese Arbeiten gestalten sich wegen der umfangreichen Verkehrsumleitungen sehr schwierig, sie werden jedoch bis zum Jahresende soweit gediehen sein, daß der Verkehr auf dem provisorischen Belag (Bitukies) in beiden Richtungen wieder aufgenommen werden kann.

Zahlreiche Straßenbauarbeiten größeren Umfanges sind derzeit im Zusammenhang mit der Errichtung großer städtischer Wohnhausanlagen beziehungsweise zur Aufschließung neuer Baugebiete im Gange.

So werden im 10. Bezirk, im Bereiche der künftigen Wohnhausanlage Per Albin Hansson-Siedlung-Ost umfangreiche Aufschließungsarbeiten durchgeführt.

Im 11. Bezirk, im Bereiche der Wohnhausanlage Weißenböckstraße-Am Kanal werden die Arbeiten entsprechend dem Fortschreiten des Hochbaues ausgeführt.

Ebenfalls im 11. Bezirk ist der Ausbau der Kopalgasse, von der Simmeringer Hauptstraße bis zur Delsenbachgasse im Gange.

Im 19. Bezirk werden in der Wohnhausanlage Krottenbachstraße gegenüber O.Nr. 95 umfangreiche Straßenbauarbeiten durchgeführt.

Im 21. Bezirk wird im Bereiche der Autokaderstraße ein großes Baugebiet aufgeschlossen, in dem mit der Errichtung von Fertigteilhäusern in Kürze begonnen wird.

./.

Im 22. Bezirk sind in der großen Wohnhausanlage der Montagebau A.G., Eipeldauer Straße zahlreiche Straßen bereits fertiggestellt, weitere sind noch im Bau.

Im 23. Bezirk werden in Mauer die Marktgemeindegasse und Karl Schwed-Gasse sowie einige kleinere Straßen bei den dortigen städtischen Wohnhausbauten ausgebaut.

In Atzgersdorf sind die Aufschließungsarbeiten für die große Wohnhausanlage Mangasse - Dirmhirngasse in vollem Gange.

Ebenfalls in Atzgersdorf werden die Höpflergasse, die Lastenstraße und einige weitere Straßen bei den dortigen Wohnhausanlagen fertiggestellt.

In Erlaa werden die Erlaaer Straße und die Josef Österreicher-Gasse im Bereiche der dortigen Wohnhausanlage ausgebaut.

Schließlich sind in Siebenhirten Straßenbauarbeiten bei der Wohnhausanlage Basler Gasse - Leo Mathauser-Gasse im Gange.

Umfangreiche Straßen- und Brückenbauarbeiten sind auf der Bundesstraße 1, auf dem linken Wienflußufer, im Gange. Dort wird im 13. Bezirk, in dem Abschnitt von der Hochsatzengasse bis zum Nikolaiberg in Hütteldorf an dem Neubau der linksufrigen Wientalbegleitstraße gearbeitet, über die in Zukunft der stadtauswärts gerichtete Verkehr fluten wird. Wegen der Beengtheit des Raumes gestalten sich die Arbeiten dort sehr schwierig. Vom Bahnhof Hütteldorf stadtauswärts muß für diese neue Straße zwischen dem Wienflußbett und dem Bahndamm der Westbahn Raum geschaffen werden, was nur durch die Herstellung einer rund 1.000 Meter langen Brückenkonstruktion möglich ist. Diese verläuft zunächst als Hangbrücke entlang der Westbahn und übersetzt schließlich beim Nikolaiberg mit der sogenannten Nikolaibrücke das Wienflußbett. Diese umfangreichen Arbeiten werden im heurigen Jahre sehr weit voranschreiten.

Auf der Südautobahn werden derzeit noch Fertigstellungsarbeiten in der Anschlußstelle Inzersdorf durchgeführt. Diese sind leider behindert durch schwierige Grundfreimachungen, sodaß derzeit noch nicht abzusehen ist, wann die geplante Verlängerung der Sterngasse über die Triester Straße nach Westen hergestellt werden kann.

./.

Heuer beginnen: Provisorium Karlsplatz, Wientalbegleitstraße, Großfeldsiedlung

Mit der Inbetriebnahme der unterirdischen Strecke der Zweierlinie müssen die Verkehrsflächen im westlichen Teil des Karlsplatzes der neuen Straßenbahnführung angepaßt werden. Dadurch ergibt sich andererseits aber auch die Möglichkeit, die Straßenbahngleise in die Grünfläche zu verlegen und so die Fahrbahnen vom Straßenbahnverkehr zu befreien. Der aus der rechten Wienzeile in den Karlsplatz einströmende und weiter zum Schwarzenbergplatz flutende Kraftfahrzeugverkehr muß derzeit zweimal die Gleise der Zweierlinie kreuzen. Diese Kreuzungen werden durch die neue Gleislage beseitigt, außerdem werden die, für den Individualverkehr bestimmten Verkehrsflächen vergrößert. Dieses Langzeitprovisorium soll bis zur endgültigen Ausgestaltung des Karlsplatzes, die mit der Unterpflasterlegung der Zweier- und der Sechzigerlinien verbunden ist, bestehen bleiben. Die Gleislegungen sind bereits im Gange, mit den Straßenbauarbeiten wird in Kürze begonnen werden.

Auf dem Matzleinsdorfer Platz und dem Gürtel, zwischen Matzleinsdorfer Platz und Südtiroler Platz sowie in der Kliebergasse sind die Arbeiten an den Tunnelstrecken der Straßenbahn soweit gediehen, daß in Bälde mit der Herstellung der neuen Fahrbahnen in einigen Abschnitten begonnen werden kann. Insbesondere wird auf dem Matzleinsdorfer Platz für die Fahrtrichtung in die Triester Straße stadtauswärts eine Fahrbahn herzustellen sein. Auf dem Gürtel und in der Kliebergasse kann ebenfalls mit der Herstellung des Fahrbahnbelages begonnen werden.

Die Fahrbahn des Inneren Gürtels von der Kandlgasse bis zur Kinderspitalgasse genügt mit ihrer derzeitigen Breite von neun Metern nicht mehr den Verkehrsbedürfnissen. Durch die Einbeziehung eines rund 2.50 Meter breiten Gehsteiges an der Westseite wird die Fahrbahn auf rund 11,5 Meter verbreitert werden. Mit den Arbeiten wird in der nächsten Zeit begonnen. Günstiges Bauwetter vorausgesetzt, werden sie auch im heurigen Jahr noch abgeschlossen werden.

./.

Im Zuge des Ausbaues der Wientalbegleitstraßen wird die Linke Wienzeile im 6. Bezirk, von der Hofmühlgasse bis zum Margaretengürtel mit einer zehn Meter breiten Fahrbahn mit Asphaltbetonbelag ausgestattet werden. Wegen großer Schwierigkeiten bei der Grundfreimachung werden sich diese Arbeiten auch in das kommende Jahr erstrecken.

Im 1. Bezirk wird der sehr schadhafte Fahrbahnbelag der Brandstätte, vom Bauernmarkt bis zur Tuchlauben, durch einen neuen Hartgußasphalt ersetzt werden. Diese Arbeiten werden voraussichtlich noch im Herbst dieses Jahres abgeschlossen werden.

Im 7. Bezirk wird der Umbau der Neustiftgasse, von der Museumstraße bis zur Neubaugasse in nächster Zeit begonnen. Die Verkehrsbedeutung der Neustiftgasse wird nach Fertigstellung des Umbaues der Lastenstraße wesentlich größer werden, da sie als Einbahn den Verkehr in der Richtung zum Gürtel aufnehmen wird. Bei günstigem Bauwetter kann dieses Teilstück bis zum Jahresende mit der bituminösen Tragschichte dem Verkehr übergeben werden.

Im 22. Bezirk ist nach der Verlegung einer Fernheizleitung und anderer großer Versorgungsleitungen der Um- beziehungsweise Neubau der Zillingergasse und der Breitenleer Straße, von der Hirschstettner Straße bis Am langen Felde, notwendig geworden. Darüber hinaus wird auf der Fahrbahn der Breitenleer Straße bis zur Ostbahnunterfahrung ein neuer Asphaltbetonbelag aufgebracht werden.

Im 6. Bezirk ist im Zusammenhang mit Wohnhausbauten der Ausbau der Magdalenenstraße, von der Linken Wienzeile bis zur Korneliusgasse, notwendig geworden. Die Herstellung der neuen Asphaltfahrbahn erfordert Hebungen gegenüber dem jetzigen Zustand von mehr als zwei Meter.

Im 20. Bezirk wird bei einer neuen städtischen Wohnhausanlage die Leipziger Straße, von der Burghardtgasse bis zur Jägerstraße, ausgebaut.

Im 21. Bezirk werden die Justgasse und die Ruthnergasse, ebenfalls im Bereiche städtischer Wohnhausbauten, ausgebaut werden.

Im 21. Bezirk stehen im Bereiche des Ringelseeplatzes ein neues Hallenschwimmbad sowie Handels- und Mittelschulbauten vor der Fertigstellung. Außerdem sind in diesem Gebiete verschiedene Wohnhausbauten geplant. Mit den, in diesem Zusammenhang durchzuführenden Straßenbauarbeiten wird in Kürze begonnen werden.

./.

Schließlich wird im 21. Bezirk im heurigen Jahr mit den Straßenbauarbeiten in der Großfeldsiedlung begonnen. Dieses Bauvorhaben, das sich voraussichtlich auf fünf Jahre erstrecken wird, ist eines der größten Vorhaben im Straßenbau der letzten Jahre. Es umfaßt die Befestigung von rund 240.000 Quadratmetern Fahrbahnen und rund 130.000 Quadratmeter Gehsteigen.

Der Bau der Südautobahn ist von der Stadtgrenze im Süden bis zur Anschlußstelle Inzersdorf fertiggestellt. Nach umfangreichen und schwierigen Projektierungsarbeiten wird im heurigen Jahr mit dem Bau der Brücken in dem Abschnitt Inzersdorf-Knoten Favoritenstraße begonnen werden.

Außerdem werden die Vorbereitungsarbeiten für die Verbindung der Südautobahn mit der Altmannsdorfer Straße (Bundesstraße 1) durchgeführt.

\- - -

Musikveranstaltungen in der Woche vom 25. bis 31. Juli

21. Juli (RK)

Montag, 25. Juli:

17.00 Uhr, 3. Bezirk, Oberer Belvedere-Garten: Kulturamt der Stadt Wien: Promenadekonzert; Wiener Konzertorchester, Dirigent Leopold Grossmann (Millöcker, Johann Strauß, Weinberger, Zeller, Fucik, Formann, Waldteufel, Taborski, Benatzky, Wagner)

20.00 Uhr, Palais Schwarzenberg: Kulturamt der Stadt Wien: Klavierabend Walter Klien (Mozart, Chopin, F. Schmidt, Ravel, Schumann)

Dienstag, 26. Juli:

17.30 Uhr, 15. Bezirk, Märzpark: Kulturamt der Stadt Wien:Konzert der Musikkapelle der Wiener Verkehrsbetriebe

17.30 Uhr, 21. Bezirk, Wasserpark: Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Polizeimusik Wien

20.00 Uhr, Wiener Rathaus, Arkadenhof: Kulturamt der Stadt Wien: 8. Orchesterkonzert; Wiener Symphoniker, Dirigent Paul Angerer (Cherubini: Ouverture zu "Anacreon"; Beethoven: 8. Symphonie F-dur op. 93; Wellesz: Musik für Streichorchester op. 91; Reger: Vier Tondichtungen nach Arnold Böcklin op. 128)

Mittwoch, 27. Juli:

20.00 Uhr, Palais Bobkowitz: Kulturamt der Stadt Wien: Liederabend Rohtraud Hansmann (Sopran) Wolfgang Aichinger (Bariton), am Flügel Norman Shetler (Mozart, Schubert, Wolf, Mendelssohn, R. Strauss, Graener)

Donnerstag, 28. Juli:

17.00 Uhr, 1. Bezirk, Volksgarten: Kulturamt der Stadt Wien: Promenadekonzert; Wiener Konzertorchester, Dirigent Leopold Grossmann (Suppé, Johann Strauß, Hellmesberger, Formann, Ziehrer, Zelwecker, Eisele, Gebauer, Hruby, Fucik)

17.30 Uhr, 11. Bezirk, Herderpark: Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Musikkapelle der Wiener Verkehrsbetriebe

17.30 Uhr, 12. Bezirk, Steinbauerpark: Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Musikkapelle der Wiener Verkehrsbetriebe

./.

17.30 Uhr, 16. Bezirk, Kongreßpark: Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Polizeimusik Wien

20.00 Uhr, Palais Auersperg: Kulturamt der Stadt Wien: "Musik aus galanter Zeit"; Adelina Gallert, Sopran, Inge Kremmel, Gitarre, Ernst Kölz, Flöte, Antonie Kolar, Cembalo (de Fesch, Graun, Mariottini, Bach, Giuliani, Pepusch, Haendel, Schulz, Scarlatti, Arne)

Freitag, 29. Juli:

17.30 Uhr, 10. Bezirk, Volkspark, Laaer-Berg: Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Polizeimusik Wien

17.30 Uhr, 20. Bezirk, Allerheiligenplatz: Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Musikkapelle der Wiener Verkehrsbetriebe

20.00 Uhr, Wiener Rathaus, Arkadenhof: Kulturamt der Stadt Wien: 9. Orchesterkonzert; Wiener Symphoniker, Dirigent Max Heider (Schiske: Vorspiel für Orchester op. 6; Beethoven: 1. Symphonie C-dur op. 21; Schumann: 1. Symphonie B-dur op. 38)

Sonntag, 31. Juli:

20.00 Uhr, Kulturzentrum, 1, Annagasse 20: Internationales Kulturzentrum: Klavierabend Armando Ford (Scarlatti, Haydn, Chopin, Schubert, Debussy)

\- - -

Rundfahrten "Neues Wien"

21. Juli (RK) Samstag, 23. Juli, Route 2 mit Verkehrsbauwerk Gürtel, 3. Zentralberufsschulgebäude, Theresienbad, Südautobahneinfahrt, Schule Maiklgasse, Per Albin Hansson-Siedlung, Volkspark am Laaer-Berg sowie anderen städtischen Anlagen und Einrichtungen.

Abfahrt vom Rathaus, 1, Lichtenfelsgasse 2, um 13 Uhr.

\- - -

Laxenburg als Diener zweier Herren

"Diener zweier Herren" in Laxenburg

21. Juli (RK) Vor wenigen Wochen wurde das neugestaltete Erholungszentrum in Park und Schloß Laxenburg sozusagen als Diener zweier Herren, nämlich Wiens und Niederösterreichs, offiziell eröffnet. Seit dieser Zeit hat der Besucherzustrom nach Laxenburg sprunghaft zugenommen. Die Gäste haben von den neuen Einrichtungen Besitz ergriffen. Am ersten Badesonntag konnte das Waldbad bereits 1.300 Badegäste verzeichnen. Die Zahl der Teilnehmer an den Führungen durch die Franzensburg ist stark gestiegen; an einem guten Tag werden 600 bis 800 Besucher gezählt. Der Minigolfplatz registriert im Durchschnitt täglich 400 Spieler, und auf dem Campingplatz wächst die Zeltstadt von Tag zu Tag.

Neben der Erholung ist aber seit vorigem Wochenende auch Gelegenheit, in Laxenburg seine kulturellen Bedürfnisse zu befriedigen. Als angenehme und vor allem leicht erreichbare Ergänzung der Wiener Sommersaison bieten heuer die Laxenburger Schloßspiele im stimmungsvollen Blauen Hof "Der Diener zweier Herren" von Carlo Goldoni. Bis 4. September wird jeden Samstag, Sonn- und Feiertag um 16.30 Uhr gespielt. Das ambitionierte Ensemble hatte bei der Premiere allgemein großen Erfolg.

Zu den Aufführungen im Blauen Hof werden Sonderautobusse vom Österreichischen Verkehrsbüro weg geführt, die um 14 Uhr abfahren. Nach der Ankunft in Laxenburg ist somit noch genügend Zeit zur Besichtigung der Franzensburg und zu einem Spaziergang im Schloßpark.

\- - -

Blick über die Grenzen:

München droht Neubaustop

21. Juli (RK) Nach einem Pressegespräch der Wiener Kommunalberichterstatter mit dem städtischen Finanzreferenten Vizebürgermeister Felix Slavik ist in der Öffentlichkeit eine lebhafte Diskussion über bevorstehende Tarif- und Steuererhöhungen in Wien enstanden. Auf Grund der vom Bund bereits beschlossenen beziehungsweise noch beabsichtigten Maßnahmen steht die Stadt Wien vor der Alternative, entweder Investitionskürzungen vornehmen und Einschränkungen im Wohnungsbau hinnehmen zu müssen oder Tarif- und Steuererhöhungen zu erwägen. In diesem Zusammenhang erscheint es interessant, einen Blick über die Grenzen unseres Landes zu werfen, etwa in die Hauptstadt Bayerns.

Wie der "Münchner Stadtanzeiger" (Nr. 28, 15. Juli 1966) unter dem Titel "Neubaustop bei der Stadt" meldet, verlas der Finanzreferent der Münchner Stadtverwaltung, Helmut Gittel, dieser Tage vor dem Stadtrat einen alarmierenden Bericht über die Haushaltslage der Stadt München. Daraus geht unter anderem hervor:

Die Gewerbesteuereinnahmen blieben im ersten Halbjahr 1966 um mehr als 22 Millionen Mark hinter den Schätzungen zurück. Dieser Fehlbetrag kann nur durch Aufzehrung einer Rücklage, Streichungen und durch Mehreinnahmen auf anderen Gebieten (in Höhe von 14 Millionen Mark) ausgeglichen werden. Noch weitaus schwieriger als beim sogenannten "ordentlichen" Haushalt ist die Lage beim "außerordentlichen" beziehungsweise Schuldenhaushalt, der vorwiegend über Kredite finanziert werden muß. Baueinstellungen sind zu befürchten. Neubauten können vorerst kaum noch begonnen werden. Der Ältestenrat des Münchner Stadtrates wird ab sofort als Kommission über nähere Einzelheiten in diesem Zusammenhang beraten. Die Folgen der Verteuerung der Kredite in der Bundesrepublik wirken sich nunmehr kraß auf die Arbeit der Stadtverwaltung aus.

./.

Laut "Münchner Stadtanzeiger" heißt es in dem Bericht von Stadtkämmerer Gittel unter anderem:

"Entscheidend, und zwar negativ, greift in diesem Haushaltsjahr die Gewerbesteuer in die Haushaltsführung der Landeshauptstadt ein... Eine genaue Analyse der voraussichtlichen Gewerbesteuerentwicklung läßt für 1966 bei allerdings sehr optimistischen Betrabhtungen ein Gesamtaufkommen in Höhe von 380 Millionen Mark erwarten. Es besteht Übereinstimmung in der Meinung, daß das wirkliche Rechnungsergebnis eher hinter dieser Schätzung zurückbleiben wird, als daß noch darüber hinausgehende Einnahmen anfallen werden. Bemerkenswert ist im übrigen in diesem Zusammenhang die allgemeine Feststellung, daß in den großen Städten der Bundesrepublik nach der neueren Entwicklung die Steigerung der Gewerbesteuereinnahmen hinter dem für das Bundesgebiet ermittelten Steigerungssatz deutlich zurückbleibt. Für München wurden außerdem negative steuerliche Auswirkungen der Fusionsbestrebungen größerer Betriebe erkennbar...

Gegenüber der Veranschlagung werden die Gewerbesteuereinnahmen, wenn sich die Vorausberechnungen bestätigen, um 21,5 Millionen hinter dem veranschlagten Aufkommen zurückbleiben.

Trotz dieser Mindereinnahmen möchten wir den Haushaltsabgleich jedenfalls nicht schon heute als gefährdet ansehen. Hierzu müssen allerdings folgende Grundvoraussetzungen erfüllt werden:

Bei der Bereitstellung überplanmäßiger Ausgabemittel ist auch im weiteren Verlauf des Haushaltsjahres größte Zurückhaltung zu üben; überplanmäßige Mittel dürfen nur für unabweisbare, also in aller Regel nur für gesetzliche oder vertragliche Verpflichtungen beansprucht werden.

Die im Haushaltsplan 1966 gesperrten Mittel in Höhe eines Viertels des für die Beschaffung von beweglichem Vermögen veranschlagten Gesamtbetrages von rund 14 Millionen Mark werden endgültig eingezogen, wodurch eine Ausgabeneinsparung von rund 3,5 Millionen erzielt werden kann...

Schließlich können bei den sächlichen Verwaltungs- und Zweckausgaben Einsparungen in Höhe von vier Millionen Mark erwartet werden.

./.

Voraussichtlich kann also der Gewerbesteuerausfall in Höhe von 21,5 Millionen durch Ausgabeneinsparungen in Höhe von 7,5 Millionen und durch Einnahmenverbesserungen in Höhe von 14 Millionen ausgeglichen werden.

Die Beschaffung weiterer Fremdmittel bereitet größte Sorgen. Die Kapitalmarktverhältnisse haben sich so zugespitzt, daß derzeit Konditionen angesprochen werden, die eine Effektivverzinsung von mehr als neun Prozent ergeben, wobei Schuldscheindarlehen selbst zu solchen Bedingungen nur in sehr beschränktem Umfang erhältlich sind. Die schon vor Beginn des Haushaltsjahres eingeleiteten Verhandlungen wegen Auflegung von 120 Millionen Mark Inhaberschuldverschreibungen verliefen zunächst in allen zuständigen Gremien erfolgversprechend, bis die zunehmende Verschärfung auf dem Kapitalmarkt den "runden Tisch" im April zu einer völligen Emissionssperre für Anleihen der Öffentlichen Hand bis 30. Juni 1966 veranlaßte...

Damit ist die Begebung einer Inhaberanleihe für dieses Jahr mindestens sehr fraglich geworden. Auf den Vollzug des Finanzplanes der Stadtwerke und damit mittelbar auch des außerordentlichen Haushaltes würde das Ausfallen der Anleihe zweifellos schwerwiegende Auswirkungen haben.

Augenblicklich beläuft sich insgesamt der Darlehensbedarf für begonnene Maßnahmen auf 138,40 Millionen und für noch nicht begonnene Maßnahmen auf 127,18 Millionen Mark.

Diese Zahlen zeigen, daß die Beschaffung von Darlehen mit einem Auszahlungsbetrag von mindestens rund 140 Millionen geradezu unerläßlich ist und insoweit die aus der entstandenen Kapitalmarktmisere sich ergebenden außerordentlich harten Konditionen in Kauf genommen werden müssen. Soweit die Beschaffung von Darlehen in dieser Höhe nicht gelingt, was bei der in den letzten Wochen fast täglich sich fortsetzenden Verschlechterung der Kapitalmarktverhältnisse durchaus nicht ausgeschlossen ist, wären Baueinstellungen die zwangsläufige Folge..."

Münchens Oberbürgermeister Dr. Vogel nahm zu diesem Bericht sofort Stellung. Die folgenden Auszüge dieser Stellungnahme sind gleichfalls dem Bericht im "Münchner Stadtanzeiger" entnommen:

./.

...Die Wurzel der Schwierigkeiten, vor denen wir stehen, ist einfach die Tatsache, daß die Ausstattung der Gemeinden im allgemeinen und der Stadt München im besonderen mit laufenden Einnahmen, gemessen an den Aufgaben, unzulänglich war und ist. Wir haben in der Vergangenheit Schulden für Investitionen nur deswegen gemacht, weil wir die unzulängliche Investitionskraft des ordentlichen Haushaltes nur auf diese Weise im erforderlichen Ausmaß strecken konnten.

Wenn zum 1. Jänner 1967 der kommunale Anteil am zweckgebundenen Mineralölsteueraufkommen nicht von fünf auf 15 Prozent erhöht wird, werden die einschränkenden Maßnahmen, die jetzt schon im Hochbausektor Platz greifen, auch für den Verkehrsausbau in fühlbarster Weise eintreten ...

Wir wollen die Situation nicht dramatisieren ..., aber wir wollen unserer Bürgerschaft völlig reinen Wein einschenken und mit aller Deutlichkeit sagen, was diese Situation bedeutet. Die Fortsetzung der begonnen Baumaßnahmen hat absoluten Vorrang, und zwar um den Preis, daß für noch nicht Begonnenes der effektiv schon bestehende Baustop andauert und fortgesetzt wird."

\- - -

Amtlicher Wohnungstausch-Anzeiger

21. Juli (RK) Die neue Nummer des Amtlichen Wohnungstausch-Anzeigers ist soeben erschienen. Sie enthält auf 28 Seiten Tauschangebote aus sämtlichen Wiener Bezirken. In Spezialrubriken sind ferner Angebote von Hauswartwohnungen und Tauschangebote aus den Bundesländern enthalten.

Eine Einschaltung in die nächste Nummer des Amtlichen Wohnungstausch-Anzeigers, die am 8. September erscheint, kann bis spätestens 25. August im Tauschreferat, 1, Rathausstraße 2, vorgenommen werden.

\- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

21. Juli (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Gurken 3 bis 5 S, Weißkraut 1.50 bis 2 S je Kilogramm, Paprika 1.20 bis 2 S je Stück.

Obst: Birnen 4 bis 6 S, Marillen 4 bis 8 S, Pfirsiche 6 bis 10 S je Kilogramm.

\- - -

Schweinenachmarkt vom 21. Juli

21. Juli (RK) Neuzufuhren Inland: 67 Stück. Ungarn: 210. Summe 277. Verkauft wurde alles.

Ausländische Schweine notierten: Ungarn 16.50 S, Hauptmarktpreise.

\- - -

Rindernachmarkt vom 21. Juli

21. Juli (RK) Neuzufuhren Inland: 7 Stiere, 3 Kühe, Summe 10. Verkauft wurde alles. Hauptmarktpreise.

\- - -

Pferdenachmarkt vom 21. Juli

21. Juli (RK) Aufgetrieben wurde 1 Stück, verkauft wurde 1 Stück zum Preis von 11 S (1. Qualität).

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236:

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Postleitzahl: 1082

Freitag, 22. Juli 1966 Blatt 2279

Das Hochwasser findet im Saal statt

Neues Wasserbautechnisches Labor in zwei Donaupark-Hallen

22. Juli (RK) In zwei der vier kleineren Hallen neben der großen Halle im Donaupark, in denen bei der Wiener Internationalen Gartenschau das leise Plätschern von Springbrunnen zu hören war, empfängt heute den Besucher das mächtige Rauschen entfesselter Wassermassen. Wo früher die zarten Knospen der Orchideen aus exotischem Grün hervorlugten, stehen heute ein dreieinhalb Meter hohes und 15 Meter langes Ungetüm aus Ziegelsteinen und Holz und ein großes Pumpenaggregat. Statt einer Blumenschau findet hier sozusagen ein Hochwasser im Saal statt.

Die Verwandlung der einstigen Blumenhallen dient einem wichtigen Zweck: Professor Dr. Anton Grzywienski von der Technischen Hochschule Wien hat hier ein neues Wasserbautechnisches Laboratorium eingerichtet, in dem er zum erstenmal auch Großversuche durchführen kann. Die Wiener Stadtverwaltung hat der Technischen Hochschule die beiden Hallen zur Verfügung gestellt. Sie wurden durch einen neuen Mitteltrakt miteinander verbunden und mit einem Kostenaufwand von rund einer Million Schilling zweckentsprechend adaptiert. Unter dem Gebäude entstand ein viereinhalb Meter tiefer Wasserbehälter, im Inneren der Halle wurde eine Pumpenanlage mit einer Kapazität von 300 Liter pro Sekunde installiert. "Das Ungetüm" ist ein im Maßstab

./.

1:3 errichtetes Modell eines Donaudammes, das pausenlos von "künstlichem" Hochwasser überflutet wird.

Professor Grzywienski und seine Mitarbeiter sind nämlich gegenwärtig damit beschäftigt, an Hand dieses Modelles die Möglichkeiten zu untersuchen, Dammbrüche zu verhindern, die durch Überströmen von Hochwasser entstehen können. Diese Versuche stehen indirekt im Zusammenhang mit dem Hochwasserschutzprojekt der Stadt Wien, das in großem Rahmen ja bereits ausgearbeitet ist. Die Untersuchungen des Wissenschaftlers beziehen sich jedoch nicht auf die für den Raum von Wien geplanten Maßnahmen, sondern auf die bestehenden Donaudämme unterhalb des Lobauer Hafens auf niederösterreichischem Gebiet.

Wie die Untersuchungen gezeigt haben, wird es möglich sein, den Marchfeldschutzdamm und den sogenannten Schönauer Durchstichdamm mit relativ geringen Kosten und ohne Änderungen am Bestand der Dämme gegen Brüche durch Überströmen des Hochwassers zu sichern. Es wird lediglich notwendig sein, einen kleinen Teil der Erdoberfläche des Dammes zu entfernen und dafür eine neue Schicht von Steinen in bestimmter Größe und Anordnung aufzutragen.

Dieser Schutz gegen Brüche bezieht sich nur auf das Überströmen des Hochwassers über die Dämme. Gleichzeitig laufen natürlich auch Untersuchungen über die Standfestigkeit des Dammkerns. Bekanntlich sieht das große Projekt der Stadt Wien den Ausbau der Dämme im Stadtbereich gegen die Gefahren einer Hochwasserführung der Donau von maximal 14.000 Kubikmeter pro Sekunde vor, während die Schutzdämme außerhalb des Stadtbereiches weiterhin nur gegen eine maximale Wasserführung von 12.500 Kubikmeter ausreichen werden.

Baustadtrat Kurt Heller besichtigte in Begleitung von Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Dr. Rudolf Koller das neue Laboratorium und ließ sich von Professor Grzywienski über die Ergebnisse der Untersuchungen informieren. Professor Grzywienski betonte, daß er seit zwanzig Jahren nach einer Möglichkeit Ausschau gehalten habe, praktische Großversuche durchführen zu können, da besonders bei Untersuchungen der Probleme überströmbarer Dämme die kleinen Versuchsreihen nicht mehr ausreichten. Umso dankbarer sei er nunmehr der Stadtverwaltung dafür, daß sie ihm in den zwei Hallen so großzügig Gelegenheit biete, seine Untersuchungen auf erweiterter Basis fortsetzen zu können.

85. Geburtstag von Karl Roretz

22. Juli (RK) Am 24. Juli vollendet Univ.-Prof. i.R. Dr. Karl Roretz das 85. Lebensjahr.

Er wurde in Breiteneich, Niederösterreich, geboren, studierte an der Wiener Universität Philosophie und trat 1905 in den Dienst der damaligen Hofbibliothek. Zuletzt war er Leiter der Benützer-Abteilung. 1922 erfolgte seine Habilitierung für Philosophie. Roretz hat sich mit Erkenntnistheorie, Ethik, Kulturphilosophie und Kulturpsychologie sowie mit der Geschichte der Philosophie befaßt und zahlreiche Arbeiten veröffentlicht. Er war viele Jahre lang Vizepräsident der Ethischen Gesellschaft, der späteren Ethischen Gemeinde, und hielt in deren Rahmen zahlreiche Vorträge.

\- - -

Rundfahrten "Neues Wien"

22. Juli (RK) Montag, 25. Juli, Route 3 mit Hauptfeuerwache Leopoldstadt, Marshallhof, Montagebaufabrik Neubaugebiet Kagran, Pensionistenheim "Sonnenhof", Berufsschule für Gärtner und Naturblumenbinder sowie anderen städtischen Anlagen und Einrichtungen.

Abfahrt vom Rathaus, 1, Lichtenfelsgasse 2, um 13.30 Uhr.

\- - -

Samstag in der Toulouse-Lautrec-Ausstellung:

Der 80.000. Besucher wird erwartet

22. Juli (RK) Die Toulouse-Lautrec-Ausstellung im Österreichischen Museum für angewandte Kunst, 1, Weiskirchnerstraße 3, täglich von 9 bis 20 Uhr geöffnet, erfreut sich weiterhin eines großen Publikumsinteresses. Morgen Samstag wird im Laufe des Tages bereits der 80.000. Besucher erwartet. Der Jubiläumsgast erhält ein Werk über Toulouse-Lautrec.

Jugendabonnement gilt für die Ausstellung

Besitzer des Jugendabonnements werden darauf aufmerksam gemacht, daß der Gutschein, der zum kostenlosen Besuch einer Ausstellung des Kulturamtes der Stadt Wien während der Wiener Festwochen berechtigte, für den Besuch der Toulouse-Lautrec-Ausstellung, auch noch im Monat Juli gültig ist. Die Ausstellung ist bis 31. Juli geöffnet.

\- - -

Auch d s Laaer Berg-Bad mit geheizten Schwimmbecken

22. Juli (RK) Nach dem Ottakringer Bad kann nun auch das Laaer Berg-Bad in Favoriten mit geheizten Badebecken aufwarten. Wie Stadtrat Pfoch der "Rathaus-Korrespondenz" mitteilte, wurde vor einigen Tagen mit dem Probebetrieb begonnen, der zufriedenstellend verlief. Alle Badebecken des Laaer Berg-Bades - Sportbassin, allgemeines Schwimmbecken und Kinderbecken - sind zum Wochenende bereits mit vorgewärmtem Wasser gefüllt. Die Wassertemperatur beträgt konstant 23 Grad.

Bekanntlich wird das Ottakringer Bad mit der Wärme der nahegelegenen Müllverbrennungsanlage am Flötzersteig geheizt. Seitdem es sich dort auch an kalten Tagen angenehm in den vorgewärmten Fluten pritscheln läßt, hat dieses städtische Sommerbad eine starke Frequenzsteigerung zu verzeichnen. Es ist anzunehmen, daß nun auch das Laaer Berg-Bad noch mehr Attraktivität erhält.

Für das Laaer Berg-Bad hat man sich eine besonders rationelle Art der Beheizung ausgedacht. Die städtische Magistratsabteilung für Heizbetriebe verfügt schon seit Jahren über einen Autozug, der als fahrbare Kesselanlage eingerichtet ist. Der erste Wagen trägt den Kessel mit der erforderlichen vollautomatischen Anlage, der andere Wagen befördert den 11.000 Liter fassenden Öltank. Diese fahrbare Kesselanlage wurde bisher sozusagen als Heizungsfeuerwehr im Winter verwendet, wenn Gebrechen bei einer Zentralheizungsanlage aufgetreten sind. Auch auf Baustellen wurde der Zug eingesetzt, um zentralbeheizte Wohnhausanlagen mit Wärme zu versorgen, wenn die eigenen Kesselanlagen noch nicht einsatzbereit waren. Im Sommer war jedoch die Heizungsfeuerwehr ohne Beschäftigung. Eine Million Kilogrammkalorien Wärmeleistung blieben ungenützt. Nun ist diese "Sommerarbeitslosigkeit" vorüber, und die Kesseanlage spendet ihre Kalorien für das Badewasser.

\- - -

Anerkennung für blinde Mitarbeiterin

22. Juli (RK) Die Stadt Wien beschäftigt auch mehrere blinde Mitarbeiter, zum Teil als Kanzleikräfte, zum Teil als Telefonisten. Auch in der Geschäftsgruppe Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten ist ein blindes junges Mädchen als Schreibkraft angestellt. Ihre Dienstleistung ist überdurchschnittlich gut und ihre Arbeit steht trotz ihrer Behinderung der einer sehenden Stenotypistin in keiner Weise nach.

Um der 21jährigen Christine Homolar aus Floridsdorf, die seit fünf Jahren in der Magistratsabteilung 69, Grundtransaktionen, beschäftigt ist, eine kleine Freude zu bereiten und ihr zu sagen, wie sehr man mit ihr zufrieden ist, lud heute vormittag Stadtrat Sigmund die blinde Mitarbeiterin in sein Büro ein und überreichte ihr einen Blumenstrauß und eine Bonbonniere. Professor Zorn, der Leiter des Personaleinsatzes, konnte Stadtrat Sigmund berichten, daß auch die anderen blinden Mitarbeiter des Magistrates von ihren Dienststellenleitern stets gelobt werden.

\- - -

Verleihung des Medizinalratstitels

22. Juli (RK) Der Bundespräsident hat den beiden Fachärzten Dr. Walther Schiessl und Dr. Eduard Tschokl den Berufstitel Medizinalrat verliehen. Landeshauptmann-Stellvertreter Felix Slavik überreichte heute früh im Wiener Rathaus den Ärzten die Dekrete.

\- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

22. Juli (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig;

Gemüse: Gurken 2.50 bis 4 S, Weißkraut 1.50 bis 2 S, Tomaten 4.50 bis 7 S je Kilogramm.

Obst: Birnen 4 bis 6 S, Marillen 5 bis 6 S, Pfirsiche 6 bis 10 S.

\- - -

Slavik antwortet Schmitz

22. Juli (RK) Nach einem Pressegespräch zwischen dem städtischen Finanzreferenten Vizebürgermeister Felix Slavik und den Wiener Kommunalberichterstattern am Montag dieser Woche, hat bekanntlich Finanzminister Dr. Wolfgang Schmitz einen Brief an den Wiener Vizebürgermeister gerichtet, in dem er ihn aufforderte, die von dem städtischen Finanzreferenten gegenüber den Pressevertretern genannten Belastungen der Bundeshauptstadt Wien in der Höhe von 1.114 Millionen Schilling im Detail aufzuschlüsseln.

Vizebürgermeister Slavik hat nun heute seinerseits an den Finanzminister ein Schreiben gerichtet, das wir im Wortlaut bringen:

"Sehr geehrter Herr Bundesminister! Ihren Brief mit Datum vom 19. Juli 1966, dessen Inhalt ich bereits aus der Tagespresse kannte, habe ich am 20. Juli 1966 erhalten. Vorweg muß ich mein Bedauern darüber zum Ausdruck bringen, daß Sie die Zeitungen, die über mein Informationsgespräch mit den Kommunalberichterstattern schrieben, anscheinend nicht genau gelesen haben, weil es sonst nicht denkbar wäre, daß Sie übersehen haben, daß ich in meine Darstellung auch die durch die Preissteigerungen verursachten Lohn- und Gehaltserhöhungen miteinbezogen habe, was auch in allen Blättern richtig dargestellt wurde.

Ihrer Einladung, die von mir angegebene Summe von 1.114 Millionen Schilling Mindereinnahmen beziehungsweise Mehrausgaben aufzuschlüsseln, komme ich gerne nach, obwohl ich davon überzeugt bin, daß Ihnen in Ihrem eigenen Ministerium die zahlenmäßigen Unterlagen leicht zur Verfügung gestellt hätten werden können. Ich tue dies umso lieber, weil auch ich daran interessiert bin, daß die Öffentlichkeit in die Lage versetzt wird, die Auswirkungen der vom Parlament in den letzten Monaten beschlossenen Gesetze und die Maßnahmen des Bundesministeriums für Finanzen in ihren Auswirkungen auf die österreichischen Bundesländer und auf die österreichischen Gemeinden kennenzulernen. Die Mindereinnahmen beziehungsweise Mehrbelastungen für die Stadt Wien setzen sich aus folgenden Beträgen zusammen:

./.

1.) Die vom Parlament beschlossenen sogenannten Wachstumsgesetze haben nach Angaben des Finanzministeriums einen Steuerausfall von 1.508 Millionen Schilling zur Folge. Daraus ergibt sich für Wien ein errechneter Steuerausfall gegenüber der früheren Rechtslage im Ausmaß von 193,1 Millionen Schilling. Wie Ihnen bekannt ist, schätzen nicht dem Finanzministerium angehörende Fachleute den Steuerausfall wesentlich höher. Trotzdem wurde meinen Berechnungen nur der von Ihrem Ministerium angegebene Steuerausfall zugrundegelegt.

2.) Die Auswirkungen der ersten Etappe der Einkommen- und Lohnsteuersenkung ergeben nach Ihren eigenen Angaben beziehungsweise nach den Angaben des Finanzministeriums einen Steuerausfall von insgesamt 800 Millionen Schilling, wovon auf Wien 134,1 Millionen Schilling entfallen.

3.) Die Umsatzsteuernovelle 1966 ergibt einen Steuerausfall von 150 Millionen Schilling, wovon auf die Stadt Wien 19,2 Millionen Schilling entfallen.

4.) Der vom Finanzministerium ausgearbeitete Entwurf für einen neuen Finanzausgleich ergibt, auf der Grundlage des Jahres 1964 errechnet, einschließlich der von Ihrem Ministerium im Rahmen des Finanzausgleiches vorgesehenen gesetzlichen Veränderungen für die Stadt Wien eine Mindereinnahme von 90 Millionen Schilling.

5.) Durch eine vom Finanzministerium erlassene Verordnung wurde die Selbstträgerschaft der Krankenanstalten bereits aufgehoben. Daraus ergibt sich eine Mehrbelastung für Wien von 27 Millionen Schilling. In diesem Zusammenhang haben Sie in Beantwortung einer Anfrage sozialistischer Abgeordneter im Parlament erklärt, daß ab dem Jahre 1967 die Selbstträgerschaft nach dem Kinderbeihilfen- und Familienlastenausgleichsgesetz für die Gebietskörperschaften zur Gänze aufgehoben wird. Daraus ergibt sich eine Belastung für die Stadt Wien von 76 Millionen Schilling.

6.) Aus den Zeitungen habe ich bereits erfahren, daß eine Neuaufteilung der Wohnbaumittel vorgesehen ist, über die Sie, Herr Bundesminister, genau informiert sind, weil Sie nach den Zeitungsberichten an den Beratungen teilnehmen. Die Aufteilung der Wohnbaumittel nach dem Bevölkerungsschlüssel ergibt für die Stadt Wien Mindereinnahmen von 35 Millionen Schilling. Über die

./.

Auswirkungen auf die Wohnbauvereinigungen werde ich noch später zurückkommen.

7.) Durch die neuen Schulgesetze erwachsen der Stadt Wien Mehrausgaben von 160 Millionen Schilling.

8.) Die erhöhten Personalbezüge, die im Verlaufe des Jahres 1966 beschlossen wurden, belasten das Budget für das Jahr 1967 mit einem Betrag von 359 Millionen Schilling.

9.) In Anpassung an das ASVG sollen verschiedene Nebenbezüge und Nebengebühren in die Bemessungsgrundlage für den Ruhegenuß einbezogen werden. Daraus ergibt sich eine Mehrbelastung von 48 Millionen Schilling.

Ich hoffe, daß Sie, sehr geehrter Herr Bundesminister, und die Wiener Bevölkerung aus dieser Zusammenfassung der Belastungen, die sich durch Maßnahmen des Bundesgesetzgebers und durch Maßnahmen des Finanzministeriums und durch den erhöhten Personalaufwand ergeben, erkennen werden, daß die Stadt Wien, wenn sie ihre Investitionstätigkeit, den Bau von Wohnungen, Schulen, Kindergärten, Straßen usw. aufrechthalten will, zur Erschließung neuer Möglichkeiten für Mehreinnahmen gezwungen ist.

Ich möchte in diesem Zusammenhang Ihre Aufmerksamkeit auch auf die finanzielle Situation der Länder und Gemeinden richten, die so wie Wien durch die Maßnahmen des Finanzministeriums und des Bundesgesetzgebers finanziell auf das schwerste belastet wurden. Allein durch die sogenannten Wachstumsgesetze werden die Länder ohne Wien gegenüber der früheren Rechtslage nach den Angaben des Finanzministeriums einen Steuerausfall von 113,6 Millionen Schilling hinnehmen müssen. Auf die Gemeinden ohne Wien entfällt ein Betrag von 223,5 Millionen Schilling. Auf Grund der ersten Etappe der Einkommen- und Lohnsteuersenkung müssen die neun Bundesländer gegenüber der früheren Rechtslage einen Steuerausfall von 220 Millionen Schilling hinnehmen und alle Gemeinden Österreichs einen Steuerausfall von 200 Millionen Schilling. In der Öffentlichkeit wurde der Eindruck erweckt, daß die Einkommen- und Lohnsteuersenkung ausschließlich auf Kosten des Bundes gehe. In Wirklichkeit wird aber der Bund durch diese gesetzliche Maßnahme bloß mit 380 Millionen Schilling belastet, die Länder und Gemeinden hingegen mit 420 Millionen Schilling.

./.

Von dem Länder- und Gemeindeanteil entfallen, wie bereits festgestellt wurde, rund 134 Millionen Schilling auf die Stadt Wien, 154 Millionen Schilling auf die Bundesländer ohne Wien und 132 Millionen Schilling auf die Gemeinden ohne Wien. Die Umsatzsteuernovelle 1966 ist für die Länder ohne Wien mit einem Steuerausfall von rund 40 Millionen Schilling und für die Gemeinden ohne Wien mit einem Steuerausfall von rund 20 Millionen Schilling verbunden.

Die von Ihnen, sehr geehrter Herr Bundesminister, durch eine Novelle aufgehobene Selbstträgerschaft für die Krankenanstalten belastet die Spitalerhalter in Österreich mit einem Gesamtbetrag von rund 100 Millionen Schilling. Da 27 Millionen davon auf Wien entfallen, werden die Spitalerhalter unter Außerachtlassung der Belastung der Stadt Wien mit mehr als 70 Millionen Schilling belastet. Die von Ihnen im Parlament angekündigte Aufhebung der Selbstträgerschaft nach dem Kinderbeihilfen- und Familienlastenausgleichsgesetz bringt für sämtliche Gebietskörperschaften nach Ihren eigenen Angaben eine Belastung von 370 Millionen Schilling. Die neue Schulgesetzgebung erfordert die Schaffung von neuen Schulklassen, die allein die Gemeinden ohne Wien mit 3.226 Millionen Schilling belasten. Dazu kommen noch die Kosten, die die Länder ohne Wien tragen müssen, um die erforderlichen Schulklassen errichten zu können, im Ausmaß von 120 Millionen Schilling und für Wien ein Mehraufwand im Ausmaß von 614 Millionen Schilling.

Ich möchte mit diesen kurzen Hinweisen Sie, sehr geehrter Herr Bundesminister, und darüber hinaus die gesamte Öffentlichkeit auf die Probleme aller Länder und Gemeinden aufmerksam machen. Es scheint Ihrer Aufmerksamkeit entgangen zu sein, daß durch die bundesgesetzlichen Neuregelungen und durch die Maßnahmen Ihres Ministeriums nicht nur Wien, sondern alle Länder und Gemeinden Österreichs finanziell schwerstens belastet wurden und werden. Wenn die Länder und Gemeinden nicht zusätzliche Einnahmen bekommen, müßte sich das auf den Investitionssektor in ganz Österreich gefährlich auswirken. Eine so weitgehende Einschränkung der Investitionstätigkeit der Länder und Gemeinden birgt die Gefahr in sich, zu einer Arbeitslosigkeit zu führen.

./.

In diesem Zusammenhang darf ich Sie, sehr geehrter Herr Bundesminister, noch einmal auf das brennende Problem der Erhaltung der Spitäler aufmerksam machen. Ich habe das schon in einer Anzahl von Briefen getan. Unsere staatliche Verwaltung kann es sich nicht so einfach machen, daß sie auf dem Standpunkt steht, für die Gesundheit unserer Bevölkerung keine zusätzlichen Mittel mehr auszugeben. Derzeit haben die Spitalerhalter einen Abgang in ihren Spitälern von rund zwei Milliarden Schilling jährlich zu tragen. Der Bund ersetzt auf Grund des Krankenanstaltengesetzes nur den klinischen Mehraufwand und leistet nur geringfügige Beiträge zum Betriebsabgang. Wenn es einmal zur Sperre von Spitälern kommt, dann werden Sie, sehr geehrter Herr Bundesminister, und die Bundesregierung nicht sagen dürfen, daß Sie auf die Probleme der Spitalerhalter nicht oft und eindringlich aufmerksam gemacht wurden. Trotz der fast aussichtlos scheinenden Situation der Spitalerhalter haben Sie sich bisher nicht bereit gefunden - auch nicht in Verbindung mit den Ländern und Gemeinden Österreichs - den Spitalerhaltern zu helfen.

Darf ich nur noch abschließend darauf hinweisen, daß die Stadt Wien auch in den kommenden Jahren genötigt sein wird, für die Wiener Stadtwerke Fremdmittel aufzunehmen, um die Investitionen voll finanzieren zu können. Darf ich weiter noch darauf hinweisen, daß der Wohnhauswiederaufbaufonds geschaffen wurde, um die Kriegsschäden zu beheben. Die Aufteilung aus diesem Fonds auf die einzelnen Bundesländer sollte auf Grund der erlittenen Kriegsschäden erfolgen. Wenn nunmehr daran gedächt wir, die Mittel aus dem Wohnhauswiederaufbaufonds nach der Bevölkerungszahl aufzuteilen, dann bedeutet dies, daß aus diesem Fonds Mittel in jene Gebiete fließen werden, die von Kriegsschäden verschont blieben und jenen Gebieten, welche die größten Kriegsschäden hinnehmen mußten, Mittel entzogen werden. Für Wien würde das auf dem genossenschaftlichen und auf dem privaten Bausektor eine Einschränkung der Wohnbautätigkeit um rund 2.000 Wohungen pro Jahr bedeuten.

./.

Wenn auch die Menschen, welche diese Gesetze seinerzeit geschaffen haben, zum Teil nicht mehr am Leben sind, so sollten doch jene Politiker, die heute die Verantwortung für Österreich tragen, wissen, für welche Zwecke diese Fondsmittel verwendet werden müssen. Sie sollten nicht dazu übergehen, entgegen jeder Gerechtigkeit Wohnbaumittel nach Gesichtspunkten zu verteilen, die mit dem Sinn und dem Zweck dieser Gesetze überhaupt nicht in Übereinstimmung gebracht werden können.

Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, sehr geehrter Herr Bundesminister, daß Sie mein Brief über die finanzielle Situation der Länder und Gemeinden einigermaßen informieren wird. Desgleichen hoffe ich, daß Sie Verständnis dafür haben, daß ich diesen Brief, so wie Sie das mit Ihrem Schreiben an mich getan haben, zur Veröffentlichung freigebe."

\- - -

Die Trauerfeier für Stadtrat a.D. Franz Koci

22. Juli (RK) In der 1922 von Clemens Holzmeister errichteten Feuerhalle der Stadt Wien fand heute nachmittag die Trauerfeier für den am Montag, dem 18. Juli, bei einem Verkehrsunfall tödlich verunglückten Stadtrat a.D. Franz Koci statt. Hunderte Trauergäste waren gekommen, um Franz Koci, der dem Wiener Stadtsenat zuerst als Amtsführender Stadtrat für das Wohnungswesen und zuletzt vor seinem Eintritt in den Ruhestand im Dezember 1964, als Amtsführender Stadtrat für Öffentliche Einrichtungen angehört hatte, das letzte Geleit zu geben.

Neben der Gattin und den nächsten Anverwandten des Verstorbenen waren erschienen: Vizebürgermeister Slavik in Vertretung des Bürgermeisters, der gegenwärtig im Ausland weilt, der Zweite Nationalratspräsident Ing. Waldbrunner, Landtagspräsident Dr. Stemmer, Vizebürgermeister Dr. Drimmel, die Stadträte Dr. Glück, Glaserer, Heller, Pfoch, Dr. Prutscher und Sigmund, Stadtschulratspräsident Dr. Neugebauer, Magistratsdirektor Dr. Ertl, die Stadträte a.D. Mandl, Nathschläger und Thaller, Mitglieder des National-, Bundes- und Gemeinderates, Vertreter der Parteileitung der SPÖ sowie mehrere Bezirksvorsteher.

Vizebürgermeister Slavik hielt an der blumen- und fahnengeschmückten Bahre die Trauerrede, in der er Leben und Wirken von Franz Koci würdigte, der 19 Jahre dem Wiener Gemeinderat und 13 Jahre dem Wiener Stadtsenat angehört hatte. Für uns alle, so sagte der Vizebürgermeister, kam der Tod unseres Freundes Franz Koci so überraschend, daß wir die Nachricht von dem Verkehrsunfall zuerst gar nicht glauben konnten. Ihm, dessen ganzes Leben von Arbeit erfüllt war, war nur eine kurze Zeit der Ruhe vergönnt.

Franz Koci war ein Mensch, der immer an sich gearbeitet und in seinem Leben viel gelernt hat. Aber er war auch ein Mensch, den nichts und niemand beugen, den nichts und niemand brechen konnte - weder die Ereignisse des Jahres 1934 noch die Gestapo nach dem Jahr 1938. In diesen Zeiten hatte Franz Koci alles, was es an Leid zu tragen gab, miterleben müssen. Trotz großen Schwierigkeiten stellte er sich sofort nach Kriegsende Wien und den Wienern mit aller seiner Kraft zur Verfügung. Wer die Sorgen einer

./.

Millionenstadt kennt, weiß, daß die Meisterung der Probleme auf so verantwortungsvollen Posten, wie sie Franz Koci innegehabt hatte, den ganzen Menschen gebraucht hat. Die Durchführung umfangreicher Aufgaben und Planungsarbeiten auf dem Gebiet der Wasserversorgung unserer Stadt fallen in seine Amtszeit, in der er große Leistungen für uns alle vollbracht hat.

"Nun stehen wir an der Bahre, um Abschied zu nehmen von unserem Freund Franz Koci. Wir bringen Dir die letzten Grüße Deiner Heimatstadt und die letzten Grüße aller Deiner Freunde. Schmerzgebeugt stehen wir an Deiner Bahre, aber wir wissen, daß Du Dir selbst durch Deine Arbeit und Deine Leistungen viele Denkmäler gesetzt hast", schloß der Vizebürgermeister die Trauerrede.

Unter den Klängen des "Liedes der Arbeit" wurde sodann die Bahre versenkt.

Die Beisetzung der Urne in einem Ehrengrab der Stadt Wien findet kommenden Montag, den 25. Juli, um 15 Uhr, im Wiener Zentralfriedhof, Gruppe 14 C, statt.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236:

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Postleitzahl: 1082

Samstag, 23. Juli 1966 Blatt 2293

Vom 28. bis 30. Juli:

Internationale Tagung von Studenten der Wirtschaftswissenschaften

23. Juli (RK) Unter der Patronanz der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien und zweier Industrieunternehmen veranstaltet das Österreichische Nationalkomitee der "Internationale Vereinigung der Studenten der Wirtschaftswissenschaften" (AIESEC) vom 28. bis 30. Juli die sogenannten "AIESEC-Days 1966" in Wien. Das Thema dieser Tagung, die in erster Linie ausländischen Studenten der Wirtschaftswissenschaften gewidmet ist - man rechnet mit insgesamt 60 Teilnehmern aus 20 Nationen darunter aus der Sowjetunion, der CSSR und Polen -, lautet: "Der Wert eines Auslandspraktikums - von der Sicht der Professoren, Unternehmer und Studenten". Über dieses Thema werden die Teilnehmer mehrere Vorträge hören und die damit zusammenhängenden Probleme diskutieren.

Die AIESEC wurde als unpolitische internationale Vereinigung im Jahr 1949 gegründet und hat ihren ständigen Sitz in Genf. Die Zahl ihrer Mitgliedstaaten ist inzwischen von sechs auf 34 gestiegen. Ihre Hauptaufgabe sieht die Vereinigung darin, den Austausch von Praktikantenstellen zu organisieren, um den Studenten eine Auslandspraxis während der Sommermonate zu ermög-

./.

lichen. Darüber hinaus werden in Form von internationalen Seminaren wissenschaftliche Diskussionen über wirtschaftliche Probleme veranstaltet und Studienfahrten durchgeführt.

Die Eröffnung der "AIESEC-Days 1966" findet am Donnerstag, dem 28. Juli, um 10 Uhr im Festsaal der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien, 3, Vordere Zollamtsstraße 13, statt. Die Eröffnungsrede hält der Rektor der Hochschule für Welthandel, Professor Dr. Hans Krasensky. Am Abend des Eröffnungstages sind die Tagungsteilnehmer zu einem Empfang des Bürgermeisters der Stadt Wien im Roten Salon des Rathauses geladen.

\- - -

Rundfahrten "Neues Wien"

22. Juli (RK) Dienstag, 26. Juli, Route 4 mit Erholungsgebiet Laxenburg. Dauer etwa vier Stunden. Aus technischen Gründen ist die Teilnehmerzahl auf drei Autobusse beschränkt. (Diese Route ist für gebrechliche oder gehbehinderte Personen nicht geeignet.

Abfahrt vom Rathaus, 1, Lichtenfelsgasse 2, um 13.30 Uhr.

\- - -

Wer will Weltmeister werden?

23. Juli (RK) Der Österreichische Stenografenverband veranstaltet am 29. Oktober in der Volkshalle des Wiener Rathauses einen allgemeinen Wettbewerb im Maschinschreiben, zu dem auch alle Nachwuchskräfte, eingeladen sind, die 260 Anschläge und mehr pro Minute schreiben. Für diese Leistung kann man das silberne Leistungsabzeichen, für eine Geschwindigkeit ab 320 Anschlägen das goldene Leistungsabzeichen des Österreichischen Stenografenverbandes erhalten.

Vor allem aber: Die Besten bei diesem Wettbewerb haben Aussicht, eine Fahrkarte zu den nächsten Weltmeisterschaften im Maschinschreiben zu erringen. Diese Weltmeisterschaften finden, wie die INTERSTENO (Internationale Föderation für Kurzschrift und Maschinschreiben) bekannt gab, im Jahr 1967 in Bern statt. Ursprünglich war als Austragungsort Kopenhagen vorgesehen.

In den Bundesländern werden ebenfalls am 29. Oktober in den Handelsakademien der Landeshauptstädte Wettbewerbe abgehalten. Wer also das Zeug in sich spürt, Weltmeister zu werden, möge sich beim Österreichischen Stenografenverband, 1020 Wien, Obere Donaustraße 97, melden. Anmeldeschluß ist der 4. Oktober 1966.

\- - -

Leopold Brunner zum Gedenken

23. Juli (RK) Auf den 24. Juli fällt der 100. Todestag des Blumenmalers Leopold Brunner d.Ä.

Er wurde am 14. Februar 1788 in Wien geboren und studierte drei Jahre an der Akademie. Seit 1815 malte er für den damaligen Kronprinzen Ferdinand eine Reihe von Aquarellen mit naturgeschichtlichen Themen. 1835 wurde ihm der Titel eines Hofmalers verliehen.

Leopold Brunner gehört zu den bedeutendsten Blumenmalern des Wiener Biedermeier.

\- - -

Der Wiener Fremdenverkehr im Juni

23. Juli (RK) Das Statistische Amt der Stadt Wien veröffentlicht folgende Zahlen über den Wiener Fremdenverkehr im Juni (Zahlen vom Juni 1965 in Klammern):

Insgesamt haben im Berichtsmonat 123.771 Gäste die Bundeshauptstadt besucht und sich in Wiener Beherbergungsbetrieben angemeldet. Das bedeutet gegenüber dem Juni 1965 eine Steigerung um weitere 3.005 Besucher. Die Gäste haben insgesamt 350.985 (364.748)-mal in der Bundeshauptstadt genächtigt. 99.624 (97.362) Gäste kamen aus dem Ausland. Unter den ausländischen Wien-Touristen rangieren die Gäste aus Westdeutschland und Berlin mit 26.682 (27.352) zahlenmäßig wieder an erster Stelle. Sie werden gefolgt von 19.468 (17.240) Amerikanern, 6.333 (5.573) Engländern, 4.808 (4.077) Italienern und 4.683 (4.810) Schweizern.

Die Wiener Jugendherbergen verzeichneten 6.465 (6.701) Besucher, die Campingplätze 5.860 (4.459).

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Postleitzahl: 1082

Montag, 25. Juli 1966 Blatt 2297

Geehrte Redaktion!

Wir erinnern daran, daß morgen Dienstag, den 26. Juli, um 9 Uhr die Verkehrsübergabe der umgebauten Ketzergasse in Liesing stattfindet. Die Eröffnung nehmen der Wiener Vizebürgermeister Felix Slavik und der niederösterreichische Landeshauptmann-Stellvertreter Rudolf Hirsch vor. Treffpunkt: Perchtoldsdorfer Straße-Ketzergasse. Zufahrt: Autobuslinie 60 a, 64 und 66 a.

\- - -

Umleitung der Autobus-Nachtlinie D

25. Juli (RK) Wegen Arbeiten der Wiener Gaswerke in der Penzinger Straße muß ab Mittwoch, den 27. Juli, die Autobus-Nachtlinie D umgeleitet werden. Sie wird in der Fahrtrichtung Hietzing über Schloßallee, Hadikgasse zur Kennedy-Brücke und in der Gegenrichtung über Schönbrunner Schloßstraße, Schönbrunner Schloßbrücke, Schloßallee zur Mariahilfer Straße geführt.

\- - -

2. und 3. September:

Einschreibungen in die Wiener Berufsschulen

25. Juli (RK) Wie einer Kundmachung des Stadtschulrates für Wien zu entnehmen ist, wird der Unterricht an sämtlichen Wiener Berufsschulen in der Woche vom 5. bis 9. September aufgenommen. Die Verpflichtung zum Besuch einer gewerblichen oder kaufmännischen Berufsschule beginnt bekanntlich mit dem Eintritt in ein gewerbliches (einschließlich kaufmännisches) Lehrverhältnis oder in ein Ausbildungsverhältnis (auch bei Probezeit) und dauert bis zum Ende der Lehrzeit beziehungsweise bis zur Auflösung des Lehrverhältnisses.

Die Einschreibungen zum Schulbesuch im Schuljahr 1966/67 finden in allen gewerblichen und kaufmännischen Berufsschulen am Freitag, dem 2. September, von 8 bis 12 Uhr und von 14 bis 17 Uhr, sowie am Samstag, dem 3. September, von 8 bis 12 Uhr statt.

Zur Einschreibung sind mitzubringen: das letzte Schulzeugnis, die Vermittlungskarte des Arbeitsamtes, die Geburtsurkunde, der Nachweis der Staatsbürgerschaft, zwei Lichtbilder und der Lehrvertrag. Beginnt das Lehrverhältnis erst nach Anfang des Schuljahres, ist die Anmeldung zum Schulbesuch innerhalb von drei Tagen nach Beginn der Lehr- oder Probezeit an der zuständigen Berufsschule vorzunehmen.

Derzeit stehen in Wien 139 gewerbliche (fachliche) und acht kaufmännische Berufsschulen zur Verfügung.

\- - -

Hochwasser in Wien:

Höchster Wasserstand für heute nacht erwartet

25. Juli (RK) Die Flutwelle auf der Donau hat Linz erreicht und wird für heute nacht in Wien erwartet. Dies teilte Stadtrat Heller heute vormittag Vizebürgermeister Slavik in einem Bericht über die Hochwassersituation mit. Der Baustadtrat hatte sich bereits gestern über die Situation im Wiener Gebiet informiert. Heute früh betrug der Wasserstand bei der Reichsbrücke 6,68 Meter (bei 5,50 Meter hat die Donau begonnen, das Überschwemmungsgebiet zu überfluten). Um 9 Uhr wurde ein Wasserstand von 6,75 Meter abgelesen, die Tendenz ist schwach steigend. Flußaufwärts, von Enns und Inn, wurden fallende Wasserstände gemeldet, aus den deutschen Gebieten jedoch noch steigende Tendenz. Da aber der Regen im Westen bereits aufgehört hat, dürfte das Hochwasser in Wien keine ernste Gefahr bedeuten.

Die Magistratsabteilung für Brücken- und Wasserbau hat seit gestern mittag Dauerdienst. Das Überschwemmungsdepot in der Oberen Augartenstraße steht in Bereitschaft, die Leiter der Hochwasserexposituren wurden ebenfalls verständigt, doch ist derzeit noch kein Anlaß, diese Exposituren zu besetzen. Erst bei einem Wasserstand über sieben Meter wird auch das rechte Donauufer von der Flutwelle betroffen.

Der Wasserstand im Wienfluß ist inzwischen schon wieder zurückgegangen. Ebenso die Flutwelle des Liesingbaches.

\- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

25. Juli (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Gurken 2 bis 4 S, Weißkraut 1.50 bis 2 S je Kilogramm, Paprika 1 bis 1.20 S je Stück.

Obst: Birnen 4 bis 6 S, Marillen 6 bis 8 S, Pfirsiche 6 bis 10 S je Kilogramm.

\- - -

Rundfahrten "Neues Wien"

25. Juli (RK) Mittwoch, 27. Juli, Route 5 mit Hannovermarkt, Kindergarten Pappenheimgasse, Neubaugebiet Brigittenau, Donaupark mit Donauturm, Kultur- und Verkehrszentrum Floridsdorf, Schule Strebersdorf und Nordeinfahrt sowie anderen städtischen Anlagen und Einrichtungen im 20. und 21. Bezirk.

Abfahrt vom Rathaus, 1, Lichtenfelsgasse 2, um 13.30 Uhr.

\- - -

Junger Pariser der 80.000. Besucher der Toulouse-Lautrec-Ausstellung

Nur noch diese Woche geöffnet

25. Juli (RK) Zum Wochenende konnte in der Ausstellung Toulouse-Lautrec der 80.000. Besucher begrüßt werden. Es war dies der 16jährige Bernard Bonnet aus Paris, der derzeit im Rahmen eines Studienaustausches in Salzburg weilt. Bonnet fuhr eigens von Salzburg nach Wien, um Wiener Museen und Ausstellungen zu besuchen. Dem jungen Pariser wurde ein biographisch-kritisches Werk über Henry de Toulouse-Lautrec als Erinnerungsgeschenk überreicht.

In Beantwortung vieler Anfragen teilt das Kulturamt der Stadt Wien mit, daß die Ausstellung Toulouse-Lautrec im Österreichischen Museum für angewandte Kunst, 1, Weiskirchnerstraße 3, nur bis 31. Juli geöffnet bleiben kann.

\- - -

Die nächsten Führungen durch die Toulouse-Lautrec-Ausstellung

25. Juli (RK) Das Kulturamt der Stadt Wien setzt auch weiterhin sein Führungsprogramm in der Toulouse-Lautrec-Ausstellung im Österreichischen Museum für angewandte Kunst, 1, Weiskirchnerstraße 3, fort. Die nachstehend angeführten Führungen sind für Besucher der Ausstellung kostenlos zugänglich:

	10.30 Uhr	18 Uhr
Dienstag, 26. Juli	-	Dr. Bisanz
Mittwoch, 27. Juli	Dr. Mensa	Dr. Adolph
Donnerstag, 28. Juli	-	Dr. Ellenberger
Freitag, 29. Juli	-	Dr. Ellenberger
Samstag, 30. Juli	Dr. Ellenberger	Dr. Ellenberger
Sonntag, 31. Juli	Hr. Heiko	Hr. Heiko

\- - -

Rinderhauptmarkt vom 25. Juli

25. Juli (RK) Unverkauft von der Vorwoche 0. Neuzufuhren Inland: 86 Ochsen, 215 Stiere, 369 Kühe, 83 Kalbinnen. Summe 753. Neuzufuhren Ungarn: 2 Stiere, 22 Kühe, Summe 24. Gesamtauftrieb: 86 Ochsen, 217 Stiere, 391 Kühe, 83 Kalbinnen, Summe 777. Verkauft wurden: 86 Ochsen, 215 Stiere, 391 Kühe, 83 Kalbinnen, Summe 775. Unverkauft blieben: 2 Stiere.

Preise: Ochsen 13.50 bis 16.80 S, Extremware 17.50 (5 Stück), Stiere 13 bis 16.20 S, extrem 16.40 bis 17.30 S (21 Stück), Kühe 11 bis 13.50 S, extrem 13.70 bis 14 S (3 Stück), Kalbinnen 13.70 bis 15.90 S, extrem 16 bis 16.20 S (3 Stück); Beinlvieh Kühe 9 bis 10.80 S, Ochsen und Kalbinnen 12 bis 13.20 S.

Der Durchschnittspreis ermäßgite sich bei Ochsen um elf Groschen, bei Stieren um 30 Groschen, bei Kühen um 28 Groschen und erhöhte sich bei Kalbinnen um 39 Groschen je Kilogramm. Er beträgt einschließlich Beinlvieh: Ochsen 15.57 S, Stiere 15.37 S, Kühe 11.77 S, Kalbinnen 14.92 S; Beinlvieh verbilligte sich um zehn Groschen. Der Durchschnittspreis beträgt 16.10 S (- 10 Groschen) für ungarische Stiere, für ungarische Kühe 14.68 S (- 3 Groschen).

Die Aufschlüsselung von Bank- und Beinlvieh erfolgt abschließend im Wochenausweis.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Postleitzahl: 1082

Dienstag, 26. Juli 1966 Blatt 2303

Fälligkeitstermine der Abgaben der Stadt Wien im August 1966

26. Juli (RK) Im August sind nachstehende Abgaben fällig:

1. August: Überhöhungsabgabe.

10. August: Ankündigungsabgabe für Juli, Getränkesteuer für Juli, Gefrorenessteuer für Juli, Vergnügungssteuer und Sportgroschen für die zweite Hälfte Juli.

14. August: Anzeigenabgabe für Juli, Ortstaxe für Juli.

15. August: Lohnsummensteuer für Juli, Grundsteuer zu einem Viertel ihres Jahresbetrages, wenn dieser 200 Schilling übersteigt,

25. August: Vergnügungssteuer und Sportgroschen für die erste Hälfte August.

\- - -

Rundfahrten "Neues Wien"

26. Juli (RK) Donnerstag, 28. Juli, Route 1 mit Neubau des Allgemeinen Krankenhauses, Internationalem Studentenheim, Volksheim und Volksschule in der Krim, Ausflugsrestaurant Bellevue, Neubauten des Wilhelminenspitals, Assanierung Alt-Ottakring sowie anderen städtischen Anlagen und Einrichtungen.

Abfahrt vom Rathaus, 1, Lichtenfelsgasse 2, um 13.30 Uhr.

\- - -

Hochwassergefahr für Wien vorläufig vorbei

26. Juli (RK) Die Hochwassergefahr für Wien ist vorläufig gebannt. Um 7 Uhr früh wurde bei der Reichsbrücke ein Wasserstand von 7.15 Meter gemessen, der auch am Vormittag nicht mehr höher wurde. Somit ist anzunehmen, daß die Hochwasserwelle im Laufe des heutigen Vormittags an Wien vorbeizieht. Auch in ihrem Oberlauf zeigt die Donau leicht fallende Tendenz, Inn und Enns sogar stark fallende Tendenz. Mit einem Rückgang des Hochwassers ist daher zu rechnen. Falls jedoch wieder Regenfälle eintreten, so könnte in kürzester Zeit eine neue Hochwasserwelle nach Wien gelangen.

Das Juli-Hochwasser hat für unsere Stadt erfreulicherweise auch keine besonderen Überschwemmungen und Hochwasserschäden gebracht. Gestern abend wurden drei Hochwasserexposituren mit Alarmstufe 1, der niedrigsten Alarmstufe, einberufen, und zwar Döbling, Freudenau und Stadlau.

In Döbling war die Kuchelauer Hafens raße überschwemmt, ebenso der Promenadeweg zwischen Donau und Franz Josef-Bahn. Im Bahndurchlaß Nußdorf mußten die Dammbalken eingesetzt werden. In der Freudenau war der Handelskai teilweise überschwemmt, die Donauuferbahn stand zur Gänze unter Wasser. Im Bereich der Straßenbahnlinie 11 kam es bei der Endstation Heustadlwasser zu Dammdurchsickerungen.

In Stadlau machte sich in der Siedlung Kleehäufel starker Wasserandrang bemerkbar, der teils durch das Grundwasser, teils durch Sickerwasser von der Donau her entstand. Auch bei der Hafenbahn Lobau wurden die Dammbalken eingesetzt. Überhaupt ist der Grundwasserstand im Gebiet von Stadlau stark im Steigen (einschließlich Alte Donau und Mühlwasser). Das Grundwasser wird erfahrungsgemäß auch nach dem Rückgang des Wasserstandes im Donaustrom weiter steigen.

\- - -

Wer war Levasseur?

"Volksbefragung" in einer Liesinger Gasse

26. Juli (RK) Zusammen mit einigen Straßenneubenennungen und Umbenennungen im 23. Bezirk wurde auch die Bahnstraße amtlich neubenannt, um eine Doppelbezeichnung auszuschalten. Sie erhielt den Namen Levasseurgasse nach Dipl.-Ing. Dr. Karl Levasseur, der österreichischer Kurzschriftmeister war und seinerzeit der bedeutendste Systemtheoretiker. Levasseur hat auch eine eigens für die deutsche Sprache besonders geeignete Schreibmaschinentastatur entworfen, die sich jedoch bei der Industrie nicht durchsetzen konnte. Das international genormte Tastenfeld, auf dem wir schreiben, stammt aus dem Jahr 1888 und wurde in Toronto beschlossen. Es hat also vor allem die englische Sprache berücksichtigt. Mit Levasseurs Tastatur hätte man daher in unserem Sprachraum viel schneller schreiben können.

Als vor kurzem eine Wiener Zeitung über die Straßenbenennungen in Liesing schrieb und dabei von mancher Kritik der betroffenen Bewohner berichtete, da dachte sich Prof. Zorn, von Beruf Obermagistratsrat und Leiter des Personaleinsatzes beim Wiener Magistrat, von Berufung aber begeisterter Stenograf und 1. Vorsitzender des Österreichischen Stenografenverbandes, er müsse es der Zeitung nachmachen. So fuhr der Professor ganz privat nach Liesing und stellte in der Levasseurgasse seine höchstpersönliche "Frage zum Tag". Tatsächlich konnten die meisten Bewohner der Gasse nicht sagen, wer Levasseur war.

Prof. Zorn alarmierte sofort die Mitglieder des Österreichischen Stenografenverbandes, und man beschloß, noch in dieser Woche wieder in die Levasseurgasse zu gehen, und alle Bewohner und Geschäftslokale dort zu besuchen. Die Damen und Herren des Stenografenverbandes haben sich vorgenommen, über die Persönlichkeit von Levasseur aufzuklären, der am 7. Oktober 1903 in Wien geboren wurde und am 15. April 1961 starb. Von Hauptberuf war er Oberrat im Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen. Gleichzeitig erhalten alle solcherart "Aufgeklärten" einen Brief, in dem sie zu einem kleinen Preisausschreiben eingeladen werden. Wer den

./.

Erläuterungen zugehört und den Brief genau gelesen hat, kann unschwer die am Schluß gestellten drei Fragen zum Thema "Levasseur und Stenografie" beantworten. Jede richtige Einsendung eines Levasseurgasse-Bewohners wird mit einem Buchpreis prämiiert. Prof. Zorn hofft, seine Aktion werde dazu beitragen, daß die Leute ein bißchen stolz darauf sind, in einer Gasse zu wohnen, die nach einem Wiener benannt wurde, der sich um die Stenografie große Verdienste erworben hat. Zumindest aber werden sie die Frage beantworten können: "Wer war Levasseur?"

\- - -

Ein weiteres Werk der Zusammenarbeit Wien-Niederösterreich:

Neue Ketzergasse mit Südbahnunterführung dem Verkehr übergeben

26. Juli (RK) Nach der Eröffnung des neuen Erholungszentrums Laxenburg zu Beginn dieses Monats wurde heute früh ein weiteres großes Werk der Zusammenarbeit zwischen Wien und Niederösterreich der Öffentlichkeit übergeben: Der Landeshauptmann-Stellvertreter von Wien, Vizebürgermeister Felix Slavik, und sein niederösterreichischer Kollege, Landeshauptmann-Stellvertreter Rudolf Hirsch, eröffneten gemeinsam die mit einem Kostenaufwand von 10,88 Millionen Schilling ausgebaute Ketzergasse zwischen der Perchtoldsdorfer Straße und der Brunner Straße im 23. Bezirk. Gleichzeitig mit dem Umbau dieser wichtigen, 1,4 Kilometer langen Verbindung am südlichen Stadtrand Wiens wurde auch eine neue Unterführung unter der Südbahn und der Kaltenleutgebner Bahn im Zuge der Ketzergasse errichtet. Wo früher eine zwar abgeschrankte, aber trotzdem gefährliche und vor allem zeitraubende niveaugleiche Kreuzung der Ketzergasse mit den Bahntrassen bestand, kann man ab heute ohne Aufenthalt durchfahren. Die Kosten für die Unterführung belaufen sich auf rund 20,5 Millionen Schilling.

Da die ausgebaute Strecke der Ketzergasse die Grenze zwischen Wien und Niederösterreich beziehungsweise zwischen Wien und der Gemeinde Perchtoldsdorf bildet, wurde in langwierigen Verhandlungen eine Vereinbarung über eine Kostenbeteiligung Niederösterreichs getroffen. Das Land Niederösterreich steuert 1,9 Millionen Schilling zu den Straßenbaukosten bei, die Gemeinde Perchtoldsdorf trägt mit 175.000 Schilling die Hälfte der Kosten für die Beleuchtung der Ausbaustrecke und der gärtnerischen Gestaltung des Straßenraumes. Die Unterführung liegt zur Gänze auf Wiener Gebiet, so daß hier keine Kostenteilung erfolgte.

Im Zuge der Straßenbauarbeiten, die im Dezember 1965 begonnen wurden, hat man die Ketzergasse östlich der Südbahn auf sieben Meter, westlich der Südbahn auf 8,5 Meter verbreitert. Die Abstellspuren sind je 2,50 Meter breit. Die Bauarbeiten an der Unterführung wurden bereits im Mai 1964 aufgenommen. Unter

./.

der Bahntrasse ist die Fahrbahn der Ketzergasse acht Meter breit, an beiden Seiten wurde je ein 1,80 Meter breiter erhöhter Gehweg angelegt. Der Durchlaß ist über der Straße 4,5 Meter, über den Gehwegen rund 2,3 Meter hoch. Das neue Kreuzungsbauwerk wurde nach Plänen von Zivilingenieur Alfred Laubenberger errichtet, der die Eröffnung seines Werkes leider nicht mehr miterleben konnte, da er vor einigen Wochen starb.

An der Eröffnungsfeier nahmen neben den beiden Landeshauptmann-Stellvertretern seitens der Stadt Wien die Stadträte Heller, Pfoch, und Dr. Maria Schaumayer, ferner Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Dr. Koller, zahlreiche Mitglieder des Gemeinderates sowie mehrere Bezirksvorsteher teil. Als Vertreter Niederösterreichs waren Landesrat Resch, Landesbaudirektor Dipl.-Ing. Müller, Mitglieder des Landtages sowie der Perchtoldsdorfer Bürgermeister Kamtner erschienen.

Nach der Begrüßung der Festgäste durch den Liesinger Bezirksvorsteher Suttner, der auf die Bedeutung der Ketzergasse als durchgehende Verbindung zwischen der Bundesstraße 17 und Rodaun hinwies und Vizebürgermeister Slavik für sein persönliches Eingreifen in die Verhandlungen zwischen Wien und Niederösterreich dankte, ergriff der niederösterreichische Landeshauptmann-Stellvertreter Rudolf Hirsch das Wort.

Verstärkte Annäherung der beiden Bundesländer

Wie Landeshauptmann-Stellvertreter Hirsch betonte, machen die gemeinsamen Interessen von Wien und Niederösterreich keineswegs an den Landesgrenzen halt, sondern reichen weit darüber hinaus. Zwischen Bürgermeister Marek und Landeshauptmann Dipl.-Ing. Hartmann gab es bereits wiederholt Kontaktgespräche über zahlreiche Fragen, die beide Bundesländer angehen. In den letzten Jahren sind Wien und Niederösterreich einander bedeutend nähergekommen. Das ist jedoch nicht nur den Politikern, sondern vor allem auch der Bevölkerung beider Bundesländer zu verdanken. Hier wie dort ist diese Annäherung aber auch eine Folge der großen gesellschaftlichen und kulturellen Umwälzungen, die auf der einen Seite zu einem gewissen Trend zur Verstädterung geführt haben. Die Mentalität der Landbevölkerung hat sich weitgehend jener der Großstädter angepaßt. Auch der steigende Fremdenverkehr trägt wesentlich

./.

dazu bei; die Motorisierung bringt den Städter aufs Land und die Landbevölkerung in die Stadt, so daß Stadt und Land einander immer näher kommen und einander immer besser kennenlernen. Im großen und ganzen gesehen, gibt es heute jene Mentalitätsunterschiede nicht mehr, die noch 1921 ins Treffen geführt wurden, als man die Trennung zwischen Wien und Niederösterreich durchführte.

Diese Annäherung aber verdichtet und verstärkt auch die gemeinsamen Probleme. Kontakte sind daher das Gebot der Stunde. Mit der Gründung der Laxenburg-Betriebsgesellschaft wurde bereits ein Modell für die Lösung gemeinsamer Fragen geschaffen. Nun ist es unsere Aufgabe, daran anzuknüpfen und nach Lösungsmöglichkeiten für andere Probleme zu suchen. Jeder Landesegoismus und jede parteipolitische Engherzigkeit müssen dabei als unzeitgemäß abgelehnt werden. Es gilt nun, in guter und ehrlicher Zusammenarbeit Vorteile für beide Länder zu erreichen.

Jeder Niederösterreicher ist eigentlich zugleich auch ein wenig ein Wiener. Umgekehrt ist auch jeder Wiener gewissermaßen ein Niederösterreicher. Die Interessen beider überschneiden einander, und deshalb wäre eine starre Scheidung unrealistisch. Die Beziehungen zwischen den Wienern und den Niederösterreichern haben sich bisher in Freiheit entwickeln können. Dies erscheint aber nur dann sinnvoll, wenn sie nicht auseinander, sondern zueinander streben. Der gemeinsame Ausbau der Ketzergasse ist ein weiterer Meilenstein auf dem Weg zur gutnachbarlichen Zusammenarbeit zwischen Wien und Niederösterreich, und so dient diese Straße auch in höherem Sinn der Verbindung und dem Einandernäherkommen zweier Bundesländer.

Gerechte Verteilung der Straßenbaugelder notwendig!

Vizebürgermeister Felix Slavik bekannte sich in seiner Eröffnungsrede gleichfalls zur weiteren Zusammenarbeit zwischen Wien und Niederösterreich, deren gute "verwandtschaftliche" Beziehungen auch in Zukunft bestehen bleiben und weiter gefördert werden sollen. Denn eine gemeinsame Grenze bedeutet ja keineswegs, daß hüben andere Leute wohnen als drüben.

Im weiteren befaßte sich der Vizebürgermeister mit der rasanten Entwicklung des Kraftfahrzeugverkehrs. Heute gibt es in Österreich

./.

achtzehnmal mehr Kraftfahrzeuge als 1937. Während ein Auto damals noch Ausdruck des Wohlstandes und ein Luxussymbol war, benützen heute weite Kreise der Bevölkerung dieses wichtige Verkehrsmittel. In ganz Österreich besitzt jetzt mehr als ein Drittel der Haushalte ein Kraftfahrzeug, in Wien ist dieser Prozentsatz etwas höher. In den nächsten sieben und acht Jahren rechnet man mit einer weiteren Verdoppelung des Kraftfahrzeugbestandes, so daß zu den bisherigen Aufgaben, die keineswegs kleiner geworden sind, noch viele neue dazukommen.

Auf dem Gebiet der Lösung der Verkehrsprobleme stehen Wien und Niederösterreich vor besonderen Aufgaben. Im Zusammenhang mit dem ständig steigenden Fremdenverkehr darf man jedoch nicht übersehen, daß der Fremdenverkehr allein unsere Existenz nicht sichern kann. Im Vordergrund steht nach wie vor der weitere Ausbau der Wirtschaft, denn sie ist unsere Existenzgrundlage.

In Zukunft wird es notwendig sein, nicht nur Verständnis für die Lösung der Verkehrsprobleme aufzubringen, sondern vor allem auch große Geldmittel zur Verfügung zu stellen. Und hier kommt es auf die richtige Aufteilung der Mittel an. In diesem Zusammenhang muß bedacht werden, daß Niederösterreich zu einem großen Teil den Durchzugsverkehr bewältigen muß, der nach Wien führt. Aber auch an der Grenze von Wien hört die Republik Österreich nicht auf. Die Bundesstraßen nehmen in Wien keineswegs an Bedeutung ab, sondern ganz im Gegenteil noch zu. Die Niederösterreicher haben kein Interesse daran, Wien zu umfahren, und die Wiener sind keineswegs daran interessiert, die Niederösterreicher und die Bevölkerung der übrigen Bundesländer von Wien fernzuhalten. Zur Durchquerung unserer Stadt aber müssen die entsprechenden Straßen vorhanden sein.

Sodann kam Vizebürgermeister Slavik auf das "West-Ost-Gefälle" in Österreich zu sprechen. Dieses Gefälle gibt es nicht deshalb, weil vielleicht die Bewohner der östlichen Bundesländer weniger arbeiten würden als jene im Westen. Es entstand vor allem dadurch, daß die östlichen Bundesländer durch den Krieg und die Besatzungszeit mehr gelitten haben als die westlichen Bundesländer. Wir im Osten mußten bis 1955 zahlreiche Nachteile in Kauf nehmen, Kredite aus dem ERP-Fonds für den Wiederaufbau waren uns verwehrt. Es ist klar, daß diese Nachteile gegenüber dem Vorsprung,

./.

den die westlichen Bundesländer errangen, nicht in kurzer Zeit überwunden werden können. Daraus erwächst aber die Erkenntnis, daß auf dem Gebiete im Osten Österreichs besonders Bedacht genommen werden muß.

Abschließend dankte der Vizebürgermeister allen am Bau Beteiligten und erklärte die Ausbaustrecke mit folgenden Worten für eröffnet: Möge uns dieses Bauwerk für die zukünftige Zusammenarbeit den Weg weisen, wie wir schwierige Probleme gemeinsam lösen können.

Anschließend räumten die beiden Landeshauptmann-Stellvertreter gleichfalls in gemeinsamer Arbeit die Absperrungsbalken beiseite und fuhren die 1,4 Kilometer lange Ausbaustrecke ab.

\- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

26. Juli (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Gurken 2 bis 4 S je Kilogramm, Kohlrabi 1 bis 2 S, Paprika 1 bis 1.50 S je Stück.

Obst: Birnen 4 bis 6 S, Marillen 6 bis 8 S, Pfirsiche 6 bis 10 S je Kilogramm.

\- - -

Mehrheitsbeschluß der Wiener Landesregierung:

Anfechtung des Bundesfinanzgesetzes 1966 beim Verfassungsgerichtshof

Keine Belastung der Wiener Rathauskoalition

26. Juli (RK) In der Sitzung der Wiener Landesregierung unter dem abwechselnden Vorsitz von Landeshauptmann-Stellvertreter Slavik und Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Drimmel referierte Stadtrat Sigmund einen Antrag auf Anfechtung des Bundesfinanzgesetzes 1966 beim Verfassungsgerichtshof. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Sozialisten angenommen.

In den Erläuterungen zu dem Antrag heißt es, daß sich auch mit dem Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1966 verfassungsrechtliche Probleme verbinden, die dem zuständigen Verfassungsgerichtshof zur Entscheidung vorgelegt werden sollen. Im wesentlichen handelt es sich darum, ob jene Bestimmung des Bundesverfassungsgesetzes eingehalten wurde, in der es heißt, daß die Beurkundung von Bundesgesetzen vom Bundeskanzler und von den zuständigen Bundesministern gegenzuzeichnen ist. Weiter geht es um die Frage, ob der Nationalrat im Bundesfinanzgesetz 1966 in verfassungsrechtlich einwandfreier Weise den Finanzminister mit bestimmten Angelegenheiten der Einflußnahme auf die Ansätze des Bundesvoranschlags betraut hat.

Vor der Abstimmung hatte sich Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Drimmel zu Wort gemeldet, der den Standpunkt der ÖVP-Fraktion erläuterte. Durch das Bundesfinanzgesetz sei Wien nicht betroffen, und man solle die Koalition im Wiener Rathaus nicht mit Streitigkeiten auf Bundesebene zwischen Regierung und Opposition belasten. Dies wäre für die Zusammenarbeit nicht gut.

Landeshauptmann-Stellvertreter Slavik antwortete darauf, daß es sich hier um sehr grundsätzliche Fragen handelt, nämlich um die Frage der Ermächtigung, und dies sei von Interesse nicht nur für die gesamte Bundesverwaltung, sondern auch für die Länder und Gemeinden. Durch diese Ermächtigungen können starke Veränderungen in einzelnen Ressorts herbeigeführt werden, die sich auf die Länder und Gemeinden auswirken. Im Parlament wurde auch ge-

./.

sagt, es solle eine Klärung herbeigeführt werden, wie weit die Budgethoheit des Parlaments geht und wie weit sie eingeengt werden darf. Er sei daher der Meinung, daß eine Klärung herbeigeführt werden soll.

Landeshauptmann-Stellvertreter Slavik betonte jedoch ausdrücklich, daß er darin keine Belastung der Rathauskoalition erblicke. "Wir denken, daß in Wien unsere Zusammenarbeit so wie in der Vergangenheit auch in der Zukunft fortgesetzt werden soll." Er möchte auch nicht, daß der heutige Beschluß als eine Belastung für die Wiener Koalition dargestellt werde.

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Drimmel nahm "diese wichtige Erklärung mit ehrlicher Genugtuung" zur Kenntnis. Er stellte jedoch nochmals fest, es wäre besser, das Wiener Rathaus mit den Differenzen auf Bundesebene nicht zu belasten.

Hierauf nahm Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Drimmel die Abstimmung vor, bei der der Antrag mit den Stimmen der sozialistischen Landesregierungsmitglieder angenommen wurde.

\- - -

Isotopen- und Zentrallaboratorium für das Krankenhaus Lainz

26. Juli (RK) Auf Antrag von Gesundheitsstadtrat Dr. Otto Glück genehmigte heute der Wiener Stadtsenat die Errichtung eines Isotopen- und Zentrallaboratoriums im Krankenhaus Lainz. Radioaktive Isotopen sind bekanntlich für die Diagnostik in der modernen Medizin von großer Wichtigkeit.

Die Kosten für dieses Bauvorhaben betragen 20 Millionen Schilling. Nach Fertigstellung des neuen Gebäudes können die zum Teil schon vorhandenen Einrichtungen dort konzentriert und rationeller angewendet werden.

\- - -

Hochwasserberichte im Stadtsenat

26. Juli (RK) In der heutigen Sitzung des Wiener Stadtsenates berichtete Baustadtrat Kurt Heller über die allgemeine Hochwassersituation in Wien. (Die "Rathaus-Korrespondenz" hat heute darüber bereits auf Blatt 2304 berichtet.)

Stadtrat Pfoch (Öffentliche Einrichtungen) teilte dazu ergänzend mit, daß die Wasserwerksanlagen den Hochwässern überall standgehalten haben. Sowohl im Höllental als auch in Wildalpen kam es zu Überschwemmungen, die jedoch keine Schäden anrichten konnten. Schwierigkeiten gab es nur bei den "Sieben Quellen", die statt der normalen 400 Liter pro Sekunde plötzlich 3.000 sec/Liter "produzierten". Dadurch wurden die Stollenarbeiten im Karlgraben voraussichtlich acht Tage lang stillgelegt.

Die Quelle Stixenstein hat Wassertrübungen gezeigt, die jedoch keineswegs gefährdend sind. In solchen Fällen wird die Quelle sofort abgeleitet und das Wasser fließt in den Bach. Trotzdem sind in Wien aus dem Gebiet Mauer Meldungen von Wassertrübungen eingelangt. Auch im Bereich der 2. Hochquellenleitung haben sich Trübungen gezeigt, weshalb die Wasserwerke auf Empfehlung des Gesundheitsamtes sofort eine stärkere Chlorierung vornahmen. Es ist jedoch damit zu rechnen, daß in einigen Stunden wieder normale Zustände herrschen, betonte Stadtrat Pfoch abschließend.

Stadtrat Dr. Maria Schaumayer (Städtische Unternehmungen) schilderte die Schäden, die der Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien durch das Hochwasser erlitten hat. Vor allem in Schloßhof stehen viele Felder unter Wasser. Die Gerste ist zu einem guten Teil schon abgeerntet. Die noch auf den Feldern stehende Frucht hat jedoch stark an Qualität eingebüßt. Auch Weizen und Roggen stehen noch auf den Feldern. Die Schadenshöhe ist derzeit nicht feststellbar.

\- - -

Delegationsleiter des Grazer "Camps der Städtefreundschaft" im Rathaus

26. Juli (RK) Im Namen des Bürgermeisters begrüßte heute nachmittag Vizebürgermeister Felix Slavik im Roten Salon des Wiener Rathauses die Delegationsleiter des VIII. Internationalen Sommerkinderdorfes "Camp der Städtefreundschaft", das für die Dauer von vier Wochen in einem Grazer Kinderheim eingerichtet ist. In Österreich werden diese Camps von der Österreichischen Gesellschaft für internationale Kinderdörfer veranstaltet. Auf Initiative von Bürgermeister Dipl.-Ing. Scherbaum hat sich heuer die Stadtverwaltung von Graz zum erstenmal aktiv in diese Aktion eingeschaltet und 35 Kinder aus mehreren Städten der Bundesrepublik Deutschland, Hollands, Norwegens, Italiens, Jugoslawiens und der USA eingeladen, im "Camp der Städtefreundschaft" ihre Ferien zu verbringen.

Vizebürgermeister Slavik hieß die Gäste, unter ihnen den Geschäftsführenden Präsidenten der österreichischen Gesellschaft für internationale Kinderdörfer, Stadtrat Sepp Pölzl aus Graz, herzlich willkommen und wünschte ihnen einen angenehmen Aufenthalt in unserer Stadt. Die Idee, die Freundschaft zwischen verschiedenen Städten auf diese Weise zu fördern, bezeichnete der Vizebürgermeister als außerordentlich lobenswert, da diese Aktivität sicher wesentlich dazu beiträgt, die herrschenden Spannungen in der internationalen Politik abzubauen.

\- - -

Schweinehauptmarkt vom 26. Juli

26. Juli (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Neuzufuhren Inland: 2.748. Jugoslawien 748, Bulgarien 3.565, Ungarn 1.469, DDR 1.003, Summe: 9.533. Verkauft wurde alles.

Preise: Extremware 17 bis 17.50 S, 1. Qualität 16.50 bis 17 S, 2. Qualität 16 bis 16.50 S, 3. Qualität 15 bis 16 S, Zuchten extrem 13.70 bis 14 S, Zuchten 12,80 bis 13.50 S. Altschneider 11 bis 11.50 S. Ausländische Schweine: Jugoslawien 14.60 bis 15.80 S, Bulgarien 13.70 bis 15.60 S, Ungarn 15.70 bis 16,S, DDR. 14.20 bis 16 S.

Der Durchschnittspreis für inländische Schweine erhöhte sich um 23 Groschen je Kilogramm und beträgt nunmehr 16.19 S. Für ausländische Schweine erhöhte er sich um 22 Groschen je Kilogramm und beträgt nunmehr 14.93 S. Er erhöhte sich für: bulgarische Schweine um 11 Groschen und beträgt nunmehr 14,28 S, DDR Schweine um 51 Groschen und beträgt nunmehr 15.44 S, jugoslawische Schweine um 41 Groschen und beträgt nunmehr 15.46 S, ungarische Schweine um sieben Groschen und beträgt nunmehr 15.88 S je Kilogramm.

\- - -

Pferdehauptmarkt vom 26. Juli

26. Juli (RK) Aufgetrieben wurden 41 Stück, hievon ein Esel, und fünf Fohlen.

Als Schlachttiere wurden 35 Stück, als Nutztiere zwei Stück verkauft; unverkauft blieben vier Stück, davon ein Esel.

Herkunft der Tiere: Niederösterreich 16, Oberösterreich 4, Burgenland 8, Steiermark 13.

Preise: Schlachttiere Fohlen 14.50 bis 17 S, Pferde extrem 11.50 bis 11.80 S, 1. Qualität 10.50 bis 11 S, 2. Qualität 9 bis 10 S, 3. Qualität 6 S. Pferde 11 S, Pferd am Fuß 4.000 S.

Der Durchschnittspreis für inländische Schlachtpferde erhöhte sich um 21 Groschen, für inländische Schlachtfohlen blieb er unverändert. Er beträgt für:

Schlachtpferde 10.53 S, Schlachtfohlen 15.50 S, Schlacht- und Nutzpferde 10.55 S, Pferde und Fohlen 11.24 S.

\- - -

Gespräche über Sanierung der Stadtwerke im Wiener Rathaus

26. Juli (RK) Der "Rathaus-Korrespondenz" wird mitgeteilt: "Heute wurden die Gespräche über die Sanierung der Wiener Stadtwerke im Rathaus wiederaufgenommen. Bei der Besprechung wurden Vorschläge der Wiener Stadtwerke beraten und die Notwendigkeit der Kapitalaufstockung sowie der Zuschußleistung der Hoheitsverwaltung erörtert. Nach einer allgemeinen Aussprache über den gesamten Fragenkomplex kam man überein, von den Wiener Stadtwerken weitere Unterlagen anzufordern. Ebenso wird es notwendig sein, für die nächsten Beratungen von der Hoheitsverwaltung konkrete Unterlagen über die Kapitalaufstockung und die Zuschußleistung zu erhalten. Es wurde vereinbart, die Gespräche Anfang September wieder aufzunehmen."

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Postleitzahl: 1082

Mittwoch, 27. Juli 1966 Blatt 2318

Kanalbau für neue Hauptwerkstätte der Verkehrsbetriebe

27. Juli (RK) Der Wiener Stadtsenat genehmigte gestern auf Antrag von Stadtrat Pfoch einen Kanalbau, der im Zusammenhang mit der Errichtung der neuen Zentralwerkstätte der Verkehrsbetriebe an der Simmeringer Hauptstraße angelegt werden soll. Der Straßenkanal, der insgesamt 1.755 Meter lang sein wird, kostet 5,9 Millionen Schilling. Die Kosten dafür tragen die Verkehrsbetriebe.

Ferner genehmigte der Wiener Stadtsenat die Weiterführung eines Kanalumbaues, und zwar in Simmering, von der Rappachgasse bis zur Dorfgasse. Die Kosten für die Erweiterung des 2,1 Millionen-Projektes betragen 460.000 Schilling.

\- - -

Personalnachrichten

27. Juli (RK) Auf Antrag von Stadtrat Sigmund hat gestern der Wiener Stadtsenat Magistratsrat Dr. Wolfgang Wolf (M.Abt. 4) zum Obermagistratsrat und Archivrat Dr. Hanns Jäger-Sunstenau (M.Abt. 67) zum Oberarchivrat befördert. Ferner wurde Regierungsrat Hans Blazek (M.Abt. 50) und die Abteilungsvorstände Dozent Dr. Leopold Benda und Dozent Dr. Robert Kühlmayer in die Dienstklasse VII befördert. Amtsrat Ludwig Peraus (Verkehrsbetriebe) wurde zum Oberamtsrat befördert.

\- - -

Rundfahrten "Neues Wien"

27. Juli (RK) Freitag, den 29. Juli, Route 2 mit Verkehrsbauwerk Gürtel, drittem Zentralberufsschulgebäude, Theresienbad, Südautobahneinfahrt, Schule Maiklgasse, Per Albin Hansson-Siedlung, Volkspark am Laaer Berg sowie andere städtische Anlagen und Einrichtungen. Abfahrt vom Rathaus, 1, Lichtenfelsgasse 2, um 13.30 Uhr.

\- - -

Keine Ehe- und Familienberatung im August

27. Juli (RK) Vom 3. bis einschließlich 29. August entfallen die Sprechstunden der Ehe- und Familienberatung des Wohlfahrtsamtes der Stadt Wien, 1, Gonzagagasse 23. Die letzte Sprechstunde wird am 2. August, die nächste am 30. August abgehalten. Ab September werden die Sprechstunden wieder jeden Dienstag und Freitag stattfinden.

\- - -

Warum beim Wiener Hochwasserschutz nichts weitergeht

Wien hat konkrete Vorschläge gemacht

27. Juli (RK) Gestern berichtete eine Wiener Tageszeitung von bevorstehenden Verhandlungen über einen neuen Damm am rechten Donauufer. Die Zeitung stellt abschließend fest, daß man sich über den Hochwasserschutz für das rechte Donauufer längst geeinigt habe, so daß dieses Gebiet sofort geschützt werden könnte, wenn Wien zur Herauslösung und zu getrennten Finanzierungsverhandlungen über diesen Teil der Gesamtprojekte bereit wäre.

Dazu teilt Stadtrat Heller der "Rathaus-Korrespondenz" folgendes mit: Bekanntlich hat die Stadt Wien ein großes Hochwasserschutzprojekt ausgearbeitet, das den Bau eines Umfluterkanals im heutigen Überschwemmungsgebiet und die Schaffung einer Erholungsinsel zwischen Strom und Umfluter vorsieht. Da jedoch über die Fragen der Finanzierung des Gesamtprojektes keine Einigung mit dem Bund erzielt werden konnte, hat der Wiener Gemeinderat einen generellen Entwurf für eine Verbesserung des Hochwasserschutzes am rechten Donauufer durch Vorverlegung und Erhöhung der sogenannten rechten Hochkante grundsätzlich gebilligt. Gleichzeitig wurde der Magistrat beauftragt, unverzüglich und vordringlich in Verhandlungen mit dem Ziel einzutreten, daß die Republik Österreich, als zur Durchführung von Regulierungsarbeiten an der Donau zuständig, das auszuarbeitende Detailprojekt auf ihre Kosten ausführt.

Da auch hier keine Einigung mit dem Bund zu erzielen war, hat der Wiener Bürgermeister wiederholt, zum letztenmal am 30. März, auf die Dringlichkeit des Hochwasserschutzes schriftlich aufmerksam gemacht. Das Schreiben vom 30. März an den damaligen Staatssekretär Dr. Kotzina hat folgenden Wortlaut:

> "Ich kann nach wie vor aus gewichtigen rechtlichen Gründen nicht die Ansicht teilen, daß der Bund auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen nicht verpflichtet sei, für die Herstellung beziehungsweise Verbesserung des Hochwasserschutzes an der Donau im Bereich der Stadt Wien auf seine Kosten vorzusorgen. Angesichts der immer wieder auftretenden Gefahr einer Hochwasserkatastrophe könnten es aber meiner Auffassung nach weder die Stadt Wien noch der Bund verantworten, es auf einen unter Umständen jahrelang andauernden Rechtsstreit ankommen lassen.

./.

Die Wiener Bevölkerung hat ein vitales Interesse an der ehesten Verwirklichung des totalen Hochwasserschutzes. Es müßten daher Mittel und Wege gefunden werden, um rasch eine befriedigende Lösung der Kostenfrage herbeizuführen, ohne daß dabei entscheidend ins Gewicht fallen dürfte, welche der denkbaren Rechtsformen zur Anwendung gelangt.

Da die Stadt Wien weiters im Zuge der Ausgestaltung des linken Donauufers an der Erwerbung des Drittelanteiles des Bundes am Inundationsgebiet interessiert ist, könnte ich mir vorstellen, daß der Wert dieses Eigentumsanteiles als Teil der finanziellen Leistung des Bundes für den Hochwasserschutz Wiens in Betracht käme.

Um die zwischen dem Bund und der Stadt Wien nach wie vor offene Frage der Verbesserung des Hochwasserschutzes von Wien einer Bereinigung zuzuführen, darf ich Ihnen, sehr geehrter Herr Staatssekretär, vorschlagen, es in die Wege zu leiten, daß mir und den zuständigen Amtsführenden Stadträten zum ehestmöglichen Zeitpunkt Gelegenheit zu persönlichen Verhandlungen mit Ihnen und mit den übrigen zuständigen Mitgliedern der Bundesregierung geboten wird, in der Hoffnung, dabei zu einem prinzipiellen Abschluß der Angelegenheit zu kommen."

Der Bürgermeister erhielt darauf keine Antwort. Erst auf ein Urgenzschreiben vom 14. Juni 1966 teilte Bundesminister Dr. Kotzina dem Bürgermeister mit Schreiben vom 7. Juli folgendes mit:

"Zu Ihren Schreiben vom 30. März und 14. Juni 1966 teile ich Ihnen mit, daß bezüglich der mit der Verbesserung der Hochwasserschutzanlagen im Bereiche von Wien zusammenhängenden Fragen bereits eine Besprechung zwischen Vertretern meines Ressorts und des Bundesministeriums für Finanzen stattgefunden hat, wobei die von Ihnen übermittelten Vorschläge dem Bundesministerium für Finanzen zur Kenntnis gebracht wurden. Das Bundesministerium für Finanzen hat eine Überprüfung der Angelegenheit zugesagt.

Im Hinblick auf die große Bedeutung der in Frage stehenden Maßnahmen muß zunächst die Stellungnahme des Bundesministeriums für Finanzen abgewartet werden. Sobald diese Stellungnahme vorliegt, werde ich Sie hievon in Kenntnis setzen, damit weitere Schritte in der Frage des Hochwasserschutzes für Wien eingeleitet werden können."

Aus diesem Briefwechsel geht einwandfrei hervor, daß also die Entscheidung über den Hochwasserschutz in Wien nicht von den Vertretern der Bundeshauptstadt verzögert wurde, sondern im Gegenteil, die Stadt Wien alles unternommen hat, um eine möglichst rasche Verwirklichung des Projektes in die Wege zu leiten.

\- - -

Hamburgs Pressechef in Wien

27. Juli (RK) Der Direktor der Staatlichen Pressestelle der Freien und Hansestadt Hamburg, Paul A. Vogel, ist heute zu einem Besuch in Wien eingetroffen. Der Hamburger Pressechef besichtigte am Vormittag auf einer Rundfahrt verschiedene Verkehrsbauten, vor allem die vor der Vollendung stehende unterirdische Zweierlinie.

\- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

27. Juli (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Gurken 2 bis 4.50 S, je Kilogramm, Kohlrabi 1 bis 2 S je Stück, Paprika 1 bis 1.50 S je Stück.

Obst: Birnen 4 bis 6 S, Marillen 6 bis 8 S, Ringlotten 4 bis 6 S je Kilogramm.

\- - -

Zeitungswissenschaft-Studenten aus München in Wien

27. Juli (RK) Das Zeitungswissenschaftliche Institut in München hat eine Exkursion nach Wien veranstaltet. Die 30köpfige Gruppe angehender Journalistinnen und Journalisten ist gestern in Wien eingetroffen. Der heutige Tag war dem Wiener Rathaus gewidmet. Am Vormittag hörten die Studenten einen Vortrag über die Pressepolitik und die Kommunalpolitik der Stadt Wien. Anschließend lernten sie bei einer Führung die bedeutendsten Bauvorhaben in unserer Stadt kennen.

Zu mittag gab die Stadt Wien einen Empfang im Steinernen Saal, bei dem Stadtrat Pfoch und Stadtrat Dr. Prutscher die Gäste aus München begrüßten. Stadtrat Pfoch hieß die jungen Leute herzlich willkommen und berichtete ihnen von den Problemen und Sorgen der Wiener Stadtverwaltung.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Postleitzahl: 1082

Donnerstag, 28. Juli 1966 Blatt 2324

Zwei amerikanische Chöre singen im Rathaus

28. Juli (RK) In den nächsten Tagen werden zwei amerikanische Chöre im Stadtsenatssaal des Wiener Rathauses dem Bürgermeister Ständchen darbringen. Kommenden Freitag, den 29. Juli, um 10 Uhr, wird Stadtrat Kurt Heller in Vertretung des Bürgermeisters die "Singing San Diegans" begrüßen, einen Chor aus San Diego in Kalifornien. Die zweite Gesangsgruppe, die am Montag, dem 1. August, um 9.30 Uhr, von Bürgermeister Bruno Marek im Rathaus empfangen wird, nennt sich "The Madison Madrigal Singers" und kommt aus der Stadt Vienna in Virginia.

\- - -

Rundfahrten "Neues Wien"

28. Juli (RK) Samstag, 30. Juli, Route 3 mit Hauptfeuerwache Leopoldstadt, Marshallhof, Montagebaufabrik, Neubaugebiet Kagran, Pensionistenheim "Sonnenhof", Berufsschule für Gärtner und Naturblumenbinder sowie anderen städtischen Anlagen und Einrichtungen.

Abfahrt vom Rathaus, 1, Lichtenfelsgasse 2, um 13 Uhr.

\- - -

Infektionskrankheiten im Juni

28. Juli (RK) Das Gesundheitsamt der Stadt Wien bringt in seinem Tätigkeitsbericht über den Monat Juni folgende Zahlen über die in Wien aufgetretenen anzeigepflichtigen Infektionskrankheiten: Scharlach 272, infektiöse Leberentzüdung 89 (vier Todesfälle), Keuchhusten 25, Typhus 3, Ruhr 2, bakterielle Lebensmittelvergiftung 2. Keine Erkrankungsfälle gab es bei Diphtherie, Kinderlähmung und Paratyphus.

Bei einer Gesamtzahl von 6.575 Besuchen betrug die Zahl der Neuuntersuchten in den Tbc-Fürsorgestellen 2.174. In 99 Fällen wurde eine aktive Tuberkulose festgestellt. In den Tbc-Fürsorgestellen wurden insgesamt 2.963 Röntgendurchleuchtungen, 570 Röntgenaufnahmen und 1.044 Hausbesuche gemacht.

Die Parteienfrequenz in der Beratungsstelle für Geschlechtskranke betrug 3.892. Von 580 im Wochendurchschnitt untersuchten Kontrollprostituierten waren 23, von 114 untersuchten Geheimprostituierten 31 venerisch infiziert. Aus ganz Wien wurden 215 Fälle frischer venerischer Erkrankungen geneldet.

In den Wiener Schulen wurden 7.584 Kinder untersucht, in der Augenärztlichen Zentrale 313 und in der Ohrenärztlichen Untersuchungsstelle 207. Im Rahmen der systematischen Schulzahnpflege wurden in den Schulzahnkliniken 11.005 Kinder untersucht und 4.358 als behandlungsbedürftig befunden.

Im Krebsreferat sind im Berichtsmonat 288 Personen, davon 110 Männer, untersucht worden. Dabei wurden zehn geschwulstverdächtige Befunde erhoben und 205 Personen wegen anderer Erkrankungen ihren behandelnden Ärzten zugewiesen. Davon waren 38 Erkrankungen, die erfahrungsgemäß unbehandelt in ein Krebsleiden übergehen können.

In der Sportärztlichen Untersuchungsstelle wurden 78 Sportler untersucht.

\- - -

Musikveranstaltungen in der Woche vom 1. bis 7. August

28. Juli (RK)

Montag, 1. August:

17.00 Uhr, 3. Bezirk, Oberer Belvedere-Garten: Kulturamt der Stadt Wien: Promenadekonzert; Wiener Konzertorchester, Dirigent Leopold Grossmann (Heuberg, Johann Strauß, Josef Strauß, Zeller, Eysler, Fucik, Waldteufel, Elgar, Dvořák, Weihovsky, Leonhardt)

20.00 Uhr, Palais, Pallavicini: Kulturamt der Stadt Wien: Celloabend Ludwig Hoelscher, am Flügel Kurt Rapf (Brahms: Sonate F-dur op. 99; Reger: Suite d-moll op. 131/2, Valentini: Sonate E-dur, Beethoven: Sonate A-dur op. 69)

Dienstag, 2. August:

17.30 Uhr, 15. Bezirk, Märzpark: Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Musikkapelle der Wiener E-Werke

17.30 Uhr, 21. Bezirk, Parkanlage Justgasse-Carrogasse: Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Musikkapelle der Wiener Verkehrsbetriebe

20.00 Uhr, Wiener Rathaus, Arkadenhof: Kulturamt der Stadt Wien: 10. Orchesterkonzert; Niederösterreichisches Tonkünstlerorchester, Dirigent Hans Schneider (Werke von Johann Strauß und Josef Strauß)

Mittwoch, 3. August:

20.00 Uhr, Palais Palffy: Kulturamt der Stadt Wien: Klavierabend Heinz Medjimorec (Scarlatti, Beethoven, Mendelssohn, Chopin, Debussy)

Donnerstag, 4. August:

17.00 Uhr, 1. Bezirk, Volksgarten: Kulturamt der Stadt Wien: Promenadekonzert; Wiener Konzertorchester, Dirigent Leopold Grossmann (Johann Strauß, Josef Strauß, Ziehrer, Kalmán, Schönherr, Fischer, Sirowy, Lehár)

17.30 Uhr, 11. Bezirk, Herderpark: Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Musikkapelle der Wiener E-Werke

17.30 Uhr, 12. Bezirk, Theresienpark: Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Polizeimusik Wien

17.30 Uhr, 16. Bezirk, Kongreßpark: Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Musikkapelle der Wiener Verkehrsbetriebe

20.00 Uhr, Palais Schwarzenberg: Kulturamt der Stadt Wien: Liederabend Adele Leigh, am Flügel Dr. Erik Werba (Purcell, Cornelius, Duparc, de Falla und andere)

./.

Freitag, 5. August:

17.30 Uhr, 10. Bezirk, Volkspark Laaer Berg: Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Musikkapelle der Wiener E-Werke

17.30 Uhr, 20. Bezirk, Allerheiligenplatz: Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Polizeimusik Wien

20.00 Uhr, Wiener Rathaus, Arkadenhof: Kulturamt der Stadt Wien: 11. Orchesterkonzert; Niederösterreichisches Tonkünstlerorchester, Dirigent Wolfgang Gabriel (Schmidek: Ouverture zu einer Komödie; Suk: Streicherserenade op. 6; Brahms: 4. Symphonie e-moll, op. 98)

Sonntag, 7. August:

20.00 Uhr, Kulturzentrum, 1, Annagasse 20: Internationales Kulturzentrum: Klavierabend Douglas Ashley, (Bach, Haydn, Beethoven, Copland, Bartók, Ginastera)

\- - -

Im ersten Halbjahr:

Zahl der Todesfälle in Wien gesunken

28. Juli (RK) Das Statistische Amt der Stadt Wien weist in seinem Monatsbericht für Juni 1.717 Eheschließungen, 1.687 Lebendgeborene und 1.952 Sterbefälle aus. Alle diese Zahlen liegen unter den Zahlen des gleichen Monats im Vorjahr und zwar die Ehschließungen um 49, die Geborenen um 53 und die Gestorbenen um 188 Fälle.

Eine Zusammenfassung der nunmehr für die ersten sechs Monate dieses Jahres vorliegenden Zahlenberichte ergibt 7.010 Eheschließungen, 10.201 Geborene und 13.431 Sterbefälle. Damit wurden von Jänner bis Juni des heurigen Jahres in Wieh um 62 Ehen mehr geschlossen, jedoch um neun Kinder weniger geboren als in ersten Halbjahr 1965. Die Zahl der Sterbefälle für diesen Zeitraum ist um 640 zurückgegangen, so daß sich der Geburtenabgang von 3.861 im Jahre 1965 auf 3.230 im Jahre 1966 verbessert hat. Wie in der ersten Hälfte der Jahre 1963, 1964 und 1965 lag auch heuer die Zahl der Lebendgeborenen über 10.000. Diese erfreuliche Tatsache erfährt dadurch eine gewisse Einschränkung, daß erfahrungsgemäß die Zahl der Lebendgeborenen im zweiten Halbjahr sinkt.

Nach dem Bericht der Bundes-Polizeidirektion Wien sind im Juni 11.342 Personen nach Wien zugewandert, 9.314 haben sich abgemeldet.

\- - -

Für die Wiener Wasserversorgung:

1,8 Milliarden Investitionsbedarf in den nächsten Jahren

28. Juli (RK) Mit der Inbetriebnahme des Grundwasserwerkes Untere Lobau ist die Sicherung der Wiener Wasserversorgung wieder ein gutes Stück weitergekommen. 50.000 Kubikmeter bestes Trinkwasser täglich fließen von dort in das Wiener Rohrnetz, mehr als 200 Millionen Schilling haben allerdings diese täglichen 50 Millionen Liter gekostet. Aber die Wiener Wasserwerke können sich damit nicht zufrieden geben. Jährlich steigt der Wasserverbrauch in unserer Stadt um drei Prozent, jährlich kommen 12.000 neue Wohnungen hinzu, viele Bäder werden auch in alten Wohnungen eingerichtet.

Der Bauaufwand der Wasserwerke wird daher in den nächsten Jahren unvermindert hoch bleiben. Wie der Amtsführende Stadtrat für die Öffentlichen Einrichtungen, Hubert Pfoch, der "Rathaus-Korrespondenz" mitteilt, rechnet man mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 1,8 Milliarden Schilling, die innerhalb der nächsten zehn Jahre aufgebracht werden müssen, um die einwandfreie Wiener Trinkwasserversorgung zu garantieren.

Das Ziel der Wasserwerke ist, 800 Millionen Liter Wasser täglich für Wien zur Verfügung stellen zu können. Wie hoch diese Zahl ist, zeigt ein Vergleich mit dem Rekordtag dieses Jahres: am 17. Juni wurden 581 Millionen Liter Wasser in Wien verbraucht. Das entspricht einem Durchschnittskopfverbrauch von 375 Liter. Damit wurde der absolute Rekord aus dem Jahr 1963 fast erreicht. Der derzeitige Durchschnittsverbrauch liegt bei 300 Liter pro Kopf und Tag.

In diesem Zusammenhang: Diese "Liter pro Kopf-Zahl" bedeutet natürlich nicht, daß tatsächlich jeder Wiener an diesem Tag 375 Liter Wasser verpritschelt hat. Eine Aufschlüsselung ergibt, daß 30 Prozent dieser Summe auf den Haushaltsbedarf entfallen, wobei es natürlich auch hier individuelle Unterschiede gibt. Der Rest von 70 Prozent entfällt auf Industrie, Gewerbe, auf Anstalten und Spitäler und auf den öffentlichen Bedarf.

Wie verteilt sich nun der mit 1,8 Milliarden Schilling geschätzte Bauaufwand der Wiener Wasserwerke? Allein für die Er-

./.

schließung neuer Wasservorkommnisse, die dritte Wasserleitung mit-einbezogen, für die 700 Millionen Schilling gerechnet werden, ist ein Kapitalbedarf von einer Milliarde Schilling erforderlich. Derzeit wird von Rektor der Technischen Hochschule Wien, Prof. Dr. Kesser eine Wasserbilanz für Moosbrunn aufgestellt. Die Wasserwerke erwarten, diese Bilanz für den Herbst 1966. Am Rande: Noch nie und noch nirgends in Europa hat man so intensive Grundlagenforschung verlangt und betrieben, um mit diesem Bau beginnen zu können. Die Kosten, die seit 1948 erwachsen sind, betragen 26 Millionen Schilling.

Weitere 300 Millionen Schilling werden die Wasserwerke in Hinkunft für diverse Rohrleitungen aufbringen müssen, die zur Aufschließung des Südraumes von Wien und der neuen Wohngebiete im Osten unserer Stadt notwendig sind.

Mit einem Kapitalbedarf von rund 500 Millionen Schilling rechnet man für die laufende Auswechslung alter Wasserrohre, deren Profile dem steigenden Bedarf nicht mehr gerecht werden. Nach den Berechnungen der Wasserwerke wären im 2.500 Kilometer langen Rohrnetz Wiens sukzessive 700 Kilometer Rohrleitungen auszuwechseln.

Schließlich rechnet man noch mit 30 Millionen Schilling für die Vergrößerung und den Ausbau des Behälterraumes in Wien. Wir verfügen derzeit über 32 Wasserbehälter mit einem Fassungsraum von 520.000 Kubikmeter in Wien, dazu kommt der Behälter am Steinfeld mit 600.000 Kubikmeter. Aber auch der Wienerwaldsee mit seinem Fassungsraum von 1,7 Millionen Kubikmeter Wasser, muß hier mitgerechnet werden.

Es wird also auch in den nächsten Jahren viel Geld und viel Arbeit notwendig sein, um die Wiener Trinkwasserversorgung auf dem hohen Stand zu halten und diesen auch in Zukunft zu garantieren.

\- - -

Der Bürgermeister von Toronto zu Besuch in Wien

28. Juli (RK) Vizebürgermeister Dr. Heinrich Drimmel begrüßte heute vormittag in Anwesenheit von Stadtrat Rudolf Sigmund und Magistratsdirektor Dr. Rudolf Ertl den Bürgermeister der kanadischen Stadt Toronto, Philipp Givens, bei einem Empfang im Roten Salon des Wiener Rathauses. Das kanadische Stadtoberhaupt befindet sich gegenwärtig in Begleitung seiner Gattin und von Stadtrat Ben Grys auf einer Europareise. Im Namen von Bürgermeister Marek hieß Vizebürgermeister Dr. Drimmel die Gäste herzlich willkommen, unter ihnen auch den kanadischen Geschäftsträger in Wien, Geoffrey Bruce.

In einem angeregten Gespräch wurden gemeinsame Probleme diskutiert. Besonders interessant waren die Ausführungen von Bürgermeister Givens über die Verkehrsregelung in der Zwei-Millionen-Stadt Toronto, die bekanntlich die erste Stadt der Welt ist, in der sämtliche Verkehrsampeln von einem zentralen Computersystem gesteuert werden.

Als Gastgeschenk hatte Bürgermeister Givens die kanadische Flagge mitgebracht, die er dem Vizebürgermeister überreichte. Dr. Drimmel dankte herzlich und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß die neue kanadische Fahne in den gleichen Farben gehalten ist wie die österreichische; im weißen Feld der rot-weiß-roten kanadischen Fahne steht das Symbol Kanadas, ein rotes Ahornblatt. Als Gegengeschenk überreichte der Vizebürgermeister einen Abguß des ältesten Stadtsiegels von Wien, Bildbände über unsere Stadt und den Damen Augartenporzellan-Figuren.

\- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

28. Juli (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Gurken 2 bis 4 S je Kilogramm, Kohlrabi 1 bis 2 S je Stück, Paprika 1 bis 1.50 S je Stück.

Obst: Äpfel 4 bis 6 S, Birnen 4 bis 6.50 S, Marillen 6 bis 8 S je Kilogramm.

\- - -

Der 90.000. Besucher in der Toulouse-Lautrec-Ausstellung

28. Juli (RK) In der Toulouse-Lautrec-Ausstellung konnte heute der 90.000. Besucher begrüßt werden. Es war dies Miß Carolyn Joyce Spitzer aus Reno, Nevada, USA. In Vertretung von Stadtrat Gertrude Sandner überreichte ihr Magistratsrat Dr. Gertrud Jaksch als Erinnerungsgeschenk das Bildwerk Henri de Toulouse-Lautrec von Douglas Cooper, aus dem Verlag Kohlhammer.

Diese Ausstellung, die sich nach wie vor eines regen Interesses erfreut, kann nicht verlängert werden. Der letzte Ausstellungstag ist Sonntag, der 31. Juli.

\- - -

Amerikanische Gäste im Rathaus

28. Juli (RK) In Vertretung des Bürgermeisters begrüßte heute vormittag Stadtrat Kurt Heller den Chefredakteur der größten amerikanischen Freimaurerzeitung "The Masonic World", Mr. Fairbairn Smith, der in Begleitung des Freimaurer-Altgroßmeisters Mr. Dodge und der Präsidenten der Mozart-Gesellschaft in Detroit, Mrs. Kozenn-Chajes, dem Wiener Rathaus einen Besuch abstattete. Magistratsrat Dr. Luise Lang stellte die Gäste vor, die auf Einladung der Fremdenverkehrsstelle der Stadt Wien nach einem kurzen Besuch der Festspielstadt Salzburg nach Wien gekommen sind, um hier nicht nur die Sehenswürdigkeiten kennenzulernen, sondern auch die Möglichkeiten eines Internationalen Freimaurerkongresses in Wien zu studieren. In einem freundschaftlichen Gespräch mit Stadtrat Heller zeigten sich die Gäste aus der 4,5-Millionen-Stadt Detroit besonders an Fragen des Wohnungsproblems in Wien interessiert.

\- - -

Rindernachmarkt vom 28. Juli

28. Juli (RK) Neuzufuhren Inland: 9 Stiere. Verkauft wurde alles. Hauptmarktpreise.

\- - -

Schweinenachmarkt vom 28. Juli

28. Juli (RK) Neuzufuhren Inland: 66. Bulgarien 49, Ungarn 140, Summe: 255. Verkauft wurde alles. Hauptmarktpreise.
Bulgarien 14.50 S, Ungarn 16 S.

\- - - -

Pferdenachmarkt vom 28. Juli

28. Juli (RK) Kein Auftrieb.

\- - -

Probebohrungen und Vermessungsarbeiten für die neue Stadtbahn

28. Juli (RK) Der Bauausschuß des Wiener Gemeinderates genehmigte heute zwei für den künftigen Massenverkehr in Wien besonders wichtige Vorlagen. Für den geplanten Bau der neuen Stadtbahn unter dem Karlsplatz, dem Schwarzenbergplatz und dem Rennweg sind zunächst Baugrunduntersuchungen notwendig. Deshalb müssen in diesem Gebiet Probebohrungen durchgeführt werden. Der Bauausschuß bewilligte für diese Arbeiten 350.000 Schilling.

Um für die neue Stadtbahn, die bekanntlich als Verlängerung der künftigen unterirdischen Zweierlinie gedacht ist, eine präzise Detailplanung zu gewährleisten, werden ferner spezielle und äußerst genaue geodätische Projektsunterlagen benötigt.

Der Bauausschuß bewilligte die Vergebung dieser Arbeiten, die im Gebiet des Schwarzenbergplatzes und entlang des Rennweges bis zur Stanislausgasse durchgeführt werden soll.

Ähnlich wie für die künftige Stadtbahntrasse unter der Wiedner Hauptstraße muß auch für dieses Projekt eine Vielzahl von Unterlagen angelegt werden. Um einen Begriff von der Vielfalt dieser vermessungstechnischen Arbeitsvorgänge zu bekommen - die im übrigen mit Hilfe der sogenannten Netzplantechnik aufeinander abgestimmt werden -, seien im folgenden die einzelnen benötigten Pläne angeführt: ein sogenanntes Einbauten-Grundgerippe (zur Darstellung der Lage der Einbauten nach Beendigung der Baumaßnahmen), ein "stummer Lageplan" (als Konstruktionsgrundlage für den Projektanten), zwei Lage- und Höhenpläne (als Projektsgrundlage für die oberirdischen Baumaßnahmen), zwei Kanapläne (als Projektsgrundlage für den Tiefbau), eine Profildarstellung (Profile der Kanäle und anderer unterirdischer Objekte), ein Übersichtsplan (im Maßstab 1:1000) und schließlich ein Koordinatenverzeichnis aller Detailpunkte (als Grundlage der analytischen Berechnungen und der geodätischen Messungen während der Bauführung). Die vom Bauausschuß genehmigten Gesamtkosten für diese umfangreichen Untersuchungen belaufen sich auf 1,650.000 Schilling.

\- - -

Studenten der Wirtschaftswissenschaften aus 20 Nationen im Rathaus

28. Juli (RK) Rund 100 ausländische Studenten der Wirtschaftswissenschaften absolvieren heuer im Sommer ihr Praktikum in Osterreich. Sie lernen hier neue Betriebs- und Organisationsformen kennen und vervollkommnen ihre Sprachkenntnisse. Um diese ausländischen Praktikanten für einige Tage in Wien zu vereinen, veranstaltet das Österreichische Nationalkomitee der "Internationalen Vereinigung der Studenten der Wirtschaftswissenschaften" (AIESEC) vom 28. bis 30. Juli die sogenannten "AIESEC-Days 1966" in Wien.

Das Thema dieses Seminars, das unter der Patronanz der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien, zweier Industrieunternehmen und einer Bank steht, lautet "Der Wert eines Auslandspraktikums - von der Sicht der Professoren, Unternehmer und Studenten". Die Teilnehmer, die aus rund 20 Nationen kommen, hören im Rahmen dieses Seminars mehrere Vorträge und nehmen an verschiedenen Diskussionen und Rundfahrten teil. Die "AIESEC-Days 1966" wurden heute vormittag im Festsaal der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien vom Rektor der Hochschule für Welthandel, Professor Dr. Hans Krasenksy, eröffnet.

Heute abend fand in den Wappensälen des Wiener Rathauses ein Empfang der Stadt Wien für die Teilnehmer dieses Seminars statt. In Vertretung des Bürgermeisters hieß Vizebürgermeister Dr. Heinrich Drimmel die Gäste herzlich willkommen. Seitens der Stadtverwaltung nahmen an dem Empfang auch die Stadträte Dr. Maria Schaumayer und Rudolf Sigmund teil.

Die AIESEC wurde als unpolitische internationale Vereinigung im Jahr 1949 gegründet und hat ihren ständigen Sitz in Genf. Die Zahl ihrer Mitgliedsstaaten ist inzwischen von sechs auf rund 50 gestiegen. Ihre Hauptaufgabe sieht die Vereinigung darin, den Austausch von Praktikantenstellen zu organisieren, um den Studenten eine Auslandspraxis während der Sommermonate zu ermöglichen. Darüber hinaus werden in Form von internationalen Seminaren wissenschaftliche Diskussionen über wirtschaftliche Probleme veranstaltet und Studienfahrten durchgeführt.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Postleitzahl: 1082

Freitag, 29. Juli 1966 Blatt 2335

Ab 9. August:

E_2 ganztägig mit schaffnerlosem Beiwagen

29. Juli (RK) Als vor fast zwei Jahren bei den Wiener Verkehrsbetrieben die ersten schaffnerlosen Beiwagen zunächst probehalber auf der Linie 43 in Betrieb genommen wurden, standen eine Reihe Skeptiker Pate: Würde sich das Fahrpublikum mit der Selbstbedienung anfreunden? Würde die relativ komplizierte Wageneinrichtung Störungen unterliegen? Und würde die Moral der Wiener so hoch zu werten sein, daß man nicht mit mehr Schwarzfahrern rechnen müßte?

In allen drei Hauptpunkten kann man heute sagen, daß der "Schaffnerlose" seine Bewährung bestanden hat. Die Wiener Verkehrsbetriebe sahen sich daher in der Lage, den Auftrag zur Adaptierung einer ganzen Serie von solchen Beiwagen zu geben, die in der Folge nicht nur auf den Linien 43 und H_2 erfolgreich debütierten, sondern auch eine Linderung der drückenden Personalnot mit sich brachten. Die Wiener haben sich auch sehr rasch mit den Bedienungseinrichtungen vertraut gemacht. Wie in anderen Ländern so hat auch bei uns der Wegfall der Fahrscheinbehandlung, besonders in den stark frequentierten Haltestellen, die Beliebtheit des "Schaffnerlosen" ganz besonders gehoben.

Ab Dienstag, den 9. August kann daher wie der Amtsführende Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen Dr. Maria Schaumayer

./.

der "Rathaus-Korrespondenz" mitteilt, das System um einen Schritt erweitert werden: Ab diesem Tag wird auf der Linie E_2 nicht nur wie bisher zu Spitzenzeiten, sondern ganztägig, also vom Betriebsbeginn bis etwa 19 Uhr (ein Wagen muß ja auch einmal "rasten") ein schaffnerloser Beiwagen geführt werden, und zwar dienstags bis freitags. Der Montag bleibt nach wie vor wegen der Erstmarkierung der Wochenkarten nicht schaffnerlos.

50.000 Flugblätter und Ankündigungen an allen Haltestellen des E_2 werden die Fahrgäste rechtzeitig auf die Umstellung aufmerksam machen. Und was vielleicht noch wichtiger ist: Alle Haltestellen gelten nun als ein "Muß" für den Fahrer. Die blauen Schilder, die "nach Bedarf" zum Halten veranlaßten, verschwinden zwangsläufig.

Bleibt zu hoffen, daß der "ganztägig Schaffnerlose" auf der Linie E_2 sich so wie seine Brüder bewährt und daß die Fahrgäste diszipliniert - so wie bisher - sich seiner bedienen. Es ist dies eine Bitte der Wiener Verkehrsbetriebe im Namen aller, der Kontrollore wie der Fahrbediensteten. Es liegt an uns allen, den Personalengpaß in dem unsere vielgelästerte aber doch unentbehrliche Tramway steckt, überwinden zu helfen.

\- - -

Rundfahrten "Neues Wien"

29. Juli (RK) Montag, 1. August, Route 4 mit Erholungsgebiet Laxenburg. Dauer etwa vier Stunden. Aus technischen Gründen wurde die Teilnehmerzahl auf zwei Autobusse beschränkt.(Diese Route ist für gebrechliche oder gehbehinderte Personen nicht geeignet.)

Abfahrt vom Rathaus, 1, Lichtenfelsgasse 2, um 13.30 Uhr.

\- - -

Die "Singing San Diegans" sangen im Rathaus

29. Juli (RK) Die "Singing San Diegans", ein Mädchenchor aus San Diego in Kalifornien, der gegenwärtig eine große Konzertreise durch Europa unternimmt, sind gestern in Wien eingetroffen. Heute vormittag fanden sich die sangesfreudigen Kalifornierinnen im Stadtsenatssaal des Wiener Rathauses ein, wo sie ein Ständchen für den Bürgermeister gaben. Da Bürgermeister Marek jedoch auf Urlaub ist, war Stadtrat Kurt Heller in seiner Vertretung begeisterter Zuhörer des Ständchens, für das er auch im Namen des Bürgermeisters und der Stadtverwaltung herzlich dankte. Er wünschte den Gästen einen angenehmen Aufenthalt in Wien und viel Erfolg auf ihrer musikalischen Europareise, in deren Rahmen sie in Kopenhagen, Luzern, Rom, Berlin und Stockholm Konzerte geben.

Chorleiter Otes Skillings überreichte dem Stadtrat eine Grußbotschaft des Bürgermeisters von San Diego, Frank Curran. Stadtrat Heller übergab den Gästen als Erinnerungsgeschenk eine Johann Strauß-Figur aus Augartenporzellan und ersuchte, die Grüße von Bürgermeister Curran im Namen der Wiener Stadtverwaltung zu erwidern.

Wie wir bereits berichtet haben, wird am kommenden Montag, dem 1. August, eine zweite amerikanische Gesangsgruppe, die "Madison Madrigal Singers" aus der Stadt Vienna in Virgina für den Bürgermeister im Stadtsenatssaal des Rathauses ein Ständchen geben (Beginn 9.30 Uhr).

\- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

29. Juli (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Obst: Äpfel 4 bis 6 S, Birnen 4 bis 6 S, Pfirsiche 7 bis 10 S je Kilogramm.

Gemüse: Kohlrabi 1 bis 1.50 S, Paprika 1 bis 1.20 S je Stück, Weißkraut 2 S je Kilogramm.

\- - -

Innerer Gürtel und Linke Wienzeile werden verbreitert

Ausbau von Straßen um 17,3 Millionen Schilling

29. Juli (RK) Eine Reihe wichtiger Straßenausbauten genehmigte gestern der Bauausschuß des Wiener Gemeinderates. Es handelt sich dabei um acht Bauvorhaben, die insgesamt 17,3 Millionen Schilling kosten werden.

Die bedeutendsten Projekte darunter sind die geplante Verbreiterung des Inneren Gürtels von der Kandlgasse bis zur Kinderspitalgasse (7., 8. und 9. Bezirk) und der Linken Wienzeile von der Hofmühlgasse bis zum Margaretengürtel im 4. Bezirk, sowie der Umbau der Neustiftgasse von der Museumstraße bis zur Neubaugasse im 7. Bezirk (Kosten: 3,8 Millionen Schilling) und der Ungargasse zwischen der Neulinggasse und der Schützengasse im 3. Bezirk (1,56 Millionen Schilling).

Die Fahrbahn des Inneren Neubau-, Hernalser- und Lerchenfeldergürtels im Abschnitt von der Kandlgasse bis zur Kinderspitalgasse soll um 2,50 Meter verbreitert werden, und zwar durch die Einbeziehung des Grünstreifens vor der Baumreihe. Die Bäume selbst werden davon nicht berührt. Die neue Fahrspur wird die gleiche Betondecke wie die übrigen Gürtelfahrbahnen erhalten. Die Kosten für dieses Projekt belaufen sich auf 2,5 Millionen Schilling.

Die Linke Wienzeile wurde im Abschnitt zwischen der Eggerthgasse und der Hofmühlgasse bereits ausgebaut. Nunmehr soll die Fahrbahn zwischen der Hofmühlgasse und dem Margaretengürtel verbreitert werden. Sie wird zehn Meter breit sein und zwei Fahrspuren mit je 3,50 Meter sowie eine drei Meter breite Parkspur aufweisen. Die Kosten dafür werden 4,5 Millionen Schilling betragen, als Baurate für 1966 sind zwei Millionen Schilling vorgesehen.

Außer der bereits genannten Neustiftgasse und der Ungargasse sind noch Umbauten folgender Straßenzüge geplant: Die Justgasse im 21. Bezirk, und zwar im Bereich der städtischen Wohnhausanlage, wird einen neuen Asphaltbetonbelag erhalten, die Ruthnergasse

./.

wird zwischen der Justgasse und der Carabelligasse zur Gänze neu hergestellt (Kostenpunkt: insgesamt 1,45 Millionen Schilling). 1,8 Millionen Schilling werden die Umbauarbeiten in der Zillingergasse und der Breitenleer Straße im 22. Bezirk kosten. Mit einem Kostenaufwand von 1,4 Millionen Schilling will man mehrere Siedlungsstraßen im 21. und 22. Bezirk ausbauen, und schließlich wird die Wolkersbergenstraße im 13. Bezirk (von der Versorgungsheimstraße bis zur Jagdschloßgasse) mit einem Aufwand von 300.000 Schilling erneuert.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Postleitzahl: 1082

Samstag, 30. Juli 1966 Blatt 2340

Letzte Ausbaustufe für Simmering

30. Juli (RK) Wie die "Rathaus-Korrespondenz" bereits berichtet hat, wurde in der letzten Sitzung des Wiener Gemeinderates vor den Sommerferien auf Antrag von Stadtrat Dr. Maria Schaumayer die Errichtung eines 6. Blocks im Kraftwerk Simmering genehmigt.

Mit diesem Block 6 ist grünes Licht für die letzte Ausbaustufe in Wiens größtem Kraftwerk - und bald schon in einem der größten kalorischen Kraftwerke Europas überhaupt - gegeben worden. Finanziell gesehen bietet sich durch die Errichtung des Blockkraftwerkes eine einmalig günstige Situation: noch stehen sämtliche Baustelleneinrichtungen, die für Block 5 benötigt wurden, auf dem Simmeringer Gelände. Was die innere Ausrüstung betrifft, so gibt es auch hier zahlreiche Anlagen und vor allem hochwertige Reserveteile in den bisher installierten Kraftwerken, die für Block 6 mitverwendet werden können. Zusammen mit der für ein Kraftwerk dieser Größe äußerst kurzfristigen Bauzeit von nur 30 Monaten bringen all die genannten Faktoren eine Einsparung um etwas mehr als 30 Prozent, gemessen an den Kosten eines gleichartigen Kraftwerkes! Trotzdem kostet dieses Bauvorhaben nicht weniger als 325 Millionen Schilling.

Eine absolute Neuigkeit für Simmering wird der Einbau einer Schnellstarteinrichtung in Block 6 sein. Diese im Verhältnis

./.

zu den Baukosten nicht einmal mit einem Prozentsatz ins Gewicht fallende Anlage erlaubt es, in Zeiten geringen Bedarfs das Kraftwerk doch so "auf dem laufenden" zu halten, daß es bei Bedarf kurzfristig wieder auf volle Leistung gebracht werden kann. Dieses "Hochfahren", wie der Fachausdruck lautet, wird damit erstmalig für Simmering möglich sein und mithelfen, wertvollen Spitzenstrom leichter als bisher in eigener Regie zu erhalten.

Da im Kraftwerk Simmering alle drei zur Verfügung stehenden kalorischen Brennstoffe nämlich Kohle, Öl und besonders Erdgas eingesetzt werden können, ist nicht nur mit einer optimalen Kostenlage, sondern nach Fertigstellung des neuen Kraftwerkes mit einer optimalen Energieleistung zu rechnen.

\- - -

Rundfahrten "Neues Wien"

30. Juli (RK) Dienstag, 2. August, Route 5 mit Hannovermarkt, Kindergarten Pappenheimgasse, Neubaugebiet Brigittenau, Donaupark mit Donauturm, Kultur- und Verkehrszentrum Floridsdorf, Schule Strebersdorf und Nordeinfahrt sowie anderen städtischen Anlagen und Einrichtungen im 20. und 21. Bezirk.

Abfahrt vom Rathaus, 1, Lichtenfelsgasse 2, um 13.30 Uhr.

\- - -

Arkadenhofkonzert vom 5. August: Programmänderung

30. Juli (RK) Jaroslav Krombholc mußte die Leitung des am 5. August stattfindenden Arkadenhof-Konzertes krankheitshalber zurücklegen. An seiner Stelle dirigiert Wolfgang Gabriel folgendes Programm: Kurt Schmidek: Ouvertüre zu einer Komödie; Joseph Suk: Streicherserenade, op. 6; Johannes Brahms: 4. Symphonie e-Moll, op. 98.

\- - -

60984 81800

GUIDO BEER
49676